

Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015

Stand Februar 2012

**Mecklenburg
Vorpommern**



Finanzministerium

Herausgeber:

Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 9 - 11, 19053 Schwerin
Homepage: <http://www.fm.mv-regierung.de>
E-Mail: fm-presse@fm.mv-regierung.de

Redaktion:

Abteilung Haushalt und Finanzwirtschaft
Referat IV 200
im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern

Inhaltsverzeichnis (Band 1)

1.	Vorbemerkungen	5
1.1	Rechtsgrundlage	5
1.2	Aufgabe der mittelfristigen Finanzplanung	5
1.3	Betrachtungszeitraum	5
2.	Gesamtrahmen der mittelfristigen Finanzplanung	6
2.1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und ökonomische Rahmenbedingungen	6
2.2	Bevölkerungsentwicklung / Demografischer Wandel	8
2.3	Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt	11
2.4	Bundesstaatliche Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung	11
2.4.1	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	11
2.4.2	Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2011	13
2.4.3	Schuldenbremse	14
2.4.4	Überwachung der Haushaltswirtschaft (Stabilitätsrat)	15
2.5	Finanzpolitische Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung Mecklenburg-Vorpommerns	16
2.5.1	Haushaltsergebnis 2010	18
2.5.2	Vorläufiger Abschluss des Haushaltsjahres 2011	18
2.5.3	Haushaltsausgleich und Netto-Tilgungen	19
2.5.4	Verschuldung im Ländervergleich	20
2.6	Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern	20
2.6.1	Verwaltungsmodernisierung mit kommunalem Bezug	20
2.6.1.1	Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern	20
2.6.1.2	Gemeinde- und Ämterstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern	21
2.6.2	Verwaltungsmodernisierung in der Landesverwaltung	22
2.6.2.1	Reform der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern	22
2.6.2.2	Kosten- und Leistungsrechnung / Produkthaushalt	23
3.	Ergebnisse der mittelfristigen Finanzplanung im Überblick	24
3.1	Umsetzung der finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung	24
3.1.1	Haushaltsausgleich und Netto-Tilgungen	24
3.1.2	Gesamtausgaben	24
3.1.3	Haushaltsstruktur / Quoten	25
3.1.4	Strukturelles Defizit	26
3.2	Handlungsbedarfe	28
3.3	Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen	28
3.4	Bewertung und Ausblick	30
4.	Einnahmen und Ausgaben nach Arten	32
4.1	Einnahmen	32
4.1.1	Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen	33

4.1.2	Übrige laufende Einnahmen	35
4.1.3	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	36
4.1.4	Einnahmen vom Bund	37
4.1.5	Einnahmen von der Europäischen Union	39
4.1.5.1	Förderperiode 2007 bis 2013	40
4.1.5.2	Förderperiode 2014 bis 2020	40
4.1.6	Besondere Finanzierungseinnahmen	41
4.1.6.1	Haushaltstechnische Verrechnungen	41
4.1.6.2	Entnahmen aus Rücklagen	42
4.1.7	Netto-Kreditaufnahme	42
4.2	Ausgaben	42
4.2.1	Personalausgaben	43
4.2.2	Schuldendienst	44
4.2.2.1	Zinsausgaben	44
4.2.2.2	Tilgung von Kreditmarktmitteln	45
4.2.2.3	Implizite Verschuldung	45
4.2.3	Sach- und Fachausgaben	46
4.2.3.1	Kommunaler Finanzausgleich	46
4.2.3.2	Soziale Sicherung	50
4.2.3.3	Schuldendiensthilfen	51
4.2.3.4	Sächliche Verwaltungsausgaben	52
4.2.3.5	Sonstige Sach- und Fachausgaben	53
4.2.4	Globale Mehr- und Minderausgaben	54
4.2.5	Investitionsausgaben	54
4.2.6	Besondere Finanzierungsausgaben	56
4.2.6.1	Haushaltstechnische Verrechnungen	56
4.2.6.2	Zuführungen an Rücklagen	56
4.2.7	Verpflichtungsermächtigungen	56
4.3	Entwicklung des Stellenbestands	57
4.3.1	Stellenplan-Entwurf 2012/2013	57
4.3.2	Umsetzung der Personalkonzepte 2004 und 2010	58
4.3.2.1	Umsetzung Personalkonzept 2004	58
4.3.2.2	Personalkonzept 2010	59
4.3.2.3	Entwicklung der Stellenausstattung je 1 000 Einwohner - Zwischenbilanz	59
5.	Entwicklung des Landeshaushaltes bis 2020	60
5.1	Methodik	60
5.2	Einnahmen	60
5.3	Ausgaben	61
5.4	Ergebnis und Bewertung	61
6.	Erläuterungen zu einzelnen Politikbereichen	63
6.1	Wirtschaftsförderung	63
6.2	Arbeitsmarktpolitik und berufliche Ausbildung	63
6.3	Förderung einer wettbewerbsfähigen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	64
6.4	Entwicklung einer modernen Verkehrsinfrastruktur	64
6.5	Wohnungs- und Städtebauförderung	65
6.6	Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen	65
6.7	Natur- und Umweltschutz	66
6.8	Klimaschutz und erneuerbare Energien	66
6.9	Gesundheitspolitik	66
6.10	Familie und Erziehung	67

6.11	Demokratie und Toleranz	67
6.12	Schulen	68
6.13	Hochschulen und Wissenschaft	69
6.14	Kultur, Denkmalpflege und Sport	69
6.15	Gesetzliche Sozialleistungen	70
6.16	Sicherungsverwahrung	71
6.17	Landesbau	71
6.18	Innere Sicherheit	72
6.19	eGovernment	72

Anlagen Band 1

1. Wirtschaftsdaten
2. Länderfinanzausgleich
3. Finanzpolitische Kennzahlen
4. Haushaltsergebnis 2010 und vorläufiger Abschluss des Haushaltsjahres 2011
5. Gesamtübersicht über den Finanzplan 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016
6. Schwerpunktbereiche
7. Zusammenstellung der Bundeseinnahmen
8. Zusammenstellung der EU-Einnahmen
9. Kommunaler Finanzausgleich
10. Stellenentwicklung
11. Übersicht der Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016
12. Finanzplan 2011 bis 2015 nach dem gemeinsamen Schema des Finanzplanungsrats
13. Gruppierungsübersicht
14. Funktionenübersicht
15. Zusammenfassende Grafiken
16. Gesamtübersicht der Einnahmen und Ausgaben seit 2002
17. Projektion auf das Jahr 2020

Band 2

Mittelfristige Finanzplanung (Investitionen) 2011 bis 2015

Redaktionsschluss: 9. Februar 2012

Abkürzungsverzeichnis

ABL	alte Bundesländer
allgBEZ	allgemeine Bundesergänzungszuweisungen
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BEZ	Bundesergänzungszuweisungen
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BSC	Balanced Scorecard
EFF	Europäischer Fischereifonds
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EPLR M-V	Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FAG M-V	Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
FFW	finanzschwachen Flächenländer West
GAK	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GAW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
GG	Grundgesetz
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IMAG	interministerielle Arbeitsgruppe
IT	Informationstechnik
KAusglF M-V	Kommunaler Ausgleichsfonds Mecklenburg-Vorpommern
KFA	Kommunaler Finanzausgleich
KiföG M-V	Kindertagesförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KoFKStG	Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen
LFA	Länderfinanzausgleich
LNOG M-V	Landkreisneuordnungsgesetz
MFP	mittelfristige Finanzplanung
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NBL	neue Bundesländer
OP	Operationelle Programme Mecklenburg-Vorpommerns
OP EFF	Operationelles Programm für den Europäischen Fischereifonds Bundesrepublik Deutschland
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
PoI BEZ	Bundesergänzungszuweisungen wegen Kosten der politischen Führung
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch
SoBEZ	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StabiRatG	Stabilitätsratsgesetz
StWG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
TEW	1 000 Einwohner
Tz.	Textziffer
VE	Verpflichtungsermächtigung
V-Ist	vorläufiges Ist

1. Vorbemerkungen

1.1 Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Teil des Finanzplans ist die mittelfristige Investitionsplanung, die entsprechend § 50 Abs. 5 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) und § 10 i. V. m. § 14 StWG unter Prioritätsgesichtspunkten auf der Basis mehrjähriger Investitionsprogramme der Ressorts (Darstellung der Einzelvorhaben) entwickelt worden ist (vgl. gesonderte Darstellung im Band 2).

§ 50 Abs. 3 HGrG bestimmt, dass der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist.

1.2 Aufgabe der mittelfristigen Finanzplanung

Die mittelfristige Finanzplanung (MFP) hat im Gegensatz zu dem im Gesetzgebungsverfahren förmlich festzustellenden Haushaltsplan ausschließlich Programmcharakter. Sie wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlussfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die MFP soll für Regierung und Parlament Orientierungshilfe für die Haushaltsplanung und Entscheidungshilfe für die Bewertung einnahme- und ausgabewirksamer Maßnahmen sein.

1.3 Betrachtungszeitraum

Die vorliegende MFP umfasst den Zeitraum von 2011 bis 2015 zuzüglich der Fortschreibung für das Jahr 2016¹. Ausgangsjahr ist gemäß § 50 Abs. 2 HGrG das laufende Haushaltsjahr, also 2011². Für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 ist in den Finanzplan der Entwurf des

¹ Der Planungszeitraum wurde im Vergleich zur vorherigen Finanzplanung für ein weiteres Jahr fortgeschrieben und umfasst nun sechs Jahre. So ist gewährleistet, dass für jedes Haushaltsjahr des Doppelhaushaltes (hier: 2012/2013) ein mindestens fünfjähriger Planungszeitraum dargestellt wird.

² Soweit in Tabellen Beträge unter „Haushaltsplan 2011“ genannt werden, handelt es sich um Vergleichszahlen aus der Sicht des Jahres 2012, die nicht in jedem Fall mit dem originären Haushaltsplan 2011 identisch sind. Dies ist auf strukturelle und gruppierungstechnische Umstellungen zwischen den Haushaltsjahren zurückzuführen, bei denen das Vorjahr angepasst (vergleichbar gemacht) wird. Differenzen in den Summen der Tabellen und Übersichten sind rundungsbedingt.

Haushaltsplans 2012/2013 eingearbeitet worden. Die eigentliche Projektion bezieht sich auf die Jahre 2014 und 2015 sowie die Fortschreibung für 2016.

2. Gesamtrahmen der mittelfristigen Finanzplanung

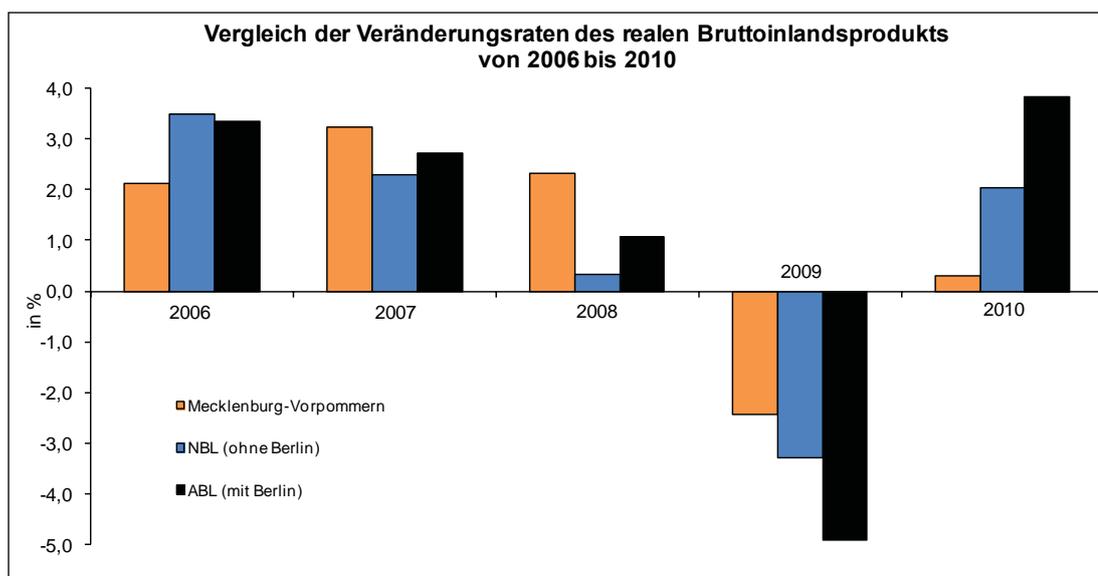
2.1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und ökonomische Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich bereits seit der zweiten Jahreshälfte 2009 in einer zügigen und kräftigen Erholung von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Insgesamt wurde nach einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von real +3,6 % in 2010 auch für 2011 ein kräftiger Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung in Höhe von knapp +3 % erreicht.

Doch die Erholungsphase, die der deutschen Volkswirtschaft teilweise Wachstumsraten wie in Schwellenländern bescherte, scheint bis auf Weiteres beendet. So hat sich das Wirtschaftswachstum in Deutschland im zweiten Quartal 2011 bereits stark abgeschwächt und ist nahezu zum Erliegen gekommen. Ob es bei einer bloßen Abkühlung bleibt oder die deutsche Wirtschaft in eine neuerliche Rezession rutscht, wird ganz wesentlich von der Bewältigung der Staatschuldenkrise abhängen.

Das nachlassende Wirtschaftswachstum in Deutschland wird zunächst auch die Entwicklung der kommenden Jahre prägen. Die führenden Wirtschaftsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten für 2012 nur noch von einem Anstieg des BIP von lediglich +0,8 % aus. Im Frühjahr 2011 hatten die Experten für 2012 dagegen noch ein Wachstum von +2,0 % vorhergesagt. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung prognostiziert für 2012 einen realen BIP-Anstieg von +0,7 %.

In Mecklenburg-Vorpommern konnte sich die Wirtschaft im Jahr 2010 von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 nur zum Teil erholen. Zwar war das reale BIP in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2009 mit -2,4 % nicht so stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Abschwächung betroffen wie das restliche Bundesgebiet (-4,7 %). Dafür fiel aber die Wachstumsrate in der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung für das Jahr 2010 mit +0,3 % deutlich geringer aus als im gesamten Bundesgebiet (+3,6 %). Damit war der Anstieg auch niedriger als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit +2,0 % und in den alten Ländern (einschließlich Berlin) mit +3,8 %.



Gleichwohl erreichte das BIP je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern in 2010 mit 21.730 € den höchsten absoluten Wert seit 1991 und damit 71,1 % des deutschen Durchschnitts.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Mecklenburg-Vorpommern in 2010 weiter zurückgegangen. Ende Dezember 2010 lag sie bei 109 700 Personen, das sind 4 000 Personen bzw. 3,5 % weniger als Ende Dezember 2009. Dies ist der niedrigste Stand seit Bestehen des Landes. In 2011 hat sich die Arbeitsmarktlage in Mecklenburg-Vorpommern weiter entspannt. Im Dezember 2011 waren 104 578 Menschen arbeitslos gemeldet, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,2 %.

Der konjunkturell bedingte bundesweite wirtschaftliche Aufschwung macht sich in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin bemerkbar. Die konjunkturunterstützenden Maßnahmen der Bundesregierung - ergänzt um die Maßnahmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im sog. 10-Punkte-Programm und im Zukunftsinvestitionsprogramm - haben dazu beitragen, die negativen Folgen des globalen Konjunkturabschwungs für die einheimische Wirtschaft abzumildern und Wertschöpfung sowie Beschäftigung zu stabilisieren.

Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ stieg das BIP in Mecklenburg-Vorpommern im ersten Halbjahr 2011 preisbereinigt um +2,2 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Die leichte wirtschaftliche Erholung im ersten Halbjahr 2011 betraf alle Hauptbereiche der Wirtschaft, insbesondere trugen aber das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe dazu bei.

Das Institut für Wirtschaftsforschung Dresden geht in seiner Konjunkturprognose 2011/2012 derzeit davon aus, dass sich das BIP in Ostdeutschland (mit Berlin) insgesamt um +2,9 % erhöhen wird. Allerdings rechnet das Institut für das Jahr 2012 damit, dass sich die konjunkturelle Dynamik für Ostdeutschland (mit Berlin) auf ca. +1,9 % abschwächen wird. Für Mecklenburg-Vorpommern dürfte Entsprechendes gelten. Im Januar 2012 wurden die Erwartungen von einzelnen Instituten nach unten korrigiert.

Weitergehende Ausführungen zur gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage und zu den ökonomischen Rahmenbedingungen in Deutschland, in den neuen Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern enthält die Anlage 1.

2.2 Bevölkerungsentwicklung / Demografischer Wandel

Ende 2010 zählte Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 1 642 327 Einwohnerinnen und Einwohner. Damit stellt das Land rund 2,0 % der Bevölkerung Deutschlands. Mit einer Bevölkerungsdichte von 71 Einwohnern je km² ist Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland. In den westlichen Flächenländern ist die durchschnittliche Bevölkerungsdichte mit rund 255 Einwohnern je km² rund 3,6-mal so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Seit Beginn der 90er Jahre bis zum Jahr 2010 hat sich die Einwohnerzahl Mecklenburg-Vorpommerns in der heutigen Gebietsfläche um rund 264 000 von ehemals mehr als 1,9 Mio. auf etwas über 1,6 Mio. im Jahr 2010 vermindert. Dies entspricht einem Verlust von rund 14 %. Vor allem der mittlere und der östliche Landesteil sind von der Abwanderung betroffen.

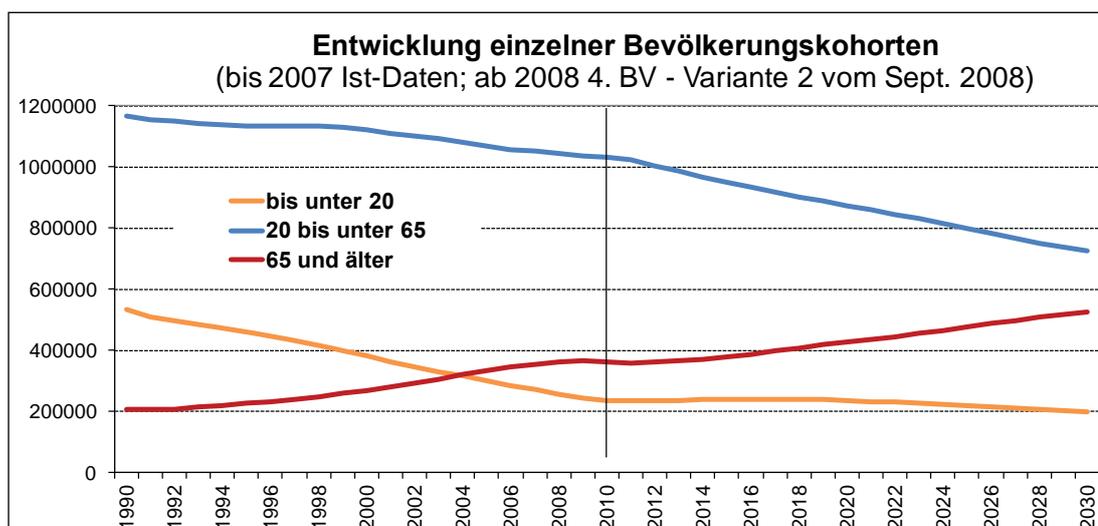
Im Herbst 2008 hatte die Landesregierung die 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030 vorgestellt.

Prognose der Einwohnerentwicklung in M-V, Variante 2 (in Tsd.)	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Einwohnerzahl am 31.12.	1.619	1.603	1.589	1.578	1.571	1.565
Einwohnerückgang ggü. Vorjahr	-16	-16	-14	-11	-8	-6

Der starke Bevölkerungsrückgang der vergangenen Jahre wird sich danach mittelfristig weiter fortsetzen. Sowohl im natürlichen Saldo (Lebendgeborene abzüglich Gestorbene) als auch im Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge) werden weitere Verluste zu verkräften sein. Der Bevölkerungsrückgang in 2010 fiel mit 8 889 Einwohner zwar geringer aus als erwartet (Prognose: 15 523 Einwohner). Es ist zurzeit jedoch nicht erkennbar, ob dieser Trend anhält. Gemäß der 4. Landesprognose soll die Bevölkerung bis zum Jahr 2030 um weitere 183 000 Einwohner schrumpfen.

Doch die Bevölkerung des Landes Mecklenburg-Vorpommern schrumpft nicht nur, sie altert auch. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren ist im Jahr 2010 auf 14 % zurückgegangen (1990: 29 %) und wird sich bis 2030 auf diesem Niveau einpendeln. Der Anteil der Senioren ab 65 Jahren ist hingegen im Jahr 2010 auf 22 % angestiegen (1990: 12 %) und wird bis 2030 weiter anwachsen (auf rund 36 %). Durch diese grundlegende Umwälzung der Bevölkerungsstruktur wird sich Mecklenburg-Vorpommern

vom Bundesland mit der im Durchschnitt jüngsten Bevölkerung zu einem der Bundesländer mit dem höchsten Altersdurchschnitt entwickeln.



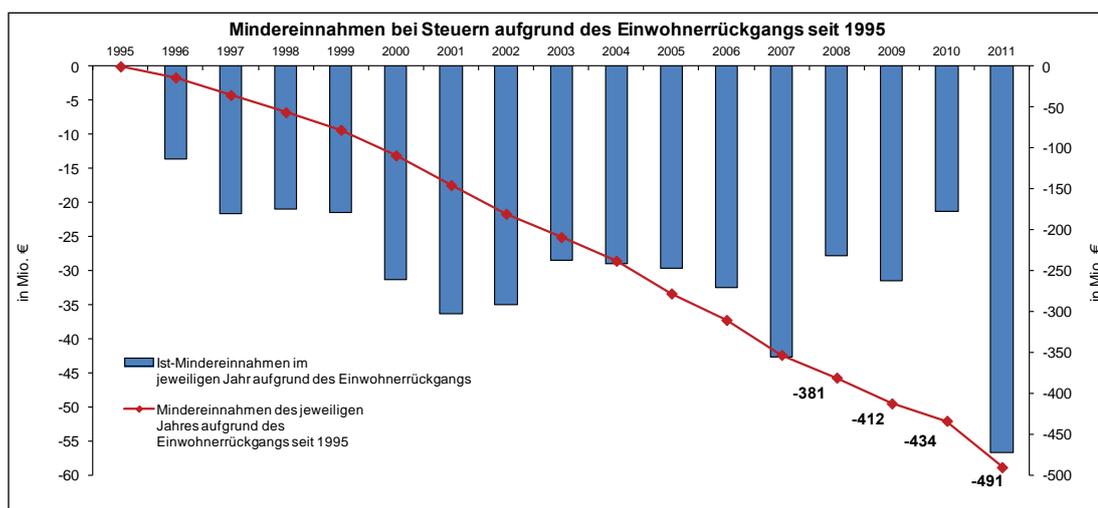
Quelle: 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030

Die Abnahme und Alterung der Bevölkerung haben gravierende Folgen für Mecklenburg-Vorpommern. Nicht nur Aufbau und Zusammensetzung der Bevölkerung in Bezug auf Alter und Geschlecht verändern sich, auch das Erwerbsfähigenpotential verringert sich. Diese Entwicklung ist in den nächsten Jahrzehnten nicht veränderbar, da die Menschen, die nach 1990 nicht geboren wurden, in ihrer Alterskohorte zukünftig fehlen werden.

Die Einnahmesituation des Landeshaushalts Mecklenburg-Vorpommerns ist eng mit der Bevölkerungsentwicklung des Landes verbunden³. Allein aufgrund des Bevölkerungsrückgangs sind deshalb für Mecklenburg-Vorpommern von Jahr zu Jahr Einnahmeverluste in Höhe von ca. 32 Mio. € zu verzeichnen.

Die folgende Grafik zeigt, dass dem Land allein 2011 zusätzliche Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich (LFA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) von rund 491 Mio. € zugeflossen wären, wenn Mecklenburg-Vorpommern wie die westlichen Bundesländer seine Einwohnerzahl seit 1995 hätte konstant halten können.

³ Die Einnahmehöhe im bundesweiten Finanzausgleich wird wesentlich von der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes bestimmt.



Zur Bewältigung des demografischen Wandels hat die von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) „Demografischer Wandel“ Strategien und Handlungsleitlinien für das Land entwickelt. Im Ergebnis des daraus entstandenen Demografie-Berichtes⁴ sind ressortübergreifende Handlungsfelder herausgearbeitet worden. Es gilt, attraktive Bedingungen zu schaffen, damit alle – jung und alt – gerne hier leben, eine interessante und einkommenssichernde Arbeit finden und sich junge Menschen für eine Zukunft mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden. Dabei stehen die Bereiche „Zukunft der Arbeit, Wirtschaft, Bildung“, „Moderne und zukunftsfähige Verwaltung, starke Kommunen“ sowie „Sicherung der Daseinsvorsorge, Polizei und Justiz, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ im Vordergrund.

Um das Land demografiegerecht umzubauen und damit zukunftsorientiert aufzustellen, müssen demografiebedingte Minderbedarfe in einzelnen Bereichen identifiziert und realisiert werden, um die dadurch generierten Minderausgaben sowohl für demografierelevante Mehrbedarfe und Zukunftsinvestitionen als auch zum Ausgleich der aus dem Einwohnerrückgang resultierenden Mindereinnahmen des Landes freizubekommen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Finanzlage Mecklenburg-Vorpommerns durch die wegfallenden Bundesmittel sowie Mittel der Europäischen Union (EU) beeinflusst wird. Es wird daher unvermeidlich sein, dass die bisherigen Ausgaben in ihrer Priorität neu bewertet werden, damit sowohl die demografischen Herausforderungen als auch die Angleichung an das Einnahmenniveau der finanzschwachen Flächenländer West (FFW) ab 2020 bewältigt werden können. Ziel ist es, mit Hilfe einer soliden Haushaltsführung dem Land im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels weiterhin Gestaltungsspielräume zu erhalten.

⁴ http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/_Aktuelles_Blickpunkte/Demografie/index.jsp?&publikid=3356

Die Landesregierung bzw. die IMAG „Demografischer Wandel“ wird die Umsetzung der Handlungsfelder begleiten. Der Strategiebericht wird entsprechend fortgeschrieben.

2.3 Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Staatsschuldenkrise als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise hat erhebliche Finanzhilfen der Eurostaaten für Griechenland, Irland und Portugal notwendig gemacht, um eine weitere Bankenkrise zu vermeiden. Durch die vom Bund übernommenen Verpflichtungen beim Bankenrettungsfonds und die Hilfen für andere Eurostaaten ist der Maastricht-relevante Schuldenstand des Bundes in den vergangenen beiden Jahren erheblich angewachsen.

Der Europäische Rat hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu stärken. Dazu gehören u. a. die Stärkung der präventiven und der korrektiven Komponenten des Pakts in Verbindung mit einem kohärenten und abgestuften Sanktionssystem. Außerdem wurden ein Frühwarnsystem für eine bessere Beurteilung wirtschaftlicher Ungleichgewichte und kritischer Entwicklungen der Wettbewerbsfähigkeit sowie ein wirksamer Überwachungsrahmen für die Mitglieder der Euro-Zone entwickelt.

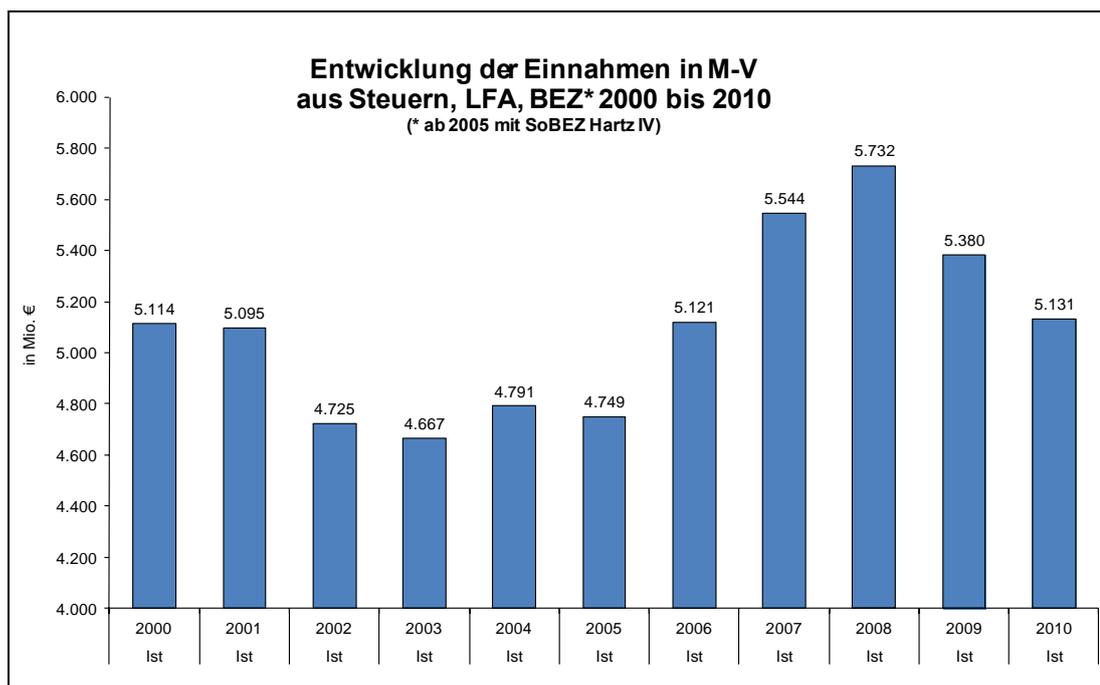
Es ist erkennbar, dass sich insbesondere durch eine stärkere Einbeziehung des Schuldenstandkriteriums im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Spielräume für Haushaltsdefizite der Eurostaaten erheblich einschränken. Dies erhöht im Zusammenspiel mit den neuen Regelungen des korrektiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts die Gefahr, dass auch Deutschland eine Strafzahlung zu leisten hätte. Die Länder und damit auch Mecklenburg-Vorpommern wären entsprechend der Lastenverteilung bei Sanktionsmaßnahmen gemäß Artikel 109 Abs. 5 GG hiervon ebenfalls betroffen.

2.4 Bundesstaatliche Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung

2.4.1 Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts

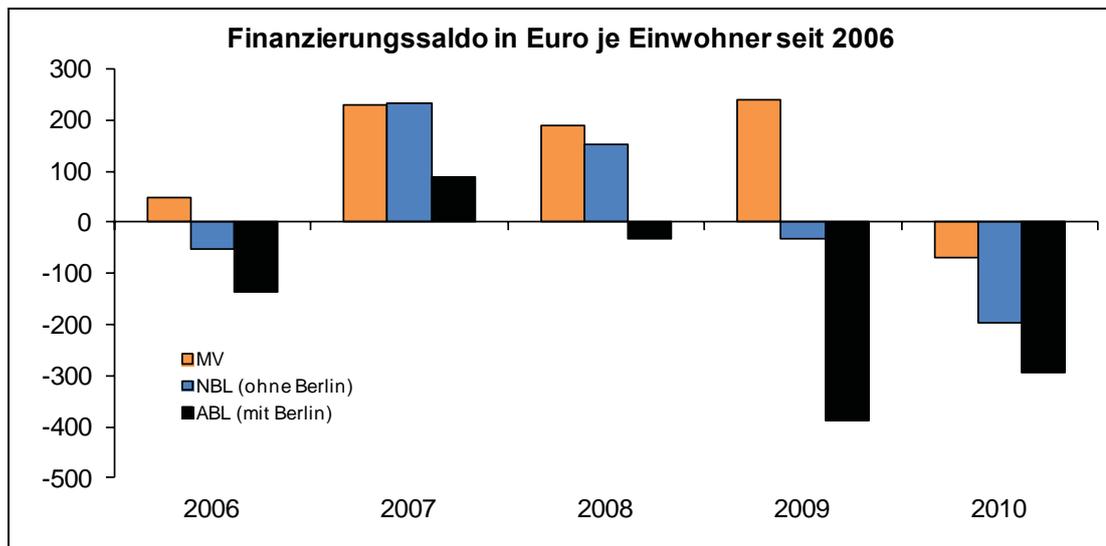
Nach einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung in 2006 und 2007 mit spürbar steigenden Steuereinnahmen und einer Erhöhung des Umsatzsteuersatzes in 2007 erreichten die bundesweiten Steuereinnahmen in den Jahren 2006 bis 2008 neue Höchststände. Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Sachsen erzielten 2006 als Erfolg einer konsequenten Konsolidierungspolitik einen Haushaltsabschluss ohne Neuverschuldung; andere Länder folgten. Teilweise wurde - wie in Mecklenburg-Vorpommern - damit begonnen, den Schuldenstand zu verringern.

Ab Ende 2008 wurde die Weltwirtschaft nach Jahren des steten Aufschwungs von den Auswirkungen der Finanzkrise erschüttert. Die Auswirkungen der Krise auf den öffentlichen Gesamthaushalt Deutschlands waren 2008 noch relativ überschaubar. Erst in 2009 schlug sich das gesamte Ausmaß der Wirtschafts- und Finanzkrise mit beispiellos sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben auch in den öffentlichen Haushalten nieder. Zur Bewältigung und Überwindung der Krise und zur Stützung der Konjunktur hatte Deutschland umfangreiche Schritte unternommen (insbesondere Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Konjunkturpaket I, Konjunkturpaket II⁵), die bereits in 2010 erste Wirkungen zeigten.



Auch die Finanzierungssalden verschlechterten sich aufgrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich. Die alten Bundesländer gerieten bereits in 2008 wieder in ein Finanzierungsdefizit. Die neuen Bundesländer (ohne Mecklenburg-Vorpommern) folgten in 2009. Mecklenburg-Vorpommern hatte dann 2010 erstmals nach 2005 wieder einen negativen Finanzierungssaldo zu verzeichnen.

⁵ Die Maßnahmen Finanzmarktstabilisierungsgesetz, Konjunkturpaket I und Konjunkturpaket II wurden in der Mittelfristigen Finanzplanung 2009 -2013 dargestellt.



Im Verlauf des Jahres 2011 hat die deutsche Wirtschaft nach Einschätzung des Bundes (Jahreswirtschaftsbericht 2012) wieder das Niveau vor der Wirtschafts- und Finanzkrise erreicht. Auch die Steuereinnahmen haben sich 2011 deutlich erholt. In der zweiten Jahreshälfte 2011 hat sich jedoch das europäische und internationale Umfeld erneut erheblich eingetrübt. Vor allem wegen der Staatsschuldenkrise in einigen Ländern der Eurozone haben sich die Konjunkturerwartungen der Wirtschaft erheblich verschlechtert. In der Jahresprojektion 2012 wird eine temporäre konjunkturelle Schwächephase erwartet. Danach soll die Wirtschaft wieder ein höheres Wachstum erreichen.

2.4.2 Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2011

Der November-Steuerschätzung 2011 wurden vom Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ in seiner 139. Sitzung (2. bis 4. November 2011) die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion 2011 der Bundesregierung zu Grunde gelegt. Danach wird für das nominale BIP ein Zuwachs von 3,8 % im Jahr 2011 sowie 2,4 % im Jahr 2012 erwartet. Für die folgenden Jahre bis 2015 ist ein Anwachsen von jeweils 2,9 % prognostiziert.

Unter diesen Voraussetzungen werden für den Zeitraum 2011 bis 2016 für die gesamte Bundesrepublik Steuereinnahmen in folgender Höhe erwartet:

Stuereinnahmen (in Mrd. €)	2011	2012	2013	2014	2015	2016
November-Steuerschätzung 2011	571,2	592,0	613,2	635,8	658,5	680,1
Mehreinnahmen zur Mai-Steuerschätzung 2011	16,2	7,4	4,5	5,3	6,2	-

Die Mehreinnahmen gegenüber der Mai-Steuerschätzung 2011 summieren sich bis einschließlich 2015 auf rund 40 Mrd. €. Diese Mehreinnahmen verteilen sich mit jeweils rund 20 Mrd. € auf den Bund und auf die Länder. Die

Mehreinnahmen der Gemeinden einerseits und die Mindereinnahmen der EU heben sich in etwa gegenseitig auf.

Verantwortlich für diese Entwicklungen ist insbesondere die bereits in der zweiten Hälfte 2010 eingetretene erfreuliche konjunkturelle Entwicklung. Die 16,2 Mrd. € Mehreinnahmen in 2011 beinhalten außerdem einmalige Steuer-mehreinnahmen in Höhe von knapp 4 Mrd. € aus dem EuGH-Verfahren „Meilicke“⁶. Ab 2012 wurde in der Prognose jedoch berücksichtigt, dass sich die Wachstumsaussichten wieder verschlechtern.

Die Auswirkungen der November-Steuerschätzung 2011 auf Mecklenburg-Vorpommern und die im Landeshaushalt veranschlagte Höhe der Steuereinnahmen sowie weiterführende Erläuterungen sind unter der Ziffer 4.1.1 aufgeführt.

Trotz der im Jahreswirtschaftsbericht 2012 der Bundesregierung prognostizierten, kurzfristigen „Konjunkturdelle“ ist aus aktueller Sicht für die Mai-Steuerschätzung 2012 keine gravierende Veränderung zu erwarten.

2.4.3 Schuldenbremse

Durch die Änderung des Grundgesetzes (GG) in Artikel 109 wurde für die Haushalte von Bund und Ländern der Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgleichenden Haushalts festgeschrieben. Allein der Bund erhält zusätzlich einen eng begrenzten strukturellen, also unabhängig von der konjunkturellen Lage bestehenden, Verschuldungsspielraum von 0,35 % des BIP. Für die Länder ist ein solcher struktureller Neuverschuldungsspielraum nicht vorgesehen, lediglich eine begrenzte konjunkturelle Verschuldung in Ausnahmefällen zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung.

Bund und Länder werden durch Artikel 143d GG befristet ermächtigt, von den Vorgaben des Artikels 109 GG abzuweichen; die Länder in der Übergangsphase 2011 bis 2019, der Bund 2011 bis 2015. Die Länder müssen ihre Haushalte in diesem Zeitraum so aufstellen, dass die Vorgabe strukturell ausgeglichener Haushalte spätestens im Jahr 2020 erfüllt wird.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine entsprechende Schuldenregel auch in seiner Landesverfassung verankert. Hiernach ist es dem Land ab dem Jahr 2020 verwehrt, seinen Haushalt in einer konjunkturellen Normallage unter Zuhilfenahme neuer Kredite auszugleichen. Lediglich bei Konjunkturkrisen, Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen können zur Überwindung besonderer finanzieller Belastungen temporär Kredite aufge-

⁶ Im Jahr 2010 wurden finanzielle Belastungen aus der Umsetzung des sogenannten Meilicke-Urteils (EuGH 2007) gebucht, wonach es zu geringeren Steuereinnahmen aufgrund der Anrechnung im Ausland gezahlter Steuern auf Dividenden kommen wird. Hier konnte die Vorsorge in 2011 nach einem erneuten EuGH-Urteil (2011) von insgesamt 5 Mrd. € auf 0,5 Mrd. € reduziert werden.

nommen werden, die jedoch - anders als bislang - anschließend vollständig zu tilgen sind.

2.4.4 Überwachung der Haushaltswirtschaft (Stabilitätsrat)

Zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen wurde im Rahmen der zweiten Stufe der Reform der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismusreform) in 2009 mit dem neuen Artikel 109a GG die notwendige Rechtsgrundlage für ein Bundesgesetz geschaffen, das die fortlaufende Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern durch ein gemeinsames Gremium (Stabilitätsrat), die Voraussetzungen und das Verfahren zur Feststellung einer drohenden Haushaltsnotlage und die Grundsätze zur Aufstellung und Durchführung von Sanierungsprogrammen zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen regelt.

Die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein erhalten außerdem angesichts ihrer besonders schwierigen Haushaltssituation im Zeitraum 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft. Mecklenburg-Vorpommern als finanzschwaches Land ist an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen in 2011 mit rund 5,3 Mio. € und ab 2012 mit rund 8 Mio. € beteiligt.

Die Umsetzung des Verfassungsauftrags erfolgt im Gesetz zur Errichtung eines Stabilitätsrates und zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen (Stabilitätsratsgesetz - StabiRatG) vom 10. August 2009 (BGBl. I S. 2702).

Dem Stabilitätsrat wurden die Aufgaben der regelmäßigen Überwachung der aktuellen Lage und der Entwicklung der Haushalte von Bund und Ländern sowie die Durchführung von Sanierungsverfahren zur Verhinderung bzw. Überwindung von Haushaltsnotlagen übertragen.

Grundlage der Beratungen des Stabilitätsrats sind die Stabilitätsberichte der Gebietskörperschaften. Hierin werden vom Bund und von den jeweiligen Ländern ausgewählte finanzpolitische Kennziffern zur aktuellen Haushaltslage und zur Finanzplanung im Vergleich zu festgelegten Schwellenwerten dargestellt. Außerdem wird die Einhaltung der verfassungsmäßigen Kreditaufnahmegrenze beschrieben und eine Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung auf Basis einheitlicher Annahmen vorgenommen. Die von Bund und Ländern vorgelegten Haushaltskennziffern und Projektionen sowie die Beschlüsse des Stabilitätsrates dazu werden veröffentlicht. Der Stabilitätsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern für 2011 weist in allen Kennziffern aus, dass sich das Land gegenwärtig und auf der Grundlage der aktuellen Haushalts- und Finanzplandaten in einer gesicherten haushaltspolitischen Situation befindet.

Bund und Länder bewerten in mehreren Stufen die Stabilitätsberichte und ziehen daraus Schlussfolgerungen. Die Ergebnisse werden in einem Prüf-

bericht des Evaluationsausschusses des Stabilitätsrates niedergelegt, der dem Stabilitätsrat vorgelegt wird. Der Prüfbericht nimmt Stellung dazu, ob eine Haushaltsnotlage droht. Der Stabilitätsrat beschließt im nächsten Schritt aufgrund des Prüfberichts ggf. über die Feststellung einer drohenden Haushaltsnotlage. Damit ist das Sanierungsverfahren eröffnet, in einem weiteren Schritt wird mit der jeweiligen Gebietskörperschaft ein Sanierungsprogramm vereinbart. Der Bund oder das betroffene Land müssen die Vorschläge und Vorgaben des Programms in eigener Verantwortung umsetzen, um der drohenden Haushaltsnotlage innerhalb von fünf Jahren abzuweichen. Nach Abschluss des Sanierungsprogramms wird die Haushaltslage erneut geprüft und bei weiterhin drohender Notlage ein neues Programm zur Sanierung des Haushalts vereinbart.

Aufgrund der Stabilitätsberichte für das Jahr 2011 hat der Stabilitätsrat am 1. Dezember 2011 eine drohende Haushaltsnotlage in den Ländern Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein festgestellt. Er vereinbarte mit diesen vier Ländern Sanierungsprogramme für die Jahre 2012 bis 2016. Die Programme enthalten Abbauschritte für die jährliche Nettokreditaufnahme und geeignete Sanierungsmaßnahmen. Die Länder müssen dem Stabilitätsrat halbjährlich über die Umsetzung ihres Sanierungsprogramms berichten.

2.5 Finanzpolitische Ausgangsbedingungen für die Finanzplanung Mecklenburg-Vorpommerns

In der am 24. Oktober 2011 für Mecklenburg-Vorpommern geschlossenen Koalitionsvereinbarung für die 6. Wahlperiode 2011-2016 bekennen sich SPD und CDU zu einer soliden Finanzpolitik als Grundlage für die Handlungsfähigkeit eines funktionierenden Staatswesens. Die erfolgreiche Finanzpolitik des Landes soll – auch aus Verantwortung für zukünftige Generationen – weitergeführt werden (Ziffern 1 bis 14 der Koalitionsvereinbarung).

Kernpunkt auch für die kommende Legislaturperiode ist die Verpflichtung, bis 2016 keine neuen Schulden im Landeshaushalt aufzunehmen und dies auch für die dann anstehende mittelfristige Finanzplanung bis einschließlich 2019 vorzusehen. Hierfür werden die Koalitionspartner

„die in der Vergangenheit erfolgreich unternommenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung fortsetzen und weiterentwickeln. Dabei stehen folgende Eckpunkte im Vordergrund:

Die in der Landesverfassung verankerte Schuldenregel wird umgesetzt und gesetzlich ausgestaltet. Das bedeutet, dass auch in Zukunft grundsätzlich keine neuen Kredite aufgenommen werden.

Damit dieses Ziel dauerhaft erreichbar ist, wird die Ausgleichsrücklage so ausgestattet, dass sie konjunkturelle Schwankungen abfedern kann.

Darüber hinausgehende Spielräume sollen grundsätzlich für die Tilgung der Altschulden eingesetzt werden. Die Koalitionspartner streben an,

Tilgungen mindestens in der Höhe zu leisten, die erforderlich ist, um die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht weiter steigen zu lassen.

Zukünftige Belastungen durch Pensionslasten werden dadurch begrenzt, dass der Pensionsfonds für Beamte, die ab 1. Januar 2008 verbeamtet worden sind, planmäßig weiter aufgestockt wird.

Bei den Investitionen in öffentliche Infrastruktureinrichtungen ist zu berücksichtigen, dass der Aufholprozess an das Niveau der westdeutschen Flächenländer im Jahr 2020 abgeschlossen sein muss.“

Diese Ziele sind angesichts rückläufiger Einnahmen nur realisierbar, wenn der bisherige Kurs der strikten Ausgabendisziplin eingehalten wird. Daher soll das Personalkonzept 2010 weiter umgesetzt und bis 2015 evaluiert und ggf. fortgeschrieben werden. Demografisch bedingte Minderbedarfe sind zu erfassen und abzuschöpfen, um demografische Mehrbedarfe an anderer Stelle sowie Einnahmeverluste zu finanzieren.

Die Umsetzung des Personalkonzepts 2010 hat nicht zuletzt durch die damit einhergehende Belastung der Mitarbeiter Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Ressorts und ist in der Praxis nicht immer konfliktfrei. Gleichwohl ist das Konzept als Mittel der weiteren Haushaltskonsolidierung unverzichtbar. Die Ressorts werden bei der Umsetzung von der Arbeitsgruppe „Umsetzung des Personalkonzepts“ unterstützt. Auch Aufgabenverzicht, Standardabsenkungen und Aufgabenreduzierung können helfen, den Mehrbelastungen zu begegnen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen haben die Koalitionspartner beschlossen, das Personalkonzept zu einem Personalentwicklungskonzept weiterzuentwickeln. So ist u. a. vorgesehen, die Anzahl der Frauen in Führungspositionen deutlich zu erhöhen, den Stellenpool im höheren Dienst für Nichtjuristen zu öffnen und die Verwendungsbreite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu steigern.

Alle in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen neuen Maßnahmen stehen ebenso wie alle laufenden Maßnahmen im Hinblick auf die übergeordneten finanzpolitischen Eckpunkte unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der erforderlichen Haushaltsmittel (vgl. Ziffer 3 der Koalitionsvereinbarung).

Die Landesregierung wird ihre finanzpolitische Strategie in den nächsten Jahren an den in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Leitlinien ausrichten. Damit ist der Rahmen festgelegt, in den sich der Doppelhaushalt 2012/2013 und der Finanzplan bis 2015 sowie dessen Fortschreibung bis 2016 einfügen müssen. Dabei gilt es, den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung durch Begrenzung der Ausgaben und ihre schrittweise Anpassung an die zurückgehenden Einnahmen ebenso fortzusetzen wie die zielgerichtete Entwicklung unseres Landes, insbesondere hinsichtlich seiner Infrastrukturausstattung und der politischen Themenschwerpunkte der Landesregierung.

2.5.1 Haushaltsergebnis 2010

Mecklenburg-Vorpommern profitierte 2010 von der soliden Finanzpolitik der vergangenen Jahre und konnte trotz Wirtschafts- und Finanzkrise und eines dramatischen Rückgangs der Steuereinnahmen das fünfte Jahr in Folge ohne neue Schulden auskommen. Der Schuldenberg des Landes in Höhe von 10,56 Mrd. € wuchs so zwar nicht an, durch den anhaltenden Einwohnerückgang stieg jedoch die Pro-Kopf-Verschuldung um 40 € auf 6.412 €.

Die ursprünglich zur Ausfinanzierung des Haushaltes geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 257 Mio. € konnte im Rahmen des Haushaltsvollzugs auf 124,2 Mio. € gesenkt werden.

Das verbesserte Haushaltsergebnis resultierte vor allem aus überplanmäßigen Steuereinnahmen (+155,7 Mio. €), aus geringeren Zinsausgaben (-34,8 Mio. €) sowie geringeren Sach- und Fachausgaben (-50,1 Mio. €). Abrechnungseffekte bei den EU-Mitteln sowie erschwerte Investitionstätigkeit führten zu insgesamt geringeren Einnahmen, aber auch zu geringeren Gesamtausgaben.

Die Steuereinnahmen 2010 einschließlich LFA und BEZ betragen 5.131 Mio. €. Das waren zwar rund 156 Mio. € mehr als geplant, aber immer noch 250 Mio. € weniger als im Vorjahr. Positiv entwickelte sich dagegen das eigene Steueraufkommen des Landes, welches 2.684 Mio. € betrug und damit um 50 Mio. € höher als im Vorjahr liegt.

Mit dem Haushaltsabschluss des Jahres 2010 gelingt dem Land der Verwendungsnachweis für die Solidarpaktmittel wieder vollständig. Eine Schuldentilgung musste - wie im Jahr 2009 - ausgesetzt werden.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2010 ist in tabellarischer Form kurz zusammengefasst aus der Anlage 4 zu entnehmen.

2.5.2 Vorläufiger Abschluss des Haushaltsjahres 2011

Gegenüber der ursprünglichen Planung für das Haushaltsjahr 2011 hat sich der Finanzierungssaldo um 477 Mio. € verbessert. Das Land ist so nicht mehr auf die ursprünglich vorgesehenen Entnahmen aus der Rücklage angewiesen und erzielt einen Überschuss von 250,9 Mio. €. Mit dem Überschuss soll der kommunale Kofinanzierungsfonds im Umfang von 50 Mio. € finanziert werden, weitere 22,5 Mio. € stehen aufgrund der verbesserten Steuereinnahmen den Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) zur Verfügung. Außerdem kann die Landesregierung erstmals seit 2008 wieder 100 Mio. € Schulden tilgen. Dadurch sinkt die Gesamtverschuldung im Haushalt auf 10,46 Mrd. €. Der restliche Überschuss wird als Vorsorge für ausgabeseitige Risiken den Rücklagen zugeführt.

Das überraschend gute Ergebnis gegenüber der Planung ist vor allem auf den Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts im Frühjahr 2009 zurückzuführen. Seinerzeit war von einem drastischen Rückgang der Steuereinnahmen auszugehen. Zwischenzeitlich zog die Konjunktur jedoch an und bescherte Mecklenburg-Vorpommern 2011 unerwartet hohe Steuereinnahmen. Während die Gesamtausgaben in etwa auf dem geplanten Niveau liegen, stiegen die Gesamteinnahmen so um 492,6 Mio. € auf 7.272,9 Mio. €.

Die Steuereinnahmen 2011 (einschl. LFA und BEZ) betragen 5.262,9 Mio. €. Das sind zwar 299,7 Mio. € mehr als geplant und 131,9 Mio. € mehr als noch 2010, allerdings liegt auch dieses gute Ergebnis immer noch weit hinter dem Rekordjahr 2008, als das Land Steuereinnahmen in Höhe von 5.732 Mio. € verbuchen konnte.

Das Ergebnis des vorläufigen Haushaltsabschlusses 2011 ist ebenfalls in der Anlage 4 dargestellt.

2.5.3 Haushaltsausgleich und Netto-Tilgungen

Aufgrund der eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen und des konjunkturellen Aufschwungs wurde im Jahre 2006 die Absenkung der Kreditaufnahme auf null im Ist erreicht. In den Jahren 2007 und 2008 konnte darüber hinaus bereits die Gesamtverschuldung des Landes um 340 Mio. € auf 10,6 Mrd. € zurückgeführt werden. Hierdurch konnte die Verschuldung pro Einwohner von 6.407 € im Jahr 2006 um 96 € auf 6.311 € im Jahr 2008 reduziert und damit eine „echte Tilgung“ im Verhältnis zu der Einwohnerzahl erreicht werden.

Durch den laufenden Einwohnerverlust (siehe Tz. 2.2) ist die Verschuldung pro Einwohner jedoch wieder gestiegen. Ende 2010 lag sie bei 6.412 €. Weitere Tilgungen zum Erhalt des Niveaus der Verschuldung je Einwohner konnten erst mit dem Jahresabschluss 2011 erfolgen. Die Pro-Kopf-Verschuldung konnte damit trotz des Einwohnerrückgangs um 26 € auf 6.386 € gesenkt werden und liegt in etwa wieder auf dem Niveau von 2009.

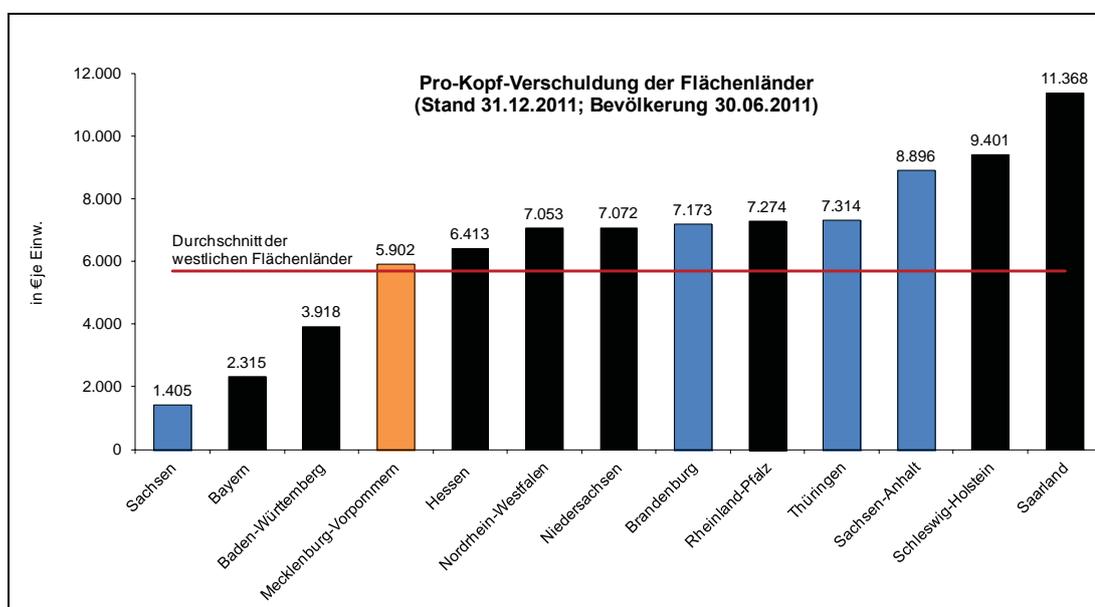
Um das Anwachsen der Schulden je Einwohner aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu verhindern, bedürfte es einer Netto-Tilgung in Höhe von rund 80 Mio. € pro Jahr. Der Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2012/2013 lässt jedoch keine Netto-Tilgungen zu. Auch mittelfristig (2014 bis 2016) besteht keine Möglichkeit, planmäßig zu tilgen. Jedoch sollen erwirtschaftete Überschüsse jeweils entsprechend für eine Tilgung im Rahmen des Haushaltsvollzugs verwendet werden.

Das zentrale finanzpolitische Ziel für die kommenden Jahre besteht weiterhin im Erreichen ausgeglichener Haushalte. Durch die Bildung einer Ausgleichsrücklage in den Jahren 2006 bis 2008 ist Vorsorge für zukünftige konjunkturu-

relle Einbrüche und damit einhergehende Steuermindereinnahmen getroffen worden, sodass das Erreichen dieses Ziels realistisch ist und bleibt.

2.5.4 Verschuldung im Ländervergleich

Für die Betrachtung der Verschuldung im Ländervergleich wird nicht die haushaltsmäßige Verschuldung, sondern die stichtagsbezogene Verschuldung zum 31.12.2011 herangezogen. Zum Abschluss des Kalenderjahres 2011 hat sich Mecklenburg-Vorpommern bei der Höhe der Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer erneut verbessert. Sie weist nun den viertniedrigsten Stand auf. 2008 lag das Land noch auf dem fünftbesten Platz. Im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer erreicht das Land nach dem Freistaat Sachsen den zweitniedrigsten Wert. Mecklenburg-Vorpommern überschreitet die durchschnittliche Verschuldung der westlichen Flächenländer von 5.703 € je Einwohner nur noch geringfügig.



Die Werte der Übersicht beruhen auf der Kassenstatistik zum Jahresende 2011 und spiegeln damit den Schuldenstand nach Abschluss des Kalenderjahres wider, nicht jedoch den Stand zum Abschluss des Haushaltsjahres.

2.6 Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern

2.6.1 Verwaltungsmodernisierung mit kommunalem Bezug

2.6.1.1 Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern

Mit dem Landkreisneuordnungsgesetz (LNOG M-V) und dem Aufgabenzuordnungsgesetz M-V ist das Leitbild zur Kreisstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt worden. Es ist Teil des Gesamtrahmens der notwendigen Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern.

Leistungsstarke Kommunen sind die Voraussetzung für die weitere Entwicklung und Zukunft des Landes. Mecklenburg-Vorpommern ist nunmehr in sechs Kreise und zwei kreisfreie Städte gegliedert. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Umsetzung der Landkreisneuordnung und der Funktionalreform. Insbesondere sind dabei berücksichtigt:

- Strukturbeihilfen für die neuen Landkreise,
- Anpassungshilfen für ehemalige Kreisstädte,
- eine einmalige Anschubfinanzierung für die neuen Landkreise,
- Zuweisungen an die kommunale Ebene aufgrund der Aufgabenübertragungen durch das Aufgabenzuordnungsgesetz und
- Abfindungen für die Teilung der Versorgungslasten und Zuführungen an die Versorgungsrücklage.

Gemäß § 44 LNOG M-V sind die Anpassungshilfen und die Anschubfinanzierung vorrangig für investive Maßnahmen zu verwenden. Darüber hinaus sind in den Zuweisungen nach dem Aufgabenzuordnungsgesetz M-V in den zu erstattenden Personalausgaben Aufwendungen für Umzugskosten, Trennungsgeld und Überhangpersonal, deren Aufgabe weggefallen ist, mit berücksichtigt.

Durch die Kreisstrukturreform können die Landkreise laut verschiedener Gutachten mittelfristig jedes Jahr rund 40 Mio. € einsparen. Diese Einsparungen fallen vorrangig in den Bereichen Personalverwaltung, Organisation, Informationstechnik (IT) und Gebäudemanagement an. Mit den durch die Kreisstrukturreform eingesparten Ausgaben müssen Einnahmeausfälle ausgeglichen werden, die auf die Kommunen aufgrund der degressiven finanziellen und demografischen Entwicklung in Zukunft zukommen werden.

Durch die Funktionalreform ist die öffentliche Verwaltung sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene effizienter geworden. Öffentliche Aufgaben werden auf der Ebene wahrgenommen, die die Gewähr für größtmögliche Wirtschaftlichkeit, Bürger- und Wirtschaftsnähe, Rechtssicherheit und fachliche Qualität bietet. Doppelstrukturen werden abgebaut und die Verwaltung wird damit insgesamt schlanker. Die aus dem Aufgabenzuordnungsgesetz sich ergebende Neuverteilung von Zuständigkeiten zwischen Land und Landkreisen oder kreisfreien Städten soll in den Fällen überprüft werden, in denen sich im Umsetzungsprozess neue Erkenntnisse ergeben.

2.6.1.2 Gemeinde- und Ämterstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern

Die öffentliche Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern wird angesichts der demografischen Entwicklung vor stetig wachsende Herausforderungen gestellt. Bestehende Strukturen und deren Leistungsfähigkeit sind regelmäßig auch hinsichtlich ihrer Finanzierbarkeit zu überprüfen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Enquetekommission „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ aus der 5. Legislaturperiode wird ein Leitbild „Gemeinde der Zukunft“ erarbeitet. Ziel dieser Reform ist es, zukunftsfähige Gemeinde- und Ämterstrukturen zu schaffen, damit die Kommunen des Landes auch weiterhin in die Lage versetzt werden, ihre Selbstverwaltungsaufgaben unter den sich wandelnden Rahmenbedingungen effizient und bürgernah erfüllen zu können.

Vor der Einleitung einer gesetzlichen Gemeindegebietsreform soll eine Freiwilligkeitsphase aktiv durch die Landesregierung begleitet werden. Insgesamt soll der Dialog mit den Kommunen zu einer Reform führen, aufgrund derer die Kommunalwahlen im Jahr 2019 bereits in neuen Strukturen erfolgen können.

2.6.2 Verwaltungsmodernisierung in der Landesverwaltung

2.6.2.1 Reform der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern

Die öffentliche Verwaltung schöpft ihre Leistungsfähigkeit aufgrund der bestehenden Strukturen noch nicht aus. Das soll in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft einfacher und besser werden. Zielstellung ist weniger Bürokratie, mehr Leistungsfähigkeit des Personals und der Organisation sowie kostengünstige Aufgabenerledigung. Die Modernisierung der Verwaltung ist ein wichtiger Teil der Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Nach dem die Neuorganisation der Landesverwaltung weit vorangeschritten ist, leistet nunmehr die Optimierung von Verwaltungsprozessen einen wichtigen Beitrag dazu, z. B. die Einführung der elektronischen Akte im Bereich der Landesregierung (DOMEA), die Errichtung einer zentralen Stelle für die Bearbeitung von Fördermittelanträgen beim Landesförderinstitut (LFI), die Zusammenführung der Einzelbibliotheken der Ministerien bei der Landesbibliothek sowie die Schaffung einer zentralen Reisekostenstelle.

Weitere wichtige aktuelle Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung sind u. a. die Deregulierung und der Bürokratieabbau unter Leitung der Deregulierungsstelle und Mitwirkung der IMAG "Deregulierung & Bürokratieabbau" sowie die Modernisierung des Haushaltsverfahrens. Desweiteren sollen mit der Einführung des Verfahrens „BEATA“ im Landesbesoldungsamt Prozesse optimiert werden, insbesondere durch Einführung einer elektronischen Zahlfallakte, durch Optimierung des Workflow in der Sachbearbeitung, durch Herstellen von Schnittstellen zu bereits eingeführten einheitlichen IT-Verfahren in der Landesverwaltung sowie durch Einführung einer zeitgemäßen Langzeitarchivierung. Die Polizei strebt mit dem Projekt „IT-gestütztes Bedarfsmanagement“ eine Optimierung der Beschaffungsprozesse und der Bestandsverwaltung einschl. des Bestandsnachweises nach § 73 LHO M-V an. Gleichzeitig wird unter Berücksichtigung der Komplexität einzelner

Verwaltungsprozesse das Ziel der Zusammenführung einzelner Fachverfahren angestrebt. Die Verbindung des Vermögensnachweises mit der Anlagenbuchhaltung der Kosten- und Leistungsrechnung und die Einführung der IT-Bestandsverwaltung auf Landesebene tragen diesem ebenfalls Rechnung.

Die demografischen und die finanziellen Entwicklungen in den nächsten Jahren lassen keine Alternative zu einer kontinuierlichen Modernisierung der Verwaltung zu. Nur auf diesem Wege kann Mecklenburg-Vorpommern in die Lage versetzt werden, seine künftigen Herausforderungen zu bestehen.

2.6.2.2 Kosten- und Leistungsrechnung / Produkthaushalt

Unter dem Gesichtspunkt der immer knapper werdenden Haushaltsmittel und dem gleichzeitigen Ziel der Steigerung der Effizienz und der Effektivität des Handelns der Verwaltung wird seit dem Jahr 2004 die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) als Instrument zur Modernisierung der Verwaltungssteuerung in den oberen und unteren Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingeführt. Diese Maßnahmen reißen sich in zahlreiche bundesweite Projekte zur Haushaltsmodernisierung ein. Eine reine inputorientierte Betrachtung in Form der Haushaltsmittelbereitstellung soll durch die ergebnisorientierte Betrachtung (Wofür werden die Mittel bereitgestellt?) erweitert werden. Mit der Ergänzung der Einnahmen und Ausgaben durch Leistungs- und Qualitätskennzahlen sowie einer besseren Transparenz der Verwaltungstätigkeit wird es möglich, die Haushalts- und Finanzpolitik stärker am wirtschaftlichen Handeln auszurichten.

Der KLR-Lenkungsausschuss, der aus den Staatssekretären aller Ressorts sowie dem Präsidenten des Landesrechnungshofs und den Personalvertretungen der Landesverwaltung besteht, hat eine Umstellung der Haushaltsdarstellung und -planung auf einen Produkthaushalt aufgrund unzureichender Erfahrungen und der zu erwartenden Kosten zurückgestellt. Dennoch soll der Prozess der Haushaltsmodernisierung vorangetrieben werden. Im Haushaltsplan werden die Ergebnisse aus der KLR in Form der Leistungs- und Kostenkennzahlen dargestellt und durch Planwerte ergänzt. Gleichzeitig wird die Pilotierung eines Produkthaushalts modellhaft an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow fortgesetzt. Im Bereich des Justizvollzuges wurde auf Basis der KLR die Balanced Scorecard (BSC) als weitergehendes strategisches Führungsinstrument eingeführt.

Die Einführung der KLR in den oberen und unteren Behörden des Landes Mecklenburg-Vorpommern soll entsprechend dem aktuellen Zeitplan bis 2014 abgeschlossen werden. Noch in dieser Legislaturperiode ist eine Evaluierung der Landes-KLR im Hinblick auf eine stärkere Einbindung der Ergebnisse in die Führungs- und Entscheidungsprozesse vorgesehen.

3. Ergebnisse der mittelfristigen Finanzplanung im Überblick

3.1 Umsetzung der finanzpolitischen Zielsetzungen der Landesregierung

Der Finanzplan wird in der Tabelle „Gesamtübersicht über den Finanzplan 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016“ in zusammengefasster Form dargestellt (Anlage 5). Das Basisjahr entspricht dem Haushaltsplan 2011⁷. Die wichtigsten Kennzahlen sind in den nachfolgenden Übersichten zusammengefasst:

3.1.1 Haushaltsausgleich und Netto-Tilgungen

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 wird die bereits mit dem Nachtragshaushalt 2007 eingeleitete Aufstellung ausgeglichener Haushalte ohne neue Schulden konsequent fortgesetzt. Damit gehört Mecklenburg-Vorpommern neben Bayern und Sachsen zu den ersten Ländern, die dieses finanzpolitisch vordringliche Ziel bereits umsetzen konnten. Die Vermeidung neuer Schulden ist ein wichtiger Schritt für die langfristige Tragfähigkeit des Landeshaushalts und sichert dauerhaft politische Gestaltungsmöglichkeiten.

Allerdings muss auf eine planmäßige Tilgung verzichtet werden. Dies bedeutet im Hinblick auf den weiter voran schreitenden Bevölkerungsrückgang ein Ansteigen der Pro-Kopf-Verschuldung. In den Finanzplanjahren ab 2014 verbleibt zudem ein Handlungsbedarf, der noch der Auflösung bedarf.

An der Zielstellung, Netto-Tilgungen zumindest in dem Umfang zu leisten, dass die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht weiter ansteigt, ist gleichwohl – jedenfalls langfristig - unbedingt festzuhalten, da sonst die Schuldenlasten von immer weniger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu tragen wären. Dazu sollen Überschüsse, die in der Bewirtschaftung erzielt werden, vorrangig zur Netto-Tilgung eingesetzt werden. Aus dem Überschuss 2011 ist eine Reduzierung der Schulden des Landes um 100 Mio. € erfolgt. Damit kann sichergestellt werden, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in 2011 nicht angestiegen ist.

3.1.2 Gesamtausgaben

Gesamtausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Gesamtausgaben	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.230,7	7.207,3	7.191,8
Veränderungsrate zum Vorjahr in %		2,9%	-0,5%	0,7%	-0,3%	-0,2%
darunter:						
bereinigte Gesamtausgaben	7.006,5	7.206,9	7.166,1	7.212,3	7.183,8	7.163,3
bereinigte laufende Ausgaben	5.802,9	5.985,1	6.052,0	6.125,1	6.147,4	6.183,7

⁷ Vgl. Hinweis unter Ziffer 1.3

Bei den Gesamtausgaben müssen für das Jahr 2012 zum Zweck der Vergleichbarkeit die Zuführungen an den kommunalen Kofinanzierungsfonds (50 Mio. €) und an das Sondervermögen kommunaler Konsolidierungsfonds (100 Mio. €) als Einmaleffekte bereinigt werden. Demnach steigen die Gesamtausgaben bis 2014 zunächst an und fallen dann wieder. Insgesamt ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Der Anstieg der Gesamtausgaben im Planungszeitraum beruht im Wesentlichen auf Steigerungen bei den bereinigten laufenden Ausgaben. Ursächlich hierfür sind vor allem steigende Ausgaben beim kommunalen Finanzausgleich (+52 Mio. €), beim Personal (+186 Mio. €) und bei den Ausgaben für die soziale Sicherung (+125 Mio. €). Allein hieraus resultieren Mehrausgaben in 2016 gegenüber 2011 in Höhe von rund 363 Mio. €. Im mittelfristigen Bereich ist zudem zur Abfederung von erkennbaren Haushaltsrisiken, insbesondere im Zusammenhang mit der neuen EU-Förderperiode ab 2014, ein Vorsorgebetrag veranschlagt.

Den zuvor dargestellten Mehrausgaben stehen im laufenden Bereich lediglich Minderausgaben in Höhe von rund 36 Mio. € bei den sonstigen Sach- und Fachausgaben und Minderausgaben bei den Zinsen aufgrund des günstigen Zinsniveaus gegenüber. Der Großteil des Ausgleichs wurde im Bereich der investiven Ausgaben erbracht (224 Mio. €). Der Ausgabenrückgang bei den Investitionen ist hauptsächlich auf den Wegfall von Drittmitteln (EU und Bund) zurückzuführen.

3.1.3 Haushaltsstruktur / Quoten

Finanzwirtschaftliche Quoten können lediglich als Anhaltspunkte zur Bewertung der Lage der Finanzen des Landes dienen, nicht aber als Grundlage für haushaltspolitische Entscheidungen herangezogen werden. Vor allem sind Ländervergleiche wegen unterschiedlicher Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen nur begrenzt aussagekräftig. Die finanzwirtschaftlichen Quoten werden trotzdem ausgewiesen, da sie in der finanzpolitischen Diskussion immer wieder eine Rolle spielen. Bei der Interpretation der im Folgenden dargestellten Quoten muss die eingeschränkte Aussagekraft berücksichtigt werden.

Haushaltsquoten	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
in %						
Investitionen						
- Finanzplan 2011 bis 2015	17,2%	17,0%	15,5%	15,1%	14,4%	13,7%
- Finanzplan alt		16,5%	15,7%	15,6%		
Personalausgaben						
- Finanzplan 2011 bis 2015	24,3%	24,6%	25,3%	25,6%	26,0%	26,4%
- Finanzplan alt		24,8%	25,0%	25,3%		
Steuerdeckungsquote						
- Finanzplan 2011 bis 2015	56,1%	61,6%	64,3%	66,0%	67,7%	69,3%
- Finanzplan alt		57,6%	59,3%	61,7%		

Die Investitionsquote liegt im Jahr 2012 mit 17,0 % noch über dem Wert der alten Finanzplanung. In den Folgejahren geht die Investitionsquote kontinuierlich leicht bis auf 13,7 % in 2016 zurück. Der Rückgang ist eine zwangsläufige Folge der Tatsache, dass Mecklenburg-Vorpommern zur Zeit noch ein im Vergleich zu westdeutschen Ländern erheblich höheres Investitionsvolumen aufweist. Eine Anpassung der Investitionsausgaben an das Niveau der FFW ist wegen des Rückgangs der Solidarpakt- und EU-Mittel unumgänglich.

Die Personalausgabenquote liegt in 2012 geringfügig unter dem Niveau des alten Finanzplans. Danach steigt sie im gesamten Zeitraum im neuen Finanzplan leicht an. Hier wirken zwei gegenläufige Entwicklungen. Die Maßnahmen zum Stellenabbau aus dem Personalkonzept 2004 und dessen Fortschreibung 2010 sowie der grundsätzliche Verzicht auf externe Neueinstellungen wirken sich begrenzend aus. Dagegen stehen Mehrbedarfe aufgrund der Tarifabschlüsse für die Zeit bis zum 31. Dezember 2012 sowie im Bereich der Schulen. Sowohl die Tarifabschlüsse als auch die zusätzlichen Ausgaben für Lehrer wirken in den Folgejahren niveauerhöhend. Im Ergebnis führen diese Effekte zu einem spürbaren Anstieg der Personalausgabenquote von 24,3 % in 2011 auf 26,4 % in 2016.

Die Steuerdeckungsquote gibt Aufschluss darüber, in welchem Maße die Einnahmen aus Steuern, LFA und allgemeinen BEZ (allgBEZ) sowie der Kfz-Steuer-Kompensationszahlungen zur Finanzierung der bereinigten Gesamtausgaben dienen. Diese Einnahmen stehen dem Land langfristig zur Verfügung. Mecklenburg-Vorpommern muss daher einen schrittweise zunehmenden Anteil seiner Ausgaben aus diesen Einnahmen finanzieren, wenn das Land finanziell auch nach 2019 auf eigenen Beinen stehen will. Ein Indikator, dass dieses Ziel erreicht werden kann, ist die von 56,1 % in 2011 auf 69,3 % in 2016 stetig steigende Steuerdeckungsquote.

Die früher dargestellte Kreditfinanzierungsquote ist in der obigen Übersicht nicht mehr aufgeführt, da sie in allen Jahren null ist.

3.1.4 Strukturelles Defizit

Eine weitere finanzpolitische Zielstellung ist die nachhaltige und durchgreifende Verbesserung der Haushaltsstruktur.

Ein wesentlicher Indikator dafür ist der Saldo im laufenden Haushalt: Zunächst müssen die laufenden Einnahmen ausreichen, um die laufenden Ausgaben zu finanzieren. Zusätzlich muss ein Überschuss zur Finanzierung von Investitionen erwirtschaftet werden.

Überschreitungen der laufenden Ausgaben gegenüber den laufenden Einnahmen werden bundesweit als strukturelles Defizit⁸ bezeichnet und erfordern in aller Regel einen Ausgleich durch Kreditaufnahme. Sie sind daher finanzpolitisch höchst bedenklich und allenfalls im Falle umfänglicher unvorhersehbarer Einnahmeausfälle vorübergehend hinnehmbar. Mittel- und langfristig muss alles daran gesetzt werden, die laufenden Ausgaben unter die laufenden Einnahmen abzusenken. Anderenfalls droht finanzpolitische Handlungsunfähigkeit.

Auf dem Weg, das strukturelle Defizit abzubauen und mittelfristig in einen Überschuss überzuleiten, war Mecklenburg-Vorpommern zunächst ein gutes Stück vorangekommen. So konnten in den Jahren 2007 und 2008 im Ist bereits Überschüsse erzielt werden. In den Jahren 2009 und 2010 entstanden jedoch aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise jeweils erneut strukturelle Defizite.

Strukturelles Defizit	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Laufende Einnahmen	6.039	6.414	6.533	6.613	6.632	6.643
Abzug 85 % der SoBEZ	719	650	586	517	453	385
Um SoBEZ bereinigte laufende Einnahmen	5.320	5.763	5.947	6.095	6.179	6.258
Abzüglich bereinigte laufende Ausgaben	5.803	5.985	6.052	6.125	6.147	6.184
Strukturelles Defizit im laufenden Haushalt	-483	-222	-105	-30	31	75

Das strukturelle Defizit geht aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen der Landesregierung in den Haushaltsplanjahren deutlich zurück. In den Finanzplanjahren 2014 und 2015 sowie in der Fortschreibung für 2016 wird diese Verbesserung weiter fortgeführt. Dabei wird das strukturelle Defizit nach Plan bereits in 2015 in einen strukturellen Überschuss übergehen.

Der angestrebte Überschuss im laufenden Haushalt ist für die Entwicklung des Landes unverzichtbar. Denn spätestens ab 2020 müssen auch die eigenfinanzierten Investitionen des Landes aus Überschüssen der laufenden Rechnung (laufende Einnahmen minus laufende Ausgaben) in Höhe von rund 350 Mio. € finanziert werden. Damit würde Mecklenburg-Vorpommern in etwa das Niveau der Eigeninvestitionen der FFW erreichen. Das heißt, das derzeit noch bestehende strukturelle Defizit muss bis 2020 schrittweise

⁸ Das strukturelle Defizit bedarf in den neuen Ländern einer Relativierung: Mecklenburg-Vorpommern erhält ab 2009 jährlich um rund 80 Mio. € rückläufige SoBEZ zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten als Teil des Solidarpakts II (bis 2008 waren es rund 1,1 Mrd. €). Erfahrungsgemäß werden rund 15 % der SoBEZ für die Verbesserung der Kommunalen Finanzkraft und rund 85 % für Infrastrukturinvestitionen eingesetzt. Haushaltstechnisch werden die SoBEZ im Landeshaushalt aber vollständig als allgemeine laufende Einnahmen veranschlagt. Nur deshalb weist der laufende Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern einen deutlichen Überschuss aus. Zum Verständnis der realen Finanzlage müssen die für Infrastrukturinvestitionen zugewiesenen Einnahmen von der Summe der laufenden Einnahmen abgesetzt werden. Bei einer solchen Betrachtungsweise werden die bestehenden strukturellen Probleme des Landeshaushalts sichtbar.

in einen deutlichen Überschuss des laufenden Haushalts übergeleitet werden.

3.2 Handlungsbedarfe

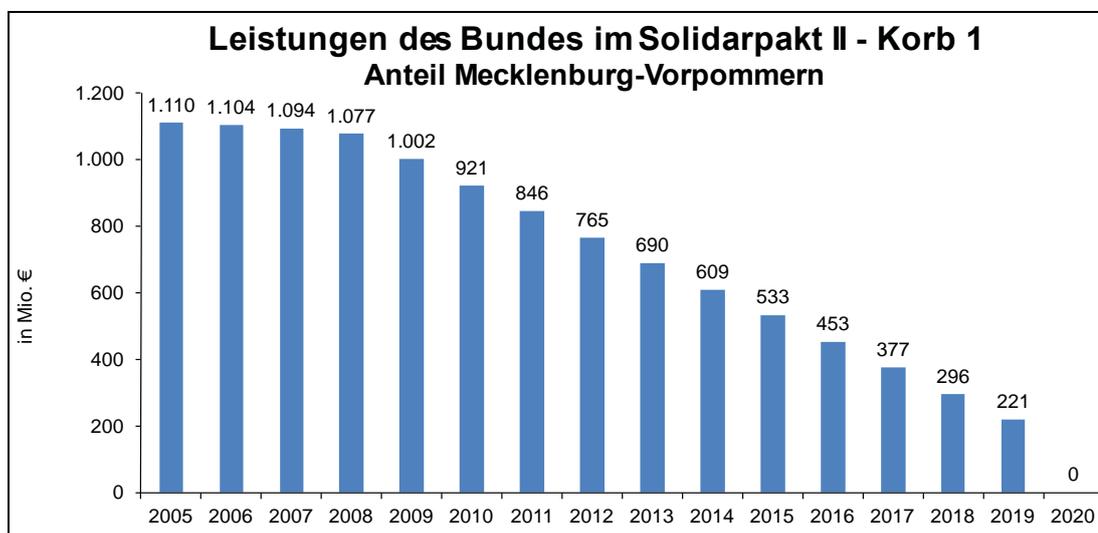
Die in den Haushaltsverhandlungen bisher nicht aufgelösten Handlungsbedarfe belaufen sich auf 46,3 Mio. € im Jahr 2014, auf 57,3 Mio. € im Jahr 2015 und auf 78,8 Mio. € im Jahr 2016 (siehe Tz. 3.1.1)

Die ab 2014 ausgewiesenen Handlungsbedarfe müssen für den Fall, dass die mit der November-Steuerschätzung 2011 prognostizierten Steuereinnahmen nicht überschritten werden, durch weitere - insbesondere strukturelle - Konsolidierungsmaßnahmen aufgelöst und bei der Aufstellung der nächsten Haushaltsplan-Entwürfe abgebaut werden. An dem finanzpolitischen Ziel, ausgeglichene Haushalte vorzulegen, soll weiterhin festgehalten werden. Die Landesregierung wird sich rechtzeitig vor Aufstellung des Doppelhaushaltes 2014/2015 über die erforderlichen Maßnahmen verständigen.

Das bedeutet, dass die jetzt bei einzelnen Titeln ausgewiesenen Finanzplanraten bei den künftigen Planungen möglicherweise nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden können, sondern insoweit unter Vorbehalt stehen.

3.3 Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen

Die neuen Länder erhalten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft. Diese Mittelzuweisungen sind degressiv gestaltet und schmelzen ab 2009 um jährlich rund 80 Mio. €. Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über diese SoBEZ, die Mecklenburg-Vorpommern bis 2019 zufließen werden:



Über die zweckentsprechende Verwendung der Mittel ist jährlich in den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ Nachweis zu führen. Mecklenburg-Vorpommern weist für das Jahr 2010 eine mehr als vollständige zweckentsprechende SoBEZ-Verwendung nach. Im Folgenden wird anhand

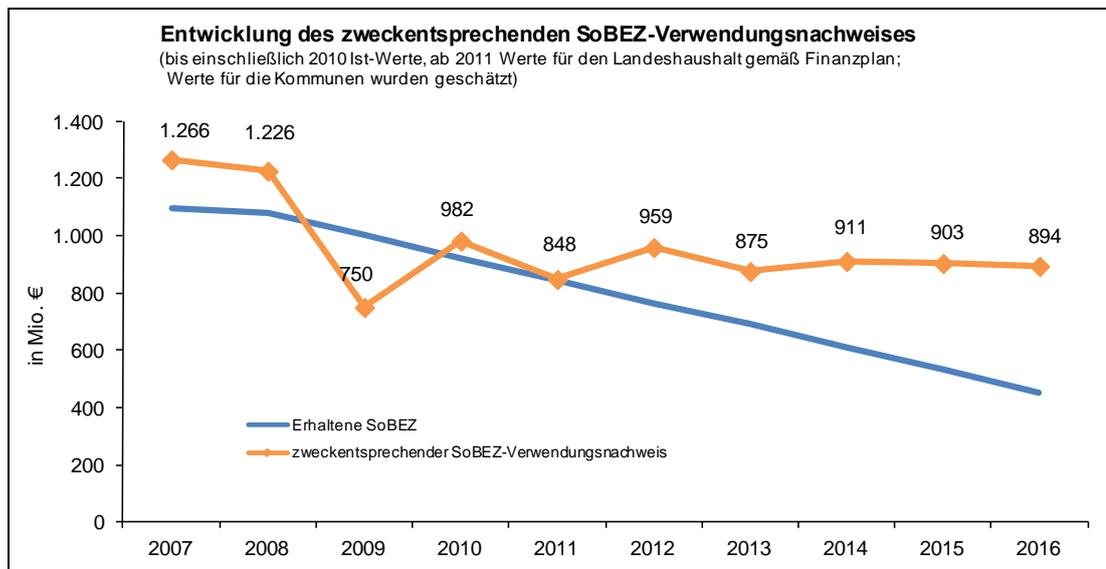
- des Haushaltsplans 2011,
- der geplanten Ansätze für die Haushaltsjahre 2012/2013, die Finanzplanung bis 2015 einschließlich der Fortschreibung für 2016 und
- von Schätzungen zur Entwicklung der kommunalen Investitionen sowie zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft

eine Prognose zum voraussichtlichen Nachweis der Verwendung der SoBEZ abgeleitet. Diese ist naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet, da der Nachweis auf der Grundlage der jeweiligen Ist-Zahlen der Jahre erstellt wird. Zudem haben die kommunalen Investitionen und die Finanzlage der Kommunen einen erheblichen Einfluss auf den SoBEZ-Nachweis; eine zuverlässige langfristige Prognose ist hier schwierig.

Prognose der Verwendung der SoBEZ	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Infrastrukturinvestitionen Land / Kommunen	688	799	715	751	743	734
Verbesserung der kommunalen Finanzkraft	160	160	160	160	160	160
Verwendung SoBEZ	848	959	875	911	903	894
Erhaltene SoBEZ	846	765	690	609	533	453
Differenz SoBEZ-Verwendung	+2	+194	+186	+302	+370	+441
Verwendungsquote	100%	125%	127%	150%	169%	198%

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der SoBEZ wird nach den Annahmen der Prognose auch in allen Jahren des Finanzplanzeitraums vollständig gelingen. Die zur Verbesserung der kommunalen Finanzkraft einzusetzenden SoBEZ werden voraussichtlich konstant bleiben, während die durch SoBEZ finanzierten Infrastrukturinvestitionen mittel- und langfristig insgesamt weiter sinken werden. Der jährliche Rückgang der SoBEZ ist jedoch höher als die Rückgänge im Bereich der Infrastrukturinvestitionen. Daher steigen zum Ende der aktuellen Finanzplanperiode die Nachweisquoten deutlich an.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Höhe der SoBEZ für Mecklenburg-Vorpommern und im Vergleich dazu die Höhe der prognostizierten zweckentsprechenden Verwendung dieser Mittel bis zum Jahr 2016.



Ziel ist es, die zweckentsprechende Verwendung der Gesamtsumme der erhaltenen SoBEZ im Gesamtzeitraum bis 2019 nachzuweisen. Bereits kleinere Schwankungen beim Investitionsniveau oder aber eine Verschlechterung der Finanzlage des Landes und seiner Kommunen könnte den vollständigen Nachweis der zweckentsprechenden SoBEZ-Verwendung jedoch gefährden.

3.4 Bewertung und Ausblick

Mit den haushaltspolitischen Entscheidungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 und zur Finanzplanung 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 wurden alle wesentlichen Vorgaben aus der Koalitionsvereinbarung umgesetzt. Damit wird die konsequente Finanzpolitik der Landesregierung fortgesetzt.

Neue Schulden werden nicht aufgenommen. Auch kann auf Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage zum Zwecke der Finanzierung eines strukturellen Defizits verzichtet werden. Daher wird planmäßig dauerhaft ein Rücklagenvolumen in Höhe von 500 Mio. € zum Ausgleich konjunktureller Einnahmeschwankungen zur Verfügung stehen.

Grundlage dieses Ergebnisses ist eine restriktive Veranschlagung und die Orientierung der Ansätze an den Vorgaben der MFP 2009 bis 2013. Die weitere Umsetzung des Personalkonzepts 2010 wirkt entlastend auf die Entwicklung der laufenden Ausgaben. Es besteht kein Anlass, vom festgelegten Konsolidierungskurs abzuweichen. Das Ziel, das strukturelle Defizit schrittweise in einen Überschuss überzuleiten, muss beibehalten werden.

Die Landesregierung setzt mit dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 erneut politische Schwerpunkte. Im Bereich der Förderung von Kindern wird die Absenkung der Elternbeiträge ebenso auf den Weg gebracht, wie die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation ab dem Schul-

jahresbeginn 2013/2014. Mit der Veranschlagung des kommunalen Haushaltskonsolidierungsfonds und des kommunalen Kofinanzierungsfonds wird das Land seiner finanziellen Verantwortung gegenüber seinen Kommunen in besonderem Maße gerecht. Zudem wird das Thema Mindestlohn mit dem vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 und der Finanzplanung 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 etatisiert. Zukünftig soll bei allen öffentlichen Auftragsvergaben in Landeshoheit die Zahlung eines Mindestlohns von 8,50 € pro Stunde zur Bedingung gemacht werden. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer soll zum 1. Juli 2012 in Kraft treten und zur Stärkung der Einnahmebasis der öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und des Landeshaushalts Mecklenburg-Vorpommern im Besonderen dienen.

In den Finanzplanjahren 2014 und 2015 einschließlich der Fortschreibung für 2016 muss ein Handlungsbedarf ausgewiesen werden. Das heißt, ein ausgeglichener Haushalt wird in diesen Jahren nur erreicht werden können, wenn sich entweder die Einnahmen besser entwickeln als angenommen oder aber weitere Konsolidierungsbemühungen zu einer Verringerung der Ausgaben führen.

Die Haushalte 2012 und 2013 sowie der Finanzplan 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 sind auch angesichts des geplanten mittelfristigen Verzichts auf Tilgungen mit Risiken verbunden, die negativen Einfluss auf die Haushaltsbewirtschaftung sowie künftige Haushaltsplanungen haben können:

- Im Falle einer gegenüber den Annahmen weiteren Verschlechterung der konjunkturellen Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die europäische Staatsschuldenkrise, besteht das Risiko geringerer Steuereinnahmen.
- Auch angesichts eines derzeit niedrigen Zinsniveaus besteht die Gefahr weiterer Zuwächse bei den Zinsausgaben. Die Anzeichen häufen sich, dass die Staatsschuldenkrise den Zugang öffentlicher Kreditnehmer zum Kapitalmarkt weiter erschwert. In der Folge müssten höhere Zinsen gezahlt werden, um Liquidität zu sichern.
- Die Bewirtschaftung der EU-Mittel verursacht einen erheblichen Kontrollaufwand. Risiken für den Landeshaushalt bestehen in möglichen Anlastungen.
- Die derzeit laufenden Verhandlungen der Länder mit dem Bund zur Höhe der zukünftigen Mittel nach dem Entflechtungsgesetz bergen das Risiko einer Verschlechterung der Einnahmesituation des Landes ab 2014.

4. Einnahmen und Ausgaben nach Arten

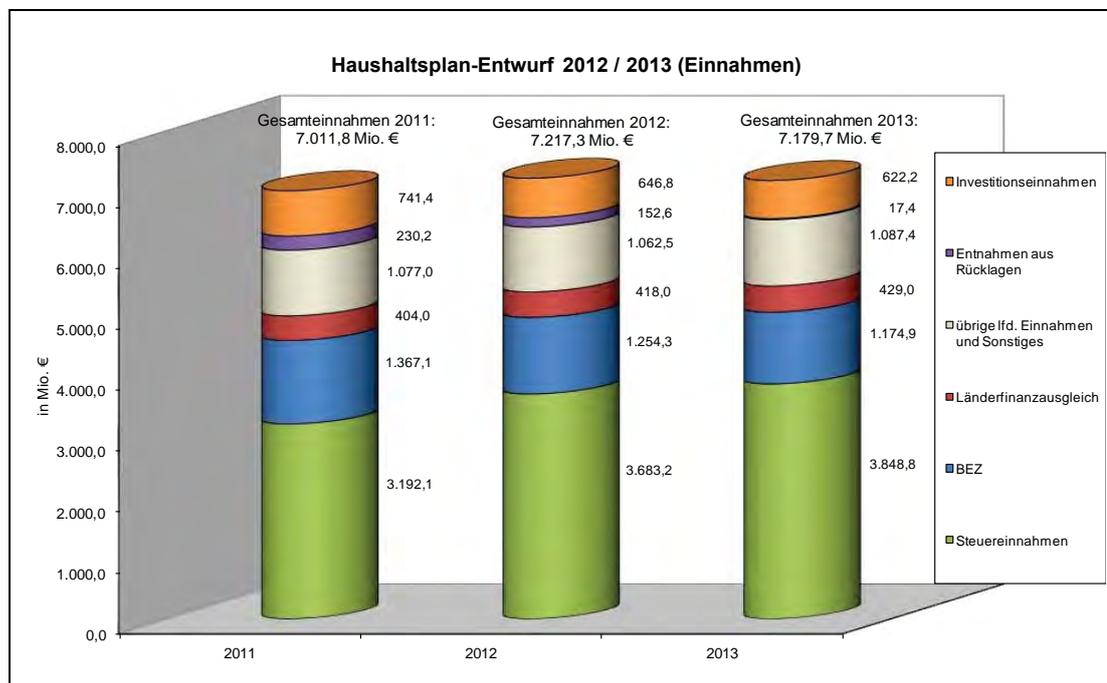
Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben beginnend mit dem Jahr 2002 zeigt die Anlage 16. Für den aktuellen Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015 einschließlich der Fortschreibung für 2016 enthält der folgende Abschnitt nähere Ausführungen.

4.1 Einnahmen

Die Einnahmen des Landes setzen sich zusammen aus den eigenen Steuereinnahmen und den steuerähnlichen Abgaben, dem bundesstaatlichen Finanzausgleich, den Verwaltungseinnahmen und den Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen sowohl für laufende als auch für investive Zwecke.

Je nach Haushaltslage können z. B. auch Entnahmen aus Rücklagen bzw. Sondervermögen, haushaltstechnische Verrechnungen und gegebenenfalls eine zum Haushaltsausgleich notwendige Netto-Kreditaufnahme als Einnahme im Haushaltsplan ausgewiesen werden.

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Zusammensetzung der Einnahmen des Jahres 2011 sowie der Haushaltsplanjahre 2012/2013:



4.1.1 Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Das dem Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 und dem Finanzplan 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 zugrunde liegende regionalisierte Ergebnis der November-Steuerschätzung aus Steuern, LFA und BEZ weist für 2012 bis 2016 sowohl im Vergleich zu der bisherigen Finanzplanung als auch zu den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2011 in allen Jahren zum Teil deutliche Mehreinnahmen aus. Das dargestellte Ergebnis enthält bereits die für Mecklenburg-Vorpommern erforderlichen Korrekturen (für den weiteren Bevölkerungsrückgang, die wachsende kommunale Realsteuerkraft, Steuerrechtsänderungen und eine Vorsorge für Konjunkturlenkungen).

Mit der Vorlage des Entwurfs der Bundesregierung vom 5. Dezember 2011 für ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression konkretisiert sich ein weiteres steuerliches Risiko (Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens geplant bis Mai 2012). Sollte das Gesetz beschlossen werden, wäre mit Mindereinnahmen (Gesamtwirkung auf Landeshaushalt einschließlich KFA) von -7 Mio. € in 2013, -23 Mio. € in 2014 und rund -27 Mio. € ab 2015 zu rechnen. Es wird davon abgesehen, die Steuereinnahmen des Landes bereits jetzt um einen entsprechenden Betrag weiter nach unten zu korrigieren. Dies zum einen deshalb, weil mit einem pauschalen Abschlag für die konjunkturelle Vorsorge explizit auch auf die Diskussion zu Steuerentlastungen reagiert wurde. Zum anderen aber auch, weil der Gesetzesentwurf der Bundesregierung nach derzeitiger Erkenntnis von der Mehrheit der Länder abgelehnt werden wird.

Die Gesamtsumme der BEZ wird durch Rückgang der SoBEZ um jährlich rund 80 Mio. € langfristig immer weiter sinken.

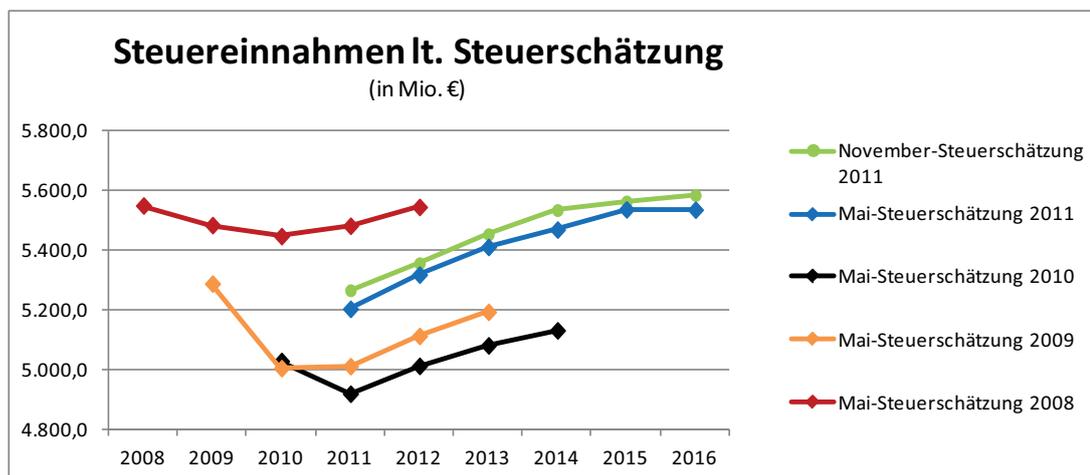
Die folgende Tabelle zeigt die zahlenmäßige Entwicklung der Steuern insgesamt sowie einzelner Steuerarten, des LFA und der BEZ:

Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum		Fort- schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Steuern	3.192,1	3.683,2	3.848,8	3.990,1	4.093,1	4.195,8
davon:						
Lohn- u. Einkommensteuer	598,0	809,0	875,0	935,0	983,0	1.028,0
Steuern vom Umsatz	2.384,4	2.587,7	2.657,2	2.724,4	2.767,3	2.813,8
Körperschaftsteuer	15,0	59,0	66,0	74,0	80,0	85,0
Kraftfahrzeugsteuer	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grunderwerbsteuer	74,0	107,8	128,9	131,0	133,1	135,3
Sonstige Gemeinschafts- und Landessteuern	120,7	119,7	121,7	125,7	129,7	133,7
LFA	404,0	418,0	429,0	420,0	414,0	407,0
BEZ	1.367,1	1.254,3	1.174,9	1.123,4	1.055,0	981,2
davon:						
SoBEZ	845,8	765,0	689,6	608,7	533,3	452,5
BEZ wegen Kosten politischer Führung	61,4	61,4	61,4	61,4	61,4	61,4
allgemeine BEZ	169,0	174,0	170,0	187,0	194,0	201,0
SoBEZ Ausgleich der struk- turellen Arbeitslosigkeit*	128,0	90,9	90,9	103,3	103,3	103,3
Kompensationszahlungen zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus Kraftfahrzeugsteuer und LKW-Maut	163,0	163,0	163,0	163,0	163,0	163,0
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	4.963,2	5.355,5	5.452,7	5.533,5	5.562,1	5.584,0
Finanzplan alt		5.112,4	5.193,0			
Differenz zur MFP alt		243,0	259,6			

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Einnahmen ist der stetige Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern. Die Finanzausstattung bemisst sich vorrangig nach der Einwohnerzahl des Landes. Dies folgt aus den Regeln des Länderfinanzausgleichgesetzes. Mit jedem Einwohner weniger vermindert sich die Finanzausstattung. Wegen des Bevölkerungsrückgangs verliert Mecklenburg-Vorpommern zurzeit pro Jahr Einnahmen in Höhe von ca. 32 Mio. €. Diese Entwicklung lässt sich nur marginal beeinflussen. Deshalb muss die Anpassung der Ausgaben an die Höhe der Einnahmen auch weiterhin grundlegende finanzpolitische Priorität haben.

Ein vorrangiges Ziel der Landesregierung muss es daher sein, dem weiteren Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken und die Wirtschaftskraft des Landes weiter zu steigern, um so eine Stärkung der eigenen Steuerquellen zu erreichen.

Auch wenn die November-Steuerschätzung 2011 erneut Steigerungen bei den Steuereinnahmen gegenüber der vorangegangenen Mai-Steuerschätzung 2011 prognostiziert, ist auffällig, dass die ursprünglichen Erwartungen der Mai-Steuerschätzung 2008 (vor der Wirtschafts- und Finanzkrise) und deren weitere Tendenz bei weitem noch nicht wieder erreicht worden sind.



4.1.2 Übrige laufende Einnahmen

Unter die übrigen laufenden Einnahmen fallen neben den Verwaltungseinnahmen auch die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse. Die Entwicklung der übrigen laufenden Einnahmen im Landeshaushalt Mecklenburg-Vorpommerns stellt sich bis zum Jahr 2016 wie folgt dar:

Übrige laufende Einnahmen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	1.075,6	1.058,1	1.080,8	1.079,4	1.070,0	1.059,0
Finanzplan alt		986,8	979,6			
Differenz zur MFP alt		71,3	101,2			

Der Großteil der Verwaltungseinnahmen wird von den Finanz- und Polizeibehörden und ähnlichen Landesbehörden und Landesämtern, aber auch von Gerichten und Grundbuchämtern erwirtschaftet. Ferner sind u. a. auch umfangreiche Einnahmen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes z. B. bei Lotto und Toto oder aus Darlehensrückflüssen bzw. hiermit im Zusammenhang stehenden Zinsen im Landeshaushalt veranschlagt. Die Verwaltungseinnahmen insgesamt erreichen 2012 eine Höhe von 253,7 Mio. € und 2013 ein Volumen von 242,5 Mio. €. Für die zwei folgenden Finanzplanjahre 2014 und 2015 sind Werte von 240,1 Mio. € und 249,3 Mio. € sowie für die Fortschreibung 2016 ein Wert von 245,7 Mio. € veranschlagt. Insgesamt liegen die Verwaltungseinnahmen unter den Werten der alten Finanzplanung. Dabei steht u. a. der Erhöhung der Bürgerschaftsentgelte aufgrund der Bruttoveranschlagung (+6,0 Mio. €) eine Verminderung aufgrund gruppierungstechnischer Umbuchungen von der Hauptgruppe 1 in die Gruppe 099 (Wasser/Abwasser: -12,2 Mio. €) entgegen.

Die Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen umfassen vor allem die Erstattungen und sonstige Kostenbeiträge im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen den verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Bereichs. Daneben enthalten sie auch

die laufenden Zuschüsse des Bundes (z. B. Zuschüsse nach dem Regionalisierungsgesetz zur Förderung des öffentlichen Personen- bzw. Schienenverkehrs) oder der EU (z. B. aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF)) für konsumtive Landesausgaben.

Für den Bereich der Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen zeigt sich bis 2016 folgendes Bild:

Einnahmen aus laufenden Zuweisungen und Zuschüssen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	809,2	790,7	824,6	825,4	807,0	799,6
Finanzplan alt		723,6	727,7			
Differenz zur MFP alt		67,1	96,9			

Der Anstieg gegenüber der alten Finanzplanung beruht u. a. auf höheren Einnahmen in folgenden Bereichen:

- Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Hochschulpaktes 2020,
- Zuweisungen des Bundes im Bereich des Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie
- Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft sowie der Grundsicherung

Rückgänge gegenüber der alten Finanzplanung ergeben sich insbesondere bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Länder für die zentrale Auslandsrentnerbesteuerung in Neubrandenburg.

4.1.3 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen

Den Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden alle Einnahmen des Landes zugerechnet, die der Finanzierung von investiven Maßnahmen dienen, z. B. Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichem und unbeweglichem Vermögen und Investitionsfördermaßnahmen.

Diese Zuweisungen und Zuschüsse entwickeln sich im gesamten Finanzplanzeitraum wie folgt:

Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	741,4	646,8	622,2	560,1	508,9	461,5
Finanzplan alt		690,1	603,3			
Differenz zur MFP alt		-43,3	18,9			

Der Rückgang im Jahr 2012 sowie der Anstieg im Jahr 2013 gegenüber der alten Finanzplanung ist im Wesentlichen auf Korrekturen bzgl. der Erwartun-

gen bei den EU-Einnahmen aus der Förderperiode 2000 bis 2006 (Restzahlungen) zurückzuführen.

Der Großteil der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Mecklenburg-Vorpommern erfolgt von Seiten des Bundes und der EU. Diese Einnahmepositionen sind in den Ziffern 4.1.4 und 4.1.5 näher erläutert.

4.1.4 Einnahmen vom Bund

Die Einnahmen vom Bund für laufende und investive Zwecke stellen aufgrund ihres beträchtlichen Umfangs eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes dar. Die Spanne der Einnahmen vom Bund umfasst:

- BEZ,
- Zweckzuweisungen für laufende Zwecke und
- Zweckzuweisungen für investive Zwecke.

Die BEZ setzen sich zusammen aus

- allgBEZ,
- BEZ wegen Kosten der politischen Führung (PolBEZ),
- SoBEZ zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten,
- SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und die
- Kompensationszahlungen für die Kfz-Steuer und LKW-Maut.

Zu den Zweckzuweisungen für laufende Zwecke gehören beispielsweise

- Bundesanteile zum Wohngeld,
- Zuweisungen des Bundes für die Kosten der Unterkunft,
- Zuweisungen des Bundes für die Grundsicherung,
- Bundesanteile zum BAföG,
- Zuweisungen nach dem Regionalisierungsgesetz zur Förderung des öffentlichen Personen-/Schienennahverkehrs und
- Erstattungen zum Ausgleich der beim Land entstandenen Aufwendungen für die Erledigung von Bundesaufgaben im Hochbau und im Bereich der Bundesstraßen.

Zweckzuweisungen für investive Zwecke werden z. B. gezahlt für

- die Finanzierung des Hochschulbaus,
- die Finanzierung des Wohnungs- und Städtebaus und
- Ausbildungsdarlehen an Studierende nach dem BAföG.

Für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben des Landes sowie für die Aufrechterhaltung eines anhaltend hohen Investitionsniveaus sind die Zuweisungen des Bundes von großer Bedeutung. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Einnahmen vom Bund für den gesamten Finanzplanungszeitraum, die Anlage 7 enthält zusätzlich eine vollständige Zusammenstellung der zu erwartenden Einnahmen vom Bund.

Einnahmen vom Bund	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
in Mio. €						
laufende Einnahmen	1.901,6	1.836,4	1.783,3	1.740,4	1.671,2	1.601,0
investive Einnahmen	276,6	255,9	248,8	240,4	236,6	230,2
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	2.178,2	2.092,3	2.032,1	1.980,8	1.907,8	1.831,2
Finanzplan alt		2.094,2	2.025,3			
Differenz zur MFP alt		-1,9	6,8			

Die Einnahmen vom Bund sinken kontinuierlich Jahr für Jahr. Hauptursache ist die degressive Gestaltung der SoBEZ zum Abbau der teilungsbedingten Sonderlasten, die Einnahmen sinken daher jährlich um rund 80 Mio. €. 2016 werden die Einnahmen aus den SoBEZ um rund 393 Mio. € niedriger sein als noch 2011. Der Anstieg in 2013 resultiert aus der Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Grundsicherung.

Die BEZ wegen Kosten der politischen Führung in Mecklenburg-Vorpommern belaufen sich auf jährlich konstant rund 61,4 Mio. €.

Für die allgBEZ wird ein Anstieg auf 174,0 Mio. € im Jahr 2012, auf 194,0 Mio. € im Jahr 2015 und auf 201,0 Mio. € im Jahr 2016 erwartet. Die Veranschlagungswerte liegen aufgrund der November-Steuerschätzung 2011 deutlich unter den Werten der alten Finanzplanung.

Die bisher erläuterten BEZ dienen der allgemeinen Haushaltsfinanzierung. Dem gegenüber werden die SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit an die Kommunen zum teilweisen Ausgleich der ihnen entstehenden Lasten infolge des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) weitergeleitet. Im Finanzplanzeitraum bis einschließlich Fortschreibung 2016 sind diese SoBEZ in den Jahren 2012 und 2013 jeweils in Höhe von rund 77,1 Mio. € netto sowie in den Jahren 2014 bis 2016 jeweils in Höhe von rund 87,6 Mio. € netto veranschlagt. Die neuen Zahlen sind das Ergebnis der in 2010 erfolgten gesetzlichen Überprüfung der SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit gemäß § 11 Absatz 3a Finanzausgleichsgesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2592). Die nächste Überprüfung erfolgt in 2013 mit Wirkung ab 2014.

Gemäß den Regelungen des § 46 Abs. 5 des SGB II erstattet der Bund dem Land Mecklenburg-Vorpommern anteilig auch Kosten der Unterkunft. Hierzu

sind in den Jahren 2012 und 2013 jeweils 140,7 Mio. € sowie in den Jahren 2014 bis 2016 jeweils 129,3 Mio. € veranschlagt.

Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Vorvorjahr erhöht sich die Bundesbeteiligung gemäß § 46a Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) mit dem Jahr 2012 auf einen Anteil von 45 % der Nettoausgaben. Danach wird die Bundesbeteiligung aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen (KoFKStG) steigen.

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sowie im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stehen dem Land zur Erfüllung seiner Aufgaben ebenfalls Mittel des Bundes (Regionalisierungsmittel) zur Verfügung; in Höhe von 225,2 Mio. € im Jahr 2012 und von 228,7 Mio. € in 2013. Für die übrigen Jahre des Finanzplanungszeitraums sind die bundesgesetzlich fixierten Steigerungen in Höhe von 1,5 % pro Jahr veranschlagt. Hinzu kommen investive Regionalisierungsmittel in Höhe von jährlich rund 10,0 Mio. €.

Der Umfang der Einnahmen vom Bund im investiven Bereich wird zu großen Teilen durch die beiden Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GAW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) bestimmt. Beispielsweise stehen für die GAW im Jahr 2012 rund 65,4 Mio. € und in 2013 rund 62,8 Mio. € zur Finanzierung von Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft zur Verfügung.

Der Bund stellt außerdem nach dem Entflechtungsgesetz Mittel für die Bereiche Hochschulbau (2012 bis 2016 jährlich rund 24,1 Mio. €), Bildungsplanung (2012 bis 2015 jährlich rund 0,3 Mio. €), ÖPNV bzw. kommunaler Straßenbau (2012 bis 2016 jährlich rund 35,0 Mio. €) sowie Soziale Wohnraumförderung (2012 bis 2016 jährlich rund 21,3 Mio. €) bereit.

Zudem beteiligt sich der Bund u. a. an der Förderung von städtebaulichen Maßnahmen, an Investitionen in Forschungseinrichtungen oder Hochschulen sowie an den Kosten für Ausbildungsdarlehen an Studierende.

4.1.5 Einnahmen von der Europäischen Union

Die EU-Einnahmen der Förderperioden 2007 bis 2013 und 2014 bis 2020 stellen sich wie folgt dar:

Einnahmen von der EU	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
laufende Einnahmen	104,0	103,7	112,4	102,1	79,5	64,3
investive Einnahmen	364,8	339,5	323,3	270,0	233,2	196,3
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	468,8	443,1	435,7	372,1	312,7	260,7
Finanzplan alt		475,4	398,3			
Differenz zur MFP alt		-32,3	37,4			

Eine vollständige Zusammenstellung der EU-Einnahmen enthält die Anlage 8.

4.1.5.1 Förderperiode 2007 bis 2013

Dem Land stehen in der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 auf der Basis des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns (EPLR M-V), der Operationellen Programme Mecklenburg-Vorpommerns (OP) für die EU-Strukturfonds und des Operationellen Programms für den Europäischen Fischereifonds Bundesrepublik Deutschland (OP EFF) insgesamt 2.727 Mio. € EU-Fördermittel zur Verfügung.

Im Einzelnen verteilen sich diese Mittel wie folgt:

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) mit 1.252 Mio. €
- Europäischer Sozialfonds (ESF) mit 435 Mio. €
- Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) mit 975 Mio. €
und
- Europäischer Fischereifonds (EFF) 65 Mio. €

Die Zuweisungen der EU im Rahmen des EFRE werden es dem Land ermöglichen, u. a. ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen gegenüber den westlichen Flächenländern zur weiteren Verbesserung der Infrastruktur Mecklenburg-Vorpommerns aufrechtzuerhalten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um das Wirtschaftswachstum im Land weiter zu stärken. In der laufenden Förderperiode von 2007 bis 2013 liegt ein besonderer Schwerpunkt beim ESF in der Arbeitsmarktförderung in der Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen. Die Einnahmen aus dem Strukturfonds ESF werden zudem für Ausbildungsprogramme, für die Technologie- und Innovationsförderung und zur Einführung der Selbständigen Schule eingesetzt.

Neben den Einnahmen aus den o. g. EU-Fonds sind im Landeshaushalt auch weitere Einnahmen der EU wie z.B. INTERREG IV, ein Programm im Rahmen des Ziel 3 „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“, enthalten.

4.1.5.2 Förderperiode 2014 bis 2020

Für den Bereich der Strukturfonds (EFRE und ESF) soll für Regionen, die wie Mecklenburg-Vorpommern aus dem bisherigen Konvergenz-Ziel herausfallen, ein „Sicherheitsnetz“ gespannt werden. Die Mittelausstattung dieses Sicherheitsnetzes soll ab 2014 zwei Drittel des bisherigen Fördervolumens betragen. Der bisher für Mecklenburg-Vorpommern geltende Kofinanzie-

rungssatz für nationale Mittel in Höhe von 25 % soll weitergelten. Die Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer soll jedoch künftig eingeschränkt werden.

Für den Bereich des ELER können bislang keine Erkenntnisse zur Mittelausstattung abgeleitet werden. Der für Mecklenburg-Vorpommern geltende Ko-finanzierungssatz für nationale Mittel soll auf 50 % steigen. Die Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer bleibt wie bisher eingeschränkt.

Auf europäischer Ebene beginnen demnächst die Verhandlungen im Rat und Europäischen Parlament zu den Verordnungsentwürfen, welche wahrscheinlich nicht vor Ende 2012 abgeschlossen werden. Erst nach der Entscheidung von Rat und Europäischen Parlament werden die endgültigen Regelungen zur Ausgestaltung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 vorliegen. Die Kohäsionspolitik der EU soll künftig verstärkt der Umsetzung der Strategie EUROPA 2020 dienen und durch makroökonomische Konditionalitäten im Zusammenhang mit der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten stehen.

Die Veranschlagung erfolgte aufgrund der obigen Ausführungen für die Finanzplanjahre 2014 und 2015 einschließlich der Fortschreibung für 2016 pauschal. Mit der nächsten Haushalts- und Finanzplanung erfolgt dann eine Konkretisierung.

4.1.6 Besondere Finanzierungseinnahmen

Den besonderen Finanzierungseinnahmen werden zugerechnet die haushaltstechnischen Verrechnungen, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüsse aus Vorjahren und die Netto-Kreditaufnahme.

Besondere Finanzierungseinnahmen	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	231,5	157,0	24,0	11,5	9,0	8,5
Finanzplan alt		1,3	2,1			
Differenz zur MFP alt		155,6	21,8			

4.1.6.1 Haushaltstechnische Verrechnungen

Diese Position bildet die den Haushalt lediglich durchlaufenden Posten in Höhe von rund 1,3 Mio. € in 2011, rund 4,4 Mio. € in 2012, rund 6,5 Mio. € in 2013 und je rund 8,5 Mio. € in den Jahren 2014 bis 2016 ab. Sie entstehen aus haushaltsneutralen Verrechnungen zwischen Dienststellen des Landes.

4.1.6.2 Entnahmen aus Rücklagen

Die größten Einzelpositionen und die wesentliche Ursache für die Abweichung von der alten Finanzplanung bilden die spezifizierten Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage. Aus der bisher angesammelten Ausgleichsrücklage werden 2012 folgende Positionen finanziert:

- 100 Mio. € für die Zuführung zum Kommunalen Konsolidierungsfonds,
- 50 Mio. € für die Zuführung zum Kommunalen Kofinanzierungsfonds.

In 2013 werden außerdem für Erstattungsansprüche der Kommunen aus der KFA-Abrechnung für das Jahr 2011 Mittel in Höhe von 15 Mio. € entnommen.

In der Ausgleichsrücklage verbleiben 500 Mio. € zur Abfederung konjunkturbedingter Einnahmeschwankungen.

4.1.7 Netto-Kreditaufnahme

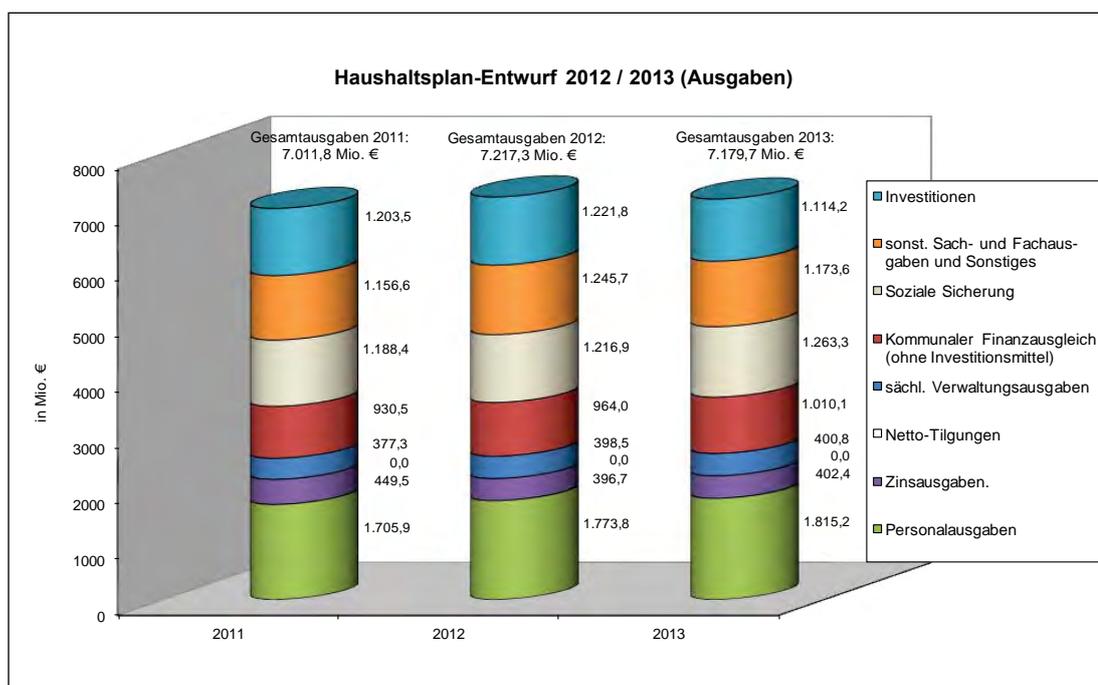
Für den gesamten Finanzplanzeitraum ist keine Netto-Kreditaufnahme geplant.

4.2 Ausgaben

Die Ausgaben des Landes setzen sich zusammen aus

- Personalausgaben,
- Zinsausgaben,
- Sach- und Fachausgaben
 - Leistungen im Rahmen des KFA,
 - Ausgaben für die soziale Sicherung,
 - Schuldendiensthilfen,
 - sächliche Verwaltungsausgaben und
 - sonstige Sach- und Fachausgaben,
- globalen Mehr- und Minderausgaben
- Investitionsausgaben und
- Ausgaben für besondere Finanzierungsvorgänge (z. B. Zuführung an Rücklagen, Netto-Tilgungen).

Die Entwicklung der Gesamtausgaben ist bereits unter Ziffer 3.1.2 erläutert worden. Die nachfolgende Grafik zeigt die Zusammensetzung der Ausgaben in den Jahren 2012 und 2013 im Vergleich zu den Haushaltsansätzen des Jahres 2011:



4.2.1 Personalausgaben

Die Personalausgabenbudgetierung wird mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 fortgesetzt. Die Ansätze der stellenbezogenen Personalausgabebetitel sind auf Grundlage des Personalkörpers und der Personalausgaben-Ist-Ergebnisse vom Oktober 2011 titelgenau ermittelt worden. Dabei sind u. a. folgende Parameter berücksichtigt worden:

- Ergebnisse aus den Tarifverhandlungen und dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012 Mecklenburg-Vorpommern sowie
- Veränderung der Ansätze durch personalausgabenwirksame Zu- und Abgänge.

Vor dem Hintergrund der weiterhin sehr angespannten Haushaltsslage in allen Einzelplänen wurde nur ein Bonus in Höhe von 1,0 % der Personalausgaben der stellenbezogenen Titel in Ansatz gebracht. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde eine lineare Erhöhung der Bezüge und Entgelte angenommen und titelgenau veranschlagt. Ggf. notwendige Anpassungen der Titelansätze erfolgen im Wege der Bewirtschaftung in 2013.

Die Ansätze der nicht stellenbezogenen Personalausgabebetitel sind nach den Ergebnissen der Haushaltsverhandlungen spitz veranschlagt. Die von den Ressorts ermittelten Ansätze für die Aufstockungsbeträge der Altersteilzeit sind im jeweiligen Einzelplan, die notwendigen Ansätze für übertarifliche Leistungen (Vorruhestand, Abfindung) im Einzelplan 11 veranschlagt. In den

Jahren 2014, 2015 und 2016 sind die Ansätze der stellenbezogenen Personalausgabetitel auf Basis des Jahres 2013 grundsätzlich überrollt worden.

Unter Berücksichtigung der o. g. Aspekte ergeben sich mittelfristig folgende Personalausgaben:

Personalausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	1.705,9	1.773,8	1.815,2	1.843,1	1.868,5	1.891,9
Finanzplan alt		1.719,2	1.745,7			
Differenz zur MFP alt		54,6	69,6			

Der Anstieg der Personalausgaben von 2011 nach 2012 beruht im Wesentlichen auf der linearen Erhöhung der Bezüge und Entgelte sowie auf neuen Stellen in den Schulkapiteln zur Sicherung der Unterrichtsversorgung (rund 33,0 Mio. €). Darüber hinaus fallen zusätzliche Personalausgaben aufgrund von Bundesmitteln im Rahmen des Hochschulpaktes (rund 16,0 Mio. €) und Mehrausgaben im Bereich der Beihilfe und Versorgung für Beamtinnen und Beamte (rund 14,9 Mio. €) an.

4.2.2 Schuldendienst

4.2.2.1 Zinsausgaben

Die Ansätze für die Zinsausgaben des Landes setzen sich zusammen aus

- Zinsen für Landesanleihen, Schuldscheindarlehen und sonstige Kredite vom Kapitalmarkt,
- Disagio⁹ bei Deckungskrediten und
- Zinsen für Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen.

Zinsausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	449,5	396,7	402,4	419,5	429,1	440,0
Finanzplan alt		487,1	511,6			
Differenz zur MFP alt		-90,4	-109,2			

Im Vergleich zur alten MFP entwickeln sich die Zinsausgaben niedriger als zunächst angenommen. Dies ist vor allem der günstigen Entwicklung des Zinsniveaus in den vergangenen Jahren mit historisch niedrigen Zinssätzen zu verdanken.

⁹ Bei der Aufnahme von Krediten kann ein Disagio vereinbart werden. Dabei ist der im Schuldschein oder Wertpapier vereinbarte Nominalzins kleiner als die für die entsprechende Laufzeit maßgebliche Kapitalmarkttrendite. Ein Disagio entspricht einer im Voraus geleisteten abdiskontierten (Zins-)Zahlung, die den wirtschaftlichen Nachteil des Gläubigers für die Laufzeit des Darlehens ausgleicht.

Ab dem Jahr 2013 werden steigende Ausgaben für Zinsen erwartet. Die Entwicklung des Zinsniveaus stellt einen großen Unsicherheitsfaktor dar, denn angesichts des derzeit niedrigen Zinsniveaus besteht die Gefahr weiterer Zuwächse bei den Zinsausgaben, da im Falle eines Anziehens der Konjunktur mit steigenden Zinssätzen gerechnet werden muss. Über das geplante Maß hinaus steigende Zinssätze bedeuten ein erhebliches Haushaltsrisiko. Die Erhöhung des allgemeinen Zinssatzes von nur einem Prozentpunkt würde für das Land Mehrausgaben von anfänglich rund 10 Mio. € pro Jahr, langfristig anwachsend auf bis zu 100 Mio. € pro Jahr ausmachen.

4.2.2.2 Tilgung von Kreditmarktmitteln

Im Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 sind keine Netto-Tilgungen veranschlagt. Die durch Kreditaufnahmen finanzierten übrigen Tilgungen (Sonstige Tilgungen) werden nicht direkt veranschlagt. Sie sind lediglich im Kreditfinanzierungsplan als Bestandteil des Bruttokreditbedarfs ausgewiesen, d. h. diese fälligen Schulden werden im wirtschaftlichen Sinne nicht getilgt, sondern durch die Aufnahme von Anschlusskrediten refinanziert.

Um der Zielstellung der Landesregierung gerecht zu werden, die Gesamtverschuldung je Einwohner trotz des Bevölkerungsrückgangs nicht weiter ansteigen zu lassen, muss auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise langfristig wieder das Ziel von Netto-Tilgungen erreicht werden. Die Schuldenlast des Landes Mecklenburg-Vorpommern von rund 10,46 Mrd. € wäre sonst von immer weniger Einwohnern zu schultern. Deshalb sollen Überschüsse, die in der Bewirtschaftung erzielt werden, vorrangig zur Netto-Tilgung eingesetzt werden.

4.2.2.3 Implizite Verschuldung

Die implizite Verschuldung aufgrund der Versorgungsverpflichtungen (künftige Versorgungsausgaben) beträgt zum 31. Dezember 2010 rund 4,0 Mrd. €.

Die Versorgungsverpflichtungen wurden für alle vor 2008 in den Landesdienst übernommenen Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter personengenau und getrennt nach Frauen und Männern auf Basis der vorhandenen Zahlfälle zum Stichtag 31. Dezember 2010 ermittelt.

Für ab 2008 neu in den Landesdienst übernommene Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter ist der Ausweis einer impliziten Versorgungsschuld nicht erforderlich, da für diese Personengruppe ein kapitalgedecktes Versorgungssystem für die späteren Pensionen geschaffen wurde.

4.2.3 Sach- und Fachausgaben

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Sach- und Fachausgaben:

Sach- und Fachausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
in Mio. €						
KFA (lfd. Ausgaben, ohne Investit.)						
Finanzplan 2011 - 2015	930,5	964,0	1.010,1	1.000,4	992,4	982,4
Finanzplan alt		956,7	981,4			
Differenz zur MFP alt		7,2	28,8			
Soziale Sicherung						
Finanzplan 2011 - 2015	1.188,4	1.216,9	1.263,3	1.289,0	1.300,2	1.313,4
Finanzplan alt		1.157,7	1.161,3			
Differenz zur MFP alt		59,1	102,0			
Schuldendiensthilfen						
Finanzplan 2011 - 2015	25,9	24,0	23,5	23,6	16,0	15,7
Finanzplan alt		24,6	29,9			
Differenz zur MFP alt		-0,6	-6,4			
Sächliche Verwaltungsausgaben						
Finanzplan 2011 - 2015	377,3	398,5	400,8	389,3	385,1	382,4
Finanzplan alt		378,7	376,2			
Differenz zur MFP alt		19,8	24,6			
Sonstige Sach- und Fachausgaben						
Finanzplan 2011 - 2015	1.124,8	1.213,9	1.142,0	1.111,6	1.097,5	1.089,3
Finanzplan alt		1.049,5	1.060,3			
Differenz zur MFP alt		164,5	81,7			
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	3.646,9	3.817,3	3.839,7	3.813,8	3.791,2	3.783,2
Finanzplan alt		3.567,2	3.609,1			
Differenz zur MFP alt		250,1	230,6			

4.2.3.1 Kommunaler Finanzausgleich

Der KFA wird gemäß Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) bereits seit 2002 und seit 2006 ausschließlich nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz bemessen. Dieser Grundsatz besagt im Kern, dass das Land und die Kommunen an den Veränderungen der Steuereinnahmen beider Ebenen gleichmäßig teilhaben; dies gilt in „guten wie in schlechten Zeiten“. Das am Solidarprinzip ausgerichtete Ziel ist im FAG M-V normiert und durch einen regelgebundenen Algorithmus konkretisiert worden. Alle zwei Jahre ist die Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfs zu überprüfen. Der dazu erstellte Bericht zur Überprüfung der Finanzverteilung nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz für den Finanzausgleich ab 2012 nach § 7 Absatz 3 Satz 4 FAG M-V ist der Begründung zu dem in Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 enthaltenen FAG-Änderungsgesetz beigefügt.

Die vorgenommene Überprüfung belegt, dass keine Notwendigkeit für eine Anpassung des Finanzverteilungsverhältnisses besteht. Für die Jahre 2012 und 2013 bleibt daher die bestehende Finanzverteilung gemäß § 7 Absatz 3 Satz 1 FAG M-V von 66,01 % für das Land und 33,99 % für die Kommunen erhalten.

Im Ergebnis der Steuerschätzung vom November 2011 sind sowohl die Einnahmen des Landes aus Steuern, LFA und BEZ als auch die Gemeindesteuern im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen angestiegen. In der Folge erhöhen sich auch die aus dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz resultierenden Finanzausgleichsleistungen weiter. Im Vergleich zu den Jahren 2010 und 2011 verändert sich die kommunale Finanzausstattung (Summe aus Finanzausgleichsleistungen gemäß Finanzplanung 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 zzgl. der Mittel aus dem kommunalen Ausgleichsfonds Mecklenburg-Vorpommern (KAusglF M-V) und Gemeindesteuern) in den Jahren 2012 bis 2016 wie folgt:

Kommunale Finanzausstattung in Mio. €	2011	2012	2013	2014	2015	2016
1.1 KFA im Haushaltsplan 2010/2011	1.071,3					
1.2 Mittel aus dem KAusglF M-V	70,2					
1.3 KFA im HH-Plan-E 2012/2013 und MFP bis 2016 nach Nov.-Steuerschätzung 2011 einschl. Ist-Abrechnung 2009/2010 (-23,1 Mio. €) und Abschlag auf Ist-Abrechnung 2011 (15 Mio. €)		1.106,8	1.153,9	1.143,3	1.134,4	1.123,4
2. Gemeindesteuern (Ist bzw. November-Steuerschätzung 2011)	822,0	860,0	896,0	935,0	973,0	1.011,0
Summe komm. Finanzausstattung	1.963,5	1.966,8	2.049,9	2.078,3	2.107,4	2.134,4
Veränderung des KFA z. Vorjahr		+ 35,5	+ 47,1	- 10,6	- 8,9	- 11,0
Veränderung KAusglF-Mittel z. Vorjahr		- 70,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Veränderung Gem.-Steuern z. Vorjahr		+ 38,0	+ 36,0	+ 39,0	+ 38,0	+ 38,0
Veränderung kommunale Finanzausstattung gesamt zum Vorjahr		+ 3,3	+ 83,1	+28,4	+29,1	+27,0

2010 und 2011 wurde die kommunale Finanzausstattung durch die Mittel aus dem KAusglF M-V stabilisiert. 2012 steigt die Finanzausstattung der Kommunen trotz Wegfall der Mittel aus dem KAusglF M-V um rund 3 Mio. € an, zum einen aufgrund höherer Gemeindesteuern, aber auch wegen erhöhter KFA-Leistungen. Der KAusglF M-V hat damit seine Finanzierungsfunktion erfüllt, es werden 2012 keine weiteren Mittel aus dem Fonds mehr benötigt. 2013 erhöht sich die kommunale Gesamtfinanzausstattung sogar um rund

83 Mio. €. Sowohl die Gemeindesteuern als auch die Leistungen aus dem KFA erhöhen sich spürbar. Vor diesem Hintergrund wird sowohl für 2012 als auch für 2013 auf weitere Kreditaufnahmen des KAusglF M-V verzichtet.

Die sich aus obiger Tabelle ergebende positive Entwicklung der kommunalen Finanzausstattung beruht insbesondere für 2013 u. a. auf folgenden Effekten:

- von den Mehreinnahmen des Landes aus der geplanten Anhebung des Steuersatzes der Grunderwerbsteuer von 3,5 % um 1,5 Prozentpunkte auf 5 % werden auch die Kommunen gemäß dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz im KFA anteilig profitieren (volle Jahreswirkung 2013 für den KFA: rund +13 Mio. €);
- auf die voraussichtliche Ist-Abrechnung des KFA 2011 von ca. 22,5 Mio. € (berechnet auf Basis der Daten der November-Schätzung 2011) wird ein Abschlagsbetrag von 15 Mio. € schon 2013 im Haushalt veranschlagt. Über einen darüber hinaus gehenden möglichen positiven Restbetrag ist spätestens mit der nächsten Haushaltsplan-Aufstellung zu entscheiden.

Die aus den beiden o. g. Effekten resultierenden KFA-Mehreinnahmen gegenüber den Vorjahren von zusammen rund 28 Mio. € sollen deshalb 2013 dazu genutzt werden, einen überwiegenden Teil der geplanten Zuführung an den KAusglF M-V von 34 Mio. € zu finanzieren. Lediglich rund 6 Mio. € der Zuführungen von insgesamt 34 Mio. € entfallen auf andere Steigerungen der Finanzausgleichsleistungen. Auch nach der Zuführung an den KAusglF M-V entwickelt sich die kommunale Finanzausstattung 2013 mit rund +49 Mio. € (83,1 Mio. € abzgl. 34,0 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr deutlich positiv.

Mit der 2013 vorzunehmenden Zuführung von 34 Mio. € an den KAusglF M-V (§ 2 Verbundquotenfestlegungsgesetz 2012/2013, siehe Artikel 2 des Haushaltsgesetzes 2012/2013) wird aber lediglich der mindestens notwendige Einstieg in die Tilgung der 2010 und 2011 vom Fonds aufgenommenen Kredite von insgesamt 137,3 Mio. € geschafft. Die Tilgungen sollen im Finanzplanzeitraum bis 2016 fortgesetzt werden (2014: 33,1 Mio. €; 2015 und 2016 jeweils 35,1 Mio. €). Die Entscheidung über die dazu notwendigen Zuführungen in entsprechender Höhe aus den Finanzausgleichsleistungen an den kommunalen Ausgleichsfonds wird dann im jeweiligen Haushaltsgesetz getroffen.

Die Landesregierung legt außerdem einen kommunalen Kofinanzierungsfonds auf. Dieser soll vom Land 2012 einmalig mit 50 Mio. € ausgestattet werden (vgl. Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 - § 21 Absatz 6 FAG M-V). Der Fonds soll zur anteiligen Förderung von Eigenanteilen zur Kofinanzierung kommunaler Investitionen dienen und besonders strukturschwachen Kommunen zugutekommen.

Auch der kommunale Haushaltskonsolidierungsfonds (einmalige Landeszuführung 2012: 100 Mio. €, geregelt in Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 - § 22 Abs. 5 FAG M-V) wird ab 2012 seinen Beitrag zur Stabilisierung insbesondere der finanzschwachen Kommunen mit besonders angespannter Haushaltssituation leisten. Die Zuführung der für beide Fonds notwendigen Landesmittel von insgesamt 150 Mio. € soll 2012 aus der Ausgleichsrücklage des Landes finanziert werden.

Außerdem stellt das Land für die Landeshauptstadt Schwerin im Rahmen des Hauptstadtvertrages jährlich jeweils 3 Mio. € bereit.

Das Land wird mit diesen Leistungen seiner finanziellen Verantwortung gegenüber seinen Kommunen gerecht. Eine Überlastung der kommunalen Haushalte insgesamt - bei möglichen Ungleichgewichten im Einzelfall - ist nicht zu befürchten. Auch wird sich der kommunale Schuldenstand, wie schon in den letzten Jahren, schrittweise weiter reduzieren.

Das Konzept zum KFA in den Jahren 2012/2013 einschließlich der Entwürfe für das Verbundquotenfestlegungsgesetz 2012/2013 und das FAG-Änderungsgesetz wurden den kommunalen Landesverbänden in der Sitzung des FAG-Beirats am 2. Dezember 2011 vorgestellt und erläutert. Die kommunalen Vertreter haben das Konzept und die Gesetzentwürfe zur Kenntnis genommen.

Der von kommunaler Seite immer wieder geäußerte Vorwurf, die Finanzausgleichsleistungen in Mecklenburg-Vorpommern wären zu gering, kann durch einen Vergleich der Leistungen des Landes an seine Kommunen (im KFA und außerhalb des KFA) mit den Leistungen der neuen Länder an ihre Kommunen im Jahr 2011 widerlegt werden:

Leistungen der neuen Länder an ihre Kommunen im Jahr 2011		
	gemäß FAG	Gesamtzuweisungen des Landes
	in € pro Einwohner	
Mecklenburg-Vorpommern	651	1.362
Brandenburg	617*	1.280
Sachsen	597	1.228
Sachsen-Anhalt	662	1.075
Thüringen	1.000	1.244
Durchschnitt neue Länder (ohne M-V)	695	1.211

Quelle: Umfrage unter den Kommunalfinanzreferenten der neuen Länder vom 21. Dezember 2011

* Bei Brandenburg KFA korrigiert um Hartz-IV-SoBEZ von 190 Mio. € (rund 76 € je Einwohner), die in den anderen neuen Ländern außerhalb des KFA an Kommunen gezahlt werden.

Die Tabelle zeigt, dass in keinem anderen Land die Kommunen je Einwohner so hohe Gesamtzuweisungen vom Land erhalten wie in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in die Bewertung der Finanzausstattung in den einzelnen Ländern auch die jeweiligen kommunalen Strukturen sowie die Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommune mit einzubeziehen ist. Die erheblichen Leistungen des Landes sind angesichts der im Ländervergleich immer noch geringen Steuerkraft der Gemeinden und des nach wie vor hohen Niveaus der Mittel aus dem Solidarpakt II sowie der überdurchschnittlichen Bundes- und EU-Mittel noch sachgerecht.

4.2.3.2 Soziale Sicherung

Die nachfolgende Übersicht enthält die Entwicklung der unter dem Begriff „Soziale Sicherung“ zusammengefassten Ausgaben des Landes für die Jahre 2011 bis einschließlich 2016:

Soziale Sicherung	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Zusatzversorgung	177,0	191,0	189,0	189,0	189,0	189,0
Sonderversorgung	90,0	90,8	90,8	91,3	91,3	91,7
Ausbildungsförder. (BAföG)	56,7	62,5	62,0	62,2	62,9	63,4
Unterhaltsvorschuss	27,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
Kindertagesstättenförderung	123,9	143,5	158,8	169,1	177,5	187,8
Wohngeld	74,5	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Sozialhilfe Asyl	17,1	27,6	31,6	31,6	31,6	31,6
Blindengeld	15,9	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
Überörtliche Sozialhilfe	286,1	270,4	279,4	274,7	277,1	279,5
Pflegewohngeld	6,5	7,2	5,2	2,6	1,6	0,5
Ausführungsgesetz SGB II	271,5	258,1	258,1	258,1	258,1	258,1
Grundsicherung	11,3	29,5	51,5	71,8	71,8	71,8
Sonstiges	30,6	32,0	32,6	34,1	34,8	35,5
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	1.188,4	1.216,9	1.263,3	1.289,0	1.300,2	1.313,4
Finanzplan alt		1.157,7	1.161,3			
Differenz zur MFP alt		59,1	102,0			

Die Ausgaben für die soziale Sicherung steigen im gesamten Finanzplanungszeitraum von Jahr zu Jahr stetig an.

Die Ausgaben zur Förderung der Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege erreichen im Haushaltsjahr 2012 ein Volumen von 143,5 Mio. €. Darin enthalten sind 5 Mio. € zur Verbesserung der vorschulischen Bildung. Schwerpunkte der Erhöhung bilden u. a. die Absenkung der Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren und die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation im Kindergartenbereich. Der Gesamtbetrag (mit Ausnahme der Mittel zur Verbesserung der vorschulischen Bildung) steigt in den folgenden Haushaltsjahren an.

Für die Sonderversorgung ist ab 2014 mit einem leichten Anstieg zu rechnen. Die Aufwendungen im Landeshaushalt für die Zusatzversorgung werden annähernd konstant veranschlagt.

Die Ausgaben im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes steigen gegenüber 2011 aufgrund erhöhter Fallzahlen an.

Die Ausgabenansätze des Landes beim Wohngeld in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 sinken gegenüber 2011 als Folge des Wegfalls der Heizkostenpauschale durch Artikel 22 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1885), der auch eine Reduzierung der Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte nach sich zog.

Die Zuweisungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem Flüchtlingsaufnahmegesetz, dem SGB II und dem SGB XII an die Landkreise und kreisfreien Städte steigen ab 2012 aufgrund erhöhter Fallzahlen und gestiegener Regelsätze erheblich an.

Die Ausgaben im Bereich der Regelungen des Ausführungsgesetzes zum SGB II sind im Zeitraum 2012 bis 2016 konstant fortgeschrieben worden. Der Rückgang in 2012 gegenüber 2011 beruht einerseits in Höhe von 30 Mio. € auf rückläufigen Zuweisungen des Bundes bei den SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und andererseits auf steigenden Zahlungen des Bundes bei den Kosten der Unterkunft (+16,5 Mio. €).

Für den Bereich der überörtlichen Sozialhilfe sind im Jahr 2012 rund 270,4 Mio. € und im Jahr 2013 rund 279,4 Mio. € veranschlagt. Diese Beträge umfassen sowohl die Zuweisungen an die Kommunen nach dem Sozialhilfefinanzierungsgesetz als auch die sog. Altfälle.

Der Anstieg der Zuweisungen für die Grundsicherung nach dem SGB XII um 18,2 Mio. € gegenüber 2011 und um weitere 22,0 Mio. € in 2013 ergibt sich aus der stufenweisen Übernahme der Finanzierung durch den Bund. Bis 2011 trug er 15 % der Nettoausgaben der Kommunen für Grundsicherung des Vorvorjahres. Nach KoFKStG trägt der Bund ab dem Jahr 2012 45 % der Nettoausgaben für diese Zwecke. Vereinbart ist, dass ab 2013 der Bund 75 % und ab 2014 der Bund 100 % der Nettoausgaben des Vorvorjahres übernehmen wird. Die vom Bund zugewiesenen Mittel werden nahezu vollständig an die Kommunen weitergeleitet.

4.2.3.3 Schuldendiensthilfen

Für Schuldendiensthilfen sind 2012 insgesamt 24,0 Mio. € und 23,5 Mio. € in 2013 im Haushaltsplan-Entwurf veranschlagt. Die Ansätze sind damit etwas geringer als in der alten Finanzplanung. Für die Finanzplanjahre 2014 und

2015 sind Ausgaben von 23,6 Mio. € bzw. 16,0 Mio. € angesetzt, in der Fortschreibung für 2016 Ausgaben von 15,7 Mio. €

Den Großteil der Ausgaben bilden die Schuldendiensthilfen bei der Krankenhausförderung mit 20,6 Mio. € im Jahr 2012, 21,7 Mio. € im Jahr 2013, 22,6 Mio. € in 2014, 15,4 Mio. € in 2015 und 15,5 Mio. € im Jahr 2016. Die Verbindungen im Bereich der Krankenhausförderung werden künftige Haushalte noch bis 2026 belasten.

Der finanzielle Umfang der Schuldendiensthilfen außerhalb der Krankenhausförderung sinkt im Finanzplanungszeitraum kontinuierlich von 3,4 Mio. € im Jahr 2012 auf noch rund 0,3 Mio. € im Jahr 2016. Die größten Einzelpositionen sind hier die Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen und die Zinszuschüsse des Wohnraum-Modernisierungsprogramms 2000-2002 der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die neuen Länder.

4.2.3.4 Sächliche Verwaltungsausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben im Sinne der Haushaltssystematik beinhalten u. a. Ausgaben für den allgemeinen Geschäftsbedarf, Kommunikation, die Haltung von Kraftfahrzeugen, Mieten und Pachten, Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden, Dienstkleidung, Verbrauchsmittel oder Dienstreisen, aber auch Mittel zur Unterhaltung von baulichen Anlagen (Gebäude, Straßen und Brücken) und Ausgaben für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten.

Die Entwicklung dieser Ausgaben ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

Sächliche Verwaltungsausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum		Fort- schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	377,3	398,5	400,8	389,3	385,1	382,4
Finanzplan alt		378,7	376,2			
Differenz zur MFP alt		19,8	24,6			

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen gegenüber der alten Finanzplanung an. Diese Entwicklung hat insbesondere folgende Ursachen:

- Mit dem politischen Schwerpunkt Mindestlohn fallen jährlich 3,1 Mio. € zusätzlich an.
- Die IT-Ausgaben steigen bis 2016 gegenüber 2011 um 10 Mio. € (darunter: Leistungsentgelte (+7 Mio. €).
- Die Ausgaben für Technische Hilfe im Rahmen der EU-Fonds sinken bis 2016 gegenüber 2011 um 6 Mio. €.

- Mieten, Pachten und Bewirtschaftungskosten steigen bis 2016 gegenüber 2011 ebenfalls um rund 5 Mio. € (einschließlich Auswirkungen Mindestlohn).

Steigende sächliche Verwaltungsausgaben sind grundsätzlich nicht zufrieden stellend, da diese im Ländervergleich in Mecklenburg-Vorpommern bereits deutlich überhöht sind. In den Folgejahren müssen daher weitere Anstrengungen - insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der Personal-konzepte 2004 und 2010 - unternommen werden, diesen Ausgabenblock weiter zu konsolidieren.

4.2.3.5 Sonstige Sach- und Fachausgaben

Die Höhe der sonstigen Sach- und Fachausgaben errechnet sich aus der Gesamtsumme der Sach- und Fachausgaben abzüglich

- der laufenden Ausgaben für den Kommunalen Finanzausgleich,
- der Ausgaben für die soziale Sicherung,
- der Schuldendiensthilfen und
- der sächlichen Verwaltungsausgaben.

Für den gesamten Finanzplanungszeitraum ergibt sich für die sonstigen Sach- und Fachausgaben des Landeshaushalts folgendes Bild:

Sonstige Sach- und Fachausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum		Fort- schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	1.124,8	1.213,9	1.142,0	1.111,6	1.097,5	1.089,3
Finanzplan alt		1.049,5	1.060,3			
Differenz zur MFP alt		164,5	81,7			

Die sonstigen Sach- und Fachausgaben umfassen im Wesentlichen die laufenden Förderausgaben an Stellen außerhalb der Landesverwaltung. Darin enthalten sind auch die Zuwendungen an institutionell geförderte Zuwendungsempfänger sowie die Zuschüsse an die verschiedenen Landesbetriebe, Sondervermögen u. ä.

Als prägnante Beispiele lassen sich folgende Ausgabenbereiche aufführen:

- Zuschüsse an die Landtagsfraktionen,
- Kosten für die Unterhaltung von Gemeinschaftsunterkünften (Asyl),
- Sportförderung,
- Innovationsförderung,
- Arbeitsmarktprogramme,
- Kulturförderung,

- Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft,
- laufende Zuschüsse im Bereich der Universitäten, Hoch- und Fachschulen einschließlich der Universitätsmedizinen sowie für die Forschungsförderung,
- laufende Zuschüsse im Bereich der Landwirtschaft,
- Maßregelvollzug,
- Leistungen des Landes im SPNV und ÖPNV,
- laufende Zuschüsse an den BBL M-V, die Landesforstanstalt und an die Landesbetriebe.

Die deutlichen Veränderungen in 2012 und 2013 gegenüber der alten Finanzplanung ergeben sich u. a. aufgrund

- der Ausgaben für den kommunalen Konsolidierungsfonds in 2012,
- der höheren Ausgaben im Bereich des ELER in 2013 und
- der höheren Finanzhilfen für Schulen.

4.2.4 Globale Mehr- und Minderausgaben

Die veranschlagten Globalen Minderausgaben stellen sich wie folgt dar:

Globale Minderausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Laufender Haushalt	-5,0	-7,7	-10,4	-10,4	-10,4	-10,4
darunter:						
Sächliche	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0	-5,0
Verwaltungsausgaben						
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	-5,0	-7,7	-10,4	-10,4	-10,4	-10,4
Finanzplan alt		-5,0	-5,0			
Differenz zur MFP alt		-2,7	-5,4			

Für das Jahr 2012 ist eine Globale Minderausgabe im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von 7,7 Mio. € im Vollzug zu erwirtschaften. Für die Jahre 2013 bis 2016 erhöht sich diese auf 10,4 Mio. €. Die Erhöhung resultiert aus einzelplanspezifischen Minderausgaben zur Umsetzung des Aufgabenzuordnungsgesetzes.

4.2.5 Investitionsausgaben

Die Investitionsausgaben gliedern sich in

- Baumaßnahmen

- Hochbaumaßnahmen (z. B. Hochschulbau, durch den BBL M-V durchgeführte Landesbaumaßnahmen, Bau- und Sanierungsarbeiten an den Schlossanlagen Mecklenburg-Vorpommerns) und
- Tiefbaumaßnahmen (Straßenbau)

und

- sonstige Investitionen (z. B. Grunderwerbe, Zuweisungen für Investitionen an die Kommunen, Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen, Gewährung von Darlehen im Bereich Wohnraumförderung)

Die Entwicklung der Investitionsausgaben im Zeitraum 2011 bis 2016 stellt sich wie nachfolgend aufgeführt dar:

Investitionsausgaben	Haushaltsplan	Haushaltsplan-Entwurf	Haushaltsplan-Entwurf	Planungszeitraum		Fort-schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Baumaßnahmen	255,5	249,6	249,4	236,2	220,4	207,8
davon: Hochbau	158,3	154,0	151,2	151,8	144,8	137,0
Tiefbau	97,3	95,6	98,2	84,5	75,6	70,8
Investitionen (ohne Kommunale Investitionsmittel)	807,3	829,4	720,9	708,1	674,1	630,8
Kommunale Investitionsmittel	140,7	142,8	143,8	142,9	141,9	140,9
Gesamtsumme						
Finanzplan 2011 - 2015	1.203,5	1.221,8	1.114,2	1.087,2	1.036,4	979,6
Finanzplan alt		1.143,7	1.097,2			
Differenz zur MFP alt		78,1	16,9			

Hinweis: Im Planjahr 2011 sind rund 62,5 Mio. € Investitionsausgaben im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZIP M-V) enthalten, welche ab dem Jahr 2012 aufgrund der Abwicklung des Investitionsprogramms entfallen.

Die Investitionsausgaben des Landes werden in der MFP bis zum Ende der Planungsperiode weiter auf hohem Niveau gehalten. Im Jahr 2012 liegen die Investitionsausgaben über dem Plan-Niveau des Vorjahres. Dabei kommen Einmaleffekte zum Tragen: zum einen der kommunale Kofinanzierungsfonds (50 Mio. €) und zum anderen Finanzhilfen an die Kommunen im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform (24 Mio. €). Die Investitionen werden am Ende der Finanzplanperiode immer noch fast das doppelte Niveau vergleichbarer westlicher Flächenländer aufweisen.

Der Rückgang der Investitionen von 2013 nach 2016 ist durch den Wegfall von Drittmitteln des Bundes und der EU bestimmt. Der Angleichungsprozess an die westlichen Flächenländer muss bis 2019 abgeschlossen sein, da ab 2020 keine Solidarpaktmittel mehr zur Verfügung gestellt werden. Ab 2014 wird sich der Rückgang der EU-Mittel deutlich bemerkbar machen.

Gegenüber der alten Finanzplanung konnten die Investitionen in den Jahren 2012 und 2013 nochmals gesteigert werden. Insgesamt fließen gegenüber der alten Finanzplanung rund 95 Mio. € mehr in Investitionen.

Die Investitionsplanung für den Zeitraum 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung 2016 ist Bestandteil der MFP 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung 2016 und bildet zusammen mit ihr eine sachliche Einheit. Die

Investitionsansätze im Einzelnen (Zahlenwerk) ergeben sich aus Band 2 dieses Finanzplans.

4.2.6 Besondere Finanzierungsausgaben

Zu den besonderen Finanzierungsausgaben gehören neben den bereits unter Ziffer 3.1.1 erläuterten Netto-Tilgungen auch die Zuführungen an Rücklagen und die haushaltstechnischen Verrechnungen. In der Finanzplanung sind, wie aus der folgenden Übersicht ersichtlich, veranschlagt:

Besondere Finanzierungsausgaben	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	Planungszeitraum		Fort- schreibung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in Mio. €					
Finanzplan 2011 - 2015	5,3	10,4	13,5	18,5	23,5	28,5
Finanzplan alt		6,3	7,3			
Differenz zur MFP alt		4,1	6,2			

4.2.6.1 Haushaltstechnische Verrechnungen

Hierbei handelt es sich um die Gegenposition zu den bei den Einnahmen bereits erläuterten Verrechnungen (vgl. Ziffer 4.1.6.1).

4.2.6.2 Zuführungen an Rücklagen

Die Zuführungen an Rücklagen in den Jahren 2012 bis 2016 setzen sich zusammen aus den jeweils geplanten Zuführungen an den Versorgungsfonds. Die Zuführungen sollen 2012 eine Höhe von 6,0 Mio. €, in 2013 einen Umfang von 7,0 Mio. € und in 2014 einen Umfang von 10,0 Mio. € erreichen. In den folgenden Jahren erhöhen sich die Zuführungsbeträge um jährlich 5,0 Mio. €.

4.2.7 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen (VE) schaffen die Ermächtigung, insbesondere zur Finanzierung von größeren über mehrere Jahre laufenden Investitionsvorhaben, Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre einzugehen. Unbeschadet des Jährlichkeitsprinzips des Haushalts, wird so die Kontinuität des Verwaltungshandelns sichergestellt.

Der Veranschlagung von VE kommt eine besondere Bedeutung zu, da sie die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Haushaltsjahre erheblich einschränken können.

Im Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 sind VE in Höhe von insgesamt

1.031,5 Mio. € im Jahr 2012

und in Höhe von

775,0 Mio. € im Jahr 2013

veranschlagt.

Die Fälligkeit der VE wird in folgender Tabelle dargestellt:

Fälligkeiten der VE	2013	2014	2015	2016	2017
	in Mio. €				
VE aus 2012	540,6	268,6	169,3	53,1	
VE aus 2013		362,5	236,0	133,6	42,9
Gesamt	540,6	899,7	405,3	186,7	42,9

4.3 Entwicklung des Stellenbestands

4.3.1 Stellenplan-Entwurf 2012/2013

Ausgangsbasis für die nachfolgenden vergleichenden Betrachtungen ist der Stellenplan 2011 in der Landesverwaltung im engeren Sinne. Ende 2012 wären ohne weitere Eingriffe in den Stellenplan 31 389 Stellen und Ende 2013 noch 31 318 Stellen erreicht worden.

Die spezifizierten Veränderungen nach dem Stellenplan-Entwurf 2012/2013 führen mittelfristig gegenüber dem Stellenplan 2011 zu folgenden Stellenzahlen (im Einzelnen vgl. hierzu Anlage 10, Tabellen 1 bis 3):

Landesverwaltung im engeren Sinne (Regelbereich) *)	2012	2013	2014	2015	nach 2015	ohne Termin
Aktueller Stellenplan 2011						
1 Stellenzahl Jahresende	31 389	31 318	31 292	31 240	31 225	30 845
Entwurf 2012/2013						
2 Stellenzahl Jahresanfang	31 658	31 365	31 217	31 141	31 032	31 011
3 Stellenzahl Jahresende	31 345	31 217	31 141	31 032	31 011	30 634
4 mehr (+) minder (-) vs. HH 2011 (Zeile 3 minus Zeile 1)	-44	-101	-151	-208	-214	-211
*) Außerhalb des Regelbereichs sind Anfang 2013 insgesamt 1 753 Stellen in der MG 95 "Nachwuchs" und 128 Stellen in der MG 96 "Disponibler Überhang" ausgewiesen.						

Insbesondere aufgrund der Streichung von 71 kw-Vermerken und wegen 132 neuer Stellen im Bereich der beruflichen Schulen zur Absicherung der Unterrichtsverpflichtung infolge höherer Schülerzahlen, der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit (BAG-Urteil vom 26. November 2009) sowie der Untersetzung der Einsparvorgabe 2012 gemäß Personalkonzept 2004 im Hochschulbereich (-98) liegen die Stellenzahlen der Landesverwaltung im

engeren Sinne für den Regelbereich Ende 2012 um 44 und Ende 2013 um 101 unter den vergleichbaren Zahlen des Stellenplans 2011.

Die noch ausstehende Untersetzung der Einsparrate für die Universitäten und Hochschulen gemäß Personalkonzept 2004 im Umfang von je 100 Stellen in 2015 und 2017 wird sich stollenzahlmindernd auswirken und mittelfristig fortschreiben.

Ohne diesen Entlastungseffekt werden für Ende 2015 insgesamt 208 Stellen weniger ausgewiesen als mit dem Stellenplan 2011 für denselben Zeitpunkt vorgesehen waren. Dieses Ergebnis ist insbesondere durch die erstmals vorgenommene teilweise Spezifizierung der Einsparvorgaben gemäß Personalkonzept 2010 im Umfang von ca. 318 Stellen bis 2015 erreicht worden.

4.3.2 Umsetzung der Personalkonzepte 2004 und 2010

Gemäß Ziffer 4 der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 6. Wahlperiode 2011 bis 2016 wird das vereinbarte Personalkonzept 2010 umgesetzt und bis 2015 evaluiert, um festzustellen, ob und in welchem Umfang eine Fortschreibung notwendig ist. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, demografisch bedingte Minderbedarfe zu erfassen und abzuschöpfen, um demografisch bedingte Mehrbedarfe an anderer Stelle sowie Einnahmeverluste zu finanzieren.

Insofern wird mit der Umsetzung des Personalkonzepts 2010 weiterhin das Ziel verfolgt, die auf die Einwohnerzahlen bezogene Stellenausstattung des Landes bis 2020 an das Niveau der westlichen Flächenländer anzugleichen.

4.3.2.1 Umsetzung Personalkonzept 2004

Die aus dem Personalkonzept 2004 resultierenden kw-Vermerke in früheren Haushalten sind - mit Ausnahme der bei den Hochschulen ausgebrachten kw-Vermerke für 2015 und 2017 - nahezu vollständig realisiert worden.

Mit dem Stellenplan-Entwurf 2012/2013 werden die in der Maßnahmegruppe 96 „Disponibler Überhang“ geführten Stellen der Landesverwaltung im engeren Sinne von 403 Stellen Anfang 2011 auf 128 Stellen Anfang 2013 reduziert. Diese positive Entwicklung ist insbesondere auf die kooperative Zusammenarbeit aller Bereiche der Landesverwaltung mit dem zentralen Personalmanagement im Finanzministerium zurückzuführen.

4.3.2.2 Personalkonzept 2010

Von den insgesamt etwa 1 500 bis zum Jahr 2020 einzusparenden Stellen sieht das Personalkonzept 2010 bis 2015 den Abbau von ca. 633 Durchschnittsstellen vor. Obwohl die Spezifikation der ersten Einsparvorgabe erst zu Beginn und mit Wirkung des Jahres 2013 vorgesehen ist, konnten von den Ressorts bereits 318 konkrete Stelleneinsparungen im Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 umgesetzt werden.

4.3.2.3 Entwicklung der Stellenausstattung je 1 000 Einwohner - Zwischenbilanz

Trotz der teilweise vorfristigen Spezifizierung der Einsparvorgaben gemäß Personalkonzept 2010 steigt die Stellenausstattung¹⁰ je 1 000 Einwohner (TEW) wegen der übrigen stellenseitigen Belastungen im Regelbereich von 19,5 Ende 2011 auf 19,6 Ende 2012 (vgl. Anlage 10, Tabellen 1 bis 3; Zeile A2).

Ende 2015 würde die Stellenausstattung je TEW ohne weitere Eingriffe wieder ein Niveau von 19,8 erreichen. Unter der Annahme jedoch, dass bis 2015 noch 100 Stellen des Personalkonzepts 2004 im Bereich der Hochschulen, etwa 300 restliche Stellen aus dem Personalkonzept 2010 und darüber hinaus etwa 100 Stellen in Umsetzung des Aufgabenzuordnungsgesetzes eingespart werden, würde sich die Stellenausstattung je TEW Ende 2015 auf 19,4 reduzieren. Damit würden die bis 2015 vorgesehenen Einsparungen gerade genügen, den Bevölkerungsrückgang im Hinblick auf die Stellenausstattung je TEW zu kompensieren.

Die durchschnittliche Stellenausstattung der westlichen Flächenländer - bereinigt um die Bereiche Nachwuchs und Forst - beträgt derzeit etwa 18,1 Stellen je TEW. Im Rahmen der Evaluierung des Personalkonzepts 2010 bis zum Jahr 2015 wird zu prüfen sein, wie und in welchem Umfang reagiert werden muss.

¹⁰ Der tatsächliche Personalbestand einschließlich Nachwuchs und „Disponibler Überhang“ führt zu einem höheren Wert.

5. Entwicklung des Landeshaushaltes bis 2020

Mit Beschluss vom 21. Juni 2011 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, „in die mittelfristige Finanzplanung einen Ausblick auf 2020 mit aufzunehmen. Dieser sollte den Anpassungspfad zur Einhaltung der verbindlichen Schuldenregel 2020 und den damit notwendigen Konsolidierungsbedarf beinhalten.“

5.1 Methodik

Der Projektion liegt bis einschließlich 2016 das Zahlenwerk des Haushaltsplan-Entwurfes 2012/2013 bzw. der Finanzplanung bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 zugrunde. Für die Fortschreibung der Haushaltsentwicklung ab 2017 werden sowohl auf Seiten der Einnahmen als auch auf Seiten der Ausgaben die einzelnen Aufgabenbereiche jeweils detailliert auf Grundlage des aktuellen Erkenntnisstandes prognostisch betrachtet.

5.2 Einnahmen

Der Anstieg der Steuereinnahmen des Landes, des LFA und der allgBEZ wird mit +2,5 % angenommen. Für die einnahmeseitigen Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs werden die Annahmen der 4. Landesprognose zugrunde gelegt (siehe Tz. 2.2). In der Projektion auf das Jahr 2020 werden keine Konjunkturschwankungen abgebildet. Die übrigen BEZ wurden anhand aktueller Kenntnisse fortgeschrieben. Der Länderfinanzausgleich wird auch im Jahr 2020 nach den bisher geltenden Regularien fortgeschrieben.

Die Verwaltungseinnahmen bleiben in ihrer Höhe gegenüber dem letzten Finanzplanjahr gleich.

Die laufenden Zuweisungen bzw. Zuschüsse der EU und die investiven Einnahmen der EU werden anhand des aktuell bekannten Sachstandes geschätzt. Dabei ist der bereits in der Finanzplanung angelegte Rückgang der zur Verfügung stehenden Mittel ab 2014 bis 2020 konsequent fortgeführt.

Die laufenden Zuweisungen bzw. Zuschüsse des Bundes, die übrigen Zuweisungen bzw. Zuschüsse, die investiven Einnahmen des Bundes und die sonstigen investiven Einnahmen variieren dagegen stark. Dort werden in den einzelnen Themenbereichen jeweils konkrete Entwicklungsannahmen getroffen. In 2020 ist das Auslaufen des Solidarpakts II Korb II berücksichtigt.

5.3 Ausgaben

Ausgabeseitig wird die Entwicklung der Personal- und Versorgungsausgaben gesondert vorausberechnet. Diesen Berechnungen liegt das Personalkonzept 2010 (siehe Tz. 4.3.2.2) sowie angenommene Entwicklungen der Tarifsteigerungen und der Zahl der Versorgungsempfänger zugrunde.

Für die Ermittlung der Veränderung der Zinsen aufgrund von Schuldentilgungen wird unabhängig vom derzeitigen Zinsniveau ein Zinssatz von 5 % angenommen. Um die Verschuldung pro Einwohner zumindest konstant zu halten, wird ab 2017 eine Nettotilgung konstant mit 80 Mio. € angenommen. Eine Nettokreditaufnahme ist unter Berücksichtigung der Schuldenbremse (siehe Tz. 2.4.3) nicht vorgesehen.

Wie bei den Einnahmen sind auch bei den Ausgaben die jeweiligen Themenbereiche relativ konkret in ihrer voraussichtlichen Entwicklung eingeschätzt und individuell prognostiziert worden. Dabei ist insbesondere die rückläufige Entwicklung der Bundes- und EU-Einnahmen berücksichtigt. Ein Ausgleich durch zusätzliche Landesmittel ist nicht vorgesehen.

Für den KFA wird für alle Jahre von einer Beibehaltung der Finanzverteilung im Rahmen des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes ausgegangen.

5.4 Ergebnis und Bewertung

Der Projektion auf das Jahr 2020 zeigt deutlich, wie sich die Landesfinanzen unter den spezifizierten Annahmen entwickeln könnten. Dabei ist sie jedoch naturgemäß mit Unwägbarkeiten verbunden, so dass sie nicht den Anspruch einer exakten Vorausberechnung zur Entwicklung des Landeshaushalts erhebt. Die Projektion zeigt aber Entwicklungstrends und offenbart damit frühzeitig bestehende sowie mögliche Handlungsbedarfe. Außerdem können zukünftige Rechtsänderungen in ihren langfristigen finanzpolitischen Auswirkungen bewertet werden.

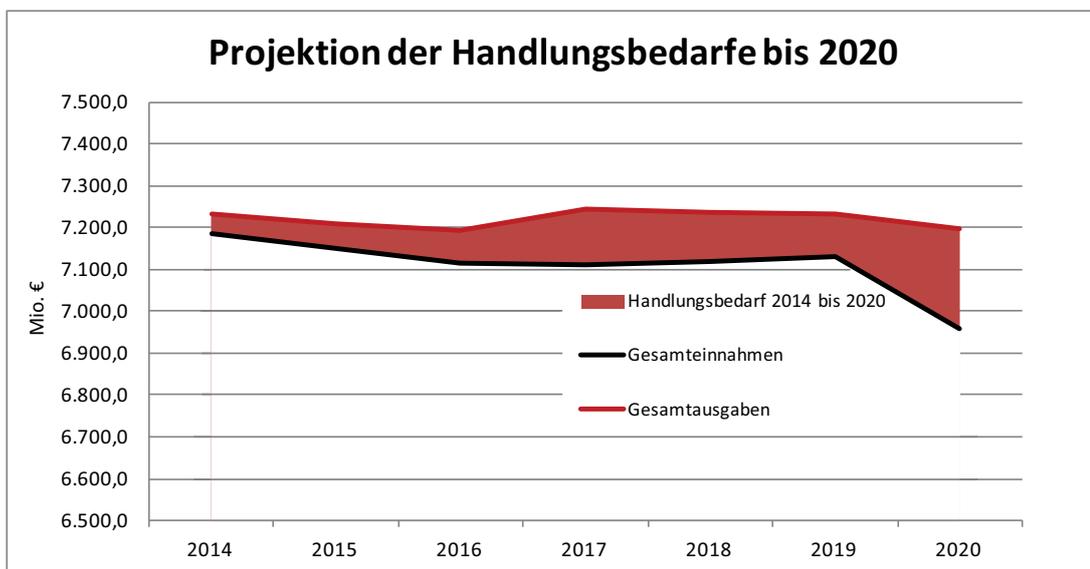
Die nachfolgende Grafik verdeutlicht das Ergebnis der Projektion. Ein zahlenmäßiger Überblick über die langfristige Entwicklung ist in der Anlage 17 (Projektion auf das Jahr 2020) dargestellt.

Die Gesamteinnahmen des Landes gehen tendenziell zurück und werden 2020 deutlich einbrechen. Dies ist auf den Wegfall der SoBEZ in Höhe von 220 Mio. € zurückzuführen. Die möglichen Wirkungen des neu zu verhandelnden Länderfinanzausgleichs, der ab 2020 gelten würde, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Gesamtausgaben des Landes verharren in etwa auf dem Niveau von 7,2 Mrd. €. Der einmalige Anstieg von 2016 nach 2017 ist auf die vorgesehene Schuldentilgung zurückzuführen. Die steigenden laufenden Ausgaben müssen durch zurückgehende Investitionen kompensiert werden. Dennoch

ist auch im Jahre 2020 das Investitionsniveau höher als in vergleichbaren westlichen Flächenländern. Eine weitere Annäherung wird erst nach Auslaufen der EU-Förderung als Übergangsregion ab 2021 erfolgen.

Die bereits bestehenden Handlungsbedarfe in der mittelfristigen Finanzplanung steigen von 46 Mio. € in 2014 schrittweise auf 131 Mio. € in 2017 an und gehen dann bis 2019 wieder leicht zurück. Im Jahre 2020 nimmt der Handlungsbedarf sprunghaft auf 238 Mio. € zu.



Zur Haushaltskonsolidierung erforderliche Maßnahmen in den einzelnen Jahren, die sich aufgrund der Projektion abzeichnen, können sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite erfolgen. Jedoch hat das Land auf der Einnahmeseite nur geringe eigene Gestaltungsspielräume. Damit verbleibt in der Regel nur die Möglichkeit, die Handlungsbedarfe durch Einsparungen bei den Ausgaben aufzulösen. Die konkrete Bewältigung der Handlungsbedarfe muss mit jeder kommenden Haushaltsplanung durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Mit dem in der Vergangenheit eingeleiteten Konsolidierungskurs des Landes, der auch in der Zukunft seine Wirkungen entfalten wird, hat das Land solide Grundlagen geschaffen, um die zukünftigen finanzpolitischen Herausforderungen zu meistern. Unter diesen Bedingungen besitzt das Land Mecklenburg-Vorpommern die reale Chance, die Schuldenbremse bis 2020 und auch danach einzuhalten.

6. Erläuterungen zu einzelnen Politikbereichen

6.1 Wirtschaftsförderung

Kern der Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern ist die GAW. Das vom Bund, dem Land und der EU im Rahmen des EFRE für diesen Zweck bereitgestellte Mittelvolumen beträgt in 2012 rund 180 Mio. € und in 2013 noch 165 Mio. €. Für den mittelfristigen Finanzplanzeitraum 2014 und 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016 wird derzeit davon ausgegangen, dass der Bund seine Mittel für die GAW weiterhin auf stabilem und hohem Niveau zur Verfügung stellt.

Da über die konkrete Ausgestaltung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 bislang keine verbindlichen Erkenntnisse vorliegen, kann eine abschließende Einschätzung über den Einsatz von Europäischen Mitteln für Zwecke der GAW nicht getroffen werden.

Einen Schwerpunkt außerhalb der GAW bildet die Technologie- und Innovationsförderung im Land. Für den Zeitraum der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 stehen dafür EFRE-Mittel von insgesamt 133 Mio. € zur Verfügung. Zudem werden in diesem Zeitraum Mittel des ESF in Höhe von fast 60 Mio. € für die stärkere Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, zur Patentförderung sowie zur Forschungs- und Entwicklungsförderung eingesetzt. Einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen der Forschungsförderung bildet ein Forschungsfonds zur Förderung von exzellenten Forschungsschwerpunkten an Hochschulen des Landes in Höhe von 15 Mio. €, der sich aus EFRE-, ESF- und Landesmitteln speist.

6.2 Arbeitsmarktpolitik und berufliche Ausbildung

Das Gesamtvolumen der bereitgestellten Mittel aus dem ESF 2007 bis 2015 beträgt 435,8 Mio. €. Somit stehen für struktur- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Jahren 2012 und 2013 jeweils rund 54 Mio. € zur Verfügung. In 2014 und 2015 werden es zusammen noch etwa 33 Mio. € an ESF-Mitteln sein.

In der laufenden ESF-Förderperiode von 2007 bis 2013 liegt ein besonderer Schwerpunkt der Arbeitsmarktförderung in der Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen. Im Umfang von mehr als 60 Mio. € können berufliche Weiterbildungsmaßnahmen, die Beratung von Unternehmen im Zusammenhang mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Kompetenzentwicklung in Unternehmen gefördert werden. Weitere ESF-Mittel in der Arbeitsmarktpolitik werden für Ausbildungsprogramme in Höhe von insgesamt 53 Mio. €, für Technologie- und Innovationsförderung in Höhe von 40 Mio. € sowie für die vollzeit-schulische Berufsausbildung eingesetzt.

Gleichzeitig stehen ab 2014 bereits Mittel der neuen EU-Förderperiode 2014 bis 2020 bereit. Hier sind jedoch die Konditionen zum Einsatz dieser Mittel noch nicht abschließend geklärt. Eine mittelfristige Vorausschau, in welchem Umfang Europäische Mittel für arbeitsmarktpolitische Zwecke künftig eingesetzt werden, ist daher nicht möglich.

6.3 Förderung einer wettbewerbsfähigen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Mehrere Förderbereiche der GAK und Schwerpunkte des EPLR M-V bilden die Grundlage für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Insgesamt stehen in 2012 und 2013 jährlich Mittel mit einem Umfang von rund 108 Mio. € zur Verfügung. Die Mittel setzen sich aus Bundesmitteln im Rahmen der GAK, aus Mitteln des ELER und der Kofinanzierung des Landes zusammen.

Für die Förderung der Fischereiwirtschaft aus dem EFF stehen in den Jahren 2012 und 2013 Landes- und EU-Mittel in einem Umfang von jährlich rund 11 Mio. € bereit.

Da die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 noch nicht abschließend bestimmt ist, kann gegenwärtig keine Mittelausstattung für die Förderung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in den Folgejahren benannt werden.

6.4 Entwicklung einer modernen Verkehrsinfrastruktur

Für die Gewährleistung und Verbesserung des ÖPNV und des SPNV werden 259,0 Mio. € im Jahr 2012, 268,2 Mio. € im Jahr 2013, 270,9 Mio. € im Jahr 2014, 274,5 Mio. € im Jahr 2015 und 278,2 Mio. € im Jahr 2016 eingesetzt.

Für die Verbesserung des kommunalen Straßenbaus sind – wie in den vergangenen Jahren – in den Jahren 2012 und 2013 ff. jeweils 17,5 Mio. € an Zuweisungen des Bundes aus dem Entflechtungsgesetz in den Landeshaushalt eingestellt worden.

In den Jahren 2012 und 2013 sind für die Planung von Bundes- und Landesstraßen sowie für Neubau, Um- und Ausbau von Landesstraßen rund 71 Mio. € investive Mittel vorgesehen. Mit diesen Mitteln werden im Wesentlichen die laufenden Straßenbauprojekte fortgeführt. Einige wichtige neue Maßnahmen kommen hinzu, z. B.

- der Bau der Brücke über die Bahn in Plaatz,
- der Ausbau der Ortsdurchfahrt in Spandowerhagen und
- der Bau der Brücke über die Gleiswege der DB AG in Grevesmühlen.

Für die vier Häfen Wismar, Rostock, Stralsund und Sassnitz/Mukran wird ein jährliches Umschlagswachstum von bis zu 5 % bis zum Jahr 2025 vorhergesagt. Um dieses Wachstum auch bewältigen und im ostseeinternen Hafengewettbewerb nachhaltig bestehen zu können, müssen die Häfen in erheblichem Umfang in den Ausbau der Hafeninfrastruktur investieren. Vor diesem Hintergrund werden neben den im Haushaltsplan-Entwurf veranschlagten Mitteln aus dem EFRE (lfd. Förderperiode 37,5 Mio. €) und dem Hafencostfonds des Bundes (jährlich rund 2,6 Mio. € bis 2019) auch weiterhin Landesmittel für den weiteren Ausbau der Hafeninfrastruktur eingesetzt. Darüber hinaus wird angestrebt, auch in den kommenden Jahren im Rahmen der GAW Mittel für die Hafeninfrastruktur bereitzustellen.

6.5 Wohnungs- und Städtebauförderung

Die Städtebauförderung wird mit den Teilprogrammen städtebaulicher Denkmalschutz, Allgemeine Sanierung und Entwicklung, Soziale Stadt, Stadtbau Ost, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren sowie seit 2010 mit dem Programm Kleinere Städte und Gemeinden umgesetzt. Neben den gemeinsamen Bund-Länder-Programmen wird 2012 und 2013 das landeseigene Städtebauförderprogramm auf hohem Niveau gewährleistet. Nachhaltige Effekte werden zudem durch den Einsatz von EFRE-Mitteln zur Förderung einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung bei städtebaulichen Maßnahmen in Sanierungs-, Entwicklungs- und Fördergebieten erwartet. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Entwicklung und Stärkung der Innenstädte, zur Anbindung von historischen Stadtkernen an nahe gelegene Häfen und Wasserkanten und zur Entwicklung von Brachflächen.

Die Wohnraumförderung ist im Rahmen der Föderalismusreform ab 2007 in die alleinige Zuständigkeit der Länder übergegangen. Das Land stellt jährlich ein Landesprogramm Wohnraumförderung auf, mit dem vorrangig die Modernisierung und Instandsetzung des Bestandes und die Schaffung altengerechter Wohnungen bei gleichzeitiger Verbesserung der Wohnqualität durch zinsgünstige Darlehen gefördert werden. Die Rückflüsse aus den Wohnraumförderdarlehen fließen ab 2007, zum Aufbau einer finanziellen Basis für die künftige Wohnraumförderung des Landes, in das neu geschaffene Sondervermögen „Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern“.

Für investive Maßnahmen der Wohnungs- und Städtebauförderung sind im Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 insgesamt 433,8 Mio. € berücksichtigt.

6.6 Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen

Für Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie sind in 2012 und

2013 jeweils rund 34 Mio. € veranschlagt. Darin sind Mittel aus der GAK, den EU-Fonds (ELER und EFRE) und der Abwasserabgabe enthalten.

Aufgrund der bislang noch nicht abgeschlossenen inhaltlichen und finanziellen Ausgestaltung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020, lassen sich gegenwärtig noch keine Aussagen zur Mittelausstattung in den Folgejahren treffen.

6.7 Natur- und Umweltschutz

Für die Förderung von Natur- und Umweltschutzmaßnahmen sind in 2012 rund 22,1 Mio. € und in 2013 rund 22,7 Mio. € aus Landesmitteln und EU-Mitteln (ELER) veranschlagt worden.

Zur Umsetzung des Moorschutzkonzeptes und der Seensanierung werden 2012 und 2013 jährlich 6,8 Mio. € aus Mitteln des ELER sowie der Abwasserabgabe bereitgestellt.

Aufgrund der bislang noch nicht abgeschlossenen inhaltlichen und finanziellen Ausgestaltung der EU-Förderperiode 2014 bis 2020, lassen sich gegenwärtig noch keine Aussagen zur Mittelausstattung in den Folgejahren treffen.

6.8 Klimaschutz und erneuerbare Energien

Dem Klimaschutz kommt auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene als Querschnittsthema zukünftig eine wachsende Rolle zu. Aus diesem Grund wird in 2012 und 2013 die Förderung von innovativen Projekten des Klimaschutzes um 7 Mio. € verstärkt und durch die Auflage eines revolvingierenden Darlehensfonds weiterentwickelt. In der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 stehen somit insgesamt 32 Mio. € EFRE-Mittel für die Förderung von investiven Projekten zur Verfügung. Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz stehen im Mittelpunkt.

6.9 Gesundheitspolitik

Im Bereich der Krankenhausförderung sind in den Jahren 2012 und 2013 pauschale Fördermittel in Höhe von 22,8 Mio. € vorgesehen. Die Höhe des Fördervolumens wird mittelfristig fortgeschrieben. Dies ermöglicht den Trägern von Krankenhäusern die Wiederbeschaffung von Anlagegütern sowie die Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von mehr als drei bis zu 15 Jahren.

Für die Krankenhauseinzelförderung stehen von 2012 bis 2015 insgesamt rund 144,4 Mio. € zur Verfügung. Im Jahr 2016 wird für diesen Bereich

voraussichtlich ein Betrag in Höhe von 29 Mio. € bereitgestellt. Der überwiegende Teil dient der Ausfinanzierung bereits existierender Verpflichtungen. Im Bereich der Einzelförderung wurden in 2012 VE in Höhe von insgesamt 10,8 Mio. € ausgebracht. Die Ermächtigungen sind vorgesehen für die Finanzierung von Maßnahmen an den Krankenhausstandorten Teterow, Neustrelitz und Südstadtklinikum Rostock.

Für den laufenden Maßregelvollzug sind im Jahr 2012 ca. 23,6 Mio. € und im Jahr 2013 ca. 23,8 Mio. € veranschlagt. Mittelfristig wurden 24,1 Mio. € geplant.

Für das öffentliche Gesundheitswesen im Übrigen sind für die Jahre 2012 und 2013 jeweils ca. 3,6 Mio. € veranschlagt. Dieses Niveau sinkt im weiteren Finanzplanungszeitraum geringfügig. Dabei liegt der wesentliche Schwerpunkt im Bereich der Suchtprävention und der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs.

6.10 Familie und Erziehung

Zur Förderung von Kindern in der Kindertageseinrichtung und in der Kindertagespflege nach dem Kindertagesförderungsgesetz für Mecklenburg-Vorpommern (KiföG M-V) stehen im Haushaltsjahr 2012 Landesmittel in Höhe von 145,7 Mio. € und im Jahr 2013 in Höhe von 159,0 Mio. € zur Verfügung (einschließlich 0,2 Mio. € für Modellprojekte). Diese Beträge erhöhen sich mittelfristig auf 169,3 Mio. € im Jahr 2014, auf 177,7 Mio. € im Jahr 2015 und auf 188,0 Mio. € im Jahr 2016. Schwerpunkte der Erhöhung bilden u. a. die Absenkung der Elternbeiträge für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren und die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation im Kindergartenbereich.

Daneben reicht das Land im Jahr 2012 Bundesmittel in Höhe von 6,3 Mio. € und im Jahr 2013 im Umfang von 6,2 Mio. € für Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten an die Kommunen weiter. Dieser Betrag ist vollständig durch Einnahmen vom Bund gedeckt. Da das Programm des Bundes bis Ende 2013 befristet ist, sind mittelfristig keine weiteren Beträge eingestellt worden.

6.11 Demokratie und Toleranz

Das „Landesprogramm für Demokratie und Toleranz“ wird fortgeführt. Die Arbeit der fünf Regionalzentren für demokratische Kultur und der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern soll ebenfalls fortgeführt werden.

Die Finanzierung nach 2013 ist noch zu klären. Das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ läuft bis einschließlich 2013. Mittel

aus dem „Europäischen Sozialfonds“ sind bis zum Ende der aktuellen Förderperiode eingeplant.

6.12 Schulen

Das Ziel, die Schüler/Lehrer-Relation mittelfristig schrittweise an den Durchschnitt der Flächenländer West anzupassen, wird weiter verfolgt.

Die Veranschlagung für die allgemein bildenden Schulen erfolgt auf Basis einer Schüler/Lehrer-Relation von 14,2. Für das Schuljahr 2012/2013 ist eine Schüler/Lehrer-Relation von mindestens 13,95, für das Schuljahr 2013/2014 von mindestens 14,0 und für die Schuljahre 2014/2015 ff. von 14,2 vorgesehen. Für die sich ergebende Differenz zu diesen Schüler/Lehrer-Relationen wird eine Reserveposition im Einzelplan 11 aufgenommen. Zudem wird eine haushaltsrechtliche Ermächtigung zum Ausbringen der dafür erforderlichen Stellen (Schuljahr 2012/2013: rund 150, Schuljahr 2013/2014: rund 120) geschaffen. Jedoch ist zu beachten, dass bedingt durch die Altersstruktur der Lehrkräfte in den kommenden Jahren Kapazitäten für die Unterrichtsversorgung durch Stunden für Altersanrechnung in erheblichem Umfang wegfallen werden. Daher werden in entsprechendem Umfang (Schuljahr 2012/2013: 27 Stellen, Schuljahr 2013/2014: 57 Stellen) zusätzliche Stellen ausgebracht, die nicht auf die Schüler/Lehrer-Relation angerechnet werden.

Durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 26. November 2009 ist die Möglichkeit der Änderungskündigung der Nichtteilnehmer am Lehrpersonal-konzept auf das Beschäftigungsmaß der Teilnehmer am Lehrpersonal-konzept nicht mehr gegeben. Derzeit können daher keine verbindlichen Aussagen zum Annahmeverhalten der Lehrkräfte in den beruflichen Schulen zu Teilzeitangeboten im Rahmen des Lehrpersonal-konzeptes gemacht werden. Ausgehend vom derzeit rechtlich gebundenen Vertragsvolumen werden 1 239 Stellen für 2012 und 1 187 Stellen für 2013 vereinbart.

Im Zuge des Aufgabenzuordnungsgesetzes werden die drei Landesschulen in Güstrow, Neubrandenburg und Neukloster kommunalisiert und das Personal auf die Kreise übertragen.

Die Landesregierung erarbeitet ein schlüssiges Gesamtkonzept zum Thema „Integration und Inklusion in den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020“. Dazu wurde u. a. die Einsetzung einer Expertenkommission beschlossen, die möglichst noch im Jahr 2012 ein Langzeitkonzept zur schrittweisen Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln soll. Notwendige Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Maßnahmen der Unterrichtsgestaltung des Modellversuchs „Rügener Konzept der integrativen und präventiven Grundschule“ gemäß Ziffer 187 der Koalitionsvereinbarung werden fortgeführt. Zur Absicherung dieser Prozesse wurde

eine neue Maßnahmegruppe zur „individuellen Förderung/Integration“ verabredet.

6.13 Hochschulen und Wissenschaft

Die in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen verabredeten Mittelbedarfe sind im Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 einschließlich der MFP veranschlagt worden. Damit wird der Landeszuschuss für die Hochschulen und die beiden Universitätsmedizinen in ihrer neuen Rechtsform unter Berücksichtigung des Personalkonzeptes 2004 (kw-Vermerke im Umfang von 200 Stellen sind noch zu erbringen) weiterhin mit einer jährlichen Zuwachsrate von 1,5 % gesteigert. Darüber hinaus wird die Wettbewerbsfähigkeit der beiden Universitätsmedizinen dadurch gestärkt, dass die Ansätze für Investitionen beginnend ab dem Jahr 2012 aufgestockt und mittelfristig sukzessive erhöht werden.

Mit dem Pakt für Forschung und Innovation erhalten die wichtigsten, gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten Wissenschaftsorganisationen (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Deutsche Forschungsgemeinschaft) finanzielle Planungssicherheit. Bund und Länder haben dazu vereinbart, die laufenden gemeinsamen Zuwendungen an diese Wissenschaftsorganisationen bis 2015 vorbehaltlich der Mittelbereitstellung durch die gesetzgebenden Körperschaften um jährlich 5 % zu steigern. Die Anteile Mecklenburg-Vorpommerns an der Finanzierung dieser Wissenschaftsorganisationen steigen daher von rund 66 Mio. € in 2012 auf rund 75 Mio. € in 2015. Zusätzlich dazu unterstützt Mecklenburg-Vorpommern die weitere Entwicklung der Forschungsinstitute im Land u. a. durch die Umsetzung des 2. Erweiterungsbaus für das Leibniz-Institut für Katalyse e. V. in Rostock (LIKAT).

Mit dem Hochschulpakt werden den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, um den zu erwartenden zusätzlichen Studienanfängern in Deutschland (u. a. aufgrund einer allgemein gestiegenen Studienbereitschaft und der Abschaffung der Wehrpflicht) die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen. Dazu sollen die alten Länder temporär ihre Studienplatzkapazitäten aufstocken und die neuen Länder ihre Kapazitäten größenordnungsmäßig halten. Die Hochschulen des Landes können dazu im Rahmen der zweiten Programmphase des Hochschulpaktes zwischen 2012 und 2015 bis zu 51,4 Mio. € Bundesmittel einwerben.

6.14 Kultur, Denkmalpflege und Sport

Die Förderung von Kultur und Denkmalpflege einschließlich der im KFA enthaltenen Theaterförderung erfolgt wie in den vergangenen Jahren weiterhin auf hohem Niveau.

Die allgemeinen Sportfördermaßnahmen werden ab 2012 von 8,2 Mio. € um 0,5 Mio. € auf 8,7 Mio. € erhöht. Die Mittel für Baumaßnahmen im Sportstättenbau und der Investitionszuschuss an den Landessportbund werden auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2011 fortgeführt. Bei Vorliegen der Voraussetzungen zur Förderung von Sportstättenbaumaßnahmen aus Mitteln des ELER stehen in der Förderperiode 2007 bis 2013 jährlich weitere 1,4 Mio. € zur Verfügung.

6.15 Gesetzliche Sozialleistungen

Die Leistungen des Landes zur Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Sozialhilfe werden zunächst im Haushaltsjahr 2012 auf Basis der bisherigen Rechtslage fortgeschrieben. Hierfür sind 260,7 Mio. € vorgesehen. Ab 2013 soll im Rahmen der anstehenden Novellierung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes eine langfristige Festschreibung der Zuweisungen erfolgen. Hierfür sind in 2013 im Einzelplan 10 ca. 270,0 Mio. € geplant. Aufgrund der zusätzlichen Einnahmen vom Bund für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung können die Landesausgaben in 2014 auf ähnlich hohem Niveau (267,5 Mio. €) gehalten werden. Für die Folgejahre ist eine Steigerung von jeweils 2,5 Mio. € vorgesehen. Für die Altfälle im Bereich der Sozialhilfe werden in 2012 bzw. 2013 noch 8,8 Mio. € bzw. 8,5 Mio. € benötigt. Mittelfristig sinkt der Mittelbedarf aufgrund der fortschreitenden Abarbeitung bis auf 6,0 Mio. € in 2016.

Für die Gewährung von Pflegegeld nach dem Landespflegegesetz stehen in 2012 rund 7,2 Mio. € zur Verfügung. Die Pflegegeldregelung im Landespflegegesetz läuft nach derzeitiger Gesetzeslage zum 31. Dezember 2012 aus. Zur Absicherung einer Anschlussregelung für Bestandsfälle wurde von einem degressiven Fallzahlverlauf ausgegangen und ca. 5,2 Mio. € in 2013, ca. 2,6 Mio. € in 2014, ca. 1,6 Mio. € in 2015 und ca. 0,5 Mio. € in 2016 veranschlagt.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt erhalten sowohl die Empfänger von Arbeitslosengeld II als integrierte Leistung der Grundsicherung, als auch die verbleibenden Sozialhilfeempfänger, direkt die Kosten für Unterkunft und Heizung von den zuständigen Trägern. Nach § 10 Abs. 1 Landesausführungsgesetz SGB II erhalten die kommunalen Träger vom Land Zuweisungen, die sich zusammensetzen

- aus den Mecklenburg-Vorpommern zustehenden SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und
- dem Landesanteil an den Einsparungen beim Wohngeld in Höhe von netto mindestens 42,6 Mio. € pro Jahr.

In 2012 und 2013 sind jeweils rund 119,7 Mio. € an die Kommunen weiterzuleiten. Mittelfristig erhöht sich der Betrag auf jeweils jährlich 130,1 Mio. € bis 2016, vorbehaltlich der Überprüfung nach § 11 Absatz 3a FAG (vgl. Tz. 4.1.4).

Daneben leitet das Land nach § 11 Abs. 1 Landesausführungsgesetz SGB II den kommunalen Trägern den vom Bund zu tragenden Anteil an den Leistungen für Unterkunft und Heizung weiter, abzüglich der Leistungen, für die das Land den kommunalen Trägern bereits nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz die Kosten erstattet. Dies sind in 2012 und 2013 rund 138,4 Mio. €, mittelfristig sind es jeweils 128,0 Mio. €.

In Umsetzung des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes leistet das Land Ausgaben in Höhe von jeweils 12,7 Mio. €. Die Kostenbeteiligung des Bundes beträgt 65 %.

6.16 Sicherungsverwahrung

Zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 4. Mai 2011 zur Sicherungsverwahrung werden in 2013 Mittel in Höhe von 1 Mio. € und ab 2014 in Höhe von 2 Mio. € im Sachhaushalt veranschlagt.

6.17 Landesbau

Der Hochschulbau ist ein wesentlicher Schwerpunkt der Bautätigkeit des Landes. Ziel ist es, die angestrebten Strukturen baulich zu untersetzen. Die für den Hochschulbau und die Ersteinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel sinken durch den Wegfall des Zukunftsinvestitionsprogramms Mecklenburg-Vorpommern von 106 Mio. € in 2011 auf 85,7 Mio. € in 2012 und 92,1 Mio. € in 2013, wobei die Ausgaben für den reinen Landeshochschulbau einschließlich EFRE von 74,0 Mio. € in 2011 auf 81,2 Mio. € in 2012 und 83,5 Mio. € in 2013 ansteigen. Auch in den Jahren 2014 bis 2016 wird der Hochschulbau auf diesem hohen Niveau fortgeführt.

Als Maßnahmen im Bereich des Hochschulbaus sind hervorzuheben: weiterer Ausbau der Universitätsmedizin in Rostock und in Greifswald, der Forschungsbau Life, Light, Matter der Universität Rostock, die Umsetzung des Standortentwicklungskonzeptes Loefflerstraße, die Grundsanierung der Domstraße 9a für die Historischen Wissenschaften, der Neubau des Labor- und Praktikumsgebäudes für die Pharmakologie/Pharmazie sowie die Nachnutzung der Soldmannstraße in Greifswald.

Darüber hinaus ist, vorbehaltlich des Ergebnis einer Konzeptstudie, die Realisierung der Bereichsbibliothek und der Neubau der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock am Standort Ulmenstraße vorgesehen.

Auch in den übrigen Bereichen des Landesbaus erfolgte eine Aufstockung der Ausgaben gegenüber der alten MFP. Die für den Landesbau zur Verfügung stehenden Mittel steigen von 47 Mio. € in 2011 auf 55,0 Mio. € in 2012. Im Jahr 2013 stehen nochmals 52,5 Mio. € zur Verfügung. Aus diesem Volumen werden unter anderem die Polizeizentren Waldeck und Schwerin, die Polizeiliegenschaft in der Ulmenstraße 54 in Rostock, das Haus der Justiz in Rostock, die Justizvollzugsanstalt in Bützow sowie das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege in der Stellingstraße in Schwerin hergerichtet. In 2014 wurden Ausgaben in ähnlichem Umfang berücksichtigt. Darüber hinaus sind die Ausgaben mittelfristig rückläufig.

Für Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Schlosses Schwerin sind in 2012 und in 2013 jeweils 3,6 Mio. € vorgesehen. Die jährlichen Raten von 3,6 Mio. € werden auch mittelfristig ab 2014 auf einem gleichbleibend hohem Niveau veranschlagt.

6.18 Innere Sicherheit

In der Polizei belaufen sich die Investitionen (ohne IT) in 2012 auf 9,6 Mio. € und von 2013 bis 2016 auf jährlich ca. 8,7 Mio. € (Ausnahme: 2014 ca. 11,3 Mio. €). Der Betrag in 2012 ergibt sich aus der notwendigen Neubeschaffung von Fahrzeugen aufgrund der Umstellung von Leasing auf Kauf. Es werden 119 Fahrzeuge in 2012 und 144 Fahrzeuge in 2013 beschafft. Die Ausstattung der Polizei mit Körperschutzausstattung wird durch die Bereitstellung von 1,0 Mio. € in 2012 und ca. 1,4 Mio. € in 2013 fortgesetzt. Zur Erlangung der Akkreditierung des Fachbereiches DNA-Analytik beim LKA M-V nach der Norm EN ISO/IEC 17025 „Allgemeine Anforderungen an die Kompetenz von Prüf- und Kalibrierlaboratorien“ werden in 2012 ca. 0,4 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Der Bund und die Länder verfolgen das Ziel, für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein bundeseinheitliches digitales Sprach- und Datennetz aufzubauen. Das Netz in Mecklenburg-Vorpommern ist aufgebaut und befindet sich seit November 2011 im erweiterten Probebetrieb. Ab Mitte 2012 soll es in den Wirkbetrieb gehen. Der Bund beteiligt sich an den auf Mecklenburg-Vorpommern entfallenden Gesamtkosten für Aufbau und Betrieb dieses Digitalfunknetzes in Höhe von ca. 54 %. Für die Haushaltsjahre 2012 bis 2016 wurde Vorsorge in Höhe von jährlich ca. 7 Mio. € getroffen.

6.19 eGovernment

Die Gesamtausgaben für Elektronische Datenverarbeitung und eGovernment werden von 72,6 Mio. € in 2011 auf jeweils 82,2 Mio. € in 2012 und 83,5 Mio. € in 2013 ansteigen. Die Mittel sind weitgehend für laufende IT-An-

wendungen und deren planmäßige Weiterentwicklung gebunden. Für die Umsetzung von ressortübergreifenden IT-Infrastrukturen (u. a. CN LAVINE, zentrale Firewall, IP-Telefonie), eGovernment-Projekten (u. a. DOMEA und EPOS) und zentralen IT-Verfahren (u. a. Personalabrechnungsverfahren, Profiskal, Kosten- und Leistungsrechnung, Travelmanagementsystem) sind zusammen 29,4 Mio. € für 2012 und 29,2 Mio. € in 2013 vorgesehen.

Mit 1,5 Mio. € in 2012 und 1,4 Mio. € in 2013 wird die Förderung von Projekten aus EFRE-Mitteln fortgeführt, die den Zugang und die Inanspruchnahme von Behördendienstleistungen für Unternehmen und Bürger über das Internet gestatten.

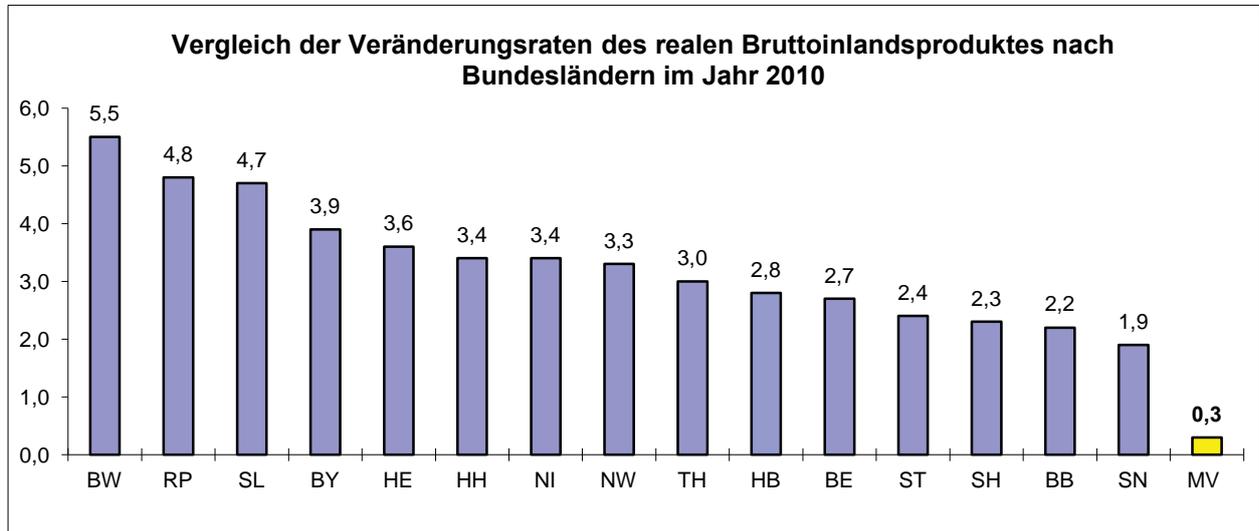
Anlage 1

Wirtschaftsdaten

Stand: Dezember 2011

1. Gesamt wirtschaftliche Ausgangslage 2010 in Deutschland, in den neuen Ländern und in Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahr 2010 war die Wirtschaft nach den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 wieder im Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt **Deutschlands** stieg im Jahr 2010 um 3,7 % an, nachdem im Jahr 2008 nur ein geringer Anstieg von 1,0 % und im Jahr 2009 ein deutlicher Rückgang von -5,1 % zu verzeichnen waren.



Der deutliche Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion war im Jahr 2010 vor allem das Ergebnis der kräftig expandierenden Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe. Von einem guten Exportgeschäft beflügelt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um 11,3 %. Auch die Dienstleistungsbereiche, die mit rund 71 % den größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland haben, verzeichneten mit 2,3 % deutliche Zuwächse. Im Baugewerbe konnte trotz des im Jahresverlauf leicht an Fahrt verlierenden Produktionsanstiegs insgesamt noch ein Plus von 1,7 % verzeichnet werden. Zum Jahresausklang 2010 wirkten in erster Linie die außergewöhnlich niedrigen Temperaturen dämpfend. Sie beeinträchtigten nicht nur die Bautätigkeit erheblich, sondern auch den Handel und die Verkehrsdienstleistungen.

Die Bauinvestitionen wurden 2010 um knapp 3 % ausgeweitet und die Ausrüstungsinvestitionen sind deutlich um rund 11 % gestiegen. Hierbei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass bereits vor der Wirtschaftskrise geplante, dann aber zurückgestellte Investitionsprojekte nachgeholt wurden.

Der Außenhandel war 2010 eine wesentliche Stütze der Konjunktur. Die Ausfuhren überschritten ihr Vorkrisenniveau und stiegen deutlich um 14,7 %. Da der Anstieg der Einfuhren schwächer ausfiel (+13,0 %), trug der Außenhandel zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts bei.

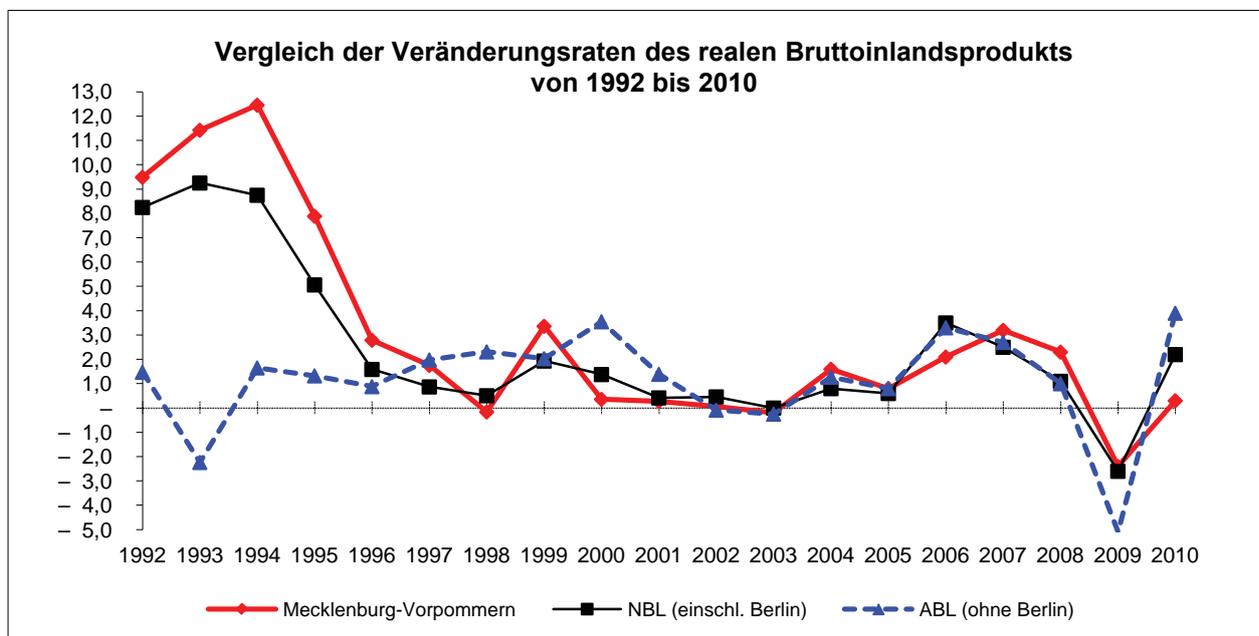
Im Verlauf des Jahres 2010 erhöhten sich die privaten Konsumausgaben um 1,4 %; dies war ein kräftiger Zuwachs im Vergleich zu den letzten Jahren.

Die im Jahr 2010 unter dem Eindruck einer sich weiter bessernden Arbeitsmarktlage ausgehandelten Tarifverträge enthielten teilweise bereits spürbare Lohnsteigerungen.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer stiegen deutschlandweit um 2,8 %. Die konjunkturell bedingte Kurzarbeit ging kontinuierlich zurück.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2010 durchweg verbessert. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte war ein Aufschwung zu beobachten, so dass die Beschäftigung bereits zur Jahresmitte wieder deutlich über dem Vorkrisenniveau lag. Im Jahresverlauf stieg die Erwerbstätigkeit um +0,5 % auf rund 40,5 Mio. Personen. Die Arbeitslosigkeit war 2010 rückläufig. Im Jahresdurchschnitt waren in Deutschland 3,24 Mio. Arbeitslose registriert. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 7,7 %.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in den **neuen Bundesländern** (einschl. Berlin) erhöhte sich im Jahr 2010 um 2,2 %, wozu wesentlich das Verarbeitende Gewerbe mit einem Zuwachs der Wertschöpfung um 9,5 % beitrug. In der Bauwirtschaft wurde mit einer Zunahme der Bruttowertschöpfung um 0,8 % ein positiver Wachstumsbeitrag erreicht. Die Dienstleistungsbereiche verzeichneten eine Steigerung der Bruttowertschöpfung um 1,4 %.

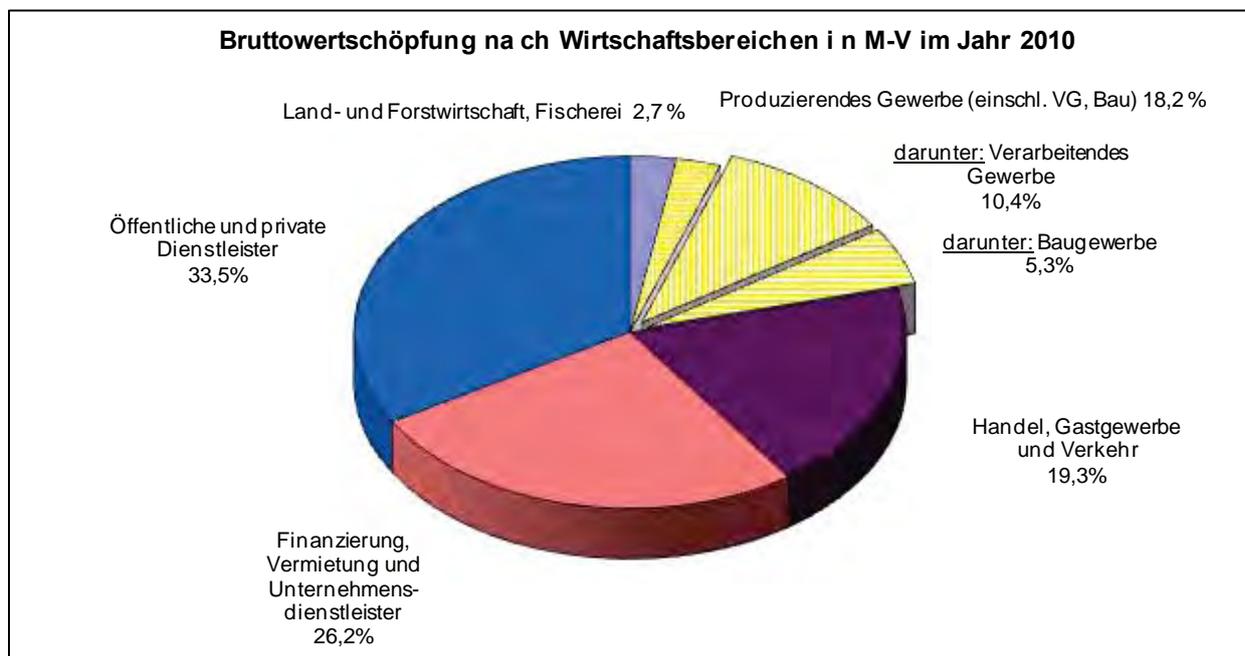


Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in **Mecklenburg-Vorpommern** war im Jahr 2009 mit -2,4 % nicht so stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Abschwächung durch die Finanzkrise betroffen wie der Großteil des restlichen Bundesgebietes (-5,1 %). Demzufolge fiel die Wachstumsrate in der 2010 einsetzenden wirtschaftlichen Erholung für das Jahr 2010 mit +0,3 % deutlich geringer aus als im gesamten Bundesgebiet (+3,6 %). Damit war der Anstieg auch geringer als in den neuen Ländern (einschl. Berlin) mit +2,2 % und in den alten Ländern (ohne Berlin) mit +3,9 %.

Ein überdurchschnittliches Wachstum erzielte 2010 vor allem das Produzierende Gewerbe und bestätigt damit die positive Dynamik. In diesem Bereich stieg die Bruttowertschöpfung gegenüber dem Jahr 2009 real um 2,3 % an (2009 gegenüber 2008: -8,5 %), Dieses Wachstum reichte jedoch nicht aus, um die durchschnittlichen Zuwachsraten der neuen Länder (einschl. Berlin; +6,5 %) und des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin; +9,1 %) bzw. Deutschlands (+8,8 %) zu erreichen. Im Verarbeitenden Gewerbe lag Mecklenburg-Vorpommern mit einer Steigerungsrate von

+1,6 % unter den Durchschnittswerten der neuen Länder (einschl. Berlin; +9,5 %) und des früheren Bundesgebietes (ohne Berlin; +11,6 %) bzw. Deutschlands (+11,3 %).

An der nominalen Bruttowertschöpfung des Jahres 2010 hatten die Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern die folgenden Strukturanteile:



Der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister hat mit 33,5 % den größten Anteil an der Bruttowertschöpfung des Landes (Vorjahr: 33,8 %; Bundesdurchschnitt 23,6 %). Der noch überdurchschnittliche Anteil verdeutlicht das Ausmaß des eingeleiteten Angleichungsprozesses an durchschnittliche gesamtdeutsche Verhältnisse, vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereiches vonstattengeht.

Auf den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister entfällt mit 26,2 % (Vorjahr: 26,6 %; Bundesdurchschnitt 30,4 %) der zweitgrößte Anteil an der Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr konnte seinen Anteil an der Bruttowertschöpfung auf 19,3 % ausbauen (Vorjahr: 19,1 %; Bundesdurchschnitt 17,2 %), vor allem durch die Standortvorteile des Landes für logistische Dienstleistungen. Beispielsweise stieg der Hafenumschlag 2010 im Vergleich zum Vorjahr um +13,0 % auf 28,2 Mio. Tonnen; das ist ein Ergebnis, das schon fast wieder an das Niveau vor der Finanz- und Wirtschaftskrise herankommt. Die Kaufzurückhaltung der Verbraucher hinterließ auch beim Einzelhandel ihre Spuren; die realen Umsätze gingen um -0,1 % zurück.

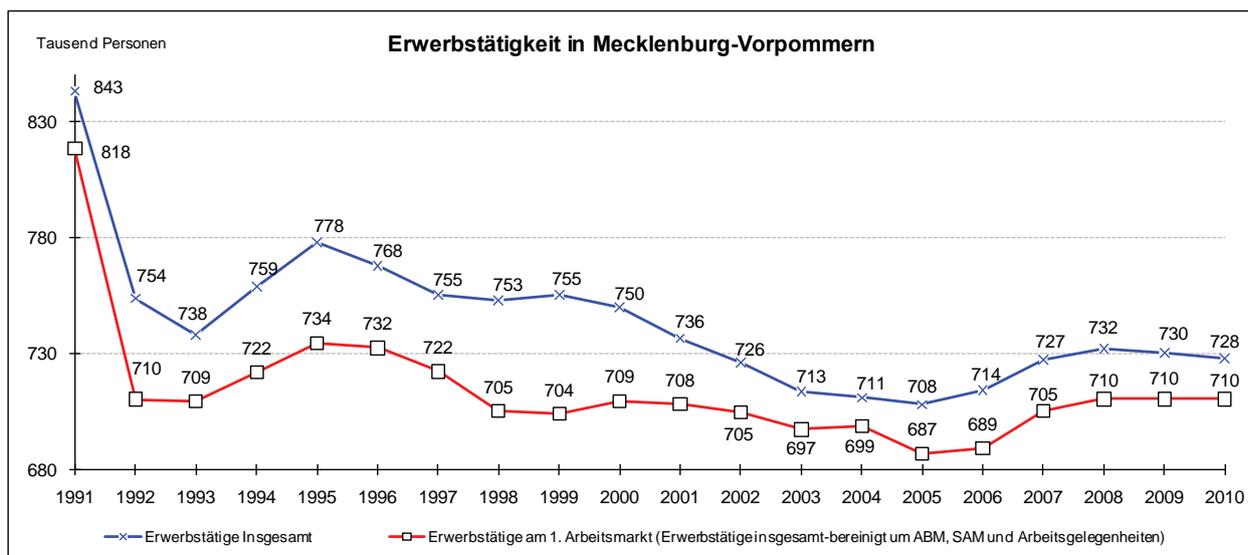
Der Tourismus konnte im Jahr 2010 wieder ein gutes Ergebnis erreichen. Die Beherbergungsstätten mit neun und mehr Betten und die Campingplätze in Mecklenburg-Vorpommern meldeten insgesamt 27,7 Mio. Übernachtungen (-2,6 %) und 6,7 Mio. Gästeankünfte (-3,6 %). Damit wurde das bisherige Rekordergebnis des Jahres 2009 zwar verfehlt, aber das zweitbeste Ergebnis seit 1991 erreicht.

Das Produzierende Gewerbe hatte einen Anteil von 18,2 % an der Bruttowertschöpfung (Vorjahr: 18,0 %; Bundesdurchschnitt 27,9 %), darunter das Verarbeitende Gewerbe 10,4 % (Vorjahr: 10,3 %; die anderen neuen Länder verzeichneten Strukturanteile zwischen 14,8 % in Brandenburg und 22,2 % in Thüringen, Deutschland 20,7 %) und die Bauwirtschaft 5,3 % (Vorjahr: 5,4 %; die anderen neuen Länder zwischen 5,4 % in Brandenburg und 6,4 % in Sachsen, Deutschland 4,1 %).

Auch 2010 waren die Industriebetriebe von Mecklenburg-Vorpommern in überwiegenderem Maße auf dem deutschen Binnenmarkt präsent. Das Verarbeitende Gewerbe in Mecklenburg-Vorpommern hatte 2010 mit einem Plus von +2,9 % ein deutliches Umsatzwachstum erzielt. Der Gesamtumsatz der Industriefirmen konnte auf 10,1 Mrd. € gesteigert werden. Der Auslandsumsatz, der gegenüber 2009 um -3,1 % zurückging erreichte einen Anteil am Gesamtumsatz von 26,8 % (Vorjahr: 28,5 %).

Das BIP je Einwohner erreichte in Mecklenburg-Vorpommern mit 21.730 € den höchsten absoluten Wert seit 1991 und damit 71,1 % des deutschen Durchschnitts.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) stieg 2010 nominal um +1,5 % auf 49.173 € und erreichte 79,7 % des gesamtdeutschen Niveaus (Vorjahr: 81,4 %). Das war absolut der höchste Stand und zugleich der zweithöchste Anpassungsstand an den deutschen Durchschnitt seit 1991. Die Arbeitsproduktivität der einzelnen Wirtschaftsbereiche ist in absoluter Höhe allerdings recht unterschiedlich, was auf den originären Charakter als hoch- oder niedrig-produktive Branche zurückzuführen ist. Die Arbeitsproduktivität der Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern erreicht zumeist Werte im Mittelfeld innerhalb der neuen Länder. Allein die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft liegt mit 135,9 % über dem Bundesdurchschnitt und an erster Stelle aller Bundesländer.



An der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung waren im Jahr 2010 jahresdurchschnittlich insgesamt 727 600 Erwerbstätige mit Arbeitsort in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Das sind rund 2 600 Erwerbstätige (-0,4 %) weniger als im Vorjahr. Ausschlaggebend für den Rückgang der Erwerbstätigkeit war der Abbau von geringfügiger

Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten, während im Jahresdurchschnitt die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung leicht anstieg. Bereinigt um die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen, soweit diese als Erwerbstätigkeit zählen (ABM, Arbeitsgelegenheiten), ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein gleichbleibendes Niveau an Erwerbstätigkeit (vgl. Grafik). Damit verblieb die Zahl der Erwerbstätigen auf dem höchsten Stand seit 1998.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Mecklenburg-Vorpommern 2010 weiter zurückgegangen; Ende Dezember 2010 lag sie bei 109 700 Personen, das sind -4 000 Personen bzw. -3,5 % weniger als Ende Dezember 2009. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen – betrug zum Jahresende 2010 im Land 12,7 % (Ostdeutschland 11,2 %, Deutschland 7,2 %; Mecklenburg-Vorpommern im Vorjahr: 13,1 %). Weil der Umfang an arbeitsmarktpolitischen Entlastungsmaßnahmen (einschließlich Arbeitsgelegenheiten) um -9 300 ebenfalls gesunken war, hatte sich 2010 die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt deutlich verbessert. Die Unterbeschäftigung (= die Summe von Arbeitslosigkeit und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen) lag im Dezember 2010 nach eigenen Berechnungen¹ bei 142 500 Personen, das sind -9,4 % bzw. -14 900 Personen weniger als im Dezember 2009.

2. Beurteilung der ökonomischen Entwicklungsaussichten im Jahr 2011 und für den Zeitraum bis 2015

Die **Bundesregierung** sieht die Entwicklungsaussichten für Deutschland 2011 weiter positiv. Sie geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2011 davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2011 den Aufschwung fortsetzen wird. Gleichwohl dürfte die Wachstumsdynamik aufgrund der etwas schwächeren weltwirtschaftlichen Impulse insgesamt etwas geringer ausfallen als im Jahr 2010. Es wird erwartet, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin spürbar stärker als der Durchschnitt der Eurozone wächst.

Die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2010 ist insbesondere ein Beschäftigungsaufschwung. Trotz des Rückgangs der wirtschaftlichen Aktivität in den Krisenjahren wurden Beschäftigungseinbrüche weitgehend vermieden. Dies ist im internationalen Vergleich besonders hervorzuheben. In den vergangenen Jahren wurde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auch durch verantwortungsvolle Tarifabschlüsse und zielgerichtete unternehmerische Entscheidungen erheblich verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2010 mit 40,6 Mio. Personen sogar ein Rekordniveau erreicht und liegt inzwischen auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze sind vorwiegend im sozialversicherungspflichtigen Bereich entstanden. Die Bundesregierung erwartet, dass sich bei einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung die Arbeitsmarktsituation weiter verbessert. Dabei kann das Tempo jedoch etwas abnehmen. Im Jahresdurchschnitt des Jahres 2011 wird mit einer Steigerung gegenüber 2010 um rund 520 000 Personen auf 41,1 Mio. Personen gerechnet.

¹ Berechnungen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern nach Ursprungsangaben der Bundesagentur für Arbeit, Stand: 30.09.2011

Für 2011 erwartet die Bundesregierung einen deutlichen Anstieg der privaten Konsumausgaben von preisbereinigt 1,6 %.

Nach wie vor werden Risiken für den Aufschwung in der unsteten weltwirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Es ist zu erwarten, dass das Weltwirtschaftswachstum 2011 an Fahrt verlieren wird. Die Wachstumschancen der deutschen Volkswirtschaft sind nicht zuletzt von stabilen und verlässlichen Rahmenbedingungen in Europa abhängig. Vor allem funktionierende Finanzmärkte sind unverzichtbar für die Stärkung eines langfristigen Wachstumspotenzials.

Für das Gesamtjahr 2011 erwartet die Bundesregierung² einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um real 2,9 %. Sie liegt damit im aktuellen Prognosespektrum nationaler und internationaler Organisationen (EU: +2,4 %, OECD: +2,5 %) und Institute (Herbstgutachten: +2,9 %). Die Bundesregierung rechnet bei den Exporten mit einem Anstieg von +7,5 % nach einem Wachstum von +12,6 % im Jahr 2010. Im Jahr 2012 werden sie aber voraussichtlich nur noch um 3,5 % ansteigen. Die Importe werden 2011 ebenfalls steigen (+7,5 %). Die Inlandsnachfrage wird mit real +2,3 % annähernd stabil bleiben. Der private Konsum verstetigt sich ebenfalls. Die Verbraucherpreise dürften sich weiterhin moderat entwickeln. Für das Jahr 2012 hält die Bundesregierung aufgrund der Risiken aus dem internationalen Umfeld ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von +1,0 % für erreichbar.

2011 dürfte die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um +1,3 % steigen. Für 2012 geht die Bundesregierung von einem weiteren moderaten Anstieg um 0,5 % aus.

Die Arbeitslosigkeit war 2010 jahresdurchschnittlich auf 3,24 Mio. Personen gesunken. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2011 und 2012 weiter sinken wird und die Drei-Millionen-Marke unterschreitet. Die Arbeitslosenquote nimmt 2011 im Durchschnitt um 0,7 Prozentpunkte auf 7,0 % ab. Für 2012 wird eine Arbeitslosenquote von 6,7 % erwartet.

Die **Wirtschaftsforschungsinstitute** geben in ihrem Herbstgutachten 2011 unter anderem einen Überblick über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Nach den derzeitigen Prognosen dürfte die Weltproduktion 2011 weiter expandieren. Es wird bei der Entwicklung des Welt-Bruttoinlandsprodukts mit einem Anstieg von real insgesamt 2,6 % gerechnet. 2012 dürfte das globale Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von rund 2,5 % weiter zunehmen. Für Europa (EU-27) liegen die Bruttoinlandsproduktprognosen für 2011 bei +1,6 % und für 2012 bei +0,7 %.

Im Herbst 2011 belastet die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum zunehmend auch die Konjunktur in Deutschland. Der deutsche Außenhandel wurde in der ersten Jahreshälfte 2011 kräftig ausgeweitet. Da die Importe fast ebenso stark zunahm, lieferte der Außenhandel in der ersten Jahreshälfte jedoch nur einen kleinen Beitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Für die kommenden Monate deuten die Indikatoren darauf hin, dass sich die Dynamik der Ausfuhren spürbar verlangsamen wird. Erst im weiteren Verlauf des Jahres 2012 dürften mit der erwarteten Belebung der Konjunktur in den Handelspartnerländern auch die Ausfuhren wieder anziehen. Die Exporte könnten Zuwächse um 3,6 % im Jahr 2011 und 1,5 % im Jahr 2012 erreichen.

² Quelle: Herbstprojektion 2011 der Bundesregierung.

Dagegen wird prognostiziert, dass die Importe um 3,2 % bzw. 1,9 % in den Jahren 2011 und 2012 sinken werden.

Für 2012 erwarten die Institute eine allmähliche Erholung der Produktion, auch weil bei abnehmender Unsicherheit zurückgestellte Investitionsvorhaben nachgeholt werden dürften. Die Industrieproduktion wird weiter zunehmen, wenn auch langsamer als 2011. Da wohl der Arbeitsmarkt stabil und die Einkommensentwicklung günstig bleiben werden, können auch die konsumnahen Dienstleister ihre Wertschöpfung steigern. Die Finanzierungsbedingungen in Deutschland haben sich trotz der Verwerfungen an den Finanzmärkten seit dem Frühjahr 2011 kaum verändert. Die Bauinvestitionen könnten in den Jahren 2011 und 2012 um 5,8 bzw. 1,3 % steigen; die Anlageinvestitionen um 1,3 % im Jahr 2011 und um 0,4 % im Jahr 2012.

Auch wirkte der private Konsum in Deutschland zuletzt als stabilisierender Faktor. Preiserhöhungen für Energie und für Lebensmittel schmälerten im Jahresverlauf 2011 die Kaufkraft. Die Institute rechnen unter den gegebenen Bedingungen für den Jahresdurchschnitt 2011 noch mit einem Anziehen der Verbraucherpreise um +2,3 %. Dagegen wird für das Jahr 2012 mit leicht abgeschwächten Steigerungen der Verbraucherpreise gerechnet (+1,8 %). Ausschlaggebend hierfür dürfte der geringere Anstieg der Importpreise sein. Der inländische Preisdruck wird hingegen leicht zunehmen. Alles in allem dürften die privaten Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2011 um 1,2 % zunehmen. Für 2012 wird ein ähnlich großer Anstieg erwartet.

Die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken. Die gute konjunkturelle Grundtendenz dürfte im Jahresverlauf 2011 zu einem weiteren Anstieg der Beschäftigung führen. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums belasten die schwächere Konjunktur und die höheren Lohnsteigerungen den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresverlauf 2011 weiter sinken und zum Jahresende die Marke von 3 Mio. unterschreiten. Im Jahr 2012 wird mit jahresdurchschnittlich rund 2,8 Mio. Arbeitslosen gerechnet. Die Arbeitslosenquote dürfte diesen Annahmen zufolge auf 7,0 % im Jahr 2011 und auf 6,7 % im Jahr 2012 sinken. Insgesamt dürfte auch die Erwerbstätigkeit 2011 auf 41,1 Mio. Personen und 2012 auf 41,3 Mio. Personen zunehmen. Inwiefern sich die Ausweitung der Erwerbstätigkeit in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit niederschlägt, hängt von der Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials ab.

Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt aufwärts gerichtet. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wird 2011 voraussichtlich um 2,9 % zunehmen. Für 2012 wird mit einer leichten Abschwächung des Aufschwungs gerechnet. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts wird 2012 nur etwa 0,8 % betragen.

Die Institute setzen in ihrer Mittelfristprojektion bis zum Jahr 2016 auf einen weiteren Konjunkturanstieg. Die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts für Deutschland dürfte jahresdurchschnittlich bis zum Jahr 2016 rund 1,5 % betragen; nominal werden rund 3,5 % erwartet. Die Arbeitsproduktivität könnte jährlich um rund 1,1 % zunehmen.

Die grundsätzlichen Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in **Ostdeutschland** unterscheiden sich in den Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Forschungs-

institute, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Bundesregierung nur unwesentlich.

Die ostdeutsche Wirtschaft konnte im Jahr 2010 im Vergleich zum gesamtdeutschen Durchschnitt nicht ganz so stark am globalen Aufschwung partizipieren. Der 2010 beobachtete Aufschwung setzt sich nach Ansicht Instituts für Wirtschaftsforschung Niederlassung Dresden (Ifo Dresden) auch 2011 fort. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands dürfte davon profitieren. Für das Jahr 2011 wird davon ausgegangen, dass die gesamtwirtschaftliche Expansion insbesondere von Investitionen und der Auslandsnachfrage getrieben wird. Die ostdeutschen Unternehmen profitieren davon aber im Vergleich zu Westdeutschland nicht ganz so stark. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 9,0 % steigen dürfte. Im ostdeutschen Baugewerbe wird eine Steigerung der realen Bruttowertschöpfung im Jahr 2011 von 2,7 % erwartet.

Auch die Dienstleistungsbereiche dürften vom gesamtwirtschaftlichen Aufschwung profitieren. So dürfte die gute Industriekonjunktur zu einem deutlich erhöhten Transportaufkommen führen. Auch im Handel zeigen sich positive konjunkturelle Tendenzen, wenn auch in den einzelnen Handelsabteilungen in unterschiedlicher Intensität.

Der private Konsum wird getragen von guten Beschäftigungs- und günstigen Einkommensaussichten. Dadurch werden sowohl der Einzelhandel als auch die Tourismusbranche stimuliert. Für das gesamte Jahr 2011 dürfte der Anstieg der um Preissteigerungen bereinigten Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Ostdeutschland nach Ansicht des Ifo Dresden 4,0 % betragen.

Auch im Bereich Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister wird es nach Ansicht der Wirtschaftsforscher voraussichtlich zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung im Jahr 2011 kommen. Der gesteigerte Auslastungsgrad in der ostdeutschen Industrie erhöht zum einen die Nachfrage der Firmen nach unternehmensnahen Dienstleistungen und stimuliert zum anderen den Bereich der Vermietung. Insgesamt wird ein Anstieg der realen Bruttowertschöpfung von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr erwartet.

Im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister wirken vor allem die Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte restriktiv. Es wird davon ausgegangen, dass kein nennenswerter Impuls vom öffentlichen Sektor ausgeht. Positiv auf diesen Bereich könnte sich vor allem die Entwicklung im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie bei den privaten Dienstleistern aufgrund der sich verbessernden Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation der privaten Haushalte auswirken. Es ist davon auszugehen, dass die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich voraussichtlich um 0,9 % steigen wird.

Alles in allem wird sich die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (mit Berlin) insgesamt um 3,2 % erhöhen. Unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung von Gütersteuern und -subventionen wächst das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 um voraussichtlich 2,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Bei den derzeitigen Voraussetzungen dürfte sich die Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter entspannen. Aufgrund des anhaltenden Aufschwungs dürfte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf 2011 weiter steigen.

Im Jahr 2012 rechnen die Wirtschaftsforscher damit, dass sich die konjunkturelle Dynamik auch in Ostdeutschland abschwächen wird. Aufgrund der Normalisierung der Export- sowie Investitionsdynamik könnten die Impulse speziell aus dem Verarbeitenden Gewerbe schwächer ausfallen als im Jahr 2011. Dennoch wird davon ausgegangen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Industrie im Jahr 2012 um 5,2 % expandieren wird. Eine Abschwächung der Dynamik wird sich auch im Baugewerbe zeigen. Hier wird davon auszugehen, dass sich die Bruttowertschöpfung im Jahr 2012 nur noch um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr erhöhen dürfte. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr ist im Jahr 2012 mit einem Anstieg der realen Bruttowertschöpfung um 2,5 % zu rechnen. Insbesondere der Verkehrssektor sowie der Großhandel dürften dabei nur noch moderat expandieren, während der Einzelhandel sowie der Tourismus weiterhin von den steigenden privaten Konsumausgaben partizipieren. Der Zuwachs im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister dürfte sich voraussichtlich auch abschwächen, da in diesem Bereich die weiteren Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte spürbar werden.

Für das Gesamtjahr 2012 ist daher davon auszugehen³, dass das Bruttoinlandsprodukt mit 1,9 % schwächer wachsen wird als 2011. Die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) dürfte mit 0,6 % etwas geringer ausfallen als 2011. Eigenständige, mit Zahlen unterlegte Prognosen, die die zukünftige Entwicklung in Ostdeutschland über das Jahr 2012 hinaus darstellen, liegen nicht vor.

Der konjunkturell bedingte wirtschaftliche Aufschwung macht sich auch in **Mecklenburg-Vorpommern** bemerkbar. Er wirkt sich unmittelbar auf die regionale Nachfrage nach Bauleistungen, Handwerksleistungen, das Verarbeitende Gewerbe und den Einzelhandel aus. Die Perspektiven für das Jahr 2011 bleiben positiv. Für Investoren ist zurzeit besonders die Bereitschaft der Kreditinstitute entscheidend, die geplanten Investitionen zu finanzieren. Aufgrund der immer noch geringen Eigenkapitaldecke sind die Unternehmen weiterhin auf eine günstige Fremdkapitalfinanzierung angewiesen.

Die konjunkturunterstützenden Maßnahmen der Bundesregierung, ergänzt um die Maßnahmen des Landes Mecklenburg-Vorpommern im 10-Punkte-Programm und im Zukunftsinvestitionsprogramm, haben dazu beitragen, die negativen Folgen des globalen Konjunkturabschwungs für die einheimische Wirtschaft abzumildern und Wertschöpfung und Beschäftigung zu stabilisieren.

Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises VGR der Länder stieg das Bruttoinlandsprodukt in Mecklenburg-Vorpommern im 1. Halbjahr 2011 preisbereinigt um +2,2 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt der neuen Länder (ohne Berlin) stieg es um +3,6 % und im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin um +3,9 %; bundesweit betrug der Zuwachs ebenfalls +3,9 %. Die leichte wirtschaftliche Erholung im 1. Halbjahr 2011 nach der 2010 im Land noch immer nachwirkenden

³ Prognosestand Juli 2011

weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise betraf alle Hauptbereiche der Wirtschaft, insbesondere trugen aber das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe dazu bei.

Die Arbeitsmarktlage in Mecklenburg-Vorpommern dürfte sich nach Expertenmeinung 2011 weiter entspannen. Allerdings werde es 2011 insgesamt auch deutlich weniger Arbeitsgelegenheiten geben.

In Mecklenburg-Vorpommern vollzog sich die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 im Sog der allgemeinen konjunkturellen Belebung in Deutschland insgesamt. Jedoch war das (absolute) Wachstum wegen der speziellen Wirtschaftsstruktur und des demografischen Einflusses geringer. Die Aussichten für Mecklenburg-Vorpommern für das laufende Jahr 2011 und das Jahr 2012 dürften weiterhin am unteren Rand des Prognosespektrums für Ostdeutschland liegen.

3. Wirtschaftliche Entwicklung in Zahlen

a) Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes ist in Tabelle 1 dargestellt. Die Angaben der Jahre 1994 bis 2010 entsprechen den aktuellen Berechnungsständen der VGR. Die absoluten Werte für den Zeitraum 2011 bis 2015 wurden unter Verwendung der jährlichen Zuwachsraten für Deutschland aus der Projektion des BMWi berechnet.

Für Mecklenburg-Vorpommern und die neuen Länder werden für die Jahre 2011 bis 2015 keine eigenständigen Prognosen veröffentlicht.

b) Entwicklung des Preisindex

Die Preisentwicklung ist in Tabelle 2 dargestellt. Die Angaben für die Jahre 1992 bis 2010 entsprechen den aktuellen Berechnungsständen des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern.

c) Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme

Die Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme für Mecklenburg-Vorpommern ist für die Jahre 1993 bis 2010 in der Tabelle 3 dargestellt. Für die Jahre 2011 bis 2012 wurden die gesamtdeutschen Prognosen des BMWi zugrunde gelegt.

d) Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist für Mecklenburg-Vorpommern von 1996 bis 2009 und Deutschland von 2002 bis 2010 dargestellt. Für die Zeit danach wird auf die Prognosen und Angaben des BMWi zurückgegriffen. Diese Daten sind in Tabelle 4 enthalten.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Mecklenburg-Vorpommern und Prognosen für Deutschland

Jahr	Berechnungs- stand	BIP Veränderung gg. Vorjahr		
		nominal	nominal	real
		Mrd. Euro	%	
Mecklenburg-Vorpommern				
1994	März 2011	25,01	+16,9	+12,5
1995	März 2011	27,36	+9,4	+7,9
1996	März 2011	28,37	+3,7	+2,8
1997	März 2011	28,91	+1,9	+1,8
1998	März 2011	28,99	+0,3	-0,2
1999	März 2011	29,79	+2,8	+3,4
2000	März 2011	30,06	+0,9	+0,4
2001	März 2011	30,66	+2,0	+0,3
2002	März 2011	30,88	+0,7	+0,1
2003	März 2011	31,12	+0,8	-0,2
2004	März 2011	31,84	+2,3	+1,6
2005	März 2011	32,23	+1,2	+0,8
2006	März 2011	33,09	+2,7	+2,1
2007	März 2011	34,85	+5,3	+3,2
2008	März 2011	35,90	+3,0	+2,3
2009	März 2011	35,38	-1,5	-2,4
2010	März 2011	35,78	+1,1	+0,3
Deutschland				
2000	August 2011	2.047,50	+2,4	+3,1
2001	August 2011	2.101,90	+2,7	+1,5
2002	August 2011	2.132,20	+1,4	+0,0
2003	August 2011	2.147,50	+0,7	-0,4
2004	August 2011	2.195,70	+2,2	+1,2
2005	August 2011	2.224,40	+1,3	+0,7
2006	August 2011	2.313,90	+4,0	+3,7
2007	August 2011	2.428,50	+5,0	+3,3
2008	August 2011	2.473,80	+1,9	+1,1
2009	August 2011	2.374,50	-4,0	-5,1
2010	August 2011	2.476,80	+4,3	+3,7
2011	<i>Prognose</i>	<u>2.570,92</u>	+3,8	+2,9
2012	<i>Prognose</i>	<u>2.632,62</u>	+2,4	+1,8
2013	<i>Prognose</i>	<u>2.708,97</u>	+2,9	+1,6
2014	<i>Prognose</i>	<u>2.787,53</u>	+2,9	+1,6
2015	<i>Prognose</i>	<u>2.868,36</u>	+2,9	+1,6

Quelle:

1994-2010

MV: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder"

2000-2010

DE: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse der Revision 2011

2011-2015

DE: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Frühjahrsprojektion 2011, Stand 20.10.2011

kursiv: Eigene Berechnungen auf Basis der Jahresraten für Deutschland insgesamt

Entwicklung der Preise in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	Berechnungs- stand	Verbraucherpreisindex	Jahresteuerrate
		1995 = 100	%
1992	August 2002	85,2	+10,9
1993	August 2002	94,4	+9,2
1994	August 2002	97,9	+2,5
1995	August 2002	100,0	+2,1
1996	August 2002	101,8	+1,8
1997	August 2002	103,4	+1,6
1998	August 2002	104,8	+1,4
1999	August 2002	105,1	+0,3

Jahr	Berechnungs- stand	Verbraucherpreisindex	Jahresteuerrate
		2000 = 100	%
2000	Januar 2006	100,0	-
2001	Januar 2006	101,6	+1,6
2002	Januar 2006	102,1	+0,5
2003	Januar 2006	102,7	+0,6
2004	Januar 2006	104,2	+1,5

Jahr	Berechnungs- stand	Verbraucherpreisindex	Jahresteuerrate
		2005 = 100	%
2005	August 2011	100,0	+1,4
2006	August 2011	101,5	+1,5
2007	August 2011	104,5	+3,0
2008	August 2011	107,9	+3,3
2009	August 2011	108,7	+0,7
2010	August 2011	110,3	+1,5

Quelle: Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland

Jahr	Berechnungs- stand	Bruttolohn- und -gehaltssumme (Inlandskonzept) Mrd. Euro	Veränderung		
			gegenüber dem Vorjahr %	je beschäftigtem Arbeitnehmer Euro	
Mecklenburg-Vorpommern					
1993	März 2011	11,24	+11,5	16.306	
1994	März 2011	12,22	+8,7	17.347	+6,4
1995	März 2011	13,25	+8,4	18.344	+5,7
1996	März 2011	13,31	+0,5	18.707	+2,0
1997	März 2011	13,09	-1,7	18.725	+0,1
1998	März 2011	13,20	+0,9	18.948	+1,2
1999	März 2011	13,52	+2,4	19.344	+2,1
2000	März 2011	13,63	+0,8	19.662	+1,6
2001	März 2011	13,51	-0,8	19.961	+1,5
2002	März 2011	13,42	-0,7	20.202	+1,2
2003	März 2011	13,32	-0,7	20.509	+1,5
2004	März 2011	13,27	-0,4	20.596	+0,4
2005	März 2011	13,28	+0,1	20.850	+1,2
2006	März 2011	13,40	+0,9	20.910	+0,3
2007	März 2011	13,82	+3,2	21.194	+1,4
2008	März 2011	14,18	+2,6	21.576	+1,8
2009	März 2011	14,38	+1,5	21.931	+1,6
2010	März 2011	14,54	+1,1	22.272	+1,6
Deutschland					
2000	März 2011	884,52	+3,4	25.108	+1,4
2001	März 2011	903,20	+2,1	25.563	+1,8
2002	März 2011	909,05	+0,6	25.904	+1,3
2003	März 2011	908,99	-0,0	26.227	+1,3
2004	März 2011	914,93	+0,7	26.399	+0,6
2005	März 2011	912,69	-0,2	26.470	+0,3
2006	März 2011	926,62	+1,5	26.716	+0,9
2007	März 2011	956,92	+3,3	27.117	+1,5
2008	März 2011	993,57	+3,8	27.720	+2,2
2009	März 2011	992,05	-0,2	27.663	-0,2
2010	März 2011	1.020,46	+2,9	28.293	+2,3
2011	<i>Prognose</i>	<u>1.051,07</u>	+3,0	28.887	+2,1
2012	<i>Prognose</i>	<u>1.085,76</u>	+3,3	29.667	+2,7

Quelle:

1993-2010 Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder", Stand: März 2011

2011-2012 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Monatsbericht Mai 2011

kursiv: Eigene Berechnungen auf Basis der Jahresraten für Deutschland insgesamt

Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr	Berechnungs- stand	absolut	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
		Mrd. Euro	%
Mecklenburg-Vorpommern			
1996	Mai 2011	3,75	+6,0
1997	Mai 2011	3,96	+5,7
1998	Mai 2011	3,96	-0,2
1999	Mai 2011	3,83	-3,3
2000	Mai 2011	3,76	-1,7
2001	Mai 2011	4,07	+8,3
2002	Mai 2011	4,04	-0,7
2003	Mai 2011	4,09	+1,2
2004	Mai 2011	5,29	+29,4
2005	Mai 2011	5,50	+4,0
2006	Mai 2011	6,16	+11,9
2007	Mai 2011	6,63	+7,7
2008	Mai 2011	6,57	-0,9
2009	Mai 2011	5,38	-18,1
2010		k.A.	k.A.
Deutschland			
2002	Mai 2011	447,80	+1,7
2003	Mai 2011	467,53	+4,4
2004	Mai 2011	535,17	+14,5
2005	Mai 2011	564,82	+5,5
2006	Mai 2011	629,59	+11,5
2007	Mai 2011	656,86	+4,3
2008	Mai 2011	647,74	-1,4
2009	Mai 2011	565,97	-12,6
2010	Mai 2011	641,81	+13,4
2011	<i>Prognose</i>	<u>672,35</u>	+4,9
2012	<i>Prognose</i>	<u>699,12</u>	+4,1
2013	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.
2014	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.
2015	<i>Prognose</i>	k.A.	k.A.

Quelle:

1996-2009 Statistisches Bundesamt bzw. Statistisches Amt MV

2011-2012 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Monatsbericht Mai 2011

kursiv: Eigene Berechnungen auf Basis der Jahresraten für Deutschland insgesamt

Anlage 2

Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich (LFA) stellt sicher, dass jede staatliche Ebene eine ihren Aufgaben entsprechende angemessene Finanzausstattung erhält und Unterschiede in der Finanzkraft der Länder, die dem Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse widersprechen, weitgehend ausgeglichen werden. Insbesondere die neuen Länder sind aufgrund ihrer unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen sowie ihres hohen Nachholbedarfs bei den Infrastrukturinvestitionen und bei der Schaffung einer hinreichenden Wirtschaftsbasis nach wie vor auf solidarische Unterstützung angewiesen. So spielt die Verteilung der gesamten staatlichen Steuereinnahmen über den LFA auch für Mecklenburg-Vorpommern eine bedeutende Rolle.

Seit dem 1. Januar 2005 findet das neue Ausgleichssystem des LFA praktische Anwendung. Die rechtlichen Grundlagen des Finanzausgleichs bilden die Artikel 106 bis 107 des Grundgesetzes. Das Maßstäbengesetz konkretisiert diese Regelungen. Das Finanzausgleichsgesetz (Kernelement des Solidarpaktfortführungsgesetzes) dient schließlich der Ableitung der konkreten jährlichen Zuteilungs- und Ausgleichsfolgen. Die Geltung des Maßstäbe- und des Finanzausgleichsgesetzes ist bis Ende 2019 befristet.

Der Bund-Länder-Finanzausgleich kann in vier Stufen, die aufeinander aufbauen, gegliedert werden:

1. Stufe Vertikale Steuerverteilung
Die Gemeinschaftssteuern, die sich in Steuern vom Einkommen und Umsatzsteuer gliedern, werden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt.
2. Stufe Horizontale Steuerverteilung
Der nach der vertikalen Steuerverteilung der Ländergesamtheit zustehende Teil an den Gemeinschaftssteuern und der Gewerbesteuerumlage wird den einzelnen Ländern zugeordnet.
3. Stufe Finanzausgleich (im engeren Sinne)
Auf dieser Stufe erfolgt ein Ausgleich zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Ländern.
4. Stufe Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)
Auf der letzten Finanzausgleichstufe gewährt der Bund den leistungsschwachen Ländern Zuweisungen zur ergänzenden Deckung ihres Finanzbedarfs.

Die Einzelheiten des bundesweiten Finanzausgleichs werden in nachfolgenden Übersichten am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns für 2012 rechnerisch dargestellt.

Als Resultat entwickelt sich die Finanzkraft des Landes in nachfolgenden Schritten:

- Gemäß der November-Steuerschätzung 2011 weist Mecklenburg-Vorpommern 2010 vor Umsatzsteuerausgleich eine Steuerkraft von 51,1 % des Länderdurchschnitts auf.
- Nach der horizontalen Steuerverteilung erhöht sich die Steuerkraft Mecklenburg-Vorpommerns auf 92,9 % des Länderdurchschnitts.
- Mecklenburg-Vorpommern wird 2012 nach dem Finanzausgleich (im engeren Sinne) auf 95,1 % des Länderdurchschnitts gehoben.
- Die Finanzkraft Mecklenburg-Vorpommerns erreicht durch Fehlbetrags-BEZ 98,5 % des durchschnittlichen Länderniveaus.

Länderfinanzausgleich 2012

auf Basis Steuerschätzung November 2011

	Stufen des Länderfinanzausgleichs (LFA)		Gesamt	Länder	M-V
0.	Einwohner	Mio. Ew.		81,768	1,638
0.1	Einwohnerwertung Ländersteuern	Mio. Ew.		83,843	1,638
0.2.	Einwohnerwertung Gemeindesteuern	Mio. Ew.		84,046	1,720
1. Stufe	Vertikale Steuerverteilung				
1.1.	Steueraufkommen bundesweit	Mio. €	590.760,0		
1.2.	Umsatzsteuer (Aufkommen)	Mio. €	194.100,0		
1.3.	- Verbleib nach Vorwegabzug an Bund und Kommunen ((4,45 % für ALV, 5,05 % für RV) 2,2 % an Kommunen)	Mio. €	172.222,6		
1.4.	- Verbleib: Anteil der Länder nach Verteilung (50,3 % minus 81,2 Mio. €)	Mio. €		86.546,7	
1.5.	Steuern vom Einkommen (Aufkommen)	Mio. €	224.186,0		2.127,7
2. Stufe	Horizontale Steuerverteilung unter den Ländern				
	Ermittlung Steuerkraft der Länder				
2.1.	Steuern vom Einkommen (Länderanteil von 1.5)	Mio. €		98.049,0	917,0
2.2.	Gewerbesteuerumlage (Länderanteil)	Mio. €		2.215,0	22,5
2.3.	Ländersteuern, Spielbankabgabe, Kraftfahrzeugsteuerersatzleistung des Bundes	Mio. €		23.077,9	323,7
2.4.	Steuern der Länder gesamt	Mio. €		123.342,0	1.263,2
2.5.	Steuerkraft je Einwohner	€/Ew.		1.508,4	771,3
2.6.	Steuerkraft nach Verteilung Steuern vom Einkommen (2.5. M-V / 2.5. Länder)	%			51,1%
2.7.	Ermittlung Umsatzsteuer-Ergänzungsanteil - Differenz der Steuerkraft in % wird bis zu 95 % aufgefüllt				45,9%
2.8.	USt-Ergänzungsanteile (2.5. Länder * Ew. M-V * 2.7.)	Mio. €		11.249,9	1.133,8
2.9.	Umsatzsteuer - Verteilung nach Einwohnern (verbleibendes USt-Volumen der Länder)	€/Ew.		920,9	
2.10.	USt-Anteile nach Einwohnern (2.9. * Ew. M-V)	Mio. €		75.296,8	1.508,1
2.11.	Umsatzsteuer nach Verteilung (2.8. + 2.10.)	Mio. €		86.546,7	2.641,9
2.12.	Steuern der Länder einschließlich Umsatzsteuer (2.4. + 2.11.)	Mio. €		209.888,7	3.905,1
2.13.	Steuern der Länder einschließlich Umsatzsteuer	€/Ew.		2.566,9	2.384,5
2.14.	Steuerkraft nach USt-Verteilung (2.13. M-V / 2.13. Länder)	%			92,9%

Länderfinanzausgleich 2012

auf Basis Steuerschätzung November 2011

	Stufen des Länderfinanzausgleichs (LFA)		Gesamt	Länder	M-V
3. Stufe	Länderfinanzausgleich (im eigentlichen Sinne)				
3.1.	Ermittlung Finanzkraftmesszahl				
3.2.	Steuern der Länder einschl. USt.	Mio. €		209.888,7	3.905,1
3.3.	Förderabgaben	Mio. €		691,3	1,0
3.4.	Summe Steuern der Länder im LFA	Mio. €		210.579,9	3.906,1
3.5.	Gemeindesteueransatz im LFA	Mio. €		52.762,9	590,3
3.6.	Finanzkraftmesszahl (FK-MZ)	Mio. €		263.342,9	4.496,4
3.7.	Ermittlung Ausgleichsmesszahl				
3.8.	Ländersteuern pro Einwohner (incl. Einwohnerwertung Stadtstaaten 135 %)	€/Ew.		2.511,6	2.385,1
3.9.	Gemeindesteuern pro Einwohner (incl. Einwohnerwertung z.B. M-V 105 %)	€/Ew.		627,8	343,3
3.10.	Ausgleichsmesszahl Ländersteuern (3.8. Länder * Ew. M-V)	Mio. €		210.579,9	4.113,2
3.11.	Ausgleichsmesszahl Gemeindesteuern (3.9. Länder * Ew. M-V *1,05)	Mio. €		52.762,9	1.079,5
3.12.	Ausgleichsmesszahl (AG-MZ)	Mio. €		263.342,9	5.192,7
3.13.	Verhältnis FK-MZ zu AG-MZ (3.6. / 3.12.)	%			86,6%
3.14.	Differenz FK-MZ zu AG-MZ	Mio. €			696,3
3.15.	Auffüllungsbetrag- bis zu 75% stetig fallend bis 70%	Mio. €			444,3
3.16.	Finanzkraftmesszahl nach LFA (3.6. + 3.15.)	Mio. €			4.940,7
3.17.	FK-MZ zu AG-MZ nach LFA (3.16 / 3.12.)	%			95,1%
4. Stufe	Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)				
4.1.	Nicht aufgefüllter Betrag zu 99,5 % der AG-MZ	Mio. €			226,1
4.2.	allgemeine BEZ - Auffüllung zu 77,5 %	Mio. €			175,2
4.3.	Finanzkraftmesszahl nach LFA und allgemeine BEZ	Mio. €			5.115,9
4.4.	FK-MZ zu AG-MZ nach LFA und allgemeine BEZ	%			98,5%
4.5.	SoBEZ zum Abbau teilungsbedingter Lasten	Mio. €			765,0
4.6.	BEZ wegen Kosten politischer Führung	Mio. €			61,4
4.7.	SoBEZ wegen struktureller Arbeitslosigkeit	Mio. €			90,9
4.8.	Finanzkraftmesszahl nach LFA und BEZ	Mio. €			6.033,2
4.9.	FK-MZ zu AG-MZ nach LFA und BEZ	%			116,2%
4.10.	Finanzkraftmesszahl Land nach LFA und BEZ (ohne Finanzkraft Kommunen, mit erhöhter Grunderwerbsteuer Land, abzüglich Abschlag für Bevölkerungsrückgang, steigende Realsteuerkraft und Vorsorge Konjunktur)	Mio. €			5.355,5

Anlage 3

Finanzpolitische Kennzahlen

Finanzpolitische Kennzahlen stellen ein geeignetes Mittel für Haushaltsanalysen dar. Bei Benchmarkings werden derartige Kennzahlen benutzt, um Argumente für politische Entscheidungen zu sammeln. In der aktuellen Diskussion zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen in einzelnen Ländern wird intensiv darüber beraten, welche Haushaltskennziffern für ein frühzeitiges Erkennen von sich entwickelnden strukturellen Schiefungen geeignet sind.

Bei der Interpretation von Kennziffern sollten folgende Anmerkungen beachtet werden:

- Eine absolute Vergleichbarkeit von Kennzahlen setzt die vollständige Vergleichbarkeit seiner Basisdaten voraus. Dies ist trotz vielfältiger Anstrengungen bislang nicht vollständig gelungen. Seit einiger Zeit gibt es verstärkte Anstrengungen der Länder, unter Leitung der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister die Vergleichbarkeit der Datengrundlagen zu verbessern. Die Ist-Ergebnisse basieren auf Dateireihen der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) zu den Vierteljahreskassenstatistiken der Jahre 2001 bis 2010.
- Überhöhte Haushalte, gerade bei Vergleichen zwischen neuen und alten Bundesländern, beeinflussen das Kennzahlenergebnis und bedürfen der Relativierung.
- Die Praxis zeigt immer wieder, dass eine Vergleichbarkeit ohne Bereinigungen vorzunehmen kaum möglich ist. Besonderer Schwerpunkt sind die Auslagerungen und Nettodarstellungen in den Haushaltsplänen.

Zu den nachfolgenden Kennzahlen sind in der nachfolgenden Übersicht die entsprechenden Werte für Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf den Durchschnitt der neuen und alten Flächenländer dargestellt:

- Gesamtdeckungsquote,
- Kreditfinanzierungsquote,
- Steuerdeckungsquote,
- Personalausgabenquote,
- Investitionsquote,
- Zins-Ausgaben-Quote und
- Zinslast-Quote.

**Entwicklung von finanzpolitische Kennzahlen 2001 bis 2010
im Vergleich zum Durchschnitt
der Flächenländer (West) und (Ost)
und deren Entwicklung in M-V bis 2016**

2001 bis 2010: Ist-Ergebnisse (Zahlenbasis: Jahreskassenstatistik der Länder - ZDL-Datenbank);

2011: HPL 2010/2011 M-V;

2012 bis 2016: Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013 M-V und Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 einschl. Fortschreibung für 2016

	Jahr	M-V	Durchschnitt ABL	Durchschnitt NBL
Gesamtdeckungsquote	2001	94,5%	90,7%	94,7%
Verhältnis der bereinigten Gesamteinnahmen zu den bereinigten Gesamtausgaben	2002	88,6%	89,5%	89,8%
	2003	87,4%	89,0%	91,5%
	2004	91,4%	90,8%	93,3%
	2005	94,8%	90,9%	94,5%
	2006	101,2%	96,2%	98,6%
	2007	105,8%	99,9%	106,1%
	2008	104,6%	98,5%	103,9%
	2009	105,8%	88,6%	99,2%
	2010	98,3%	92,5%	96,1%
	2011	96,8%		
	2012	98,0%		
	2013	99,9%		
	MFP	2014	99,5%	
MFP	2015	99,4%		
Fortschreibung	2016	99,2%		
Kreditfinanzierungsquote	2001	4,7%	7,1%	4,9%
Netto-Kreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (negative Werte - Tilgungen)	2002	7,3%	8,5%	8,6%
	2003	14,4%	9,7%	7,8%
	2004	12,1%	9,4%	8,2%
	2005	4,8%	9,2%	6,3%
	2006	0,0%	5,1%	3,1%
	2007	-3,6%	3,0%	-0,6%
	2008	-1,5%	2,1%	-0,4%
	2009	0,0%	9,5%	0,2%
	2010	0,0%	8,5%	1,6%
	2011	0,0%		
	2012	0,0%		
	2013	0,0%		
	MFP	2014	0,0%	
MFP	2015	0,0%		
Fortschreibung	2016	0,0%		
Steuerdeckungsquote	2001	56,0%	73,1%	58,0%
Einnahmen aus Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. LFA und BEZ*) * BEZ bei den NBL bereinigt um BEZ zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten (Solidarpakt II) und SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit (Hartz IV)	2002	48,9%	71,7%	51,3%
	2003	49,5%	70,5%	51,3%
	2004	52,8%	71,8%	52,6%
	2005	50,9%	70,6%	53,2%
	2006	57,2%	76,5%	57,8%
	2007	64,7%	81,2%	65,7%
	2008	66,0%	80,7%	66,1%
	2009	61,6%	69,7%	59,9%
	2010	57,6%	70,5%	57,2%
	2011	57,2%		
	2012	62,4%		
	2013	65,2%		
	MFP	2014	66,9%	
MFP	2015	68,6%		
Fortschreibung	2016	70,2%		

	Jahr	M-V	Durchschnitt ABL	Durchschnitt NBL
Personalausgabenquote Personalausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2001	27,3%	39,8%	26,3%
	2002	26,8%	40,7%	26,1%
	2003	27,0%	40,7%	25,9%
	2004	26,6%	41,3%	26,2%
	2005	25,7%	40,5%	24,9%
	2006	22,9%	39,8%	24,0%
	2007	22,9%	39,0%	23,9%
	2008	22,3%	37,6%	22,9%
	2009	23,1%	37,4%	22,0%
	2010	24,2%	38,8%	22,9%
	2011	24,3%		
	2012	24,6%		
	2013	25,3%		
	2014	25,6%		
MFP	2015	26,0%		
MFP	2016	26,4%		
Fortschreibung				
Investitionsquote Investitionsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2001	21,3%	11,6%	23,3%
	2002	21,8%	10,3%	22,2%
	2003	20,8%	10,8%	22,3%
	2004	19,3%	9,5%	21,6%
	2005	18,6%	10,7%	20,2%
	2006	19,0%	9,5%	20,3%
	2007	16,6%	9,5%	19,0%
	2008	17,6%	10,8%	18,3%
	2009	17,1%	12,9%	17,6%
	2010	17,4%	10,8%	17,7%
	2011	17,5%		
	2012	17,0%		
	2013	15,5%		
	2014	15,1%		
MFP	2015	14,4%		
MFP	2016	13,7%		
Fortschreibung				
Zins-Ausgaben-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	2001	6,5%	7,4%	5,9%
	2002	6,4%	7,4%	6,2%
	2003	6,6%	7,6%	6,3%
	2004	6,8%	7,7%	6,6%
	2005	6,6%	7,6%	6,6%
	2006	6,7%	7,8%	6,6%
	2007	6,9%	7,3%	6,6%
	2008	6,3%	7,0%	6,5%
	2009	6,0%	6,4%	5,7%
	2010	5,6%	6,5%	5,3%
	2011	6,4%		
	2012	5,5%		
	2013	5,6%		
	2014	5,8%		
MFP	2015	6,0%		
MFP	2016	6,1%		
Fortschreibung				

	Jahr	M-V	Durchschnitt ABL	Durchschnitt NBL
Zinslast-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamteinnahmen	2001	6,8%	8,1%	6,3%
	2002	7,3%	8,3%	6,9%
	2003	7,5%	8,6%	6,9%
	2004	7,4%	8,5%	7,1%
	2005	7,0%	8,3%	7,0%
	2006	6,6%	8,1%	6,7%
	2007	6,5%	7,3%	6,3%
	2008	6,0%	7,1%	6,3%
	2009	5,7%	7,3%	5,7%
	2010	5,7%	7,0%	5,5%
	2011	6,6%		
	2012	5,6%		
	2013	5,6%		
MFP	2014	5,8%		
MFP	2015	6,0%		
Fortschreibung	2016	6,2%		

Anlage 4

Haushaltsergebnis 2010 und vorläufiger
Abschluss des Haushaltsjahres 2011

Jahr 2010		Ergebnis zum Haushaltsvollzug per Dezember						
Zeile /Sp.	Einnahme-/ Ausgabeart	Soll 2009 -Mio. EUR-	Ist 31.12.2009 -Mio. EUR-	Soll 2010 -Mio. EUR-	Ist 2010 per 31.12. -Mio. EUR-	Differenz Ist - Soll -Mio. EUR-	Erfüllungsgrad in % zum Soll 2010	Entw. zum Ist per 31.12.09 -Prozent-
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Einnahmen							
1	Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen	5.445,3	5.380,5	4.975,3	5.131,0	155,7	103,1%	-4,6%
2	davon Meckl.-Vorp. verbl. Steuern	3.623,0	3.453,6	3.139,7	3.309,0	169,3	105,4%	-4,2%
3	Länderfinanzausgleich	432,0	476,5	400,0	394,3	-5,7	98,6%	-17,3%
4	Bundesergänzungszuweisungen	1.390,4	1.450,3	1.435,6	1.427,7	-7,8	99,5%	-1,6%
5	übrige laufende Einnahmen	984,3	1.002,5	1.104,0	1.070,0	-34,1	96,9%	6,7%
6	davon Verwaltungseinnahmen	257,5	338,9	267,2	295,9	28,7	110,8%	-12,7%
7	aus Zuweisungen und Zuschüssen	726,1	662,8	836,1	773,3	-62,8	92,5%	16,7%
8	steuerähnliche Abgaben (außer Spielbank)	0,7	0,8	0,7	0,7	0,0	101,0%	-11,2%
9	Globale Mehreinnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
10	Summe laufende Einnahmen	6.429,6	6.382,9	6.079,3	6.201,0	121,7	102,0%	-2,9%
11	Spezielle Investitionseinnahmen	597,3	810,4	713,5	522,4	-191,1	73,2%	-35,5%
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	7.026,9	7.193,3	6.792,8	6.723,3	-69,5	99,0%	-6,5%
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	2,2	1,8	1,3	1,2	-0,1	92,3%	-35,4%
14	Entnahmen aus Rücklagen	6,4	104,0	276,5	146,1	-130,4	52,8%	40,6%
15	Einnahmen aus Überschüssen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
16	Netto-Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
17	Gesamteinnahmen	7.035,5	7.299,1	7.070,6	6.870,6	-200,0	97,2%	-5,9%
	Ausgaben							
18	Personalausgaben	1.566,8	1.572,1	1.680,1	1.657,0	-23,1	98,6%	5,4%
19	Zinsen	470,2	406,5	415,5	380,7	-34,8	91,6%	-6,3%
20	Sach- und Fachausgaben	3.646,2	3.639,5	3.657,0	3.606,9	-50,1	98,6%	-0,9%
21	davon Kommunalen Finanzausgleich (laufend)	1.105,9	1.156,8	984,2	977,2	-7,0	99,3%	-15,5%
22	Soziale Sicherung	1.107,4	1.104,3	1.135,1	1.102,7	-32,3	97,2%	-0,1%
23	Schuldendiensthilfen	28,7	21,8	27,3	20,2	-7,1	74,0%	-7,5%
24	sächliche Verwaltungsausgaben	369,0	356,2	376,4	374,4	-2,0	99,5%	5,1%
25	sonstige Sach- und Fachausgaben	1.035,3	1.000,4	1.134,0	1.132,3	-1,7	99,8%	13,2%
26	globale Minderausgaben	-5,9	0,0	0,6	0,0	-0,6	0,0%	
27	Summe laufende Ausgaben	5.677,3	5.618,1	5.753,2	5.644,7	-108,6	98,1%	0,5%
28	Investitionsausgaben	1.135,2	1.159,8	1.313,6	1.191,3	-122,3	90,7%	2,7%
29	davon Baumaßnahmen/einschl. BBL	224,7	207,3	252,6	216,8	-35,7	85,9%	4,6%
30	sonst. Invest. (HGr. 8 ohne Zeile 31)	752,5	786,7	913,0	831,6	-81,3	91,1%	5,7%
31	Kommunalen Finanzausgleich (investiv)	158,0	165,8	148,1	142,8	-5,3	96,4%	-13,9%
32	Bereinigte Gesamtausgaben	6.812,6	6.777,9	7.066,8	6.835,9	-230,9	96,7%	0,9%
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	2,2	1,8	1,3	1,2	-0,1	92,3%	-35,4%
34	Zuführungen an Rücklagen	70,7	519,4	2,5	33,6	31,1	1342,3%	-93,5%
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
36	Netto-Tilgungen	150,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0%	
37	Gesamtausgaben	7.035,5	7.299,1	7.070,6	6.870,6	-200,0	97,2%	-5,9%
	nachrichtlich: Überschuss				0,0			
38	Finanzierungssaldo	214,4	415,5	-274,0	-112,6	161,5		
39	davon laufender Haushalt	752,3	764,8	326,0	556,3	230,3		
40	Investitionshaushalt	-538,0	-349,4	-600,1	-668,9	-68,8		

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

II. Erläuterungen

1. Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen (+155,7 Mio. €)

Die Steuereinnahmen 2010 (einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) betragen 5.131,0 Mio. €. Das waren insgesamt +155,7 Mio. € mehr als geplant und -249,4 Mio. € weniger als 2009. Das eigene Steueraufkommen fiel 2010 mit 2,7 Mio. € um +1,9 % (bei Nichtberücksichtigung der Kfz-Steuer: +5,1 %) höher aus als im Vorjahr. Der Wegfall der Kfz-Steuer wurde vom Bund kompensiert.

2. Verwaltungseinnahmen (+28,7 Mio. €)

Die Verwaltungseinnahmen erreichten 2010 eine Höhe von 295,9 Mio. € und übertrafen damit den Ansatz um +28,7 Mio. €. Hauptursache war ein höherer Rückfluss aus ausgereichten Zuwendungen und Darlehen einschließlich der Zinsen (+22,3 Mio. €).

3. Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen (-62,8 Mio. €)

Mit einem Gesamtumfang von 773,3 Mio. € blieben die Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen um -62,8 Mio. € unter dem Planungswert. Hauptgrund für diese Entwicklung waren u. a. (aufgrund der Abrechnungsmodalitäten mit der EU) nicht realisierte Einnahmen aus dem ESF-Fonds in 2010, die im Folgejahr kassenwirksam werden (-54,3 Mio. €) sowie geringere Zuweisungen vom Bund für die Kosten der Unterkunft (-30,6 Mio. €). Demgegenüber standen jedoch höhere Einnahmen aus der ELER-Förderung (+4,8 Mio. €) sowie von Seiten des Bundes im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung (+4,3 Mio. €).

4. Investitionseinnahmen (-191,1 Mio. €)

Die Investitionseinnahmen schlossen das Haushaltsjahr 2010 mit Mindereinnahmen von -191,1 Mio. € ab. Ähnlich den Entwicklungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen waren die um rund -165,4 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr geringeren investiven Einnahmen ebenfalls auf Abrechnungsmodalitäten mit der EU im Rahmen der EU-Fonds EFRE und ELER zurückzuführen. Gleiches gilt für die investiven Einnahmen im Rahmen der EU-Fonds EFF und INTERREG (-14,7 Mio. €). Außerdem erhielt das Land geringere Zuweisungen im Rahmen des Konjunkturprogramms II (-17,4 Mio. €). Höher als geplant fielen die Bundeszuweisungen im Rahmen der GRW (+8,1 Mio. €) und im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung" (+5,0 Mio. €) aus.

5. Entnahmen aus Rücklagen (-130,4 Mio. €)

Die mit 276,5 Mio. € geplanten Entnahmen aus Rücklagen sind um -130,4 Mio. € geringer ausgefallen. Dabei machte die Entnahme aus der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Finanzierungsdefizits mit 133,5 Mio. € den größten Anteil aus.

6. Personalausgaben (-23,1 Mio. €)

Die Personalausgaben waren gegenüber dem Plan um -23,1 Mio. € geringer ausgefallen. Dies ist auf die verstärkte Inanspruchnahme der Altersteilzeit sowie auf die eingeleiteten Maßnahmen des Personalkonzepts 2004 zurückzuführen.

7. Zinsausgaben (-34,8 Mio. €)

Im Bereich der Zinsausgaben wurden Minderausgaben in Höhe von -34,8 Mio. € erzielt. Gründe hierfür waren die niedrigen Zinssätze im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie das aktive Schuldenmanagement der Landesregierung.

8. Kommunaler laufender und investiver Finanzausgleich (-12,3 Mio. €)

Die Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich unterschritten das Haushaltssoll 2010 um -12,3 Mio. €. Die Minderausgaben fließen in die Rücklage „Kommunaler Finanzausgleich“ ein.

9. Soziale Sicherung (-32,3 Mio. €)

Die Ausgaben bei der sozialen Sicherung unterschritten im Haushaltsjahr 2010 das Haushaltssoll um -32,3 Mio. €. Die Minderausgaben ergaben sich insbesondere im Bereich der „Kosten der Unterkunft“ (-30,6 Mio. €).

10. Sächliche Verwaltungsausgaben (-2,0 Mio. €)

Die sächlichen Verwaltungsausgaben schlossen das Jahr 2010 mit insgesamt 2,0 Mio. € niedrigeren Ausgaben als geplant ab. Dabei standen den Mehrausgaben z. B. aufgrund der Schweinegrippe (+4,4 Mio. €) und des harten Winters (+7,6 Mio. €) größere Minderausgaben u. a. im Rahmen der Verbesserung der Verwaltungseffizienz (-2,6 Mio. €), der IP-Telefonie (-1,2 Mio. €), des eGovernments (-1,4 Mio. €) und der Mieten (-4,0 Mio. €) gegenüber.

11. Sonstige Sach- und Fachausgaben (-1,7 Mio. €)

Bei den sonstigen Sach- und Fachausgaben führten insbesondere niedrigere Ausgaben im Rahmen der Programme der EU-Fonds zu Minderausgaben von über -1,7 Mio. €. Diese Ausgaben werden die Folgejahre belasten.

12. Investitionsausgaben (-122,3 Mio. €)

Im Haushaltsjahr 2010 hat das Land Mecklenburg-Vorpommern Investitionen mit einem Umfang von rund -1,2 Mrd. € umgesetzt, insgesamt jedoch -122,3 Mio. € weniger als veranschlagt. Dies betrifft insbesondere die Bereiche EFRE (-35,6 €), ELER (-5,1 Mio. €), Inanspruchnahmen aus Sicherheitsleistungen und Gewähr-

leistungen bzw. Zahlungen zur Abwehr oder Minderung von Schäden (-26,4 Mio. €) sowie Zuweisungen für Baumaßnahmen an den Hochschulen und Hochschulkliniken (-31,7 Mio.). Die Investitionsquote des Landes betrug 17,4 %. Das Investitionsniveau erreichte 2010 mit 723 € je Einwohner mehr als das Doppelte des Niveaus der westdeutschen Flächenländer (318 € je Einwohner).

13. Zuführungen an Rücklagen (+31,1 Mio. €)

Um für finanziell schwierige Situationen der zukünftigen Jahre Vorsorge zu schaffen, wurden der Ausgleichsrücklage (im Rahmen der Auslandsrentnerbesteuerung als Vorsorge für eine Rückerstattung an die Länder im Folgejahr) rund 10,7 Mio. € und der Rücklage „KFA“ 15,4 Mio. € überplanmäßig zugeführt. Außerdem wurden an den Versorgungsfonds über den Plan hinaus 2,0 Mio. € abgeführt.

III. Fazit:

Mecklenburg-Vorpommern hat auch im Jahr 2010 entsprechend der Planung keine neuen Schulden aufgenommen. Mit Hilfe eines Rückgriffs auf die für „schlechte Zeiten“ angelegte Ausgleichsrücklage konnte ein in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Die Steuereinnahmen fielen trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise besser aus als erwartet, sodass im Ergebnis weniger Mittel aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden mussten als ursprünglich geplant. Auch wenn es derzeit Hinweise darauf gibt, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise schneller als gedacht überwunden werden kann und die Steuereinnahmen stärker steigen als noch vor Kurzem prognostiziert, stehen die öffentlichen Haushalte weiter vor großen Herausforderungen. In Mecklenburg-Vorpommern werden die Einnahmeerwartungen mittelfristig getrübt durch die rückläufigen Zuweisungen des Bundes und der EU sowie durch den weiterhin anhaltenden Einwohnerrückgang.

Vorläufiger Abschluss des Haushaltsjahres 2011

Ergebnis zum vorläufigen Haushaltsvollzug 2011 des Landes Mecklenburg-Vorpommern						
Zeile /Sp.	Einnahme-/ Ausgabeart	Ist 2010 per 31.12. -Mio. Euro-	Soll 2011 -Mio. Euro-	Ist 2011 per 31.12. -Mio. Euro-	Differenz Ist 11 - Soll 11 -Mio. Euro-	Differenz Ist 11 - Ist 10 -Mio. Euro-
1	2	3	4	5	6	7
	Einnahmen					
1	Steuern, LFA, BEZ	5.131,0	4.963,2	5.262,9	299,7	131,9
2	davon Meckl.-Vorp. verbl. Steuern	3.309,0	3.192,1	3.508,6	316,5	199,6
3	Länderfinanzausgleich (LFA)	394,3	404,0	389,9	-14,1	-4,4
4	Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	1.427,7	1.367,1	1.364,4	-2,7	-63,3
5	übrige laufende Einnahmen	1.070,0	1.075,6	1.235,2	159,6	165,3
6	davon Verwaltungseinnahmen	295,9	265,5	301,5	35,9	5,6
7	aus Zuweisungen und Zuschüssen	773,3	809,2	932,8	123,7	159,5
8	steuerähnliche Abgaben (außer Spielbank)	0,7	0,9	0,9	-0,0	0,2
9	Globale Mehreinnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Summe bereinigte laufende Einnahmen	6.201,0	6.038,9	6.498,1	459,2	297,2
11	Spezielle Investitionseinnahmen	522,4	741,4	774,8	33,3	252,4
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	6.723,3	6.780,3	7.272,9	492,6	549,5
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	1,3	1,8	0,5	0,7
14	Entnahmen aus Rücklagen	146,1	230,2	26,6	-203,6	-119,5
15	Einnahmen aus Überschüssen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Netto-Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Gesamteinnahmen	6.870,6	7.011,8	7.301,3	289,5	430,7
	Ausgaben					
18	Personalausgaben	1.657,0	1.705,9	1.700,3	-5,6	43,3
19	Zinsen	380,7	449,5	367,1	-82,4	-13,6
20	Sach- und Fachausgaben	3.606,9	3.623,9	3.666,4	42,5	59,5
21	davon Kommunalen Finanzausgleich (laufend)	977,2	930,5	922,6	-7,9	-54,6
22	Soziale Sicherung	1.102,7	1.146,9	1.196,8	50,0	94,1
23	Schuldendiensthilfen	20,2	25,9	18,1	-7,8	-2,1
24	sächliche Verwaltungsausgaben	374,4	377,4	378,3	0,9	3,8
25	sonstige Sach- und Fachausgaben	1.132,3	1.143,2	1.150,6	7,4	18,3
26	globale Minderausgaben	0,0	0,6	0,0	-0,6	0,0
27	Summe bereinigte laufende Ausgaben	5.644,7	5.779,9	5.733,8	-46,1	89,2
28	Investitionsausgaben	1.191,3	1.226,5	1.288,2	61,7	97,0
29	davon Baumaßnahmen/einschl. BBL	216,8	255,5	285,7	30,1	68,8
30	sonst. Invest. (HGr.8 ohne Z. 31)	831,6	830,3	854,5	24,2	22,9
31	Kommunalen Finanzausgleich (investiv)	142,8	140,7	148,0	7,3	5,2
32	Bereinigte Gesamtausgaben	6.835,9	7.006,5	7.022,0	15,5	186,1
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	1,3	1,8	0,5	0,7
34	Zuführungen an Rücklagen	33,6	4,0	177,5	173,5	143,9
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
36	Netto-Tilgungen	0,0	0,0	100,0	100,0	100,0
37	Gesamtausgaben	6.870,6	7.011,8	7.301,3	289,5	430,7
38	Finanzierungssaldo	-112,6	-226,2	250,9	477,0	363,4
39	davon laufender Haushalt	556,3	259,0	764,3	505,4	208,0
40	Investitionshaushalt	-668,9	-485,1	-513,5	-28,3	155,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelwerte

Anlage 5

Gesamtübersicht über den Finanzplan
2011 bis 2015 einschließlich
Fortschreibung für 2016

Gesamtübersicht über den Entwurf des Finanzplans 2011 bis 2015 einschl. Fortschreibung für 2016
in Mio. €

	Einnahmeart / Ausgabeart	Ist 2010	Haushalts- plan 2011*	Haushalts- plan- Entwurf 2012	Differenz 5-4	Haushalts- plan- Entwurf 2013	Differenz 7-5	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	Einnahmen									
1	Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen	5.131,0	4.963,2	5.355,5	392,2	5.452,7	97,2	5.533,5	5.562,1	5.584,0
2	davon: - Mecklenburg-Vorpommern verbleibende Steuern	3.309,0	3.192,1	3.683,2	491,1	3.848,8	165,6	3.990,1	4.093,1	4.195,8
3	- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	394,3	404,0	418,0	14,0	429,0	11,0	420,0	414,0	407,0
4	- Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen	1.427,7	1.367,1	1.254,3	-112,9	1.174,9	-79,4	1.123,4	1.055,0	981,2
5	Übrige laufende Einnahmen	1.070,0	1.075,6	1.058,1	-17,6	1.080,8	22,8	1.079,4	1.070,0	1.059,0
6	davon: - Verwaltungseinnahmen	295,9	253,3	253,7	0,3	242,5	-11,2	240,1	249,3	245,7
7	- aus Zuweisungen und Zuschüsse	773,3	809,2	790,7	-18,5	824,6	34,0	825,4	807,0	799,6
8	- steuerähnliche Abgaben (außer Spielbankenabgaben)	0,7	13,1	13,7	0,6	13,7	0,0	13,9	13,7	13,7
9	- Globale Mehreinnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Summe der bereinigten laufenden Einnahmen	6.201,0	6.038,9	6.413,5	374,7	6.533,5	120,0	6.612,9	6.632,1	6.643,0
11	Spezielle Investitionseinnahmen	522,4	741,4	646,8	-94,6	622,2	-24,6	560,1	508,9	461,5
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	6.723,3	6.780,3	7.060,4	280,0	7.155,7	95,3	7.173,0	7.141,0	7.104,5
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	1,3	4,4	3,1	6,5	2,1	8,5	8,5	8,5
14	Entnahmen aus Rücklagen	146,1	230,2	152,6	-77,6	17,4	-135,1	3,0	0,5	0,0
15	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Netto-Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Gesamteinnahmen	6.870,6	7.011,8	7.217,3	205,5	7.179,7	-37,7	7.184,5	7.149,9	7.113,0
	Ausgaben									
18	Personalausgaben	1.657,0	1.705,9	1.773,8	67,9	1.815,2	41,5	1.843,1	1.868,5	1.891,9
19	Zinsen	380,7	449,5	396,7	-52,8	402,4	5,7	419,5	429,1	440,0
20	Sach- und Fachausgaben	3.606,9	3.646,9	3.817,3	170,4	3.839,7	22,4	3.813,8	3.791,2	3.783,2
21	davon: - Kommunalen Finanzausgleich (laufende Mittel)	977,2	930,5	964,0	33,4	1.010,1	46,2	1.000,4	992,4	982,4
22	- Soziale Sicherung	1.120,3	1.188,4	1.216,9	28,5	1.263,3	46,5	1.289,0	1.300,2	1.313,4
23	- Schuldendiensthilfen	20,2	25,9	24,0	-1,8	23,5	-0,6	23,6	16,0	15,7
24	- sächliche Verwaltungsausgaben	374,4	377,3	398,5	21,2	400,8	2,3	389,3	385,1	382,4
25	- sonst. Sach- und Fachausgaben	1.114,7	1.124,8	1.213,9	89,1	1.142,0	-71,9	1.111,6	1.097,5	1.089,3
26	Globale Mehr- / Minderausgabe	0,0	0,6	-2,7	-3,3	-5,4	-2,7	48,6	58,6	68,6
27	Summe der bereinigten laufenden Ausgaben	5.644,7	5.802,9	5.985,1	182,1	6.052,0	66,9	6.125,1	6.147,4	6.183,7
28	Investitionsausgaben	1.191,3	1.203,5	1.221,8	18,3	1.114,2	-107,7	1.087,2	1.036,4	979,6
29	davon: - Baumaßnahmen	216,8	255,5	249,6	-5,9	249,4	-0,2	236,2	220,4	207,8
30	- Investitionen (HGr. 8 ohne Zeile 31)	831,6	807,3	829,4	22,1	720,9	-108,4	708,1	674,1	630,8
31	- Kommunalen Finanzausgleich (investive Mittel)	142,8	140,7	142,8	2,1	143,8	0,9	142,9	141,9	140,9
32	Bereinigte Gesamtausgaben	6.835,9	7.006,5	7.206,9	200,4	7.166,1	-40,8	7.212,3	7.183,8	7.163,3
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	1,3	4,4	3,1	6,5	2,1	8,5	8,5	8,5
34	Zuführungen an Rücklagen	33,6	4,0	6,0	2,0	7,0	1,0	10,0	15,0	20,0
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
36	Netto-Tilgungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
37	Gesamtausgaben (vor Untersetzung Handlungsbedarf)	6.870,6	7.011,8	7.217,3	205,5	7.179,7	-37,7	7.230,7	7.207,3	7.191,8
38	Handlungsbedarf			0,0		0,0		-46,3	-57,3	-78,8
39	Finanzierungssaldo Zeile 12 - 32	-112,6	-226,2	-146,6	79,6	-10,4	136,1	-39,3	-42,8	-58,8
40	davon: -laufender Haushalt (Zeile 10 - 27)	556,3	235,9	428,5	192,5	481,5	53,0	487,9	484,7	459,3
41	-Investitionshaushalt (Zeile 11 - 28)	-668,9	-462,1	-575,0	-112,9	-491,9	83,1	-527,1	-527,5	-518,1
	Zusammensetzung des Finanzierungssaldos									
42	Netto-Kreditaufnahme (Zeile 16)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
43	Netto-Entnahme (/)-Zuführung (-) aus/an Rücklagen (Zeile 14 - 34)	-112,6	-226,2	-146,6	79,6	-10,4	136,1	7,0	14,5	20,0
44	Überschuss (/) Fehlbetrag; Handlungsbedarf (-)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-46,3	-57,3	-78,8
45	Kreditfinanzierungs-Quote	0,0%	0,0%	0,0%		0,0%		0,0%	0,0%	0,0%
	nachrichtlich Kommunalen Finanzausgleich:									
46	Kommunale Sach- / Fachausgaben	977,2	930,5	964,0	33,4	1.010,1	46,2	1.000,4	992,4	982,4
47	Kommunale Investitionsmittel	142,8	140,7	142,8	2,1	143,8	0,9	142,9	141,9	140,9
48	Kommunalen Finanzausgleich gesamt	1.120,0	1.071,3	1.106,8	35,5	1.153,9	47,1	1.143,3	1.134,4	1.123,4

* Vergleichszahlen auf Basis der Haushaltsstruktur 2012/ 2013

Finanzwirtschaftliche Eckzahlen zum Entwurf des Finanzplans 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016

1	2 Bezeichnung	Veränderungen						
		Ist 2010 zu Ist 2009	2011 zu 2010	2012 zu 2011	2013 zu 2012	2014 zu 2013	2015 zu 2014	2016 zu 2015
		3	4	5	6	7	8	9
A. Änderungsraten								
1	Meckl.-Vorp. verbleibende Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen davon:	-4,6%	-0,8%	7,9%	1,8%	1,5%	0,5%	0,4%
2	- Meckl.-Vorp. verbleibende Steuern	-4,2%	1,4%	15,4%	4,5%	3,7%	2,6%	2,5%
3	- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	-17,3%	-2,9%	3,5%	2,6%	-2,1%	-1,4%	-1,7%
4	- Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen	-1,6%	-5,1%	-8,3%	-6,3%	-4,4%	-6,1%	-7,0%
5	Übrige laufende Einnahmen	6,7%	3,9%	-1,6%	2,2%	-0,1%	-0,9%	-1,0%
6	Bereinigte laufende Einnahmen	-2,9%	0,0%	6,2%	1,9%	1,2%	0,3%	0,2%
7	Spezielle Investitionseinnahmen	-35,5%	3,9%	-12,8%	-3,8%	-10,0%	-9,1%	-9,3%
8	Bereinigte Gesamteinnahmen	-6,5%	0,4%	4,1%	1,4%	0,2%	-0,4%	-0,5%
9	Personalausgaben	5,4%	1,7%	4,0%	2,3%	1,5%	1,4%	1,2%
10	Schuldendienst und Schuldendiensthilfen (ohne Tilgung von Kreditmarktmitteln)	-6,4%	6,4%	-11,5%	1,2%	4,0%	0,5%	2,4%
11	Sach- und Fachausgaben davon:	-0,9%	1,3%	4,7%	0,6%	-0,7%	-0,6%	-0,2%
12	- Kommunalen Finanzausgleich	-15,5%	-7,7%	3,6%	4,8%	-1,0%	-0,8%	-1,0%
13	- Soziale Sicherung	1,5%	4,7%	2,4%	3,8%	2,0%	0,9%	1,0%
14	- Sächliche Verwaltungsausgaben	5,1%	-0,7%	5,6%	0,6%	-2,9%	-1,1%	-0,7%
15	- sonstige Sach- und Fachausgaben	11,4%	7,2%	7,9%	-5,9%	-2,7%	-1,3%	-0,8%
16	Bereinigte laufende Ausgaben	0,5%	1,9%	3,1%	1,1%	1,2%	0,4%	0,6%
17	Investitionsausgaben	2,7%	-7,5%	1,5%	-8,8%	-2,4%	-4,7%	-5,5%
18	Bereinigte Gesamtausgaben	0,9%	0,1%	2,9%	-0,6%	0,6%	-0,4%	-0,3%
19	Gesamtausgaben (vor Erfüllung Handlungsbedarf)	-5,9%	0,2%	2,9%	-0,5%	0,7%	-0,3%	-0,2%
B. Quoten		Ist 2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
20	Steuerdeckungsquote I Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der Kfz-Steuer und LKW-Maut)	56,6%	53,7%	59,2%	62,0%	63,4%	65,0%	66,5%
21	Steuerdeckungsquote II Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, Fehlbetrags-BEZ und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der Kfz- Steuer und LKW-Maut)	58,8%	56,1%	61,6%	64,3%	66,0%	67,7%	69,3%
22	Kreditfinanzierungsquote Netto-Kreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
23	Finanzierungsdefizitquote Finanzierungsdefizite im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	1,6%	3,2%	2,0%	0,1%	0,5%	0,6%	0,8%
24	Investitionsquote Investitionen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	17,4%	17,2%	17,0%	15,5%	15,1%	14,4%	13,7%
25	Personalausgabenquote Personalausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	24,2%	24,3%	24,6%	25,3%	25,6%	26,0%	26,4%
26	Sach- und Fachausgabenquote Sach- und Fachausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	52,8%	52,1%	53,0%	53,6%	52,9%	52,8%	52,8%
27	Zins-Steuer-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den Meckl.-Vorp. verbleibenden Steuern (einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich)	10,3%	12,5%	9,7%	9,4%	9,5%	9,5%	9,6%
28	Zins-Ausgaben-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	5,6%	6,4%	5,5%	5,6%	5,8%	6,0%	6,1%
29	Netto-Tilgungsquote Netto-Tilgungen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%

Finanzierungsübersicht

in Mio. €

Bezeichnung	Ist	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	FPL	FPL	Fort- schreibung
1	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Bereinigte Gesamteinnahmen							
1.1 Gesamteinnahmen abzüglich	6.870,6	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9	7.113,0
1.2 Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	1,3	4,4	6,5	8,5	8,5	8,5
1.3 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds, Stöcke u.a.	146,1	230,2	152,6	17,4	3,0	0,5	0,0
1.4 Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.5 Einnahmen vom Kreditmarkt (netto)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.6 Bereinigte Gesamteinnahmen	6.723,3	6.780,3	7.060,4	7.155,7	7.173,0	7.141,0	7.104,5
2. Bereinigte Gesamtausgaben							
2.1 Gesamtausgaben (vor Untersetzung Handlungsbedarf) abzüglich	6.870,6	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.230,7	7.207,3	7.113,0
2.2 Haushaltstechnische Verrechnungen	1,2	1,3	4,4	6,5	8,5	8,5	8,5
2.3 Zuführung an Rücklagen, Fonds, Stöcke u.a.	33,6	4,0	6,0	7,0	10,0	15,0	20,0
2.4 Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.5 Netto-Tilgungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.6 Bereinigte Gesamtausgaben	6.835,9	7.006,5	7.206,9	7.166,1	7.212,3	7.183,8	7.084,5
3. Finanzierungssaldo Zeile 1.6 ./i. Zeile 2.6 nachrichtlich:	-112,6	-226,2	-146,6	-10,4	-39,3	-42,8	20,0
4. Finanzierungssaldo bei laufenden Ausgaben	556,3	235,9	428,5	481,5	487,9	484,7	459,3

Kreditfinanzierungsplan

in Mio. €

Bezeichnung	Ist	Haushalts- plan	Haushalts- plan- Entwurf	Haushalts- plan- Entwurf	FPL	FPL	Fort- schreibung
1	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Kredite am Kreditmarkt							
1.1 Aufnahme von Kreditmarktmitteln	1.355,3	1.027,3	1.025,7	1.253,4	1.490,0	1.127,5	1.190,0
1.2 Tilgung von Kreditmarktmitteln (Anschlussfinanzierung)	1.355,3	1.027,3	1.025,7	1.253,4	1.490,0	1.127,5	1.190,0
1.3 Netto-Tilgungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1.4 Netto-Kreditaufnahme am Kreditmarkt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlage 6

Schwerpunktbereiche

Wesentliche Entwicklungen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015 und Fortschreibung für 2016

* EU-finanzierte Ausgaben für die neue Förderperiode 2014 bis 2020 sind in der Finanzplanung 2014 und 2015 und deren Fortschreibung für 2016 teilweise zentral veranschlagt und daher keinem Schwerpunkt zugeordnet. Eine Differenzierung ist derzeit noch nicht möglich und erfolgt erst mit der nächsten Haushaltsplanung.

lfd. Nr.	Schwerpunkt	- in Mio. € -					Fort-schreibung 2016*
		HPL 2011	HPL-E 2012	HPL-E 2013	FPL 2014*	FPL 2015*	
1	2	3	4	5	6	7	8
Ministerpräsident - Staatskanzlei -							
1	Kampagne "M-V tut gut"	2,0	1,5	1,5	0,3	0,2	0,2
Ministerium für Inneres und Sport							
2	Durchführung von Wahlen	1,5	0,0	1,7	1,7	0,0	1,6
3	Fermeldegebühren für zentrale Verfahren des Landes	6,8	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4
4	Förderung des Brandschutzes	4,7	5,9	5,9	5,4	5,6	5,8
5	Erstattung von Versorgungsbezügen an den Bund (Polizeirenten)	90,0	90,8	90,8	91,3	91,3	91,7
6	Polizeiinvestitionen (einschl. LAPIS)	15,7	13,2	12,6	14,8	12,2	12,1
7	Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	29,5	44,6	49,2	49,2	49,2	49,2
8	Sportförderung einschl. ELER	12,5	12,5	12,5	10,5	10,5	10,4
9	BOS-Digitalfunk	2,3	2,7	2,3	2,3	2,0	1,9
Finanzministerium							
10	Gemeinsames Rechenzentrum Steuern (Dataport)	6,2	7,2	7,6	7,8	8,0	8,1
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus							
11	Wirtschaftsförderung im Rahmen Gemeinschaftsaufgabe(GA) Regionale Wirtschaftsförderung und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	205,9	188,5	177,2	117,7	117,7	117,7
12	Städtebauförderung	60,5	54,2	47,7	37,9	32,1	26,0
13	Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen Stadtumbau Ost	27,7	23,5	21,6	19,2	16,6	14,0
14	Wohnungsbauförderung	14,9	12,8	11,8	11,3	11,6	11,5
15	Wohngeld	74,5	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
16	Wirtschaftsförderung für spezielle Zwecke (z.B. Innovationsförderung Schiffbau, Werbemaßnahmen Tourismus, Standortoffensive, Gesundheitswirtschaft)	17,3	25,0	25,8	12,1	12,5	13,0
17	Technologie-/ Forschungsförderung für Unternehmen und Hochschulen bzw. für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	22,9	17,2	24,6	0,0	0,0	0,0
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur							
18	Kulturförderung/Denkmalpflege (brutto)	16,9	16,9	16,8	13,3	13,3	13,4
davon:	- Kulturförderung	11,3	11,4	11,3	11,2	11,2	11,2
	- Denkmalpflege (ELER)	5,6	5,5	5,5	2,1	2,1	2,1
19	Finanzhilfen an private Schulen	50,9	67,7	70,3	71,3	71,3	71,3
20	Individuelle Förderung/ Integration	0,0	1,6	1,6	1,4	1,4	1,4
21	Bildungs- und Kulturdialog	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
22	Erwachsenenbildung	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	4,2
23	Förderung nach dem Bildungsfreistellungsgesetz	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
24	Vorschulische Bildung im Rahmen des KiföG	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
25	BAföG (Schüler und Studenten, Meisterausbildung) (netto)	23,0	25,7	25,5	25,6	25,7	25,8
26	Hochschulkorridor (Hochschulen und Universitätsmedizin)	315,5	320,4	323,2	327,9	331,8	335,8
27	überregionale und regionale Forschungsförderung darunter: Forschungsförderung aus EFRE-Mitteln	79,6	83,8	88,7	86,5	86,6	89,6
28	Maßnahmen zur Vertiefung und Förderung der politischen Bildung	3,8	3,5	3,8	0,0	0,0	0,0
		1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz							
29	Förderung der Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)	129,7	110,0	96,1	84,1	83,8	76,4
30	Landwirtschaftl. Förderung für spezielle Zwecke (einschl. ELER)	60,0	71,9	89,2	93,2	80,5	71,4
31	Förderung der Fischwirtschaft aus Mitteln des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (EFF)	11,3	11,0	11,4	8,5	7,5	6,4
32	Küstenschutz im Rahmen der GA	19,7	19,6	21,3	21,4	18,3	18,4
33	Tierseuchenbekämpfung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
34	Forstverwaltung (Zuschuss an die Landesforstanstalt)	36,9	31,6	30,0	29,7	29,2	28,0
35	Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Gewässergüte	25,0	23,6	23,8	14,4	14,4	14,5
36	Umsetzung des Moorschutzkonzeptes und Seensanierung einschl. ELER	6,6	6,6	6,6	0,0	0,0	0,0
37	Altlasten	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
38	Förderung von Naturschutzmaßnahmen	17,3	18,2	18,4	3,4	3,4	3,1

lfd. Nr.	Schwerpunkt	- in Mio. € -					Fort-schreibung 2016*
		HPL 2011	HPL-E 2012	HPL-E 2013	FPL 2014*	FPL 2015*	
1	2	3	4	5	6	7	8
Justizministerium							
39	Informationstechnik	6,4	8,5	8,0	8,4	7,4	7,1
40	Opferrenten nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	12,9	12,8	12,8	12,8	12,8	12,8
41	Projektförderung zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch freie gemeinnützige Arbeit (Projekt Ausweg)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
42	Auslagen in Rechtssachen	65,0	66,4	67,4	68,4	69,4	70,4
43	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales							
44	Arbeitsmarktentwicklung darunter: Berufliche Erstausbildung und Forschung/Entwicklung	59,0	58,2	57,6	80,7	57,6	41,2
		21,2	11,8	11,5	6,1	2,7	0,0
45	Frauen- und Mädchenhäuser/Beratungs- u. Interventionsstellen	1,9	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
46	Unterbringung psych.-, drogen- und alkoholkranker Straftäter	22,9	23,6	23,8	24,0	24,0	24,0
47	Psychiatrische Versorgung	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
48	Drogen, Sucht und AIDS	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
49	Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz	5,2	5,8	6,3	6,9	7,6	8,4
50	Beiträge für die gesetzliche Unfallversicherung	7,6	8,6	8,6	9,6	9,6	9,6
51	Landesblindengeld	15,9	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
52	Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9
53	Zuweisungen an die Kommunen gem. Ausführungsgesetz zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Hartz IV)	272,6	260,4	260,4	259,4	259,4	259,4
54	Grundsicherung	11,3	32,3	56,4	78,7	78,7	78,7
55	Überörtliche Sozialhilfe	274,5	261,6	270,9	268,4	270,9	273,5
56	Sozialhilfe (Altfälle)	11,7	8,8	8,5	6,3	6,2	6,1
57	Leistungen nach dem Landespflegegesetz	8,0	8,3	6,3	3,7	2,7	1,6
58	Krankenhausfinanzierung	69,1	66,3	60,8	55,8	52,8	51,8
davon:	- Pauschalförderung	22,8	22,8	22,8	22,8	22,8	22,8
	- Einzelförderung	46,3	43,4	38,0	33,0	30,0	29,0
59	Familienförderung	1,9	1,7	1,8	1,8	1,7	1,7
60	Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung	1,8	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
61	Schwangerschaftsberatung	3,0	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8
62	Integration von Migrantinnen und Migranten	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
63	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	27,4	29,4	29,4	29,4	29,4	29,4
64	Jugendförderung	7,0	7,1	7,0	6,6	6,4	6,1
65	Leistungen nach dem KiföG	104,6	119,7	128,6	138,8	147,2	157,6
66	Investitionen in Kindertagesstätten aus Bundesmitteln	6,4	6,3	6,2	0,0	0,0	0,0
67	Entlastung der Eltern von den Kosten der Kindertagesbetreuung	14,5	19,1	25,5	25,5	25,5	25,5
Allgemeine Finanzverwaltung							
68	Kommunaler Finanzausgleich einschl. Infrastrukturpauschale	1.071,3	1.106,8	1.153,9	1.143,3	1.134,4	1.123,4
davon:	- KFA-Mittel für investive Zwecke	140,7	142,8	143,8	142,9	141,9	140,9
	- KFA-Mittel für lfd. Zwecke	930,5	964,0	1.010,1	1.000,4	992,4	982,4
	° darunter: Theaterförderung	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8	35,8
69	Anpassungshilfen Landkreisneuordnung/ Konnexitätsausgleich	6,0	47,1	14,0	14,0	14,0	14,0
70	Hauptstadtvertrag	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
71	Zusatzversorgungssysteme	177,0	191,0	189,0	189,0	189,0	189,0
72	Zinsausgaben	449,5	396,7	402,4	419,5	429,1	440,0
73	Versorgungsfonds	4,0	6,0	7,0	10,0	15,0	20,0
74	Kommunale Sondervermögen	2,7	152,8	2,8	2,1	1,4	0,7
Hochbaumaßnahmen des Landes							
75	Landesbaumaßnahmen	53,8	60,8	58,4	57,8	51,6	47,2
76	Hochschulbaumaßnahmen	74,0	81,3	83,5	84,7	83,9	80,5
77	Hochschulbau Ersteinrichtungen/ Grunderwerb	5,6	4,5	8,5	10,6	11,4	11,3
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung							
78	Straßenbau (Investitionen)	70,2	69,3	69,7	59,8	54,5	49,2
79	Förderung des SPNV/ÖPNV aus Regionalisierungsmitteln	231,7	235,2	238,7	242,3	246,0	249,6
80	Förderung des SPNV/ÖPNV aus Landesmitteln	0,1	5,2	10,9	10,9	10,9	10,9
80	Straßenbau und ÖPNV nach dem Entflechtungsgesetz	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
81	Klimaschutz	3,8	7,4	7,4	0,4	0,4	0,4
82	Maßnahmen des Seeverkehrs (Investitionen)	6,2	10,1	6,9	5,5	5,2	5,5
83	Personalausgaben	1.705,9	1.773,8	1.815,2	1.843,1	1.868,5	1.891,9
84	Ausgaben für IT und e-Government	76,0	84,4	87,6	85,2	82,6	80,3

Anlage 7

Zusammenstellung der Bundeseinnahmen

Zusammenstellung der laufenden Einnahmen vom Bund

Summen:	1.901.562,5	1.836.403,3	1.783.268,0	1.740.440,7	1.671.183,6	1.601.042,9
Laufende Einnahmen vom Bund	- Beträge in TEUR -					

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
04	0404		231	01	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
04	0405		231	01	Anteil des Bundes an den Kosten der Beseitigung und Vernichtung von Kampfmitteln	1.100,0	500,0	450,0	400,0	350,0	300,0
04	0405		231	03	Erstattung des Bundes für externe Beräumungskosten	0,0	500,0	500,0	650,0	650,0	650,0
04	0405		231	04	Anteil des Bundes an den Kosten der externen Vernichtung von Munition	0,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0
04	0405	01	231	05	Anteil des Bundes an den Kosten für den Feuerschutz auf der Ostsee	200,7	200,7	200,7	200,7	200,7	200,7
04	0406		231	04	Erstattung Verwaltungsausgaben durch Bund	19,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
04	0406	66	231	66	Erstattung der Kostenanteile des Bundes für den BOS-Digitalfunk	1.963,6	1.944,1	1.962,8	1.981,6	2.000,3	2.019,0
04	0407		231	01	Erstattung des Bundes für Grenzünterhaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231	02	Zuschuss des Bundes nach der Richtlinie zur Begabtenförderung berufliche Bildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231	03	Zuweisungen des Bundes für die Durchführung des europaweiten Zensus	3.884,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231	04	Zuweisungen des Bundes im Rahmen von Flüchtlingsaufnahmeverfahren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231	05	Erstattungen des Bundes für die Pflege der verwaisten jüdischen Friedhöfe	57,0	58,0	58,0	58,0	58,0	58,0
04	0407		231	06	Erstattungen des Bundes nach dem Gräbergesetz	701,1	862,2	862,2	862,2	862,2	862,2
04	0407		231	07	Erstattung der Kosten der Bundestagswahl durch den Bund	0,0	0,0	1.658,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		231	08	Erstattung der Kosten der Europawahl durch den Bund	0,0	0,0	0,0	1.615,0	0,0	0,0
04	0408		231	01	Erstattung des Bundes für vom Land bei der Durchführung des Atomgesetzes und des Strahlenschutzvorsorgegesetzes geleistete Ausgaben	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
04	0411		231	01	Zuwendung des Bundes nach der Richtlinie zur Begabtenförderung berufliche Bildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
05	0503		231	01	Erstattung von Ausbildungskosten durch den Bund für die Ausbildungskooperation mit dem Land M-V zur Aufstockung der Bundesbetriebsprüfung	0,0	637,2	893,4	768,8	512,5	256,2

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
06	0602		231	03	Zuweisungen des Bundes für die Lehrstelleninitiativen 2004 bis 2009	3.585,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	01	231	01	Erstattung des Anteils des Bundes am Wohngeld	37.250,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0
06	0604	11	171	02	Einnahmen aus Kompensationszahlungen zur Abdeckung von Rückflüssen des Bundes an den Landeshaushalt aus vorfinanzierten Altprogrammen	110,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0702	01	231	04	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Zuschüsse an Studierende	16.216,2	18.661,9	18.630,8	18.618,9	18.364,1	18.155,7
07	0702	01	231	05	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Zuschüsse an Schüler	18.298,8	19.149,8	18.778,1	18.947,8	19.657,6	20.149,0
07	0702	02	231	01	Bundesanteil an der Fortbildungsförderung für Zuschüsse an Fortzubildende	1.399,3	1.651,8	1.795,7	1.795,7	1.795,7	1.795,7
07	0750		231	01	Kompensationszahlungen des Bundes	147,9	147,9	147,9	147,9	147,9	147,9
07	0750		231	02	Erstattungen des Bundes für Sonderzahlungen an im Ausland beschäftigter Lehrkräfte	35,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		231	02	Zuweisungen des Bundes für Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)	13.841,1	14.498,5	15.156,0	15.883,5	16.646,5	17.447,0
07	0770		231	04	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche	147,9	147,9	147,9	147,9	147,9	147,9
07	0770		231	06	Hochschulpakt 2020	1.326,9	18.125,8	15.113,4	10.034,0	8.169,6	6.029,5
08	0802		231	05	Erstattungen des Bundes für dem Land entstandene Verwaltungskosten im Zusammenhang mit Baumaßnahmen zur Sicherung der ökologischen Durchgängigkeit an Bundeswasserstraßen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		231	20	Zuweisungen des Bundes zur Mitfinanzierung der Vernetzungsstelle Schulverpflegung	62,8	58,6	54,3	47,9	37,9	37,9
08	0802	74	231	74	Zuschuss des Bundes für laufende Zwecke an das "Leibniz-Institut für Nutztierbiologie"	7.964,7	8.465,5	8.802,0	9.170,5	9.809,0	10.295,5
08	0803		231	12	Zuweisungen des Bundes für Vorarbeiten des Küstenschutzes im Rahmen der GAK	1.911,0	1.860,8	1.860,8	1.860,8	1.860,8	1.860,8
08	0803	01	231	01	Für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen	6.312,5	5.859,0	5.526,0	5.091,0	3.516,0	4.161,0
08	0803	01	231	02	Für Maßnahmen der Marktstrukturverbesserung	123,0	138,0	138,0	138,0	138,0	138,0
08	0803	01	231	03	Für sonstige agrarstrukturelle Maßnahmen	1.044,0	1.002,0	1.002,0	1.002,0	1.002,0	1.002,0
08	0803	01	231	04	Für forstliche Maßnahmen	1.170,0	1.014,0	1.026,0	1.038,0	1.050,0	1.062,0
08	0803	01	231	05	Zuweisungen für Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0803	01	231	07	Zuweisungen für Regionales Management	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0
08	0803	01	231	11	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Vorarbeiten im Rahmen der GAK	852,0	632,9	632,9	633,0	633,0	633,0
08	0805		231	61	Zuwendungen des Bundes für das Verbundprojekt RADOST	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0806	60	231	60	Erstattungen für die Beteiligung an Forschungs- u.a. Projekten, die in Trägerschaft des Bundes durchgeführt werden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0813		231	01	Zuwendungen des Bundes für Forschungsprojekte	276,2	204,5	70,8	0,0	0,0	0,0
08	0817		231	01	Zuschüsse für Projekte der Umweltbeobachtung und Effizienzkontrolle der Nationalparkämter und der Ämter für Biosphärenreservate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
09	0901		231	03	Zuweisungen des Bundes für strafrechtliche Rehabilitierung nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz einschl. besonderer Zuwendungen für Haftopfer	8.320,0	8.255,0	8.255,0	8.255,0	8.255,0	8.255,0
09	0901		231	04	Zuweisungen des Bundes nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
09	0903		231	02	Zuweisung des Bundes für die Ausrichtung von Fachtagungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1002		231	01	Erstattungen vom Bund für die Ausgaben der Verletztenversorgung auf See	72,5	72,5	72,5	72,5	72,5	72,5
10	1003		231	04	Vom Bund für Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	219,8	219,8	219,8	219,8	219,8	219,8
10	1003		231	05	Vom Bund für Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8	32,8
10	1003		231	06	Erstattungen für die Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz	349,4	343,2	343,2	343,2	343,2	343,2
10	1003	01	231	01	Erstattungen vom Bund - OEG -	1.080,2	1.221,4	1.346,2	1.484,2	1.636,5	1.804,6
10	1003	02	231	03	Erstattungen vom Bund - SGB IX -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1005		231	01	Vom Bund für Leistungen nach dem SGB XII - Grundsicherung	11.300,0	32.295,3	56.355,2	78.672,0	78.672,0	78.672,0
10	1005		231	02	Zuweisungen vom Bund für die Kosten der Unterkunft gemäß § 46 Abs. 5 und 6 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	123.000,0	140.700,0	140.700,0	129.300,0	129.300,0	129.300,0
10	1005		231	03	Bundesmittel für "Freiwilligendienste aller Generationen"	103,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
10	1017	02	231	02	Vom Bund für Leistungen nach § 80 SVG und § 47 ZDG (Darlehen)	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
10	1017	02	231	03	Vom Bund für Leistungen der Kriegsofopferfürsorge (Darlehen)	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
10	1017	02	231	04	Vom Bund für Leistungen der Kriegsofopferfürsorge (sonstige Hilfen)	88,0	104,0	104,0	104,0	104,0	104,0
10	1017	02	231	07	Vom Bund für Leistungen nach § 80 SVG und § 47 ZDG (sonstige Hilfen)	678,0	300,0	300,0	200,0	200,0	200,0
10	1017	03	231	01	Vom Bund für Leistungen - OEG -	72,6	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
10	1017	03	231	08	Vom Bund für Leistungen nach dem OEG (Darlehen)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
10	1017	05	231	05	Vom Bund für sonstige Hilfen - StrRehaG -	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6
10	1017	05	231	09	Vom Bund für Darlehen - StrRehaG -	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1025		231	04	Bundesmittel für internationalen Jugendaustausch	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
10	1026		231	01	Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes	9.525,2	10.171,0	10.171,0	10.171,0	10.171,0	10.171,0
11	1102		211	01	Sonderbedarfs-BEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit	128.000,0	90.944,0	90.944,0	103.296,0	103.296,0	103.296,0
11	1102		211	02	Allgemeine BEZ	169.000,0	174.000,0	170.000,0	187.000,0	194.000,0	201.000,0
11	1102		211	03	BEZ zum Abbau teilungsbedingter Lasten	845.785,0	764.977,0	689.557,0	608.749,0	533.329,0	452.522,0
11	1102		211	04	BEZ wegen Kosten der politischen Führung	61.355,0	61.355,0	61.355,0	61.355,0	61.355,0	61.355,0
11	1102		211	06	Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer und der LKW-Maut	162.994,6	162.994,6	162.994,6	162.994,6	162.994,6	162.994,6
11	1102		231	01	Erstattungen vom Bund gem. § 18a Finanzverwaltungsgesetz	3.081,6	3.081,6	3.081,6	1.540,8	0,0	0,0
11	1105		231	01	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch den Bund	1.262,3	931,6	940,9	949,1	958,2	967,8
11	1107		231	01	Anteilmäßige Erstattung von Versorgungslasten durch den Bund für Fälle gem. § 3 Abs. 1 VersFondsG M-V	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	1111	01	231	14	Erstattungen vom Bund für Schadensersatzforderungen aus Anlass von Unfällen (Bereitschaftspolizei)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1216	01	231	02	Zuweisungen vom Bund für die Durchführung von Bundesbauaufgaben	15.712,0	14.554,1	13.841,5	13.841,5	13.841,5	13.841,5
15	1506		231	01	Beitrag des Bundes zu den Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauüberwachung für Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen	3.375,0	2.599,0	2.599,0	2.599,0	2.599,0	2.599,0

Laufende Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
15	1506	61	231	11	Erstattungen des Bundes im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung	14.029,0	14.067,1	14.196,7	14.196,7	14.587,7	14.587,7
15	1506	61	231	12	Erstattungen des Bundes für Abrechnungsbeträge aus Vorjahren im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507		231	01	Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Regionalisierung des SPNV/ÖPNV	221.722,5	225.201,8	228.728,9	232.309,9	235.944,7	239.634,0

Zusammenstellung der investiven Einnahmen vom Bund

Summen:	276.589,3	255.923,9	248.832,7	240.405,0	236.614,2	230.162,7
Investive Einnahmen vom Bund	- Beträge in TEUR -					

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
04	0410		331	01	Zuweisungen des Bundes für den Bau von Sportstätten	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0
06	0603		331	06	Erstattung vom Bund für Infrastrukturmaßnahmen und betriebliche Investitionen	71.901,8	65.460,2	62.792,0	58.842,6	58.842,6	58.842,6
06	0604	07	331	01	Finanzhilfen des Bundes für Zuschüsse für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	7.093,0	7.293,4	6.984,2	6.345,3	5.403,4	4.369,5
06	0604	07	331	03	Finanzhilfen des Bundes für den städtebaulichen Denkmalschutz	10.002,0	8.532,4	7.757,1	6.988,9	6.023,4	5.034,9
06	0604	07	331	06	Finanzhilfen des Bundes Soziale Stadt	2.352,0	1.742,9	1.267,8	985,0	681,7	542,0
06	0604	07	331	07	Finanzhilfen des Bundes für Maßnahmen des Rückbaus im Rahmen des Stadtumbaus Ost	5.393,0	852,2	632,5	665,6	980,4	1.337,5
06	0604	07	331	19	Finanzhilfen des Bundes für Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus Ost	7.328,0	10.433,4	9.878,5	8.667,2	7.056,6	5.418,4
06	0604	07	331	21	Finanzhilfen des Bundes für Maßnahmen zur Rückführung der städtischen Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbau Ost	1.108,0	457,3	311,3	287,5	244,7	250,0
06	0604	07	331	26	Finanzhilfen des Bundes für die Modernisierung/ Instandsetzung und energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Investitionspaktes	5.579,0	2.217,0	1.181,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	07	331	27	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten	2.948,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	08	331	22	Finanzhilfen des Bundes zur Förderung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des Stadtumbaus Ost	118,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	331	25	Zweckgebundene Zuweisungen für investive Maßnahmen der Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes 2007 bis 2013	21.210,6	21.321,0	21.321,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	331	99	Zweckgebundene Zuweisungen für investive Maßnahmen der Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes ab 2014	0,0	0,0	0,0	21.321,0	21.321,0	21.321,0
07	0702	01	331	01	Bundesanteil an der Ausbildungsförderung für Darlehen an Studierende	16.216,2	18.661,9	18.630,8	18.618,9	18.364,1	18.155,7

Investive Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
07	0718		331	04	Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Programms "Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770		331	02	Zuweisungen des Bundes für Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)	2.875,0	2.454,0	2.577,0	2.706,0	2.841,5	2.983,0
07	0770		331	05	Zuweisungen des Bundes für Hochschul- und Klinikinvestitionen nach Art. 143c GG	3.700,0	4.100,0	4.100,0	4.100,0	4.100,0	4.100,0
07	0770		331	10	Zuweisung des Bundes für den 2. Erweiterungsbau für das Leibniz-Institut für Katalyse e.V. Rostock (LIKAT)	0,0	1.500,0	2.500,0	1.500,0	0,0	0,0
07	0770		331	12	Zuweisung des Bundes gemäß § 3 Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten (AV-FuG)	0,0	298,5	298,0	298,0	298,0	0,0
08	0802		331	05	Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen zur Sicherung der ökologischen Durchgängigkeit an Bundeswasserstraßen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	74	331	74	Zuschuss des Bundes für Investitionen an das "Leibniz-Institut für Nutztierbiologie"	1.550,0	515,0	484,0	450,0	275,0	275,0
08	0803		331	04	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Breitbandversorgung	0,0	786,0	786,0	0,0	0,0	0,0
08	0803		331	12	Zuweisungen des Bundes für Küstenschutzmaßnahmen im Rahmen der GAK	8.680,0	8.730,2	10.830,2	10.830,2	8.730,2	8.730,2
08	0803		331	13	Zuweisungen des Bundes für den Sonderrahmenplan Küstenschutz	3.200,0	3.100,0	2.200,0	2.300,0	2.200,0	2.300,0
08	0803	01	331	01	Zuweisungen für Investitionen für Maßnahmen der Dorferneuerung	7.601,0	5.047,0	3.054,5	4.565,2	8.228,2	7.571,2
08	0803	01	331	02	Zuweisungen für Investitionen für einzelbetriebliche Fördermaßnahmen	2.447,8	2.520,0	2.520,0	2.520,0	2.520,0	2.520,0
08	0803	01	331	03	Zuweisungen für Investitionen für Maßnahmen der Marktstrukturverbesserung	1.668,3	1.440,0	1.476,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0
08	0803	01	331	06	Zuweisungen für Investitionen des ländlichen Wegebbaus	439,7	360,0	360,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0
08	0803	01	331	07	Zuweisungen für Investitionen für forstliche Maßnahmen	2.430,0	1.320,0	1.320,0	1.320,0	1.320,0	1.320,0
08	0803	01	331	08	Zuweisungen für Investitionen für sonstige agrarstrukturelle Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	01	331	09	Für Maßnahmen der Flurbereinigung	9.722,8	7.980,0	7.980,0	7.080,0	7.080,0	7.080,0

Investive Einnahmen vom Bund

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0803	01	331	11	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Rahmen der GAK	6.965,9	5.718,1	5.895,6	5.918,4	5.918,4	5.918,4
12	1201		331	11	Zuweisungen des Bundes aus dem Programm "Investitionen für nationale Kultureinrichtungen Ostdeutschlands" (Blaubuch-Förderung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1212		331	01	Zuweisungen des Bundes für Hochschul- und Klinikinvestitionen nach Artikel 143c GG	20.358,0	19.958,0	19.958,0	19.958,0	19.958,0	19.958,0
12	1212		331	03	Zuweisungen des Bundes für Forschungsbauten an den Hochschulen einschließlich Universitätsmedizin des Landes nach Art. 91b GG	4.100,0	3.480,9	2.091,7	2.091,7	2.091,7	0,0
15	1501	70	331	70	Zuweisungen des Bundes im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Abgeltung von Hafencosten	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0	2.556,0
15	1506	61	331	11	Erstattungen des Bundes für Investitionen im Rahmen der gemeinsamen Straßenunterhaltung	1.837,9	1.884,5	1.884,5	1.884,5	1.974,3	1.974,3
15	1507		331	01	Zuweisungen des Bundes für kommunale Straßenbaumaßnahmen	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
15	1507		331	02	Zuweisungen des Bundes zur Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
15	1507		331	03	Zuweisungen des Bundes für Investitionen im Rahmen der Regionalisierung des SPNV/ÖPNV	10.010,3	10.007,0	10.008,0	10.008,0	10.008,0	10.008,0

Anlage 8

Zusammenstellung der EU-Einnahmen

Zusammenstellung der laufenden Einnahmen von der EU

Summen:	104.010,2	103.655,1	112.357,1	102.108,5	79.533,6	64.349,2
Laufende Einnahmen von der EU	- Beträge in TEUR -					

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
03	0301	03	272	02	Zuschüsse der Europäischen Union	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0406		272	01	Zuschuss der Europäischen Union für eine Fachtagung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0406	63	272	02	Zuschüsse der EU für Fortbildungsmaßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0407		271	01	Erstattungen der Europäischen Union	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		271	02	Erstattungen des EFRE für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Förderzeitraum 2007-2013	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	77	271	99	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	25.000,0	25.000,0	25.000,0
07	0750		272	01	Sonstige Zuschüsse der EU	220,0	48,6	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0750		272	02	Einnahmen ESF-geförderter Maßnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0801		271	04	Erstattungen der EU im Rahmen des Programms "Phare" für Vergütungen u.a. von entsandten Landesbediensteten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0801		271	05	Einnahmen aus der Technischen Hilfe im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum M-V 2007-2013 (EPLR)" und des "Europäischen Fischereifonds 2007-2013 (EFF)"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		271	07	Erstattungen der EU für spezifische Veterinärmaßnahmen, Kontrollmaßnahmen im Veterinärbereich und für Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen	100,0	90,0	50,0	50,0	30,0	30,0
08	0802		271	12	Einnahmen aus der Erhebungskostenpauschale für den EGFL	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
08	0802		272	08	Zuschüsse von der EU für forstliches Monitoring	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		272	15	Erstattungen aus dem EGFL für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	51,7	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2
08	0802		272	32	Erstattungen für das Projekt "Parks&Benefits" im Rahmen des Baltic Sea Region Programmes (Europäische territoriale Zusammenarbeit, INTERREG)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		272	36	Erstattungen von der EU für das Projekt "COHIBA" im Rahmen des INTERREG IV B	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	04	Aufträge an Dritte zur Feststellung und Neuordnung von Eigentumsverhältnissen nach dem 8. Abschnitt des LwAnpG aus dem ELER, SP I	2.964,9	1.956,3	1.452,3	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	07	Für Maßnahmen der Technischen Hilfe aus dem ELER	1.140,0	1.140,0	1.020,0	0,0	0,0	0,0

Laufende Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0802	09	272	09	Für Maßnahmen zur Förderung von Berufs- und Informationsmaßnahmen im ländlichen Raum aus dem ELER, SP I	375,0	375,0	375,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	11	Für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Forstwirtschaft aus dem ELER, SP I	187,5	19,8	19,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	12	Für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern aus dem ELER, SP II	417,6	533,6	616,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	13	Für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion aus dem ELER, SP II	600,0	600,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	22	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER zur Förderung des Managements aus dem ELER, SP IV	962,0	972,0	982,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	23	Für Maßnahmen der naturschutzgerechten Grünlandnutzung und Rastplatzprogramm aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	24	Für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Grünlandflächen aus dem ELER, SP II	9.520,0	9.670,4	9.930,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	25	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Erhaltung und Verpflichtung im Rahmen von AUM aus dem ELER, SP II	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	26	Für Maßnahmen zur Förderung von Bewirtschaftungsplänen und Sensibilisierungsmaßnahmen in NATURA 2000-Gebieten aus dem ELER, SP III	1.152,0	654,3	654,3	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	28	Für Maßnahmen der Sachkostenförderung der Projekte der Landschaftspflege aus dem ELER, SP III	69,0	69,0	69,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	29	Für Maßnahmen der Landesforstanstalt zur FFH-Managementplanung im Wald aus dem ELER, SP III	270,0	362,7	167,7	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	272	33	Für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft aus dem ELER, SP I	30,0	30,0	30,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	272	04	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II	10.920,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	272	07	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Laufende Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0803	15	272	10	Für Maßnahmen der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten aus dem ELER, SP II	5.900,0	5.800,0	5.800,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	01	Für Maßnahmen der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren aus dem ELER, SP II	7.237,5	6.680,0	11.360,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	02	Für Maßnahmen des erosionsmindernden Ackerfutterbaus aus dem ELER, SP II	2.500,0	1.540,0	3.540,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	03	Für Maßnahmen der Winterbegrünung sowie der Mulch- und Direktsaatverfahren aus dem ELER, SP II	3.200,0	3.200,0	3.200,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	05	Für Maßnahmen der Blühflächen und Blühstreifen aus dem ELER, SP II	500,0	700,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	12	Verstärkung AFP/A aus dem ELER, SP I	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	14	Für Schonstreifen auf Ackerland aus dem ELER, SP II	0,0	100,0	300,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	15	Für Maßnahmen des ökologischen Landbaus aus dem ELER, SP II	0,0	13.080,0	16.451,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	272	16	Für Zuschüsse für extensive Weideverfahren auf Dauergrünland durch Schafe und Ziegen aus dem ELER, SP II	0,0	760,0	760,0	0,0	0,0	0,0
08	0805	62	272	62	Zuwendungen für EU-finanzierte Projekte in Trägerschaft der StÄLU	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0806	04	272	40	Erstattungen für Projekte im Rahmen des Interreg IV A (Naturparke)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0806	62	272	62	Zuwendungen für EU-finanzierte Projekte in Trägerschaft des LUNG	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0811		271	01	Erstattung der EU für spezifische Veterinärmaßnahmen, Kontrollmaßnahmen im Veterinärbereich und für Programme zur Tilgung und Überwachung von Tierseuchen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0811		271	02	Erstattungen der EU zu den Kontrollkosten für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischerei-ressourcen für Schulungs- und Austauschprogramme	0,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
08	0811		271	03	Erstattung EU Programm TSE-Untersuchung	275,0	560,0	560,0	560,0	560,0	560,0
08	0813		272	01	Einnahmen aus Zahlung der Einheitlichen Betriebsprämie der EU	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8	29,8
08	0817		271	02	Einnahmen von der EU für das Projekt "Parks & Benefits" für die Projektpartner Nationalpark Müritz und Biosphärenreservat Südost-Rügen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Laufende Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
09	0903		272	02	Zuschüsse der EU für die Ausrichtung von Fachtagungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
09	0903	02	272	11	Erstattung der Generaldirektion Justiz für das Projekt "Juridical Cooperation Network (JCN)"	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1004		272	20	Erstattungen des ESF für das Land MV 2000 bis 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1004		272	21	Erstattungen des ESF für das Land MV 2004 bis 2006 (aus Bundesanteilen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1004		272	60	Erstattungen des ESF für das Land MV 2007 bis 2013	54.917,7	54.256,9	53.364,5	24.996,4	8.813,0	0,0
10	1004		272	61	Erstattungen des ESF für das Land MV 2007 bis 2013 (aus Bundesanteilen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	1004	77	272	99	Für Maßnahmen des ESF 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	50.971,6	44.600,1	38.228,7
15	1501		272	01	Zuweisungen der EU für Projekte im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit zur Regionalentwicklung (INTERREG - Interface)	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1501	40	272	44	Zuweisungen der EU für Projekte der transnationalen Zusammenarbeit zur Regionalentwicklung	310,5	235,5	235,5	310,5	310,5	310,5
15	1507		271	01	Erstattungen der EU aus dem Programm VIKING	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507		271	02	Erstattungen der EU aus dem Programm 2010/2011 EasyWayII	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507		271	03	Erstattungen der EU aus dem Programm EasyWayIII	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Zusammenstellung der investiven Einnahmen von der EU

Summen:	364.782,9	339.450,1	323.345,9	270.025,9	233.163,4	196.300,8
Investive Einnahmen von der EU	- Beträge in TEUR -					

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
06	0602		346	01	Erstattungen des EFRE für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Förderzeitraum 2007-2013	183.720,9	185.395,3	178.559,8	0,0	0,0	0,0
06	0602		346	05	Erstattung der EU aus dem Programm INTERREG III A - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		346	06	Erstattung der EU aus dem Programm URBAN II - Förderzeitraum 2001 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		346	07	Erstattung der EU aus dem Programm INTERREG IV A - Förderzeitraum 2007 - 2013	7.236,8	7.479,4	7.709,4	0,0	0,0	0,0
06	0602		346	08	Erstattung aus dem Programm INTERREG IV B im Rahmen der Umsetzung des Projektes "Baltic Fashion"	0,0	43,8	43,8	0,0	0,0	0,0
06	0602		346	09	Erstattung der EU aus dem Programm INTERREG V A - Förderzeitraum 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	6.021,3	5.268,8	4.515,9
06	0602	77	346	99	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	127.914,6	108.800,2	89.685,9
06	0603		346	05	Erstattung des EFRE für das Land Mecklenburg-Vorpommern - Förderzeitraum 2000 - 2006	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		346	04	Zuschüsse der EU für die Anschaffung und Installation automatischer Ortungsgeräte und elektronischer Logbücher auf Fischereifahrzeugen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		346	17	Erstattung für Baumaßnahmen des Landgestüts Redefin aus dem ELER	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	03	346	21	Zuweisungen aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) für die Förderperiode 2007-2013	9.295,3	8.695,2	8.691,3	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	01	Für Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem ELER, SP I	37,5	37,5	37,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	02	Für Maßnahmen zur Waldbrand- und Kalamitätsvorbeugung im Land M-V aus dem ELER, SP II	456,0	628,8	600,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	03	Für Maßnahmen zur Waldmehrung auf landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Flächen der Landesforstanstalt aus dem ELER, SP II	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	05	Für Maßnahmen zum Ausbau der Erholungsinfrastruktur im Wald aus dem ELER, SP II	100,0	120,0	120,0	0,0	0,0	0,0

Investive Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0802	09	346	06	Für nichtproduktive Investitionen auf Flächen der Landesforstanstalt aus dem ELER, SP II	3.020,0	3.048,0	2.912,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	09	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	1.800,0	1.800,0	1.800,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	10	Für Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus von Dienstleistungseinrichtungen aus dem ELER, SP III	1.500,0	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	11	Für Maßnahmen der Dorferneuerung, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	2.550,6	2.075,4	2.197,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	12	Für Maßnahmen zur Förderung von Sportstätten durch das Innenministerium aus dem ELER, SP III	1.440,0	1.440,0	1.440,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	13	Für Maßnahmen der Denkmalpflege durch das Bildungsministerium aus dem ELER, SP III	2.615,6	2.615,6	2.618,6	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	25	Für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen -Redefin- aus dem ELER, SP III	1.176,0	975,0	975,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	26	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER aus dem ELER, SP IV	7.448,0	8.465,2	14.537,6	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	27	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Steigerung des öffentlichen Wertes von NATURA 2000 Gebieten oder anderer Gebiete von hohem Naturwert aus dem ELER, SP II	278,0	298,0	298,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	28	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (u.a. Moorschutz)	3.160,2	2.860,2	2.860,2	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	29	Für Maßnahmen zur Förderung von Kleinkläranlagen aus dem ELER, SP III	3.000,0	3.000,0	3.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	30	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (Seensanierung)	1.071,0	1.071,0	1.068,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	31	Für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen aus dem ELER, SP III	6.321,5	6.321,5	5.190,4	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	32	Für Maßnahmen des Moorschutzes aus dem ELER, SP III	697,8	697,8	697,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	346	33	Für Maßnahmen zur Förderung des Kaufs mobiler Beregnungsmaschinen und -anlagen aus dem ELER, SP I	0,0	750,0	750,0	0,0	0,0	0,0

Investive Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0802	09	346	34	Für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen privater Zuwendungsempfänger aus dem ELER, SP III	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	10	346	07	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen (v.a. Moorschutz) aus dem ELER, SP III	0,0	300,0	300,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	10	346	08	Für Investitionen zum naturnahen Gewässerausbau an Gewässern II. Ordnung aus dem ELER, SP III	0,0	2.000,0	2.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	77	346	98	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	48.655,9	42.573,8	36.491,9
08	0802	77	346	99	Für Maßnahmen aus dem EFF-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	6.953,0	6.083,9	5.214,8
08	0803	15	346	04	Für Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung aus dem ELER, SP I	4.591,8	5.346,6	5.453,5	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	05	Für Maßnahmen des Wegebaus außerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.198,1	1.800,0	1.800,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	06	Für Maßnahmen der privaten Dorferneuerung innerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP III	0,0	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	07	Für Maßnahmen der privaten Dorferneuerung außerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP III	0,0	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	08	Für Maßnahmen des Wegebaus innerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	12.924,0	13.125,0	3.116,6	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	09	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil A aus dem ELER, SP I	11.435,5	12.000,0	12.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	10	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil B - Diversifizierung- aus dem ELER, SP III	803,4	600,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	11	Für Maßnahmen zur Förderung ländlicher Abwasseranlagen aus dem ELER, SP III	9.787,2	10.000,0	10.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	16	Für Maßnahmen zur Förderung von Schutzpflanzungen aus dem ELER, SP III	300,0	300,0	300,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	17	Für Maßnahmen zur Unternehmensgründung und -entwicklung im ländlichen Raum aus dem ELER, SP III	7.140,0	7.140,0	7.140,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	18	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die durch das Wirtschaftsministerium gefördert werden aus dem ELER, SP III	7.110,4	7.110,4	7.110,4	0,0	0,0	0,0

Investive Einnahmen von der EU

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	Titel		Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0803	15	346	20	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (Gewässerausbau)	2.142,0	2.142,0	2.142,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	21	Für Maßnahmen der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.403,3	1.570,4	1.570,4	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	346	22	Für Maßnahmen zur Förderung von Breitbandinvestitionskosten aus dem ELER, SP III	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	346	01	Für Maßnahmen an Binnengewässern I. Ordnung aus dem ELER, SP III	5.000,0	3.693,0	4.200,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	346	02	Für Investitionen naturnaher Gewässerausbau an Gewässern II. Ordnung aus dem ELER, SP III	2.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	77	346	98	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	48.026,3	42.023,0	36.019,7
08	0803	77	346	99	Für Maßnahmen aus dem Modulationsnachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	32.328,8	28.287,7	24.246,6
08	0805	62	346	62	Zuwendungen für EU-finanzierte Projekte in Trägerschaft der StÄLU	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0811		346	01	Erstattungen der EU zu den Kontrollkosten für die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen	2,0	5,0	5,0	126,0	126,0	126,0
11	1111		346	01	EU-Einnahmen aus der Förderperiode 2000 - 2006	60.000,0	30.000,0	25.000,0	0,0	0,0	0,0
12	1212		346	12	Zuwendungen für EU-finanzierte Projekte im staatlichen Hochbau (EFRE)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
12	1216		346	16	Zuwendungen für EU-finanzierte Projekte im staatlichen Hochbau (ELER)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Anlage 9

Kommunaler Finanzausgleich

Finanzausgleichsleistungen im Finanzplanungszeitraum und Fortschreibung 2016 auf Grundlage der Steuerschätzung November 2011

		2011	2011	2012	2013	2014	2015	2016
		Haushalt	Steuerschätzung November 2011, in Mio. EUR					
1.	Ausgangsdaten	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1.1	Steuern der Gemeinden	697,0	822,0	860,0	896,0	935,0	973,0	1.011,0
1.2	Land: Summe Steuern, LFA, BEZ laut FAG	4.519,4	4.820,5	4.954,3	5.063,2	5.148,9	5.192,9	5.231,4
1.3	Einnahmen insgesamt	5.216,4	5.642,5	5.814,3	5.959,2	6.083,9	6.165,9	6.242,4
2.	Finanzverteilung gemäß § 7 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern							
2.1	relativer Anteil der Kommunen (an Zeile 1.3) in %	33,99	33,99	33,99	33,99	33,99	33,99	33,99
2.2	Anteil Kommunen (an Zeile 1.3)	1.773,1	1.917,9	1.976,3	2.025,5	2.067,9	2.095,8	2.121,8
2.3	davon KFA (Basiswert, Zeile 2.2 minus Zeile 1.1)	1.076,1	1.095,9	1.116,3	1.129,5	1.132,9	1.122,8	1.110,8
2.4	Ist-Ergebnisse aus Vorjahren *)	-20,0	-20,0	-23,16	15,0			
2.5	Aufstockungsbetrag wegen Familienleistungsausgleich	5,20	7,94	8,67	9,39	10,36	11,57	12,57
2.6	Aufstockungsbetrag nach § 7 Abs. 4 FAG	10,0	10,0	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Finanzausgleichsleistungen einschließlich Aufstockungs- und Abrechnungsbeträgen	1.071,3	1.093,8	1.106,8	1.153,9	1.143,3	1.134,4	1.123,4
3.1	zuzüglich Mittel aus Kreditaufnahmen KAFG M-V	70,2	70,2					
3.2	abzüglich Bedarf zur Tilgung von KAFG-Mitteln durch KFA				-34,0	-33,1	-35,1	-35,1
4.	Summe Gemeindesteuern und KFA einschl. KAFG M-V (ab Spalte 2: gemäß Steuerschätzung November 2011)	1.963,5**)	1.986,0	1.966,8	2.015,9	2.045,2	2.072,3	2.099,3

*) Erläuterung zu Ist-Ergebnissen aus Vorjahren:

2011: Gesamtergebnis Ist 2009: minus 45,426121 Mio. EUR, davon hier veranschlagter Teilbetrag (Abschlag): minus 20,0 Mio. EUR

2012: a) verbleibender Teilbetrag der Abrechnung Ist 2009 – 25,426121 Mio. EUR,

b) hinzu Abrechnung Ist 2010 + 2,266488 Mio. EUR.

c) Summe a) und b) – 23,159633 Mio. EUR.

2013: Veranschlagt ist ein Abschlag auf die voraussichtliche Ist-Abrechnung 2011 (berechnet nach der November-Schätzung 2011) von +15 Mio. EUR, der Restbetrag von 7,5 Mio. EUR könnte im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushalts 2013 zusätzlich bereit gestellt werden.

**) Summe aus gezahlten Finanzausgleichsleistungen 2011 und Gemeindesteuern gemäß Steuerschätzung November 2011

Anlage 10

Stellenentwicklung

Übersicht über Stellenänderungen

1. Ressortübergreifende Darstellung

1.1 Haushaltsjahr 2012

Anfang 2012 wird der Stellenbestand im Regelbereich mit 31.658 Stellen nach dem Vollzug aller für 2011 ausgewiesenen kw-Vermerke sowie weiterer Maßnahmen im Saldo um 109 Stellen über der lt. Stellenplan 2011 für Anfang 2012 erwarteten Stellenzahl (31.549) liegen. Diese höhere Stellenzahl zu Jahresbeginn 2012 ist die Folge von 190 neuen Stellen (darunter 132 neue Lehrerstellen, 26 Drittmittelstellen, 22 gedeckte neuen Stellen), 89 Einsparungen sowie saldiert 8 Stellen infolge Stellenübertragungen aus der MG 96 „Disponibler Überhang“ und dem BBL (Landesbetrieb).

Durch Wegfall von 313 Stellen (kw mit Termin in 2012) wird für Ende 2012 eine Stellenzahl von 31.345 erreicht.

1.2 Haushaltsjahr 2013

Anfang 2013 wird sich die Stellenzahl infolge von 27 neuen Stellen (darunter 21 neue Lehrerstellen), 8 Einsparungen und sowie 1 Übertragung aus dem Landgestüt Redefin (Landesbetrieb) saldiert um 20 auf 31.365 Stellen erhöhen.

Ende 2013 wird nach Vollzug der 148 kw-Vermerke im Jahr 2013 die Stellenzahl mit 31.217 um insgesamt 101 Stellen unter der für denselben Zeitpunkt vorgesehenen Zahl aus dem Stellenplan 2011 liegen. Nach vollständiger Spezifikation der 1. Einsparrate des Personalkonzepts 2010 Anfang 2013 wird sich die Stellenzahl geringfügig reduzieren.

1.3 Mittelfristiger Zeitraum bis 2015

Im Ergebnis aller mit dem Stellenplan-Entwurf 2012/2013 vorgenommenen Veränderungen werden Ende 2015 insgesamt 31.032 Stellen ausgewiesen. Dies sind 208 Stellen weniger als mit dem Stellenplan 2011 für diesen Zeitpunkt vorgesehen waren. In diesem Ergebnis ist die erstmals vorgenommene teilweise Spezifizierung des Stellenabbaus gemäß Personalkonzept 2010 im Umfang von ca. 318 Stellen enthalten.¹ Ohne diesen Effekt ergäbe sich eine Erhöhung der Stellenzahl um 110 (=318 – 208). Dies resultiert im Wesentlichen aus der Ausbringung von 132 neuen Stellen im Bereich der beruflichen Schulen, der Streichung von 71 kw-Vermerken an gleicher Stelle sowie der Untersetzung der Einsparvorgabe 2012 gemäß Personalkonzept 2004 im Hochschulbereich (-98).

¹ Obwohl mit dem Personalkonzept 2010 die Spezifizierung der 1. Jahresrate zu Beginn und mit Wirkung des Jahres 2013 beschlossen worden ist, konnten einige Einsparungen bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfs 2012/2013 berücksichtigt werden.

2. Erläuterungen

Die wesentlichen Veränderungen des Stellenplans für den Zeitraum bis 2015 werden in der folgenden Übersicht erläutert (Mehrbedarf +, Minderbedarf -, in Stellen):

	2012	2013
a) neutrale Bewegungen (Kategorie II) Im Zusammenhang mit dem Übergang von Aufgaben auf andere Kapitel sind einige Stellenübertragungen vorgenommen worden, die in sich neutral sind. Darüber hinaus sind einige unabweisbare Mehrbedarfe veranschlagt, die an anderer Stelle im jeweiligen Einzelplan gedeckt werden. Die Deckung erfolgt nicht in allen Fällen stellenzahlneutral, weil		
- die Stellen-Wertigkeiten unterschiedlich sind, - Deckung z.B. für Hebungen auch durch Herabgruppierungen oder Einsparungen möglich ist und - Deckung durch neue kw-Vermerke gebracht werden kann.		
In 2012 sind aufgrund der genannten Faktoren saldiert 27 Stellen eingespart worden. 49 Einsparungen der Kategorie II/12 stehen in 2012 insgesamt 22 neue Stellen gegenüber.		
In 2013 sind in der Kategorie II/13 5 neue Stelle und 6 Einsparungen vorgesehen. (vgl. Anlage 10, Tabellen 1 und 2, Spalten 12 und 13). Somit verändern sich die Stellenzahlen um:	- 27	- 1
b) im Stellenplan ausgewiesene drittfinanzierte Stellen (Kategorie 0) In 2012 sind in der Kategorie 0/12 folgende Stellen ausgebracht: 10 Stellen im Einzelplan 08 (LU) zur Begleitung von EU-Programmen bzw. von Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte nach dem Abwasserabgabengesetz. 8 Stellen im Hochschulbereich im Einzelplan 07 (BM). Weitere 8 neue drittmittelfinanzierte Stellen verteilen sich auf die übrigen Ressorts. Insgesamt sind 2 drittmittelfinanzierte Stellen eingespart worden. Für 2013 ist 1 drittfinanzierte Stelle ausgebracht worden und 2 drittfinanzierte Stellen sind weggefallen. (vgl. Anlage 10, Tabellen 1 und 2, Spalten 11 und 14), im Saldo:	+ 24	- 1
c) gemäß Haushaltsgesetz neu ausgebrachte Stellen Auf Grundlage haushaltsgesetzlicher Vorschriften sind in 2012 als Ersatz für weggefallene Personalratsstellen in den Kapiteln 0406 „Polizei“ und 0501 „Finanzministerium“ 2 neu ausgebrachte Stellen zu berücksichtigen (vgl. Anlage 10, Tabellen 1 und 2, Spalte 15):	+ 2	0

	2012	2013
d) neue Stellen, die im Einzelplan nicht gedeckt werden konnten (Kategorie I)		
Für 2012 sind in der Kategorie I/12 Stellen wie folgt ausgebracht:		
3 Stellen im Kapitel 0301 „Ministerpräsident – Staatskanzlei“,		
5 Stellen im Kapitel 0401 „Innenministerium“ (Stellenpool; Einstellungskorridor für Nachwuchskräfte des ehemaligen höheren Dienstes),		
132 Stellen im Kapitel 0756 „Berufliche Schulen“ zur Absicherung der Unterrichtsverpflichtung infolge höherer Schülerzahlen sowie der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit (BAG Urteil vom 26.11.2009).		
Hinweis: Ende 2011 sind 170 Stellen durch den Vollzug von kw-Vermerken weggefallen. Insofern hat sich die Stellenzahl in den Schulkapiteln um 38 (-170 +132) insgesamt reduziert.		
Für 2013 werden		
21 neue Stellen im Kapitel 0755 „Gymnasien“ infolge höherer Schülerzahlen sowie als Ausgleich für Altersanrechnungsstunden ausgebracht		
(vgl. Anlage 10, Tabellen 1 und 2, Spalte 16).		
Insgesamt verändern sich die Stellenzahlen um:	+ 140	+ 21
Summe aus a) bis d) (vgl. Anlage 10, Tab. 1 u.2, Sp. 11-16)	+ 139	+ 19
e) Übertragungen an die oder aus der MG 96 „Disponibler Überhang“		
Zur Unterstützung des Stellenabbaus sind gemäß § 8 Abs. 7 Nr. 3 Haushaltsgesetz 2010/2011 bei gleichzeitigem Wegfall einer um bis zu 3 Stufen niedriger bewerteten Stelle des Regelbereichs insgesamt		
9 Stellen aus der MG 96 „Disponibler Überhang“ in den Regelbereich übertragen worden		
(vgl. Anlage 10, Tabelle 1, Spalte 7):	+ 9	0
f) Umstrukturierung, Einsparungen und sonstige Übertragungen		
Der Saldo der Stellenübertragungen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Landesregierung ist Null.		
In 2012 sind überwiegend in Umsetzung des Personalkonzepts 2004 über alle Einzelpläne		
38 Stellen eingespart (darunter 23 im Hochschulbereich) bzw. kw-Vermerke vorfristig vollzogen worden. Neben weiteren neutralen Stellenübertragungen ergibt sich		
1 Stellenabgang aus der Übertragung einer Stelle in den BBL (Landesbetrieb).		
In 2013 ist		
1 Stellenzugang durch Übertragung einer Stelle aus dem Landgestüt Redefin (Landesbetrieb) zu verzeichnen		
(vgl. Anlage 10, Tabelle 1 und 2, Spalten 8 bis 10):	-39	+1

g) Saldo der dargestellten Veränderungen	2012	2013
Summe aus a) bis d)	+ 139	+ 19
Summe e) und f)	- 30	+ 1
	<u>+ 109</u>	<u>+ 20</u>
	=====	=====

k) Mittelfristige Stellenentwicklung

Die mit dem Stellenplan-Entwurf 2012/2013 prognostizierte mittelfristige Stellenentwicklung ist insgesamt in Anlage 10, Tabelle 3, dargestellt. Einen Vergleich mit dem Stellenplan 2011 zeigt folgende Tabelle:

Landesverwaltung im engeren Sinne (Regelbereich) *)	2012	2013	2014	2015	nach 2015	ohne Termin
Aktueller Stellenplan 2011						
Stellensoll 2011	31.803					
alte planmäß. kw-Vermerke 2011	-254					
Stellenzahl Jahresbeginn	31.549	31.389	31.318	31.292		
kw-Vermerke	-160	-71	-26	-52	-15	-380
1 Stellenzahl Jahresende	31.389	31.318	31.292	31.240	31.225	30.845
Entwurf 2012/2013						
Stellensoll 2011 (Basis)	31.803					
alte planmäß. kw-Vermerke 2011	-254					
neue Stellen	190	27				
Einsparungen	-89	-8				
Saldo Übertragungen	8	1				
2 Stellenzahl Jahresanfang	31.658	31.365	31.217	31.141	31.032	31.011
kw-Vermerke	-313	-148	-76	-109	-21	-377
3 Stellenzahl Jahresende	31.345	31.217	31.141	31.032	31.011	30.634
4 mehr (+) minder (-) vs. HH 2011 (Zeile 3 minus Zeile 1)	-44	-101	-151	-208	-214	-211
*) Außerhalb des Regelbereichs sind Anfang 2013 insgesamt 1.753 Stellen in der MG 95 "Nachwuchs" und 128 Stellen in der MG 96 "Disponibler Überhang" ausgewiesen.						

Wie bereits in Abschnitt 1.3 dargestellt werden im Ergebnis aller mit dem Stellenplan-Entwurf 2012/2013 vorgenommenen Veränderungen Ende 2015 insgesamt 31.032 Stellen ausgewiesen, dies sind 212 Stellen weniger als mit dem Stellenplan 2011 für diesen Zeitpunkt vorgesehen waren.

h) Hebungen / Herabgruppierungen

Der Stellenplan-Entwurf 2012/2013 weist für 2012 insgesamt 256 Hebungen gegenüber 93 Herabgruppierungen aus.

Für 2013 sind insgesamt 26 Hebungen ausgewiesen, denen 12 Herabgruppierungen gegenüber stehen.

Die Hebungen sind durch Drittmittel, Einsparungen von Stellen und Herabgruppierungen in den jeweiligen Einzelplänen gedeckt worden.

Stellenentwicklung der Landesverwaltung im engeren Sinne bis Ende 2012

EPL	KAP		Stellenplan 2011			Stellenplan-Entwurf 2012												
			SOLL-Stellenzahl JAN 11	Vollzug kw-Vermerk in 2011	Stellenzahl Ende 2011 Zwischen-summe	Übertragungen +8			Einsparungen -89			neue Stellen +190				SOLL-Stellenzahl JAN 2012	Vollzug kw-Vermerk in 2012	SOLL-Stellenzahl Ende 2012
						Übertragung von / an MG 96 Dispon. Überhang	Übertragung Umstrukturierung	Übertragung/Umsetzung von / an übrige	Einsparungen + kw-Vollzug (auch vorfrist.)	Dritt-mittel-finanz. Stellen Abgang 0/12	Änderung Deckung Abgang Zugang II/ 12	Dritt-mittel-finanz. Stellen Zugang 0/12	neue Stellen gemäß Haushalts-gesetz	neue Stellen ohne Deckung I/12				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
01			150		150											150		150
02			94		94									+1		95		95
03			137	-1	136			-1	+1						+3	139	-7	132
04	restl. Kapitel		931	-20	911			-11	+8				-4	+1	+1	911	-21	890
04	06	Polizei	6.022	-8	6.014	+1		-5	-2				-4		+1	6.005	-53	5.952
04	gesamt		6.953	-28	6.925	+1	-11	+3	-2	+0	-8	+1	+1	+1	+5	6.916	-74	6.842
05	restl. Kapitel		528	-5	523			+21	+5	-1			-3		+3	549	-9	540
05	03	Finanzämter	2.458		2.458				-5				-6		+1	2.447	-40	2.407
05	gesamt		2.986	-5	2.981	+0	+21	+0	-1	+0	-9	+0	+3	+1	+0	2.996	-49	2.947
06			289	-4	285			-33	+1				-1		+1	253	-11	242
07	restl. Kapitel		622	-8	614			-2	-1				-4	+1		608	-16	592
07	51-57	Schulen	10.309	-170	10.139										+132	10.271	-52	10.219
07	71/73/75/76/77/78	HS, FHS	3.063		3.063				+1	-23			-2	+2	+8	3.049	-75	2.974
07	gesamt		13.994	-178	13.816	+0	-2	+0	-23	+0	-6	+3	+8	+0	+132	13.928	-143	13.785
08			1.851	-17	1.834			-4	-2	-1			-4	+5	+10	1.838	-7	1.831
09	restl. Kapitel		493		493	+2	+13	+16	-3				+4			525		525
09	02	Gerichte, StA	2.002		2.002	+5		-19	-6							1.982		1.982
09	03	JVA	801		801			-2					-21	+8		786		786
09	gesamt		3.296	+0	3.296	+7	+13	-5	-9	+0	-21	+12	+0	+0	+0	3.293	+0	3.293
10			698	-17	681			+46	+0				-2			725	-15	710
14			1		1											1		1
15	restl. Kapitel		207	-4	203			-29	+1				+1	+2		178	-6	172
15	06	Straßenbau	1.147		1.147	+1			-2							1.146	-1	1.145
15	gesamt		1.354	-4	1.350	+1	-29	+1	-2	+0	+0	+1	+2	+0	+0	1.324	-7	1.317
Zeile	Summe		31.803	-254	31.549	+9	+0	-1	-38	-2	-49	+22	+26	+2	+140	31.658	-313	31.345
A1	4. Landesprog. Bev.-entw. M-V bis 2020				1.618.678													1.603.127
A2	Stellen pro 1000 Einwohner				19,5													19,6
B1	Summe Nachwuchs MG 95 alle EPL				1.686					-7					+77	1.756		1.756
B2	Summe inkl. MG 95 alle EPL				33.235											33.414		33.101
B3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,5													20,6
C1	Summe Disp. Überhang MG 96 alle EPL				403	-9				-219					+1	176		176
C2	Summe inkl. MG95/MG96 alle EPL				33.638											33.590		33.277
C3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,8													20,8

Stellenentwicklung der Landesverwaltung im engeren Sinne bis Ende 2013

EPL	KAP		Stellenplan-Entw. 2012			Stellenplan-Entwurf 2013													
			SOLL-Stellenzahl JAN 12	Vollzug kw-Vermerk in 2012	Stellenzahl Ende 2012 Zwischen-summe	Übertragungen +1			Einsparungen -8		neue Stellen +27						SOLL-Stellenzahl JAN 2013	Vollzug kw-Vermerk in 2013	SOLL-Stellenzahl Ende 2013
						Übertragung an MG 96 Dispon. Überhang	Übertragung Umstrukturierung	Übertragung/Umsetzung von / an übrige	Einsparungen + kw-Vollzug (auch vorfrist.)	Drittmittelfinanz. Stellen Abgang 0/13	Änderungen Deckung Abgang Zugang II/ 13	Drittmittelfinanz. Stellen Zugang 0/13	neue Stellen gemäß Haushalts-gesetz	neue Stellen ohne Deckung I/13					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
01			150		150											150		150	
02			95		95											95		95	
03			139	-7	132											132	-1	131	
04	restl. Kapitel		911	-21	890					-2						888	-19	869	
04	06	Polizei	6.005	-53	5.952											5.952	-49	5.903	
04	gesamt		6.916	-74	6.842	+0	+0	+0	+0	-2	+0	+0	+0	+0	+0	6.840	-68	6.772	
05	restl. Kapitel		549	-9	540											540	-12	528	
05	03	Finanzämter	2.447	-40	2.407						-6					2.401	-17	2.384	
05	gesamt		2.996	-49	2.947	+0	+0	+0	+0	+0	-6	+0	+0	+0	+0	2.941	-29	2.912	
06			253	-11	242			+0								242	-2	240	
07	restl. Kapitel		608	-16	592							+2				594	-17	577	
07	51-57	Schulen	10.271	-52	10.219										+21	10.240		10.240	
07	71/73/75/76/77/78	HS, FHS	3.049	-75	2.974											2.974		2.974	
07	gesamt		13.928	-143	13.785	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+2	+0	+0	+21	13.808	-17	13.791	
08			1.838	-7	1.831			+1						+1		1.833	-7	1.826	
09	restl. Kapitel		525		525							+3				528		528	
09	02	Gerichte, StA	1.982		1.982											1.982		1.982	
09	03	JVA	786		786											786		786	
09	gesamt		3.293	+0	3.293	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+3	+0	+0	+0	3.296	+0	3.296	
10			725	-15	710											710	-21	689	
14			1		1											1		1	
15	restl. Kapitel		178	-6	172											172	-3	169	
15	06	Straßenbau	1.146	-1	1.145											1.145		1.145	
15	gesamt		1.324	-7	1.317	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	+0	1.317	-3	1.314	
Zeile	Summe		31.658	-313	31.345	+0	+0	+1	+0	-2	-6	+5	+1	+0	+21	31.365	-148	31.217	
A1	4. Landesprog. Bev.-entw. M-V bis 2020				1.603.127													1.589.054	
A2	Stellen pro 1000 Einwohner				19,6													19,6	
B1	Summe Nachwuchs MG 95 alle EPL		1.756		1.756				-3							1.753		1.753	
B2	Summe inkl. MG 95 alle EPL		33.414		33.101											33.118		32.970	
B3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,6													20,7	
C1	Summe Disp. Überhang MG 96 alle EPL		176		176				-48							128		128	
C2	Summe inkl. MG95/MG96 alle EPL		33.590		33.277											33.246		33.098	
C3	Stellen pro 1000 Einwohner				20,8													20,8	

Anlage 10 Tabelle 2

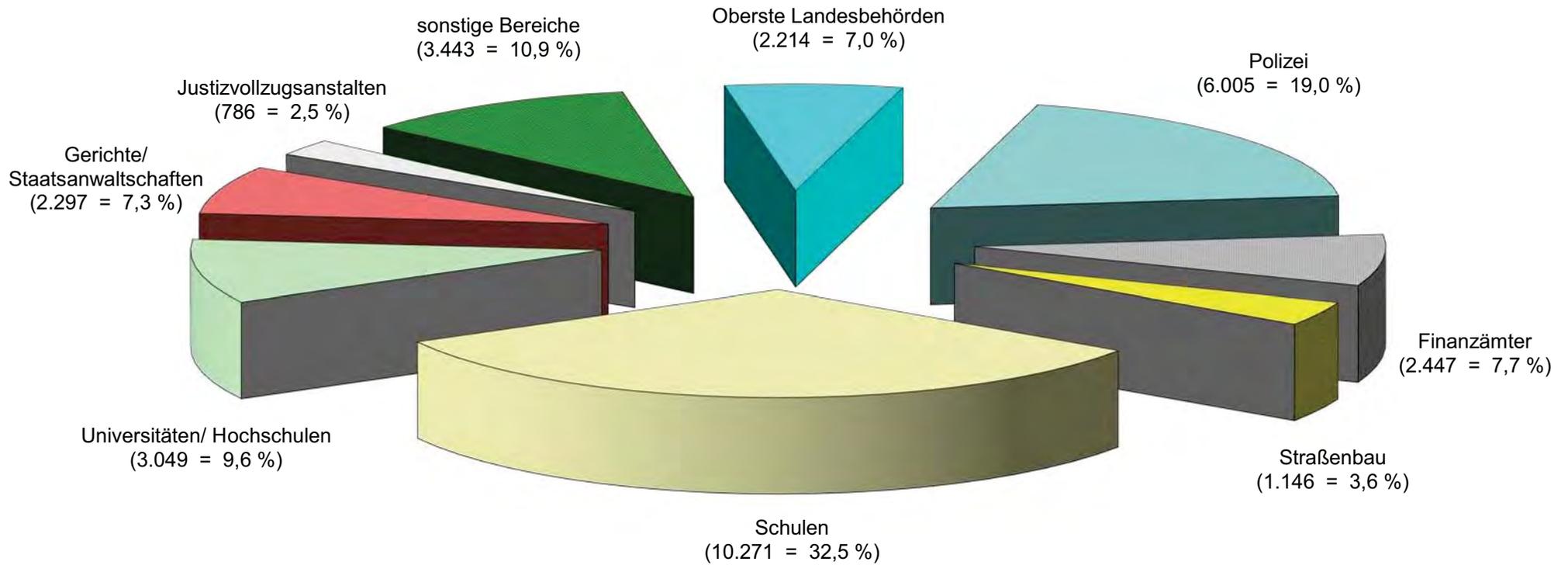
Mittelfristige Stellenentwicklung der Landesverwaltung im engeren Sinne

EPL	KAP		Mittelfristig													
			2013	2014		2015		2016		> 2016		ohne Termin				
			SOLL- Stellen- zahl Ende 2013	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember	Saldo aus kw- Vermerken - alt - neu - löschen - schieben	Stand Ende Dezember			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14			
01			150		150		150		150		-1	149		-1	148	
02			95		95		95		-1	94		94		-1	93	
03			131		131		131			131		131		-2	129	
04	restl. Kapitel		869		869		-4	865		865		865		-2	863	
04	06	Polizei	5.903	-49	5.854		-58	5.796		5.796		5.796		-2	5.794	
04	gesamt		6.772	-49	6.723		-62	6.661		6.661		6.661		-4	6.657	
05	restl. Kapitel		528	-1	527		-1	526		526		526		-29	497	
05	03	Finanzämter	2.384		2.384			2.384		2.384		2.384		-226	2.158	
05	gesamt		2.912	-1	2.911		-1	2.910		2.910		2.910		-255	2.655	
06			240		240		-21	219		216		214		-2	213	
07	restl. Kapitel		577	-8	569			569		569		567		-2	565	
07	51-57	Schulen	10.240		10.240			10.240		10.240		10.240			10.240	
07	71/73/75/76/77/78	HS, FHS	2.974		2.974			2.974		-1	2.973		2.973		-44	2.929
07	gesamt		13.791	-8	13.783		+0	13.783		-1	13.782		13.780		-46	13.734
08			1.826	-4	1.822		-13	1.809		-1	1.808		-8	1.800	-18	1.782
09	restl. Kapitel		528		528			528		528		528		-1	527	
09	02	Gerichte, StA	1.982		1.982			1.982		1.982		1.982		-2	1.980	
09	03	JVA	786		786			786		786		786			786	
09	gesamt		3.296	+0	3.296		+0	3.296		+0	3.296		3.296		-3	3.293
10			689	-12	677		-11	666		-1	665		-1	664	-2	662
14			1		1			1		1		1			1	
15	restl. Kapitel		169	-2	167		-1	166		166		166		-2	164	
15	06	Straßenbau	1.145		1.145			1.145		1.145		1.145		-42	1.103	
15	gesamt		1.314	-2	1.312		-1	1.311		+0	1.311		1.311		-44	1.267
Zeile		Summe	31.217	-76	31.141		-109	31.032		-7	31.025		-14	31.011	-377	30.634
A1	4. Landesprog. Bev.-entw. M-V bis 2020		1.589.054		1.578.242			1.570.661			1.564.880		1.547.228		1.540.185	
A2	Stellen pro 1000 Einwohner		19,6		19,7			19,8			19,8		20,0		19,9	
B1	Summe Nachwuchs MG 95 alle EPL		1.753	-12	1.741			1.741		-8	1.733		1.733		1.733	
B2	Summe inkl. MG 95 alle EPL		32.970		32.882			32.773			32.758		32.744		32.367	
B3	Stellen pro 1000 Einwohner		20,7		20,8			20,9			20,9		21,2		21,0	
C1	Summe Disp. Überhang MG 96 alle EPL		128		128			128			128		128		128	
C2	Summe inkl. MG95/MG96 alle EPL		33.098		33.010			32.901			32.886		32.872		32.495	
C3	Stellen pro 1000 Einwohner		20,8		20,9			20,9			21,0		21,2		21,1	

Anlage 10 Tabelle 3

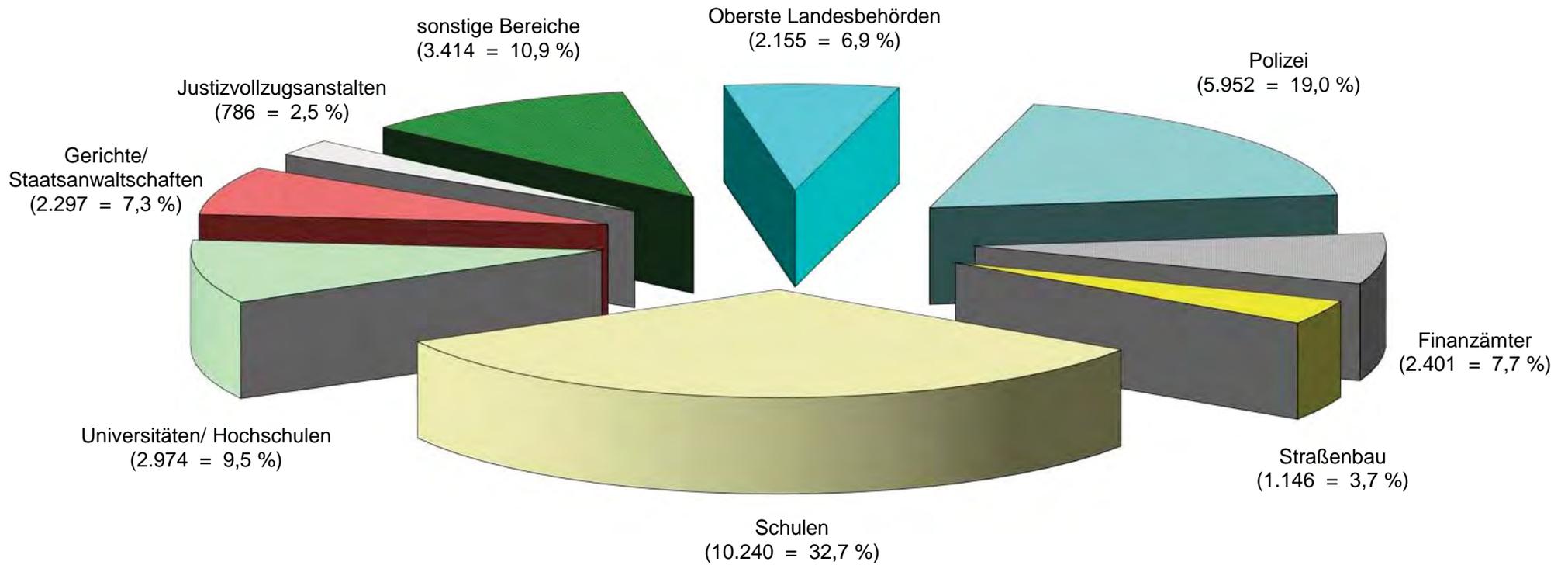
**Stellenverteilung in der Landesverwaltung nach Schwerpunktbereichen
(nur Regelbereich)
Entwurf Haushalt 2012/2013**

Gesamtstellenzahl: 31.658
Anfang 2012



**Stellenverteilung in der Landesverwaltung nach Schwerpunktbereichen
(nur Regelbereich)
Entwurf Haushalt 2012/2013**

Gesamtstellenzahl: 31.365
Anfang 2013



Anlage 11

Übersicht der Subventionen im
Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

Finanzhilfen der Länder

Klassifizierung entsprechend dem Subventionsbericht des Bundes

Bereich	Funktion	Gruppierungs-Nr.
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten	Funktion 52 Landwirtschaft und Ernährung	623/627/633/637 661/662/663 671/682/683/686 853/857 861/862/863 883/887 891/892/893/894
	Funktion 53 Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	623/627/633/637 661/662/663 671/682/683/686 853/857 861/862/863 883/887 891/892/893/894
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	Funktion 16 Wissenschaft, Forschung etc. außerh. d. Hochschulen	682/683 891/892
	Funktion 33/34 Umwelt- und Naturschutz/ Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	661/662 682/683 861/862 891/892
	Funktion 62 (ohne 625) Wasserwirtschaft, (ohne Küstenschutz)	661/662 682/683 861/862 891/892
	Funktion 63 Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	661/662 671/682/683/686 697/698 861/862 891/892
	Funktion 64 Energie und Wasserversorgung, Entsorgung	661/662 671/682/683/686 861/862 891/892
	Funktion 65 Handel und Tourismus	661/662 671/682/683/686 861/862 891/892
	Funktion 68 Sonstige Wirtschaftsförderung	661/662 671/682/683/686 697/698 861/862 891/892

Bereich	Funktion	Gruppierungs-Nr.
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	Funktion 69 Regionale Förderungsmaßnahmen	623/627 633/637 661/662/663 671/682/683/686 853/857 861/862/863 883/887 891/892/893/894
Verkehr	Funktion 145 Schülerbeförderung	633/671/681
	Funktion 74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr (ohne Bundesmittel gem. Regionalisierungsgesetz)	633/637 671/682/683
	Funktion 75 Sonstige Luftfahrt	671/682/683/686 883/887 891/892
	Funktion 79 Sonstige Bereiche	671/682/683/686 891/892
Wohnungswesen	Funktion 142 Studentenwohnraumförderung	684 893/894
	Funktion 411 Förderung des Wohnungsbaus	661/662/663 681 853 861/862/863 883 891/892/893/894
Städtebau	Funktion 423 Städtebauförderung	633 671 683/684 861/862/863 883 891/892/893/894

Übersicht der Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016

Summen:	607.150,6	566.981,1	556.698,5	524.120,9	487.777,8	447.257,4
----------------	------------------	------------------	------------------	------------------	------------------	------------------

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016	
03	0301	06	692	853	01	Darlehen an Kreise und Gemeinden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
03	0301	06	692	857	01	Darlehen an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
03	0301	06	692	883	01	Zuweisungen an Kreise und Gemeinden	0,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
03	0301	06	692	887	01	Zuweisungen an Zweckverbände	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0409		681	682	01	Zuschuss zum laufenden Betrieb der Landesanstalt für Personendosimetrie und Strahlenschutz Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern (LPS)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
04	0409		681	891	01	Zuschuss für Investitionen der Landesanstalt für Personendosimetrie und Strahlenschutz Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern (LPS)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		691	683	07	Förderung des Drehstandortes Mecklenburg-Vorpommern	0,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0
06	0602		699	683	08	Maßnahmen im Rahmen des IT Future-Fonds	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		634	892	01	Innovationsförderung zugunsten der Werften in Mecklenburg-Vorpommern	0,0	2.250,0	2.800,0	0,0	0,0	0,0
06	0602		691	892	02	Förderung der Kinodigitalisierung	0,0	300,0	60,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	01	681	682	07	Zuschuss zum Verlustausgleich an die Invest in Mecklenburg-Vorpommern GmbH	1.870,0	1.870,0	1.870,0	1.870,0	1.870,0	1.870,0
06	0602	50	693	683	50	Ausgaben zur Umsetzung der Wirtschaftsförderung	2.258,3	1.741,3	1.981,2	0,0	0,0	0,0
06	0602	56	692	883	56	Förderung von Maßnahmen der touristischen Infrastruktur im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms M-V	2.405,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	60	165	683	60	Erhöhung der technologischen Leistungsfähigkeit und Innovationskraft des Unternehmenssektors	17.285,7	11.235,7	18.926,4	0,0	0,0	0,0
06	0602	60	651	683	61	Stärkung unternehmerischer Potenziale	4.400,0	9.150,0	9.150,3	0,0	0,0	0,0
06	0602	60	691	862	60	Unterstützung zukunftsgerichteter Investitionen als Darlehen	513,7	6.134,1	10.988,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	60	692	883	61	Bedarfsorientierte Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur	15.428,5	15.728,5	5.728,9	0,0	0,0	0,0
06	0602	60	691	892	60	Unterstützung zukunftsgerichteter Investitionen	46.167,3	35.742,3	34.892,5	0,0	0,0	0,0
06	0602	70	692	883	70	Kofinanzierung der Kommunen und anderer für Maßnahmen zur Förderung der touristischen Infrastruktur aus dem ELER	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0602	76	693	683	99	Kofinanzierung des EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	2.250,4	1.960,8	1.687,8
06	0602	77	699	683	98	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	25.000,0	25.000,0	25.000,0
06	0602	77	692	883	99	Für Maßnahmen aus dem EFRE 2014 - 2020	0,0	0,0	0,0	74.148,1	61.754,7	49.361,3
06	0602	87	692	633	87	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - INTERREG IV A	3.401,0	3.512,0	3.288,3	0,0	0,0	0,0
06	0602	87	692	883	87	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - INTERREG IV A	3.401,6	3.512,6	3.626,4	0,0	0,0	0,0
06	0602	87	692	894	04	Kofinanzierung des Landes für Vorhaben im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IV A	326,4	323,5	257,7	0,0	0,0	0,0
06	0602	91	692	633	91	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände - INTERREG V A	0,0	0,0	0,0	2.720,2	2.380,2	2.040,1

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
06	0602	91	692	883 91	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - INTERREG V A	0,0	0,0	0,0	2.855,6	2.498,7	2.141,7
06	0602	91	692	894 06	Kofinanzierung des Landes für Vorhaben im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG V A	0,0	0,0	0,0	131,7	115,3	98,8
06	0603	02	692	883 02	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	57.521,4	52.368,2	50.233,6	47.074,1	47.074,1	47.074,1
06	0603	02	691	892 02	Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	85.282,2	78.552,2	75.350,4	70.611,1	70.611,1	70.611,1
06	0603	02	692	893 02	Zuschüsse an Sonstige für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	07	423	883 01	Zuschüsse für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern aus Finanzhilfen des Bundes	7.093,0	7.293,4	6.984,2	6.345,3	5.403,4	4.369,5
06	0604	07	423	883 02	Zuschüsse des Landes für Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Dörfern	7.093,0	7.293,4	6.984,2	6.345,3	5.403,4	4.369,5
06	0604	07	423	883 03	Zuschüsse des Landes zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen (Landesprogramm)	5.233,2	8.295,0	8.868,1	8.494,9	7.479,7	6.063,3
06	0604	07	423	883 05	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes aus Finanzhilfen des Bundes	10.002,0	8.532,4	7.757,1	6.988,9	6.023,4	5.034,9
06	0604	07	423	883 06	Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes aus Mitteln des Landes	10.002,0	8.532,4	7.757,1	6.988,9	6.023,4	5.034,9
06	0604	07	423	883 07	Zuschüsse für Maßnahmen des Rückbaus im Rahmen des Stadtumbaus Ost aus Finanzhilfen des Bundes	5.393,0	852,2	632,5	665,6	980,4	1.337,5
06	0604	07	423	883 08	Zuschüsse des Landes für Maßnahmen des Rückbaus im Rahmen des Stadtumbaus Ost	5.393,0	852,2	632,5	665,6	980,4	1.337,5
06	0604	07	423	883 09	Zuschüsse für das Programm "Soziale Stadt" aus Finanzhilfen des Bundes	2.352,0	1.742,9	1.267,8	985,0	681,7	542,0
06	0604	07	423	883 10	Zuschüsse für das Programm "Soziale Stadt" aus Mitteln des Landes	2.352,0	1.742,9	1.267,8	985,0	681,7	542,0
06	0604	07	423	883 11	Zuschüsse für Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus Ost aus Finanzhilfen des Bundes	7.328,0	10.433,4	9.878,5	8.667,2	7.056,6	5.418,4
06	0604	07	423	883 12	Zuschüsse des Landes für Aufwertungsmaßnahmen im Rahmen des Stadtumbaus Ost	7.328,0	10.433,4	9.878,5	8.667,2	7.056,6	5.418,4
06	0604	07	423	883 22	Zuschüsse aus EFRE-Mitteln zur Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung durch städtebauliche Maßnahmen in Sanierungs-, Entwicklungs- und Fördergebieten (Förderperiode 2007-2013)	4.285,7	4.285,7	4.285,7	0,0	0,0	0,0
06	0604	07	423	883 24	Zuschüsse für Maßnahmen zur Rückführung der Städtischen Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbau Ost aus Finanzhilfen des Bundes	1.108,0	457,3	311,3	287,5	244,7	250,0
06	0604	07	423	883 25	Zuschüsse für Maßnahmen zur Rückführung der Städtischen Infrastruktur im Rahmen des Stadtumbau Ost aus Mitteln des Landes	1.108,0	457,3	311,3	287,5	244,7	250,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
06	0604	07	423	883 26	Zuschüsse für die Modernisierung/Instandsetzung und energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentl. Gebäuden im Rahmen des Investitionspaktes aus Finanzhilfen des Bundes	5.579,0	2.217,0	1.181,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	07	423	883 27	Zuschüsse für die Modernisierung/Instandsetzung und energetische Erneuerung von Schulen, Kindertagesstätten und öffentlichen Gebäuden im Rahmen des Investitionspaktes aus Landesmitteln	630,0	210,0	158,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	07	423	883 29	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in die nationalen UNESCO-Welterbestätten Wismar und Stralsund aus Finanzhilfen des Bundes	2.948,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	07	423	883 30	Zuschüsse zur Förderung von Investitionen in die nationalen UNESCO-Welterbestätten Wismar und Stralsund aus Mitteln des Landes	2.948,0	4.098,0	1.175,0	725,0	375,0	0,0
06	0604	08	411	661 02	Zuschüsse des Landes zur Förderung der Erstellung und Anwendung von Betriebskosten- und Mietspiegeln	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	08	423	893 02	Zuschüsse zur Förderung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des Stadtumbaus Ost aus Finanzhilfen des Bundes	118,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	08	423	893 04	Zuschüsse des Landes zur Förderung der Wohneigentumsbildung im Rahmen des Stadtumbaus Ost	118,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	661 01	Zinszuschüsse im Rahmen des Wohnraum-Modernisierungsprogramms 2000-2002 der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die neuen Länder	1.200,0	950,0	100,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 10	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1997)	107,0	75,0	48,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 20	Aufwendungsdarlehen im 2. Förderungsweg gemäß § 88 d II. WOBAUG aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1995)	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 25	Aufwendungsdarlehen im 2. Förderungsweg gem. § 88 d II. WOBAUG aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1996)	98,0	6,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 27	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1998)	350,0	175,0	50,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 29	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 1999)	560,0	466,0	190,0	90,0	90,0	15,0
06	0604	11	411	863 31	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2000)	133,0	90,0	73,0	16,0	10,0	0,0
06	0604	11	411	863 33	Aufwendungs- und Baudarlehen aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2001)	628,0	502,0	377,0	216,0	105,0	26,0
06	0604	11	411	863 47	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2008)	2.300,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 48	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2009)	4.025,0	1.800,0	500,0	0,0	0,0	0,0
06	0604	11	411	863 49	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2010)	4.025,0	4.025,0	1.800,0	500,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016	
06	0604	11	411	863	50	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2011)	1.150,0	4.025,0	4.025,0	1.800,0	500,0	0,0
06	0604	11	411	863	52	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2012)	0,0	575,0	4.025,0	4.025,0	2.300,0	575,0
06	0604	11	411	863	53	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2013)	0,0	0,0	575,0	4.025,0	4.025,0	2.300,0
06	0604	11	411	863	54	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programm 2014)	0,0	0,0	0,0	575,0	4.025,0	4.025,0
06	0604	11	411	863	98	Modernisierungs- und Baudarlehen für die Wohnraumförderung aus Mitteln des Sondervermögens "Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern" (Folgeprogramme)	0,0	0,0	0,0	0,0	575,0	4.600,0
06	0604	11	411	893	06	Aufwendungszuschüsse zur Schaffung von betreuten Altenwohnungen im Bestand aus Kompensationszahlungen des Bundes (Programme bis 2006)	91,2	70,8	50,4	30,0	0,0	0,0
06	0604	56	423	883	56	Förderung von Maßnahmen des Städtebaus im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms M-V	120,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
07	0770	04	165	683	03	Erstattung an Landesförderinstitut/Projekträger für die Begleitung von Forschungsvorhaben	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0	240,0
08	0802		522	683	02	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Absatzförderung	680,0	565,0	615,0	615,0	615,0	615,0
08	0802		523	683	11	Zuschuss an die beauftragten Stellen im Rahmen des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren	290,0	304,7	305,3	310,0	310,0	310,0
08	0802		521	683	12	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landesförderinstitut für Aufgaben der Förderung im Bereich ELER, EFF und Landesprogramme	616,2	550,0	550,0	550,0	825,0	500,0
08	0802		522	683	15	Zuschüsse für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aus dem EGFL	51,7	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2
08	0802		522	683	17	Landeszuschuss für Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2
08	0802		523	686	04	Zuschuss für die Beteiligung am Modellprojekt LandZukunft	0,0	70,0	70,0	70,0	0,0	0,0
08	0802		531	686	09	Ausgaben für jagdliche Zwecke (Jagdabgabe)	396,6	196,6	176,6	396,6	206,6	176,6
08	0802		532	686	10	Ausgaben zur Förderung der Fischerei aus der Fischereiabgabe	393,5	391,0	391,0	454,0	454,0	454,0
08	0802		692	883	02	Förderung von Investitionen in Abwasseranlagen (2007-2013 EFRE)	2.857,2	2.857,2	2.857,2	0,0	0,0	0,0
08	0802		523	892	01	Zuschüsse an Kleingartenvereine sowie deren Landesverbände für Maßnahmen zur Entwicklung des Kleingartenwesens	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0	90,0
08	0802		532	892	04	Zuschüsse für die Anschaffung und Installation automatischer Ortungsgeräte und elektronischer Logbücher auf Fischereifahrzeugen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802		523	893	05	Zuschuss an den Tierschutzverband e.V. und andere Tierschutzorganisationen zur Förderung der Errichtung von Tierheimen	75,5	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
08	0802	02	523	671	01	Erstattung an die Tierseuchenkasse für gezahlte Entschädigungen bei Tierverlusten und Härtefällen	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0802	02	523	671 03	Erstattungen an die Tierseuchenkasse für gezahlte Beihilfen bei vorbeugenden Maßnahmen gegen einzelne Tierseuchen	800,0	800,0	800,0	800,0	800,0	800,0
08	0802	02	523	671 06	Beteiligung an Antigen-Vakzine-Diagnostika- Reserve-Banken	75,0	70,0	70,0	75,0	70,0	70,0
08	0802	02	523	671 07	Beteiligung an der Einrichtung eines Mobilen Bekämpfungszentrums	15,0	15,0	10,0	10,0	10,0	10,0
08	0802	03	532	893 11	Ausgaben aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) für die Förderperiode 2007-2013	9.295,3	8.695,2	8.691,3	0,0	0,0	0,0
08	0802	03	532	893 12	Landesanteil zur Kofinanzierung der Ausgaben aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) für die Förderperiode 2007-2013	2.035,0	1.814,0	1.054,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	03	532	893 13	Nationale Kofinanzierung der Ausgaben aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF) für die Förderperiode 2007-2013 durch Kommunen und andere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	03	532	893 15	Ausgaben des Landes für Mehrwertsteuer bei Maßnahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF) für die Förderperiode 2007-2013	0,0	521,0	1.626,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 01	Für Maßnahmen der naturschutzgerechten Grünlandnutzung und Rastplatzprogramm aus dem ELER, SP II (Altverpflichtungen)	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 04	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen der naturschutzgerechten Grünlandnutzung und Rastplatzprogramm (Altverpflichtungen)	10,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 05	Für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Grünlandflächen aus dem ELER, SP II	9.520,0	9.670,4	9.930,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 06	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes auf Grünlandflächen	2.380,0	2.417,6	2.482,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 07	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Erhaltung und Verpflichtung im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM) aus dem ELER, SP II	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 09	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Erhaltung und Verpflichtung im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM)	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 18	Für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion aus dem ELER, SP II	600,0	600,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	683 19	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen der integrierten Obst- und Gemüseproduktion	150,0	150,0	150,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	686 20	Für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern aus dem ELER, SP II	417,6	533,6	616,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	686 21	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern	104,4	133,4	154,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686 26	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen der Sachkostenförderung der Projekte der Landschaftspflege	23,0	23,0	23,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686 27	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER zur Förderung des Managements aus dem ELER, SP IV	962,0	972,0	982,0	0,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016	
08	0802	09	521	686	28	Kofinanzierungsmittel Kommunen und anderer für Maßnahmen im Rahmen von LEADER zur Förderung des Managements	240,5	243,0	245,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686	29	Für Maßnahmen der Sachkostenförderung der Projekte der Landschaftspflege aus dem ELER, SP III	69,0	69,0	69,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686	30	Für Maßnahmen zur Förderung von Berufs- und Informationsmaßnahmen im ländlichen Raum aus dem ELER, SP I	375,0	375,0	375,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686	31	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Förderung von Berufs- und Informationsmaßnahmen im ländlichen Raum	125,0	125,0	125,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	686	32	Für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Forstwirtschaft aus dem ELER, SP I	187,5	19,8	19,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	686	33	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien in der Forstwirtschaft	62,5	6,6	6,6	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686	45	Für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft aus dem ELER, SP I	30,0	30,0	30,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	686	46	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren und Technologien in der Land- und Ernährungswirtschaft	10,0	10,0	10,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	883	04	Für Maßnahmen zur Waldbrand- und Kalamitätsvorbeugung im Land M-V aus dem ELER, SP II	456,0	628,8	600,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	883	05	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Waldbrand- und Kalamitätsvorbeugung im Land M-V	114,0	157,2	150,2	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	523	891	01	Für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen - Redefin- aus dem ELER, SP III	1.176,0	975,0	975,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	523	891	02	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Förderung der Sanierung von Schlossanlagen - Redefin	392,0	325,0	325,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	892	06	Für Maßnahmen zur Förderung des Kaufs mobiler Beregnungsmaschinen und -anlagen aus dem ELER, SP I	0,0	750,0	750,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	06	Für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Steigerung des öffentlichen Wertes von NATURA-2000-Gebieten oder anderer Gebiete von hohem Naturwert aus dem ELER, SP II	278,0	298,0	298,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	07	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen für nichtproduktive Investitionen zur Steigerung des öffentlichen Wertes von NATURA-2000-Gebieten oder anderer Gebiete von hohem Naturwert	69,5	74,5	74,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	08	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (u.a. Moorschutz)	3.160,2	2.860,2	2.860,2	0,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016	
08	0802	09	521	893	09	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen (u.a. Moorschutz)	1.053,4	953,4	953,4	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	10	Für Maßnahmen zur Förderung von Kleinkläranlagen aus dem ELER, SP III	3.000,0	3.000,0	3.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	14	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (Seensanierung)	1.071,0	1.071,0	1.068,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	893	16	Für Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem ELER, SP I	37,5	37,5	37,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	893	17	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse	12,5	12,5	12,5	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	18	Für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	1.800,0	1.800,0	1.800,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	19	Kofinanzierungsmittel Land/Kommunen und anderer für Maßnahmen des Tourismus im ländlichen Raum, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden	600,0	600,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	20	Für Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus von Dienstleistungseinrichtungen aus dem ELER, SP III	1.500,0	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	21	Kofinanzierungsmittel Land/Kommunen und anderer für Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus von Dienstleistungseinrichtungen	500,0	500,0	500,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	22	Für Maßnahmen der Dorferneuerung, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden (ELER, SP III)	2.550,6	2.075,4	2.197,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	23	Kofinanzierungsmittel Land/Kommunen und anderer für Maßnahmen der Dorferneuerung, die nicht im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden	850,2	691,8	732,6	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	39	Für Maßnahmen im Rahmen von LEADER aus dem ELER, SP IV	7.448,0	8.465,2	14.537,6	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	40	Kofinanzierungsmittel Kommunen und anderer für Maßnahmen im Rahmen von LEADER	1.862,0	2.116,3	3.634,4	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	43	Für Maßnahmen zum Ausbau der Erholungsinfrastruktur im Wald aus dem ELER, SP II	100,0	120,0	120,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	44	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zum Ausbau der Erholungsinfrastruktur im Wald	25,0	30,0	30,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	521	893	45	Für Maßnahmen des Moorschutzes aus dem ELER, SP III	697,8	697,8	697,8	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	894	01	Für Maßnahmen zur Waldmehrerung auf landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Flächen der Landesforstanstalt aus dem ELER, SP II	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	894	02	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur Waldmehrerung auf landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen Flächen der Landesforstanstalt	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016	
08	0802	09	531	894	03	Für nichtproduktive Investitionen auf Flächen der Landesforstanstalt aus dem ELER, SP II	3.020,0	3.048,0	2.912,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	09	531	894	04	Kofinanzierungsmittel Land für nichtproduktive Investitionen auf Flächen der Landesforstanstalt	755,0	762,0	728,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	10	521	887	08	Für Investitionen zum naturnahen Gewässerausbau an Gewässern II. Ordnung aus dem ELER, SP III	0,0	2.000,0	2.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	10	521	893	01	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen (v.a. Moorschutz) aus dem ELER, SP III	0,0	300,0	300,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	10	521	893	03	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen (v.a. Moorschutz)	0,0	100,0	100,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	26	332	683	60	Ausgleichsleistungen bei Beschränkung der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung auf Grund bodenschutzrechtlicher Vorschriften	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	26	332	892	68	Altlastensanierung im Rahmen der Freistellung von der Altlastenhaftung (Großprojekte)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	40	332	892	40	Zuschüsse für die Sanierung von Gewässer- und Bodenverunreinigungen und für die Sicherung der Trinkwasserversorgung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0802	72	523	682	72	Zuschuss für laufende Zwecke an das Landgestüt Redefin	1.131,8	1.640,0	1.640,0	1.640,0	1.550,0	1.400,0
08	0802	72	523	891	72	Zuschuss für Investitionen an das Landgestüt Redefin	1.750,4	3.146,3	882,8	1.849,3	1.336,7	771,4
08	0802	74	164	891	74	Zuschuss für Investitionen an das "Leibniz-Institut für Nutztierbiologie"	3.100,0	1.030,0	968,0	900,0	550,0	550,0
08	0802	75	531	891	75	Zuschuss für Investitionen an die Landesforstanstalt	3.737,6	4.291,3	4.158,6	3.391,2	3.525,4	3.820,8
08	0802	76	523	891	76	Zuschuss für Investitionen an die LMS	0,0	29,0	25,0	5,2	0,0	0,0
08	0802	77	521	893	96	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	45.103,7	39.465,7	33.827,8
08	0802	77	521	893	97	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	6.110,3	5.346,5	4.582,7
08	0802	77	532	893	98	Für Maßnahmen aus dem EFF-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	6.953,0	6.083,9	5.214,8
08	0802	77	532	893	99	Kofinanzierungsmittel Land für Maßnahmen aus dem EFF-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	1.574,4	1.377,6	1.180,8
08	0802	78	523	891	78	Zuschuss für Investitionen an das Bienenzuchtzentrum, Bantin	0,0	20,0	0,0	20,0	0,0	20,0
08	0802	79	164	891	79	Investitionszuschuss für das IPK Gatersleben, Außenstelle Nord	18,8	15,0	19,0	15,4	38,1	15,8
08	0803		521	883	14	Zuschüsse zur Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum	0,0	1.310,0	1.310,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	02	521	883	08	Zuschüsse für Maßnahmen des Wegebaus (innerhalb der Flurbereinigung)	4.308,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
08	0803	02	521	883	10	Zuschüsse für Maßnahmen der öffentlichen Dorferneuerung (innerhalb der Flurbereinigung)	6.600,0	9.500,0	9.500,0	6.000,0	6.000,0	6.000,0
08	0803	02	521	893	01	Zuschüsse zur Förderung der Flurbereinigung	801,2	200,0	200,0	700,0	700,0	700,0
08	0803	02	521	893	02	Zuschüsse für Schutzpflanzungen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0803	02	521	893 03	Zuschüsse für Maßnahmen der privaten Dorferneuerung (innerhalb der Flurbereinigung)	4.395,5	500,0	500,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
08	0803	03	521	662 02	Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Förderung der Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Betriebe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	03	521	662 03	Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen zur Umstrukturierung von landwirtschaftlichen Unternehmen	3.200,0	2.400,0	1.620,0	985,0	540,0	260,0
08	0803	03	521	662 05	Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	03	521	683 15	Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten	1.475,0	1.450,0	1.450,0	1.450,0	1.450,0	1.450,0
08	0803	03	521	683 18	Zuschüsse für markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung	2.730,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	03	521	892 02	Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms	3.811,9	4.000,0	4.000,0	4.000,0	4.000,0	4.000,0
08	0803	03	521	892 37	Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Agrarinvestitionsprogramms für Diversifizierung (Teil B)	267,8	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0
08	0803	04	521	683 07	Zuschüsse zu den Verwaltungskosten gemäß Marktstrukturgesetz	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
08	0803	04	521	683 08	Zuschüsse zu den Organisationskosten für die Vermarktung nach besonderen Regeln erzeugter landwirtschaftlicher Produkte	105,0	130,0	130,0	130,0	130,0	130,0
08	0803	04	521	683 16	Vermarktung von Qualitätsprodukten	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
08	0803	04	521	892 10	Zuschüsse zur Verbesserung der Verarbeitungs- u. Vermarktungsstruktur der Fischwirtschaft	1.250,0	500,0	500,0	500,0	500,0	500,0
08	0803	04	521	892 14	Investitionen zur Marktstrukturverbesserung	1.530,5	1.900,0	1.960,0	1.500,0	1.500,0	1.500,0
08	0803	05	521	883 03	Zuschüsse an Kreise für den ländlichen Wegebau	732,8	600,0	600,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
08	0803	06	521	683 11	Erstaufforstungsprämie	1.700,0	1.540,0	1.560,0	1.580,0	1.600,0	1.620,0
08	0803	06	521	683 14	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse - Verwaltungskosten -	250,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
08	0803	06	521	887 01	Zuweisungen zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebbaus	500,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0
08	0803	06	521	892 03	Zuschüsse für waldbauliche und sonstige forstliche Maßnahmen	3.500,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
08	0803	06	521	892 08	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse - Investitionen -	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	07	521	683 13	Zuweisungen zur Förderung von Leistungsprüfungen und Kontrollringen	1.620,0	1.620,0	1.620,0	1.620,0	1.620,0	1.620,0
08	0803	07	521	683 17	Förderung Erhalt genetischer Ressourcen	100,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
08	0803	08	521	683 01	Zuschüsse für besonders umwelt- und tiergerechte Haltungsformen bei Nutztieren	1.565,8	1.630,0	1.630,0	1.630,0	0,0	0,0
08	0803	08	521	683 02	Zuschüsse für erosionsmindernden Ackerfutterbau	625,0	385,0	385,0	385,0	115,0	250,0
08	0803	08	521	683 03	Zuschüsse für Winterbegrünung sowie Mulch- und Direktsaatverfahren	800,0	475,0	475,0	475,0	265,0	250,0
08	0803	08	521	683 04	Zuschüsse für Blühflächen und Blühstreifen	125,0	115,0	115,0	115,0	45,0	75,0
08	0803	08	521	683 09	Zuschüsse für Maßnahmen des ökologischen Landbaus im Rahmen der neuen Herausforderungen	0,0	3.190,0	3.415,0	3.325,0	3.325,0	4.225,0
08	0803	08	521	683 27	Zuschüsse für Schonstreifen auf Ackerland	0,0	25,0	25,0	25,0	25,0	125,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016
08	0803	08	521	683 30	Zuschüsse für extensive Weideverfahren auf Dauergrünland durch Schafe und Ziegen	0,0	95,0	95,0	95,0	95,0	300,0
08	0803	10	521	883 11	Zuschüsse für Maßnahmen für die Dorferneuerung für Kreise und Gemeinden	8.668,4	7.911,8	4.590,9	5.608,7	11.713,7	10.618,7
08	0803	10	521	893 04	Maßnahmen für die Dorferneuerung an Sonstige	4.000,0	500,0	500,0	2.000,0	2.000,0	2.000,0
08	0803	15	521	683 05	Für Maßnahmen ökologischer Anbauverfahren aus dem ELER, SP II	10.920,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	683 10	Für Maßnahmen der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten aus dem ELER, SP II	5.900,0	5.800,0	5.800,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	883 15	Für Maßnahmen zur Förderung von Breitbandinvestitionskosten aus dem ELER, SP III	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	883 16	Für Maßnahmen des Wegebaus innerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	12.924,0	13.125,0	3.116,6	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	883 17	Für Maßnahmen des Wegebaus außerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.198,1	1.800,0	1.800,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	883 18	Für Maßnahmen zur Förderung ländlicher Abwasseranlagen aus dem ELER, SP III	9.787,2	10.000,0	10.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	883 19	Für Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung von Gewässern und Feuchtlebensräumen aus dem ELER, SP III (Gewässerausbau)	2.142,0	2.142,0	2.142,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	883 20	Für Maßnahmen zur Förderung von Schutzpflanzungen aus dem ELER, SP III	300,0	300,0	300,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	892 01	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil A aus dem ELER, SP I	11.435,5	12.000,0	12.000,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	892 09	Für Maßnahmen zur Marktstrukturverbesserung aus dem ELER, SP I	4.591,8	5.346,6	5.453,5	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	892 13	Für Maßnahmen des Agrarinvestitionsprogramms Teil B -Diversifizierung- aus dem ELER, SP III	803,4	600,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	693	892 18	Für Maßnahmen zur Unternehmensgründung und -entwicklung im ländlichen Raum aus dem ELER, SP III	7.140,0	7.140,0	7.140,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	893 05	Für Maßnahmen der Flurbereinigung aus dem ELER, SP I	2.403,3	1.570,4	1.570,4	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	893 06	Für Maßnahmen der privaten Dorferneuerung innerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP III	0,0	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	15	521	893 07	Für Maßnahmen der privaten Dorferneuerung außerhalb der Flurbereinigung aus dem ELER, SP III	0,0	1.500,0	1.500,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	683 12	Für Maßnahmen der umwelt- und tiergerechten Haltungsformen aus dem ELER, SP II	7.237,5	6.680,0	11.360,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	683 20	Für Maßnahmen des erosionsmindernden Ackerfutterbaus aus dem ELER, SP II	2.500,0	1.540,0	3.540,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	683 21	Für Maßnahmen der Winterbegrünung sowie Mulch- und Direktsaatverfahren aus dem ELER, SP II	3.200,0	3.200,0	3.200,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	683 22	Für Blühflächen und Blühstreifen aus dem ELER, SP II	500,0	700,0	600,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	683 28	Für Schonstreifen auf Ackerland aus dem ELER, SP II	0,0	100,0	300,0	0,0	0,0	0,0

Subventionen im Finanzplanzeitraum 2011 bis 2015
einschließlich Fortschreibung für 2016

- Beträge in TEUR -

EPL	KAP	MG	FKT	Titel	Zweckbestimmung	HPL 2011	HPL 2012	HPL 2013	FPL 2014	FPL 2015	Fort- schreibung 2016	
08	0803	16	521	683	29	Für Maßnahmen des ökologischen Landbaus aus dem ELER, SP II	0,0	13.080,0	16.451,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	683	31	Zuschüsse für extensive Weideverfahren auf Dauergrünland durch Schafe und Ziegen aus dem ELER, SP II	0,0	760,0	760,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	16	521	887	04	Für Investitionen zum naturnahen Gewässerausbau an Gewässern II. Ordnung aus dem ELER, SP III	2.000,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
08	0803	77	521	892	98	Für Maßnahmen aus dem ELER-Nachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	48.026,3	42.023,0	36.019,7
08	0803	77	521	892	99	Für Maßnahmen aus dem Modulationsnachfolgeprogramm	0,0	0,0	0,0	32.328,8	28.287,7	24.246,6
11	1102		145	633	08	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen des Konnexitätsausgleichs	0,0	1.925,0	1.925,0	1.925,0	1.925,0	1.925,0
11	1102	01	145	633	11	Zuweisungen an die Träger der Schülerbeförderung in den Landkreisen	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0	11.000,0
11	1102	01	741	633	12	Zuweisungen an die Träger des öffentlichen Personennahverkehrs	18.000,0	18.000,0	18.000,0	18.000,0	18.000,0	18.000,0
11	1102	56	692	883	21	Zuweisungen an Kommunen für Bildungsinfrastrukturmaßnahmen im Rahmen des ZIP M-V	17.510,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11	1104	01	681	671	01	Kostenvergütung an die mit der Verwaltung der Bürgschaften beauftragte Stelle	0,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0	3.000,0
15	1501	70	791	686	70	Zuschuss an das Short Sea Shipping Promotion Center Deutschland (SPC Deutschland)	15,0	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
15	1502		332	682	01	Zuweisungen für Vorhaben des Klimaschutzes	20,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
15	1502		332	862	02	Darlehen für Innovationen zur Schonung natürlicher Ressourcen - Klimaschutzfonds (EFRE 2007-2013)	0,0	5.000,0	5.000,0	0,0	0,0	0,0
15	1507	70	742	682	70	Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene öffentliche Eisenbahnen zur Abgeltung betriebsfremder Lasten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15	1507	70	742	683	70	Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene private Eisenbahnen zur Abgeltung betriebsfremder Lasten	140,0	205,0	210,0	215,0	220,0	225,0
15	1508		751	671	02	An Flugplatzhalter für die Vorhaltung der Luftaufsichtsstellen in Wahrnehmung von Landesaufgaben	222,7	223,0	223,0	223,0	225,0	225,0
15	1508		751	682	04	Zuschuss an den Flughafen Heringsdorf	40,0	30,0	25,0	20,0	0,0	0,0
15	1508		751	682	06	Zuschuss an den Flughafen Rostock Laage	0,0	500,0	500,0	400,0	400,0	300,0

Anlage 12

Finanzplan 2011 bis 2015 nach dem
gemeinsamen Schema des
Finanzplanungsrats*

* Aus technischen Gründen kann die Fortschreibung für 2016 nicht in dieser Anlage dargestellt werden.

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
1 Einnahmen der laufenden Rechnung		5.974,7	6.341,2	6.470,3	6.549,1	6.558,8
11 Steuern und EU-Eigenmittel	011-069	3.190,9	3.682,0	3.847,6	3.988,9	4.091,9
12 Steuerähnliche Abgaben	09	14,3	14,9	14,9	15,1	14,9
13 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12	35,2	37,2	37,1	37,2	37,3
14 Zinseinnahmen		24,2	22,8	22,2	21,9	21,5
141 vom öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
1411 von Ländern	152	--	--	--	--	--
1412 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	153	--	--	--	--	--
1413 von Zweckverbänden	157	--	--	--	--	--
1414 vom sonstigen öffentlichen Bereich	151,154,156	--	--	--	--	--
142 von anderen Bereichen	16	24,2	22,8	22,2	21,9	21,5
15 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendienst)		2.600,1	2.480,5	2.446,1	2.386,4	2.293,6
151 vom öffentlichen Bereich		2.470,4	2.348,2	2.304,8	2.255,4	2.185,0
1511 vom Bund	211,231	1.901,5	1.836,4	1.783,3	1.740,4	1.671,2
1512 Länderfinanzausgleich	212	404,0	418,0	429,0	420,0	414,0
1513 sonstige von Ländern	232	31,1	25,9	26,0	26,1	26,2

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
1514 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	213,233	9,0	8,7	9,7	9,3	9,3
1515 von Zweckverbänden	217,237	3,2	3,2	0,4	0,3	0,1
1516 von Sozialversicherungen	216,235,236	1,2	1,2	0,8	0,5	0,4
1517 vom sonstigen öffentlichen Bereich	214,234	120,5	54,7	55,8	58,8	63,8
152 von anderen Bereichen	112,27,28	129,7	132,3	141,3	131,0	108,6
16 Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben		0,7	1,0	1,0	1,0	1,0
161 Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
1611 vom Bund	221	--	--	--	--	--
1612 von Ländern	222	--	--	--	--	--
1613 vom sonstigen öffentlichen Bereich	223-227	--	--	--	--	--
162 Schuldendiensthilfen und Erst. von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	26	0,7	1,0	1,0	1,0	1,0
17 Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung		109,3	102,8	101,4	98,7	98,6
171 Gebühren und sonstige Entgelte	111	87,4	91,1	89,6	86,6	86,5
172 Sonstige Einnahmen	119	21,9	11,8	11,7	12,1	12,1
2 Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)		805,6	719,1	685,4	623,8	582,2
21 Veräußerung von Sachvermögen	131,132	4,4	3,4	3,0	2,6	2,5

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
22 Vermögensübertragungen		741,4	646,8	622,2	560,1	508,9
221 Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich		360,6	290,4	280,9	270,9	272,0
2211 vom Bund	331	276,6	255,9	248,8	240,4	236,6
2212 von Ländern	332	--	--	--	--	--
2213 von Gemeinden (Geimeindeverbänden)	333	27,0	25,3	24,6	16,5	21,5
2214 von Sozialversicherungen	336	--	--	--	--	--
2215 vom sonstigen öffentlichen Bereich	334,337	57,0	9,1	7,4	13,9	13,9
222 Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	34	380,8	356,5	341,3	289,2	236,9
223 Sonstige Vermögensübertragungen	29	--	--	--	--	--
23 Darlehensrückflüsse		59,8	69,0	60,3	61,2	70,9
231 vom öffentlichen Bereich		0,1	--	--	--	--
2311 von Ländern	172	--	--	--	--	--
2312 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	173	--	--	--	--	--
2313 von Zweckverbänden	177	--	--	--	--	--
2314 vom sonstigen öffentlichen Bereich	171,174,176	0,1	--	--	--	--
232 von anderen Bereichen		59,7	69,0	60,3	61,2	70,9

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
2321 von Sonstigen im Inland	141,181,182	59,7	69,0	60,3	61,2	70,9
2322 vom Ausland	146,186	--	--	--	--	--
24 Veräußerung von Beteiligungen und dergleichen	133,134	--	--	--	--	--
25 Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
251 vom Bund	311	--	--	--	--	--
252 von Ländern	312	--	--	--	--	--
253 von Gemeinden (Gemeindeverbänden)	313	--	--	--	--	--
254 vom sonstigen öffentlichen Bereich	314,317	--	--	--	--	--
3 Globale Mindereinnahmen	37	--	--	--	--	--
4 Summe 1,2,3 Gesamteinnahmen, Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge		6.780,3	7.060,4	7.155,7	7.173,0	7.141,0
5 Besondere Finanzierungsvorgänge		230,2	152,6	17,4	3,0	0,5
51 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	32	--	--	--	--	--
52 Entnahme aus Rücklagen	35	230,2	152,6	17,4	3,0	0,5
53 Überschüsse aus Vorjahren	36	--	--	--	--	--
6 Zu- und Absetzungen		1,4	4,4	6,5	8,5	8,5
64 Haushaltstechnische Verrechnungen	38	1,4	4,4	6,5	8,5	8,5

Einnahmen	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
7 Summe 1,2,3,5,6 Abschluss der Haushalte		7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
1 Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15)		5.802,3	5.987,8	6.057,4	6.076,5	6.088,8
11 Personalausgaben	4	1.705,9	1.773,8	1.815,2	1.843,1	1.868,5
12 Laufender Sachaufwand		423,3	449,7	452,5	438,9	434,4
121 Sächliche Verwaltungsausgaben	51-54	377,3	398,5	400,8	389,3	385,1
123 Erstattungen an andere Bereiche	67	31,6	36,4	36,9	37,2	37,2
124 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	686	14,4	14,8	14,8	12,3	12,1
13 Zinsausgaben		449,5	396,7	402,4	419,5	429,1
131 an öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
1311 an den Bund	561	--	--	--	--	--
1312 an Sondervermögen	564	--	--	--	--	--
1313 an sonstigen öffentlichen Bereich	562,563,567	--	--	--	--	--
132 an andere Bereiche		449,5	396,7	402,4	419,5	429,1
1321 für Ausgleichsforderungen	573	--	--	--	--	--
1322 für Kreditmarktmittel	571,575,576	449,5	396,7	402,4	419,5	429,1
1323 an Sozialversicherungsträger	572	--	--	--	--	--
14 Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)		3.197,7	3.343,6	3.363,8	3.351,4	3.340,9

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
141 an öffentlichen Bereich		2.119,2	2.243,4	2.230,3	2.245,4	2.248,4
1411 an den Bund	611,631	276,5	290,3	288,3	288,4	288,4
1412 Länderfinanzausgleich	612	--	--	--	--	--
1413 sonstige an Länder	632	4,6	5,3	6,5	7,6	9,7
1414 Allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden (Gemeindeverbände)	613	921,7	895,8	898,8	890,0	880,0
1415 sonstige an Gemeinden (Gemeindeverbände)	633	852,6	878,0	927,0	953,2	963,5
1416 an Sondervermögen	614,634	49,2	163,1	98,8	97,7	98,3
1417 an Zweckverbände	617,637	12,8	9,6	9,3	7,1	7,0
1418 an Sozialversicherungsträger	616,636	1,8	1,5	1,5	1,5	1,5
142 an andere Bereiche		1.078,5	1.100,1	1.133,4	1.106,0	1.092,5
1422 sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	682,683,685	795,7	805,4	837,6	821,9	812,1
1423 Renten, Unterstützungen u.a.	681	172,6	165,4	163,6	162,6	163,2
1424 an soziale und ähnliche Einrichtungen	684	110,2	129,3	132,2	121,5	117,2
1425 an Ausland	687,688	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15 Schuldendiensthilfen		25,9	24,0	23,5	23,6	16,0
151 an öffentlichen Bereich		0,2	0,1	0,0	0,0	--

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
1511 an Länder	622	--	--	--	--	--
1512 an Gemeinden (Gemeindeverbände)	623	0,2	0,1	0,0	0,0	--
1513 an sonstigen öffentlichen Bereich	621,624,627,626	--	--	--	--	--
152 an andere Bereiche		25,7	24,0	23,5	23,5	16,0
1521 an Unternehmen	661,662,664	4,4	3,4	1,7	1,0	0,5
1522 an Sonstige im Inland	663	21,3	20,6	21,7	22,6	15,4
1523 an Ausland	666	--	--	--	--	--
2 Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)		1.203,5	1.221,8	1.114,2	1.087,2	1.036,4
21 Sachinvestitionen		320,9	298,8	299,7	291,0	273,5
211 Baumaßnahmen	7	255,5	249,6	249,4	236,2	220,4
212 Erwerb von unbeweglichen Sachen	82	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9
213 Erwerb von beweglichen Sachen	81	63,2	47,3	48,4	52,9	51,2
22 Vermögensübertragungen		813,7	821,2	708,0	726,2	693,0
221 Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich		461,8	450,1	389,9	405,4	389,3
2211 an Länder	882	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6
2212 an Gemeinden (Gemeindeverbände)	883	443,8	431,7	371,4	378,2	362,1

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
2213 an Zweckverbände	887	5,9	5,1	5,1	2,4	2,4
2214 an sonstigen öffentlichen Bereich	881,884,886	11,5	12,9	13,0	24,3	24,3
222 Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	89	351,9	371,1	318,1	320,8	303,7
223 Sonstige Vermögensübertragungen	69	--	--	--	--	--
23 Darlehen		68,9	101,6	106,3	69,9	69,9
231 an öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
2311 an Länder	852	--	--	--	--	--
2312 an Gemeinden (Gemeindeverbände)	853	--	--	--	--	--
2313 an Zweckverbände	857	--	--	--	--	--
2314 an sonstigen öffentlichen Bereich	851,854,856	--	--	--	--	--
232 an andere Bereiche	86, ohne 868,87	68,9	101,6	106,3	69,9	69,9
24 Erwerb von Beteiligungen u.ä.	83	0,1	0,2	0,1	--	--
25 Schuldentilgung an öffentlichen Bereich		--	--	--	--	--
251 an den Bund	581	--	--	--	--	--
252 an Sondervermögen	584	--	--	--	--	--
253 an sonstigen öffentlichen Bereich	582,583,587	--	--	--	--	--

Ausgaben	Gruppierungsziffer Bund/Länder	2011	2012	2013	2014	2015
3 Globale Mehr-/Minderausgaben	97	0,6	-2,7	-5,4	2,3	1,3
4 Summe 1,2,3 Gesamtausgaben, Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge		7.006,5	7.206,9	7.166,1	7.166,0	7.126,5
5 Besondere Finanzierungsvorgänge		4,0	6,0	7,0	10,0	15,0
51 Tilgungsausgaben an Kreditmarkt		--	--	--	--	--
511 für Kreditmarktmittel	595	--	--	--	--	--
512 für Ausgleichsforderungen	593	--	--	--	--	--
513 an Sozialversicherungsträger	592	--	--	--	--	--
514 an Sonstige	591,596	--	--	--	--	--
52 Zuführungen an Rücklagen	91	4,0	6,0	7,0	10,0	15,0
53 Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	96	--	--	--	--	--
6 Zu- und Absetzungen		1,4	4,4	6,5	8,5	8,5
64 Verrechnungen u.ä.	98	1,4	4,4	6,5	8,5	8,5
7 Summe 1,2,3,5,6 Abschluss der Haushalte		7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9

Anlage 13

Gruppierungsübersicht

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	3.205.230,0	3.696.930,0	3.862.510,0	4.004.030,0	4.106.840,0	4.209.510,0
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage	3.061.400,0	3.517.700,0	3.662.200,0	3.800.400,0	3.901.300,0	4.001.800,0
011	Lohnsteuer	523.000,0	645.000,0	681.000,0	715.000,0	742.000,0	770.000,0
012	Veranlagte Einkommenssteuer	75.000,0	164.000,0	194.000,0	220.000,0	241.000,0	258.000,0
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Zinsabschlag)	21.000,0	21.000,0	22.000,0	23.000,0	24.000,0	25.000,0
014	Körperschaftsteuer	15.000,0	59.000,0	66.000,0	74.000,0	80.000,0	85.000,0
015	Umsatzsteuer	2.384.400,0	2.587.700,0	2.657.200,0	2.724.400,0	2.767.300,0	2.813.800,0
016	Einfuhrumsatzsteuer	--	--	--	--	--	--
017	Gewerbesteuerumlage	18.000,0	22.000,0	23.000,0	23.000,0	25.000,0	26.000,0
018	Zinsabschlag	25.000,0	19.000,0	19.000,0	21.000,0	22.000,0	24.000,0
05-06	Landessteuern	129.500,0	164.300,0	185.400,0	188.500,0	190.600,0	192.800,0
051	Vermögenssteuer	--	--	--	--	--	--
052	Erbschaftsteuer	7.000,0	8.000,0	8.000,0	9.000,0	9.000,0	9.000,0
053	Grunderwerbsteuer	74.000,0	107.800,0	128.900,0	131.000,0	133.100,0	135.300,0
055	Totalisatorsteuer	--	--	--	--	--	--
056	Andere Rennwettsteuern	--	--	--	--	--	--
057	Lotteriesteuer	20.000,0	20.000,0	20.000,0	20.000,0	20.000,0	20.000,0
058	Sportwettsteuer	--	--	--	--	--	--
059	Feuerschutzsteuer	6.500,0	7.500,0	7.500,0	7.500,0	7.500,0	7.500,0
061	Biersteuer	22.000,0	21.000,0	21.000,0	21.000,0	21.000,0	21.000,0
069	Sonstige	--	--	--	--	--	--
07-08	Gemeindesteuern	--	--	--	--	--	--
075	Gewerbesteuer im Küstengewässer/Festlandssockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
09	Steuerähnliche Abgaben	14.330,0	14.930,0	14.910,0	15.130,0	14.940,0	14.910,0
093	Abgaben von Spielbanken	1.200,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0
099	Sonstige	13.130,0	13.730,0	13.710,0	13.930,0	13.740,0	13.710,0
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	253.348,3	253.666,5	242.497,6	240.096,6	249.258,4	245.720,0
11	Verwaltungseinnahmen	129.732,3	121.344,6	119.959,1	117.267,5	117.201,5	117.196,5
111	Gebühren, sonstige Entgelte	87.409,9	91.086,9	89.626,2	86.560,9	86.514,9	86.509,9
112	Geldstrafen und Geldbußen	20.451,5	18.506,9	18.606,9	18.606,9	18.606,9	18.606,9
119	Sonstige	21.870,9	11.750,8	11.726,0	12.099,7	12.079,7	12.079,7
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	35.237,7	37.220,6	37.103,0	37.172,5	37.283,2	37.295,1
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	593,4	93,4	93,4	161,2	191,2	191,2
122	Konzessionsabgaben	550,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto und Toto	21.940,3	22.617,0	22.545,2	22.578,2	22.610,2	22.622,2
124	Mieten und Pachten	9.828,7	11.256,1	11.391,6	11.481,3	11.621,0	11.620,9
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen u. Diensten aus wirtsch. Tät.	2.168,3	2.370,8	2.221,8	2.100,8	2.009,8	2.009,8
129	Sonstige	157,0	283,3	251,0	251,0	251,0	251,0
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen	4.400,5	3.351,2	2.954,0	2.622,9	2.458,4	2.414,9
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	3.659,9	3.000,0	2.700,0	2.300,0	2.000,0	2.000,0
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	740,6	351,2	254,0	322,9	458,4	414,9
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	--	--	--	--	--	--
134	Kapitalrückzahlungen	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	600,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0
141	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	600,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0
146	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Ausland	--	--	--	--	--	--
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	--	--	--	--	--	--
151	vom Bund	--	--	--	--	--	--
152	von Ländern	--	--	--	--	--	--
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--	--
154	von Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
156	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
157	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--	--
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	24.216,7	22.789,4	22.221,5	21.878,4	21.453,9	20.941,8
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	45,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	24.171,7	22.779,4	22.211,5	21.868,4	21.443,9	20.931,8
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	--	--	--	--	--	--
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	110,4	--	--	--	--	--
171	vom Bund	110,4	--	--	--	--	--
172	von Ländern	--	--	--	--	--	--
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--	--
174	von Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
177	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	59.050,7	68.560,7	59.860,0	60.755,3	70.461,4	67.471,7
181	Darlehensrückflüsse aus öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	--	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	59.050,7	68.533,7	59.833,0	60.728,3	70.434,4	67.444,7
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	--	--	--	--	--	--
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.580.305,4	2.462.941,6	2.428.483,2	2.368.795,6	2.276.005,8	2.187.750,6
21	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	1.771.134,6	1.672.270,6	1.603.850,6	1.543.394,6	1.468.974,6	1.388.167,6
211	vom Bund	1.367.134,6	1.254.270,6	1.174.850,6	1.123.394,6	1.054.974,6	981.167,6
212	von Ländern	404.000,0	418.000,0	429.000,0	420.000,0	414.000,0	407.000,0
213	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--	--
214	von Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
216	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
217	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--	--
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich	--	--	--	--	--	--
221	vom Bund	--	--	--	--	--	--
222	von Ländern	--	--	--	--	--	--
223	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--	--
224	von Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
226	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
227	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
23	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	699.273,2	675.911,7	700.975,2	712.003,7	716.027,3	723.475,4
231	vom Bund	534.317,5	582.132,7	608.417,4	617.046,1	616.209,0	619.875,3
232	von Ländern	31.127,9	25.915,5	26.005,0	26.095,2	26.181,2	25.097,5
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	8.954,7	8.701,9	9.672,5	9.263,6	9.339,8	9.344,8
234	von Sondervermögen	120.488,6	54.739,4	55.759,4	58.759,4	63.759,4	68.759,4
235	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
236	Erstattungen v.Sozialversicherungsträgern sowie v.der Bundesagentur f.Arbeit	1.204,5	1.186,2	766,9	531,9	408,2	268,7
237	von Zweckverbänden	3.180,0	3.236,0	354,0	307,5	129,7	129,7
26	Schuldendiensthilfen u.Erstattungen v.Verwaltungsausgaben aus sonst.Bereichen	688,5	980,1	1.010,1	995,0	995,0	993,0
261	aus dem Inland	688,5	980,1	1.010,1	995,0	995,0	993,0
266	aus dem Ausland	--	--	--	--	--	--
27	Zuschüsse von der EU	104.010,2	103.655,1	112.357,1	102.108,5	79.533,6	64.349,2
271	Erstattungen von der EU	475,0	752,0	712,0	25.712,0	25.692,0	25.692,0
272	Sonstige Zuschüsse von der EU	103.535,2	102.903,1	111.645,1	76.396,5	53.841,6	38.657,2
28	Sonstige Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	5.198,9	10.124,1	10.290,2	10.293,8	10.475,3	10.765,4
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	3.615,6	5.358,0	5.524,1	5.777,7	5.959,2	6.249,3
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	1.583,3	4.766,1	4.766,1	4.516,1	4.516,1	4.516,1
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	--	--	--	--	--	--
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)	--	--	--	--	--	--
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	--	--	--	--	--	--
291	vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
292	von Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--	--
293	von Gemeinden und Gemeindeverbänden, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--	--
297	von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--	--
298	von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--	--
299	aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--	--
3	Einnahmen aus Schuldenaufn., Zuweisungen f. Invest., bes. Finanzierungsein.	972.947,7	803.808,1	646.183,7	571.539,7	517.829,2	470.013,8
31	Schuldenaufn. bei Gebietskörpersch., Sonderverm. u. gebietskörp. Zusammen.	--	--	--	--	--	--
311	beim Bund	--	--	--	--	--	--
312	bei Ländern	--	--	--	--	--	--
313	bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	--	--	--	--	--	--
314	bei Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
317	bei Zweckverbänden	--	--	--	--	--	--
32	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	--	--	--	--	--	--
321	Schuldenaufnahme bei öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--	--
322	Schuldenaufnahme bei Sozialversicherungsträgern und der BAfA	--	--	--	--	--	--
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	--	--	--	--	--	--
326	Schuldenaufnahmen im Ausland	--	--	--	--	--	--
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	360.596,3	290.360,5	280.887,3	270.871,2	271.966,2	264.460,4
331	vom Bund	276.589,3	255.923,9	248.832,7	240.405,0	236.614,2	230.162,7
332	von Ländern	--	--	--	--	--	--
333	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	27.006,7	25.292,2	24.623,3	16.529,6	21.495,0	21.095,0
334	von Sondervermögen	57.000,3	9.144,4	7.431,3	13.936,6	13.857,0	13.202,7
336	von Sozialversicherungsträgern sowie der Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
337	von Zweckverbänden	--	--	--	--	--	--
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	380.825,5	356.455,8	341.323,4	289.179,5	236.905,4	197.078,8
341	Beiträge	15.822,6	15.672,6	15.522,6	15.372,6	--	--
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	220,0	1.333,1	2.454,9	3.781,0	3.742,0	778,0
346	Zuschüsse für Investitionen von der EU	364.782,9	339.450,1	323.345,9	270.025,9	233.163,4	196.300,8
347	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Ausland (soweit nicht v.d. EU)	--	--	--	--	--	--
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	230.176,1	152.562,6	17.440,0	3.014,4	483,0	--
351	aus der Ausgleichsrücklage	222.881,2	150.000,0	15.000,0	--	--	--
352	aus der Betriebsmittelrücklage	--	--	--	--	--	--
353	aus der Schuldendienstrücklage	--	--	--	--	--	--
354	aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	--	--	--	--	--	--
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	--	--	--	--	--	--
356	aus Fonds und Stöcken	740,0	2.562,6	2.440,0	3.014,4	483,0	--
359	Sonstige	6.554,9	--	--	--	--	--
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	--	--	--	--	--	--
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	--	--	--	--	--	--
371	Globale Mehreinnahmen	--	--	--	--	--	--
372	Globale Mindereinnahmen	--	--	--	--	--	--
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.349,8	4.429,2	6.533,0	8.474,6	8.474,6	8.474,6
381	Verrechnungen zwischen Kapiteln	1.349,8	4.429,1	6.532,9	8.474,5	8.474,5	8.474,5
382	Durchlaufende Posten	--	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
389	Sonstige	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Einnahmen

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
	Gesamteinnahmen	7.011.831,4	7.217.346,2	7.179.674,5	7.184.461,9	7.149.933,4	7.112.994,4

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
4	Personalausgaben	1.705.885,7	1.773.768,8	1.815.233,8	1.843.112,1	1.868.518,1	1.891.855,0
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	12.505,8	13.338,2	13.276,3	13.612,7	13.862,7	14.947,7
411	Aufwendungen für Abgeordnete	11.607,2	12.541,8	12.478,6	12.815,0	13.065,0	14.150,0
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	898,6	796,4	797,7	797,7	797,7	797,7
42	Bezüge und Nebenleistungen	1.559.943,0	1.642.465,1	1.665.242,1	1.652.328,6	1.638.179,3	1.613.897,8
421	Bezüge des Ministerpräsidenten, Minister und sonstiger Amtsträger	1.382,3	1.515,1	1.537,2	1.537,2	1.537,2	1.537,2
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	541.582,9	570.980,0	579.730,3	580.495,9	580.579,5	575.576,0
424	Zuführungen an die Versorgungsrücklage	3.686,7	3.720,7	5.037,6	6.401,2	7.684,3	9.157,2
427	Beschäftigungsentg., Aufwendungen für nebenamtl. und nebenberufl. Tätige	3.842,6	8.454,1	7.769,6	6.792,4	6.697,1	6.755,7
428	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.007.518,6	1.039.108,8	1.055.942,6	1.047.050,6	1.033.643,1	1.014.973,7
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1.929,9	18.686,4	15.224,8	10.051,3	8.038,1	5.898,0
43	Versorgungsbezüge und dgl.	71.131,2	79.683,4	92.084,2	102.470,1	113.885,6	125.436,3
431	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten, der Minister u. sonst. Amtsträger	1.216,4	1.719,5	1.414,8	1.119,1	1.124,7	1.145,1
432	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter	68.036,0	75.777,7	87.982,1	98.178,7	109.032,3	119.960,5
434	Zuführungen an die Versorgungsrücklage	1.836,9	2.141,8	2.642,5	3.127,1	3.683,0	4.284,7
435	Versorgungsbezüge der Angestellten	--	--	--	--	--	--
437	Versorgungsbezüge nach G 131	--	--	--	--	--	--
439	Sonstige	--	--	--	--	--	--
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.	33.586,4	39.892,6	43.255,0	47.044,1	51.568,4	57.105,0
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger	16.065,5	18.609,0	19.125,3	19.644,1	20.165,7	20.690,6
443	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	10.537,1	11.401,6	11.786,7	12.006,0	12.227,7	12.448,4
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	6.983,8	9.882,0	12.343,0	15.394,0	19.175,0	23.966,0

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
45	Sonstige personalbezogene Sachausgaben	7.381,5	7.911,7	8.247,6	8.391,1	8.579,8	8.782,8
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen	--	--	--	--	--	--
452	Personalbezogene Zahlungen an die Sozialversicherungsträger	522,0	724,0	851,2	1.029,7	1.195,0	1.422,0
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütung	1.357,4	1.055,0	1.023,7	998,1	1.021,5	997,5
459	Sonstiges	5.502,1	6.132,7	6.372,7	6.363,3	6.363,3	6.363,3
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	21.337,8	-9.522,2	-6.871,4	19.265,5	42.442,3	71.685,4
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	52.587,8	25.685,4	43.046,8	73.357,8	104.534,6	141.777,7
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-31.250,0	-35.207,6	-49.918,2	-54.092,3	-62.092,3	-70.092,3
5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	826.871,7	795.221,8	803.196,1	808.835,5	814.204,6	822.437,7
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	377.327,1	398.521,8	400.796,1	389.335,5	385.104,6	382.437,7
511	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungsgegenstände	43.812,5	43.535,3	43.767,1	44.225,2	44.593,3	44.187,6
514	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	21.967,9	21.992,5	22.470,9	22.295,2	23.502,7	22.723,2
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	35.526,5	39.953,2	40.394,5	40.380,4	40.451,0	40.440,5
518	Mieten und Pachten	75.907,4	76.426,4	75.753,7	75.650,6	75.714,5	75.744,6
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.461,4	2.511,4	2.564,4	2.617,4	2.671,4	2.726,4
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	7.773,7	8.572,9	8.523,4	8.571,1	8.671,1	8.687,8
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	535,2	554,4	527,0	538,1	527,0	538,1
525	Aus- und Fortbildung	6.617,7	5.168,5	5.118,4	4.972,6	4.611,0	4.629,3
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	76.612,1	78.456,9	80.246,8	82.024,9	80.095,3	79.001,3
527	Dienstreisen	7.672,3	8.364,8	8.380,7	8.367,7	8.291,9	8.277,8
529	Verfügungsmittel	86,8	87,3	87,3	87,3	87,3	87,3
531-546	Sonstiges	93.340,3	107.620,2	110.334,6	97.042,5	93.462,6	93.098,3
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	4.413,3	4.728,0	2.127,3	2.162,5	2.025,5	1.995,5
548	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	5.600,0	5.550,0	5.500,0	5.400,0	5.400,0	5.300,0

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
549	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0	-5.000,0
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebiets. Zus.schl.	--	--	--	--	--	--
561	an Bund	--	--	--	--	--	--
562	an Länder	--	--	--	--	--	--
563	an Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--	--	--	--
564	an Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
567	an Zweckverbände	--	--	--	--	--	--
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	449.544,6	396.700,0	402.400,0	419.500,0	429.100,0	440.000,0
571	an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--	--
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
573	für Ausgleichsforderungen	--	--	--	--	--	--
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	449.544,6	396.700,0	402.400,0	419.500,0	429.100,0	440.000,0
576	an Ausland	--	--	--	--	--	--
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebiets. Zus.	--	--	--	--	--	--
581	an Bund	--	--	--	--	--	--
582	an Länder	--	--	--	--	--	--
583	an Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--	--	--	--
584	an Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
587	an Zweckverbände	--	--	--	--	--	--
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	--	--	--	--	--	--
591	an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--	--
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
593	für Ausgleichsforderungen	--	--	--	--	--	--
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	--	--	--	--	--	--
596	Tilgungsausgaben an Ausland	--	--	--	--	--	--
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.269.590,5	3.418.785,1	3.438.952,1	3.424.509,3	3.406.101,0	3.400.796,9
61	Allgemeine (nicht zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	921.734,5	895.817,7	898.828,8	889.950,5	879.985,8	869.968,0
611	an Bund	--	--	--	--	--	--
612	an Länder	--	--	--	--	--	--
613	an Gemeinden und Gemeindeverbände	921.734,5	895.817,7	898.828,8	889.950,5	879.985,8	869.968,0
614	an Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
617	an Zweckverbände	--	--	--	--	--	--
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	200,0	55,0	21,0	5,0	--	--
621	an Bund	--	--	--	--	--	--
622	an Länder	--	--	--	--	--	--
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	200,0	55,0	21,0	5,0	--	--
624	an Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
627	an Zweckverbände	--	--	--	--	--	--
63	Sonstige (zweckgebundene) Zuweisungen an öffentlichen Bereich	1.197.475,0	1.347.631,7	1.331.520,4	1.355.455,1	1.368.373,8	1.377.804,1
631	an Bund	276.509,9	290.262,1	288.271,1	288.366,1	288.367,6	288.768,2
632	an Länder	4.627,0	5.265,7	6.541,8	7.634,8	9.699,6	8.145,3
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	852.585,5	877.955,8	927.046,4	953.161,5	963.549,4	976.115,3
634	an Sondervermögen	49.184,0	163.090,4	98.820,2	97.658,4	98.262,9	96.418,0

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	1.802,7	1.504,7	1.504,3	1.511,8	1.511,8	1.511,8
637	an Zweckverbände	12.765,9	9.553,0	9.336,6	7.122,5	6.982,5	6.845,5
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	25.675,1	23.979,2	23.458,6	23.545,5	15.959,3	15.717,1
661	an öffentliche Unternehmen	1.220,0	950,0	100,0	--	--	--
662	an private Unternehmen	3.200,0	2.400,0	1.620,0	985,0	540,0	260,0
663	an Sonstige im Inland	21.255,1	20.629,2	21.738,6	22.560,5	15.419,3	15.457,1
664	an öffentliche Einrichtungen	--	--	--	--	--	--
666	an Ausland	--	--	--	--	--	--
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	31.584,6	36.390,0	36.921,7	37.217,4	37.211,2	37.354,1
671	an Inland	31.584,6	36.390,0	36.921,7	37.217,4	37.211,2	37.354,1
676	an Ausland	--	--	--	--	--	--
68	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche	1.092.921,3	1.114.911,5	1.148.201,6	1.118.335,8	1.104.570,9	1.099.953,6
681	Renten, Unterstützungen u. sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	172.571,0	165.378,6	163.611,1	162.602,9	163.170,1	163.294,5
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	320.963,2	330.438,5	332.753,9	334.289,3	336.887,5	339.411,9
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	332.867,3	344.338,1	372.154,8	356.224,5	343.190,1	337.324,2
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	110.228,4	129.321,3	132.167,6	121.509,2	117.220,2	116.439,6
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	141.860,8	130.624,8	132.674,3	131.338,5	131.991,6	131.726,5
686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	14.385,7	14.764,6	14.794,3	12.325,8	12.065,8	11.711,3
687	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU)	44,9	45,6	45,6	45,6	45,6	45,6
688	Abführung der Eigenmittel an die EU	--	--	--	--	--	--
69	Vermögensübertragung soweit nicht für Investitionen	--	--	--	--	--	--
691	Vermögensübertragung an Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	B e z e i c h n u n g	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
692	Vermögensübertragung an Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	--	--	--	--	--	--
693	Vermögensübertr.an Gemeinden u.Gemeindeverbände, soweit n. Investitionszuw.	--	--	--	--	--	--
697	Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--	--
698	Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland, soweit nicht Investitionszu.	--	--	--	--	--	--
699	Vermögensübertragung an Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	--	--	--	--	--	--
7	Baumaßnahmen	255.542,6	249.647,8	249.442,9	236.240,8	220.395,0	207.837,6
71-74	Hochbau	158.265,2	154.015,0	151.243,0	151.779,1	144.788,4	137.040,3
75-79	Tiefbau	97.277,4	95.632,8	98.199,9	84.461,7	75.606,6	70.797,3
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	947.991,1	972.190,0	864.709,2	850.957,4	815.973,2	771.774,0
81	Erwerb von beweglichen Sachen	63.230,6	47.296,6	48.401,7	52.932,5	51.236,7	49.695,9
811	Erwerb von Fahrzeugen	13.226,7	10.094,6	11.222,1	10.319,2	12.274,8	11.373,6
812	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	50.003,9	37.202,0	37.179,6	42.613,3	38.961,9	38.322,3
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	2.094,8	1.875,0	1.875,0	1.875,0	1.875,0	1.860,0
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	126,7	246,2	126,2	--	--	--
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	--	120,0	--	--	--	--
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	126,7	126,2	126,2	--	--	--

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	--	--	--	--	--	--
851	an Bund	--	--	--	--	--	--
852	an Länder	--	--	--	--	--	--
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	--	--	--	--	--	--
854	an Sondervermögen	--	--	--	--	--	--
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
857	an Zweckverbände	--	--	--	--	--	--
86	Darlehen an sonstige Bereiche	38.862,7	51.603,7	56.333,8	39.911,4	39.902,5	39.492,9
861	an öffentliche Unternehmen und Einrichtungen	--	--	--	--	--	--
862	an private Unternehmen	513,7	11.134,1	15.988,0	--	--	--
863	an Sonstige im Inland	38.349,0	40.469,6	40.345,8	39.911,4	39.902,5	39.492,9
866	an Ausland	--	--	--	--	--	--
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	30.000,0	50.000,0	50.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	461.812,5	450.094,1	389.890,4	405.392,5	389.303,7	366.215,2
881	an Bund	--	--	--	--	--	--
882	an Länder	600,0	450,0	450,0	550,0	550,0	600,0
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	443.849,1	431.654,7	371.390,1	378.158,7	362.069,9	338.931,4
884	an Sondervermögen	11.482,7	12.908,7	12.969,6	24.269,8	24.269,8	24.269,8
886	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	--	--	--	--	--	--
887	an Zweckverbände	5.880,7	5.080,7	5.080,7	2.414,0	2.414,0	2.414,0
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstigen Bereich	351.863,8	371.074,4	318.082,1	320.846,0	303.655,3	284.510,0
891	an öffentliche Unternehmen	34.479,7	35.381,6	33.260,0	30.124,0	30.419,6	31.174,4
892	an private Unternehmen	219.732,3	198.737,4	188.662,6	194.050,5	188.147,3	177.065,1

Gruppierungsübersicht

Ausgaben

Gruppierungsnummer	Bezeichnung	Finanzplan					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
893	an Sonstige im Inland	92.690,9	131.954,4	91.399,8	95.677,8	84.111,1	75.309,7
894	an öffentliche Einrichtungen	4.960,9	5.001,0	4.759,7	993,7	977,3	960,8
896	an Ausland	--	--	--	--	--	--
9	Besondere Finanzierungsausgaben	5.949,8	7.732,7	8.140,4	20.806,8	24.741,5	18.293,2
91	Zuführung an Rücklagen, Fonds und Stöcke	4.000,0	6.000,0	7.000,0	10.000,0	15.000,0	20.000,0
911	an Ausgleichsrücklage	--	--	--	--	--	--
912	an Betriebsmittelrücklage	--	--	--	--	--	--
913	an Schuldendienstrücklage	--	--	--	--	--	--
914	an Bürgschaftssicherungsrücklage	--	--	--	--	--	--
915	an Konjunkturausgleichsrücklage	--	--	--	--	--	--
916	an Fonds und Stöcke	--	--	--	--	--	--
919	an Sonstige	4.000,0	6.000,0	7.000,0	10.000,0	15.000,0	20.000,0
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	--	--	--	--	--	--
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	600,0	-2.696,5	-5.392,6	2.332,2	1.266,9	-10.181,4
971	Globale Mehrausgaben	3.600,0	3.000,0	3.000,0	57.000,0	67.000,0	77.000,0
972	Globale Minderausgaben	-3.000,0	-5.696,5	-8.392,6	-54.667,8	-65.733,1	-87.181,4
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	1.349,8	4.429,2	6.533,0	8.474,6	8.474,6	8.474,6
981	Verrechnungen zwischen Kapiteln	1.349,8	4.429,1	6.532,9	8.474,5	8.474,5	8.474,5
982	Durchlaufende Posten	--	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
989	Sonstiges	--	--	--	--	--	--
	Gesamtausgaben	7.011.831,4	7.217.346,2	7.179.674,5	7.184.461,9	7.149.933,4	7.112.994,4

Anlage 14

Funktionenübersicht

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
0	Allgemeine Dienste	191.053,9	190.056,8	183.306,5	184.017,3	191.773,4	187.990,5
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	77.202,4	74.254,2	75.326,8	75.338,7	73.931,9	74.192,8
011	Politische Führung	1.420,7	1.253,1	2.771,6	2.472,5	813,0	719,3
012	Innere Verwaltung	291,5	294,2	296,2	280,6	260,1	258,1
013	Informationswesen	--	--	--	--	--	--
014	Statistischer Dienst	3.984,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
015	Zivildienst	--	--	--	--	--	--
016	Hochbauverwaltung	62.000,6	63.293,5	62.600,9	62.600,9	62.600,9	62.600,9
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	9.489,6	9.319,4	9.564,1	9.891,2	10.164,4	10.521,0
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	16,0	14,0	14,0	13,5	13,5	13,5
02	Auswärtige Angelegenheiten	--	--	--	--	--	--
021	Auslandsvertretungen	--	--	--	--	--	--
022	Internationale Organisationen	--	--	--	--	--	--
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	--	--	--	--	--	--
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	--	--	--	--	--	--
029	Sonstige auswärtige Angelegenheiten	--	--	--	--	--	--
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	12.834,9	13.420,0	14.048,2	14.196,0	14.280,2	14.241,9
042	Polizei	11.282,1	10.868,3	11.546,5	11.594,3	11.698,5	11.738,2
043	Öffentliche Ordnung	--	--	--	--	--	--
044	Brandschutz	297,8	271,7	271,7	271,7	301,7	273,7
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	1.255,0	2.280,0	2.230,0	2.330,0	2.280,0	2.230,0
046	Wetterdienst	--	--	--	--	--	--
047	Schutz der Verfassung	--	--	--	--	--	--
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
0	Allgemeine Dienste	1.161.242,3	1.230.143,6	1.259.872,1	1.275.891,8	1.276.796,4	1.277.625,8
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	393.982,6	424.809,8	438.576,2	443.675,9	437.123,9	431.740,7
011	Politische Führung	219.472,1	233.129,1	247.645,4	247.928,0	242.883,8	235.214,9
012	Innere Verwaltung	30.640,5	31.087,4	30.401,3	30.878,3	30.009,6	30.260,3
013	Informationswesen	1.351,1	1.364,1	1.376,5	1.378,6	1.376,0	1.378,6
014	Statistischer Dienst	9.642,6	4.984,8	3.430,6	3.144,6	2.975,1	2.975,1
015	Zivildienst	--	--	--	--	--	--
016	Hochbauverwaltung	102.564,2	118.683,0	115.198,6	114.329,2	107.409,6	102.044,4
018	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	29.904,1	35.184,4	40.172,8	45.666,2	52.118,8	59.516,4
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	408,0	377,0	351,0	351,0	351,0	351,0
02	Auswärtige Angelegenheiten	1.098,5	1.087,3	1.087,3	961,1	961,1	961,1
021	Auslandsvertretungen	--	--	--	--	--	--
022	Internationale Organisationen	--	--	--	--	--	--
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	81,3	75,1	75,1	75,1	75,1	75,1
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	736,4	736,4	736,4	736,4	736,4	736,4
029	Sonstige auswärtige Angelegenheiten	280,8	275,8	275,8	149,6	149,6	149,6
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	364.467,6	386.721,5	396.016,3	403.371,8	409.035,3	412.975,7
042	Polizei	323.378,4	338.323,6	340.573,3	343.005,4	343.003,9	339.987,3
043	Öffentliche Ordnung	361,9	361,9	361,9	361,9	361,9	361,9
044	Brandschutz	7.134,2	8.102,9	8.102,9	8.102,9	8.132,9	8.104,9
045	Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	3.300,6	4.453,3	5.068,3	4.836,1	4.671,1	5.856,1
046	Wetterdienst	--	--	--	--	--	--
047	Schutz der Verfassung	1.101,8	1.189,4	1.154,4	1.140,0	1.140,0	1.140,0
048	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	29.190,7	34.290,4	40.755,5	45.925,5	51.725,5	57.525,5

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
05	Rechtsschutz	67.999,3	67.337,0	67.434,8	67.432,2	67.436,7	67.432,2
051	Gerichte und Staatsanwaltschaften	67.378,5	66.566,4	66.665,4	66.663,4	66.668,9	66.663,4
056	Justizvollzugsanstalten	618,7	768,5	767,3	766,7	765,7	766,7
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--	--
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
06	Finanzverwaltung	33.017,3	35.045,6	26.496,7	27.050,4	36.124,6	32.123,6
061	Steuer- und Zollverwaltung	31.458,3	25.196,5	25.482,7	25.343,1	25.066,8	24.810,5
062	Schulden-, vermögens- und sonstige Finanzverwaltung	1.559,0	9.849,1	1.014,0	1.707,3	11.057,8	7.313,1
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--	--
1	Bildungswesen, wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	141.992,0	169.143,2	163.478,3	175.057,1	173.010,9	166.989,4
11-12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	3.606,6	4.916,4	4.687,4	4.428,1	4.393,9	4.353,1
111	Unterrichtsverwaltung	--	--	--	--	--	--
112	Öffentliche Grundschulen	--	--	--	--	--	--
113	Private Grundschulen	--	--	--	--	--	--
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen	--	--	--	--	--	--
115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen	--	--	--	--	--	--
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--	--
124	Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	--	--	--	--	--	--
125	Private Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	--	--	--	--	--	--
127	Öffentliche berufliche Schulen	2.904,4	4.129,8	4.108,3	3.969,0	3.969,0	3.969,0
128	Private berufliche Schulen	--	--	--	--	--	--
129	Sonstige schulische Aufgaben	702,2	786,6	579,1	459,1	424,9	384,1

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
05	Rechtsschutz	272.984,0	287.297,7	293.472,7	296.805,4	298.057,6	299.813,7
051	Gerichte und Staatsanwaltschaften	208.677,8	215.764,1	218.706,5	220.136,5	219.942,2	220.719,5
056	Justizvollzugsanstalten	49.015,7	54.771,6	56.138,1	56.838,1	57.022,6	56.740,4
058	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	9.330,5	10.374,8	11.928,3	13.116,9	14.391,4	15.665,9
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	5.960,0	6.387,2	6.699,8	6.713,9	6.701,4	6.687,9
06	Finanzverwaltung	128.709,6	130.227,3	130.719,6	131.077,6	131.618,5	132.134,6
061	Steuer- und Zollverwaltung	117.462,9	119.870,6	120.323,4	120.401,8	120.561,0	120.723,3
062	Schulden-, vermögens- und sonstige Finanzverwaltung	9.134,7	8.104,7	7.714,3	7.660,9	7.709,6	7.730,4
068	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	2.112,0	2.252,0	2.681,9	3.014,9	3.347,9	3.680,9
1	Bildungswesen, wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1.569.767,5	1.614.764,3	1.641.926,1	1.605.537,2	1.598.991,4	1.592.590,1
11-12	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	754.326,7	800.608,1	811.991,8	808.145,2	802.251,9	795.255,0
111	Unterrichtsverwaltung	8.836,4	8.931,3	8.882,1	8.892,5	8.913,7	8.893,7
112	Öffentliche Grundschulen	132.422,3	127.917,7	129.835,3	129.835,7	129.835,7	129.835,7
113	Private Grundschulen	--	--	--	--	--	--
114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen	358.666,2	375.636,7	381.338,3	381.317,7	381.305,4	381.296,1
115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen	43.482,6	60.372,4	62.853,3	63.800,0	63.800,0	63.800,0
118	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	616,1	547,1	591,1	656,2	721,3	786,4
124	Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	100.431,7	98.430,9	99.884,3	99.884,3	99.884,3	99.884,3
125	Private Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs	--	--	--	--	--	--
127	Öffentliche berufliche Schulen	74.931,1	89.363,0	88.685,1	88.707,8	88.703,2	88.660,6
128	Private berufliche Schulen	7.420,0	7.313,2	7.463,0	7.463,0	7.463,0	7.463,0
129	Sonstige schulische Aufgaben	27.520,3	32.095,8	32.459,3	27.588,0	21.625,3	14.635,2

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
13	Hochschulen	30.380,1	47.777,9	44.336,4	40.563,7	39.031,3	31.532,5
132	Hochschulkliniken	--	298,5	298,0	298,0	298,0	--
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	30.232,2	47.331,5	43.890,5	40.117,8	38.585,4	31.384,6
134	Private Hochschulen und Berufsakademien	--	--	--	--	--	--
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	--	--	--	--	--	--
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	--	--	--	--	--	--
139	Sonstige Hochschulaufgaben	147,9	147,9	147,9	147,9	147,9	147,9
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	58.572,4	65.515,3	65.212,2	65.269,9	65.480,1	65.564,7
141	Förderung für Schülerinnen und Schüler	18.882,4	19.811,3	19.408,1	19.552,6	20.262,4	20.753,8
142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs	38.243,2	43.988,8	43.941,6	43.854,8	43.355,2	42.948,4
144	Förderung für Weiterbildungsteilnehmende	1.446,8	1.715,2	1.862,5	1.862,5	1.862,5	1.862,5
145	Schülerbeförderung	--	--	--	--	--	--
15	Sonstiges Bildungswesen	3.627,7	272,0	272,0	22,0	22,0	22,0
152	Volkshochschulen	--	--	--	--	--	--
153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	3.605,2	270,0	270,0	20,0	20,0	20,0
154	Ausbildung der Lehrkräfte	--	--	--	--	--	--
155	Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte	22,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
16-17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	32.521,8	34.577,9	34.153,2	58.888,3	58.201,5	59.635,0
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentrum	166,2	161,1	161,1	161,1	161,1	161,1
163	Wissenschaftliche Museen	--	--	--	--	--	--
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (ohne DFG)	28.767,5	30.796,1	33.390,7	33.251,0	32.742,0	34.175,5
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	3.588,1	3.620,7	601,4	25.476,2	25.298,4	25.298,4
167	Zuschüsse an internat.wiss. Organisationen u. zwischenstaatl.Forschungseinr.	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
13	Hochschulen	478.743,9	474.259,6	481.159,8	482.793,2	487.032,5	486.508,4
132	Hochschulkliniken	99.753,8	98.455,0	100.988,9	102.178,7	108.323,7	115.499,3
133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien	331.910,2	327.885,3	329.804,3	331.839,2	327.670,6	317.858,7
134	Private Hochschulen und Berufsakademien	--	--	--	--	--	--
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft	14.463,0	14.700,0	15.435,0	16.207,0	17.018,0	17.868,0
138	Versorgung einschließlich Beihilfen für Versorgungsempfänger	5.839,5	6.157,8	7.381,3	8.478,1	9.574,9	10.671,7
139	Sonstige Hochschulaufgaben	26.777,4	27.061,5	27.550,3	24.090,2	24.445,3	24.610,7
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dgl.	98.507,4	110.051,2	109.554,3	109.722,5	110.043,3	110.170,3
141	Förderung für Schülerinnen und Schüler	28.569,9	29.929,8	29.337,5	29.582,1	30.674,1	31.430,1
142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs	56.950,1	64.923,7	64.832,0	64.755,6	63.984,4	63.355,4
144	Förderung für Weiterbildungsteilnehmende	1.987,4	2.272,7	2.459,8	2.459,8	2.459,8	2.459,8
145	Schülerbeförderung	11.000,0	12.925,0	12.925,0	12.925,0	12.925,0	12.925,0
15	Sonstiges Bildungswesen	38.129,5	28.759,2	28.740,8	25.398,8	22.311,8	21.463,8
152	Volkshochschulen	4.233,1	4.233,1	4.233,1	4.233,1	4.233,1	4.233,1
153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)	17.757,3	8.244,3	8.252,8	4.920,8	3.096,8	2.295,8
154	Ausbildung der Lehrkräfte	23,3	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0
155	Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte	16.115,8	16.268,8	16.241,9	16.231,9	14.968,9	14.921,9
16-17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	110.167,7	108.197,0	117.912,8	91.226,3	89.394,5	91.257,4
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Fachinformationszentrum	680,1	990,9	1.179,5	910,9	910,9	910,9
163	Wissenschaftliche Museen	--	--	--	--	--	--
164	Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern (ohne DFG)	68.913,3	72.306,4	78.215,5	78.800,7	79.164,8	82.960,5
165	Forschung und experimentelle Entwicklung	40.574,3	34.899,7	38.517,8	11.514,7	9.318,8	7.386,0
167	Zuschüsse an internat.wiss. Organisationen u. zwischenstaatl.Forschungseinr.	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
18-19	Kultur und Religion	13.283,4	16.083,7	14.817,1	5.885,1	5.882,1	5.882,1
181	Theater	--	--	--	--	--	--
182	Musikpflege	--	--	--	--	--	--
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	1.471,4	1.431,4	1.431,4	1.431,4	1.431,4	1.431,4
184	Zoologische und botanische Gärten	--	--	--	--	--	--
185	Musikschulen	--	--	--	--	--	--
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	--	--	--	--	--	--
187	Sonstige Kulturpflege	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	195,7	137,1	89,7	89,7	86,7	86,7
195	Denkmalschutz und -pflege	11.466,3	14.365,2	13.146,0	4.214,0	4.214,0	4.214,0
199	Kirchliche Angelegenheiten	--	--	--	--	--	--
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	269.789,5	291.668,9	314.204,7	341.433,9	319.031,6	304.016,2
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	574,4	405,1	258,6	251,2	251,2	251,2
211	Verwaltungskostenerstattung SGB II (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
219	Sonstige Verwaltung für soziale Angelegenheiten	574,4	405,1	258,6	251,2	251,2	251,2
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	--	--	--	--	--	--
221	Allgemeine Rentenversicherung (nur Bundesträger)	--	--	--	--	--	--
222	Knappschaftliche Rentenversicherung (nur Bundesträger)	--	--	--	--	--	--
223	Unfallversicherung	--	--	--	--	--	--
224	Krankenversicherung	--	--	--	--	--	--
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
227	Pflegeversicherung	--	--	--	--	--	--
229	Sonstige Sozialversicherungen	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
18-19	Kultur und Religion	89.892,3	92.889,2	92.566,6	88.251,2	87.957,4	87.935,2
181	Theater	35.800,0	35.800,0	35.800,0	35.800,0	35.800,0	35.800,0
182	Musikpflege	--	--	--	--	--	--
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	9.216,4	10.126,8	10.222,7	10.375,1	10.358,3	9.979,8
184	Zoologische und botanische Gärten	--	--	--	--	--	--
185	Musikschulen	--	--	--	--	--	--
186	Nichtwissenschaftliche Bibliotheken	--	--	--	--	--	--
187	Sonstige Kulturpflege	10.671,1	10.864,6	10.651,5	10.686,1	10.446,1	10.811,1
188	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	10.166,3	9.930,4	10.047,0	10.048,5	10.048,5	10.048,5
195	Denkmalschutz und -pflege	9.295,3	11.069,2	10.701,9	6.268,0	6.301,0	6.362,3
199	Kirchliche Angelegenheiten	14.743,2	15.098,2	15.143,5	15.073,5	15.003,5	14.933,5
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	1.226.028,2	1.261.462,3	1.308.456,1	1.353.772,6	1.343.750,3	1.342.541,5
21	Verwaltung für soziale Angelegenheiten	4.327,0	4.115,9	3.953,9	4.056,2	3.941,9	4.048,6
211	Verwaltungskostenerstattung SGB II (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
219	Sonstige Verwaltung für soziale Angelegenheiten	4.327,0	4.115,9	3.953,9	4.056,2	3.941,9	4.048,6
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	275.901,7	291.509,3	289.507,7	291.015,2	291.015,2	291.415,2
221	Allgemeine Rentenversicherung (nur Bundesträger)	--	--	--	--	--	--
222	Knappschaftliche Rentenversicherung (nur Bundesträger)	--	--	--	--	--	--
223	Unfallversicherung	7.649,8	8.635,0	8.635,0	9.635,0	9.635,0	9.635,0
224	Krankenversicherung	1.232,0	1.042,9	1.042,9	1.050,4	1.050,4	1.050,4
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
226	Alterssicherung der Landwirte (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
227	Pflegeversicherung	--	--	--	--	--	--
229	Sonstige Sozialversicherungen	267.019,9	281.831,4	279.829,8	280.329,8	280.329,8	280.729,8

- 201 -

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
23	Familienhilfe, wohlfahrtspflege u.ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	50.130,9	44.031,4	44.087,3	44.087,3	44.087,3	44.087,3
231	Kindergeld, Kinderzuschlag	--	--	--	--	--	--
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	--	--	--	--	--	--
233	Wohngeld	37.250,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0	30.000,0
235	Soziale Einrichtungen	--	--	--	--	--	--
236	Förderung der wohlfahrtspflege	--	--	--	--	--	--
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	12.880,9	14.031,4	14.087,3	14.087,3	14.087,3	14.087,3
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	11.889,2	11.740,1	11.867,5	11.907,4	12.060,0	12.229,0
241	Kriegsopferversorgung -fürsorge und gleichartige Leistungen	2.716,1	2.469,9	2.597,3	2.637,2	2.789,8	2.958,8
243	Lastenausgleich	--	--	--	--	--	--
244	Wiedergutmachung	8.415,0	8.350,0	8.350,0	8.350,0	8.350,0	8.350,0
246	Vertriebene und Spätaussiedler	--	--	--	--	--	--
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	758,1	920,2	920,2	920,2	920,2	920,2
25	Arbeitsmarktpolitik	186.962,7	195.356,9	194.364,5	205.468,0	182.913,1	167.728,7
251	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	--	--	--	--	--	--
251	Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	--	--	--	--	--	--
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	123.000,0	140.700,0	140.700,0	129.300,0	129.300,0	129.300,0
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	55.487,7	54.656,9	53.664,5	76.168,0	53.613,1	38.428,7
259	Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	8.475,0	--	--	--	--	--
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	251,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	251,0	101,0	101,0	101,0	101,0	101,0

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
23	Familienhilfe, wohlfahrtspflege u.ä. (ohne Leistungen nach dem SGB VIII)	118.072,9	105.856,1	103.842,5	100.642,5	99.342,5	98.242,5
231	Kindergeld, Kinderzuschlag	--	--	--	--	--	--
232	Elterngeld, Erziehungsgeld und Mutterschutz	--	--	--	--	--	--
233	Wohngeld	74.500,0	60.000,0	60.000,0	60.000,0	60.000,0	60.000,0
235	Soziale Einrichtungen	12.010,7	12.084,4	10.300,5	7.100,5	5.800,5	4.700,5
236	Förderung der wohlfahrtspflege	4.147,8	4.397,8	4.147,8	4.147,8	4.147,8	4.147,8
237	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	27.414,4	29.373,9	29.394,2	29.394,2	29.394,2	29.394,2
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	22.514,3	22.928,1	23.496,2	24.025,1	24.718,7	25.483,3
241	Kriegsopferversorgung -fürsorge und gleichartige Leistungen	8.761,6	9.112,3	9.680,4	10.209,3	10.902,9	11.667,5
243	Lastenausgleich	--	--	--	--	--	--
244	Wiedergutmachung	13.023,3	12.925,3	12.925,3	12.925,3	12.925,3	12.925,3
246	Vertriebene und Spätaussiedler	--	--	--	--	--	--
249	Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	729,4	890,5	890,5	890,5	890,5	890,5
25	Arbeitsmarktpolitik	313.378,0	305.848,6	305.515,5	332.885,9	313.152,8	299.494,0
251	Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	--	--	--	--	--	--
251	Arbeitslosengeld II nach dem SGB II	--	--	--	--	--	--
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	121.940,2	139.400,0	139.400,0	128.000,0	128.000,0	128.000,0
253	Aktive Arbeitsmarktpolitik	41.866,3	46.795,1	46.462,0	74.763,4	55.030,3	41.371,5
259	Sonstige Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	149.571,5	119.653,5	119.653,5	130.122,5	130.122,5	130.122,5
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII (ohne Kindertagesbetreuung)	14.937,5	12.769,5	12.762,8	12.579,1	12.229,7	11.865,5
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	10.383,8	9.107,0	8.962,8	8.799,6	8.635,2	8.490,0

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
262	Jugendsozialarbeit	--	--	--	--	--	--
263	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	--	--	--	--	--	--
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	--	--	--	--	--	--
266	Weitere Aufgaben der Jugendhilfe	--	--	--	--	--	--
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	6.456,8	6.415,0	6.291,5	100,0	100,0	100,0
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	1.150,0	820,0	840,0	810,0	810,0	810,0
281	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
282	Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
283	Eingliederungshilfe nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
284	Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
285	Weitere Leistungen nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
286	Leistungen nach dem SGB XII - nur Flächenländer	905,0	570,0	570,0	540,0	540,0	540,0
287	Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz	245,0	250,0	270,0	270,0	270,0	270,0
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	12.374,5	32.799,4	56.394,3	78.709,0	78.709,0	78.709,0
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	62.764,7	61.019,1	57.705,7	53.597,2	43.071,3	42.672,2
31	Gesundheitswesen	39.629,1	38.054,1	35.778,3	33.678,5	23.244,9	22.844,9
311	Gesundheitsverwaltung	1.462,3	1.459,3	1.459,3	1.459,3	1.459,3	1.459,3
312	Krankenhäuser und Heilstätten	37.603,4	35.975,4	33.709,1	31.619,1	21.195,5	20.795,5
313	Arbeitsschutz	386,1	433,8	428,6	425,2	425,2	425,2
314	Gesundheitsschutz	177,3	185,6	181,3	174,9	164,9	164,9
32	Sport und Erholung	2.160,0	2.160,5	2.160,5	240,5	240,5	240,5
321	Park- und Gartenanlagen	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
262	Jugendsozialarbeit	--	--	--	--	--	--
263	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	958,4	809,0	944,0	944,0	759,0	759,0
265	Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen	2.064,9	2.215,0	2.215,0	2.215,0	2.215,0	2.215,0
266	Weitere Aufgaben der Jugendhilfe	1.530,4	638,5	641,0	620,5	620,5	401,5
27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	125.508,3	145.034,1	160.216,3	164.298,3	172.695,5	183.014,3
28	Soziale Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz	325.942,9	343.044,2	378.646,3	394.299,6	396.712,9	399.076,4
281	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
282	Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII	11.300,0	29.496,2	51.452,3	71.827,5	71.827,5	71.827,5
283	Eingliederungshilfe nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
284	Hilfen zur Pflege nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
285	Weitere Leistungen nach dem SGB XII	--	--	--	--	--	--
286	Leistungen nach dem SGB XII - nur Flächenländer	286.158,4	270.417,8	279.453,1	274.731,2	277.144,5	279.508,0
287	Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz	28.484,5	43.130,2	47.740,9	47.740,9	47.740,9	47.740,9
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	25.445,6	30.356,5	30.514,9	29.970,7	29.941,1	29.901,7
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	215.179,8	216.732,9	212.154,1	198.639,9	195.332,7	194.090,1
31	Gesundheitswesen	128.214,3	123.551,9	118.438,2	113.364,7	110.227,2	109.034,2
311	Gesundheitsverwaltung	26.610,1	27.962,7	28.032,0	28.172,0	28.143,8	27.928,3
312	Krankenhäuser und Heilstätten	96.032,2	90.037,5	84.832,4	79.870,4	76.870,4	75.870,4
313	Arbeitsschutz	267,5	219,8	242,9	240,7	249,4	268,2
314	Gesundheitsschutz	5.304,5	5.331,9	5.330,9	5.081,6	4.963,6	4.967,3
32	Sport und Erholung	12.453,6	12.728,6	12.703,6	10.629,4	10.464,8	10.425,2
321	Park- und Gartenanlagen	--	--	--	--	--	--

- 205 -

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funktion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
322	Sport	2.160,0	2.160,5	2.160,5	240,5	240,5	240,5
33	Umwelt- und Naturschutz	16.617,6	16.406,5	15.473,9	15.385,2	15.292,9	15.293,8
331	Umwelt- und Naturschutzverwaltung	4.277,4	3.297,8	2.365,2	2.276,5	2.184,2	2.185,1
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	12.340,2	13.108,7	13.108,7	13.108,7	13.108,7	13.108,7
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	4.358,0	4.398,0	4.293,0	4.293,0	4.293,0	4.293,0
341	Verwaltung für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	--	--	--	--	--	--
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	4.358,0	4.398,0	4.293,0	4.293,0	4.293,0	4.293,0
4	Wohnungswesen, Raumordnung, Städtebau und kommunale Gemeinschaftsdienste	138.514,3	126.633,4	122.679,1	129.863,2	126.597,6	123.312,7
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	95.814,1	94.408,1	93.972,0	105.156,0	105.439,7	105.592,7
411	Förderung des Wohnungsbaus	95.814,1	94.408,1	93.972,0	105.156,0	105.439,7	105.592,7
412	Wohnungsbauprämie/Vermögensbildung (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
419	Sonstiges Wohnungswesen	--	--	--	--	--	--
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	42.700,2	32.225,3	28.707,1	24.707,2	21.157,9	17.720,0
421	Geoinformation	468,5	461,0	459,0	457,0	457,0	457,0
422	Raumordnung und Landesplanung	310,7	235,7	235,7	310,7	310,7	310,7
423	Städtebauförderung	41.921,0	31.528,6	28.012,4	23.939,5	20.390,2	16.952,3
43	Komm. Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbel., Abwasserents. u. Abfallwirtsch.)	--	--	--	--	--	--
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	192.925,1	189.172,8	194.690,3	179.713,1	164.592,6	147.530,2
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	7.197,0	5.801,6	5.804,6	5.795,6	5.830,6	5.798,6

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funkt- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
322	Sport	12.453,6	12.728,6	12.703,6	10.629,4	10.464,8	10.425,2
33	Umwelt- und Naturschutz	70.632,4	76.532,9	77.097,8	70.731,3	70.726,2	70.716,2
331	Umwelt- und Naturschutzverwaltung	52.774,5	52.710,8	53.220,7	52.321,8	52.361,7	52.343,7
332	Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes	17.857,9	23.822,1	23.877,1	18.409,5	18.364,5	18.372,5
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	3.879,5	3.919,5	3.914,5	3.914,5	3.914,5	3.914,5
341	Verwaltung für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	--	--	--	--	--	--
342	Maßnahmen der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes	3.879,5	3.919,5	3.914,5	3.914,5	3.914,5	3.914,5
4	Wohnungswesen, Raumordnung, Städtebau und kommunale Gemeinschaftsdienste	133.399,2	122.556,7	113.630,4	112.656,3	104.662,5	95.524,7
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	22.646,4	22.456,0	21.571,0	32.783,8	33.101,8	33.052,8
411	Förderung des Wohnungsbaus	22.430,6	22.271,0	21.421,0	32.598,0	32.951,0	32.862,0
412	Wohnungsbauprämie/Vermögensbildung (nur Bund)	--	--	--	--	--	--
419	Sonstiges Wohnungswesen	215,8	185,0	150,0	185,8	150,8	190,8
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	110.752,8	100.100,7	92.059,4	79.872,5	71.560,7	62.471,9
421	Geoinformation	19.113,3	19.145,7	19.527,8	19.398,0	19.738,0	19.358,0
422	Raumordnung und Landesplanung	3.107,6	3.226,1	3.201,0	3.375,6	3.187,6	3.146,0
423	Städtebauförderung	88.531,9	77.728,9	69.330,6	57.098,9	48.635,1	39.967,9
43	Komm. Gemeinschaftsdienste (ohne Straßenbel., Abwasserents. u. Abfallwirtsch.)	--	--	--	--	--	--
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	301.404,5	290.540,9	292.405,1	271.819,2	258.356,0	235.973,3
51	Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ohne Betriebsverwaltung)	42.469,0	41.802,2	43.454,9	43.652,0	45.386,3	42.787,7

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
511	Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft	7.197,0	5.801,6	5.804,6	5.795,6	5.830,6	5.798,6
512	Forst-, Jagd- und Fischereiverwaltung	--	--	--	--	--	--
52	Landwirtschaft und Ernährung	169.856,4	168.102,8	173.922,8	164.770,7	150.724,3	134.598,0
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	167.881,0	166.075,8	171.933,2	163.748,2	149.721,7	133.595,4
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	151,7	188,2	188,2	188,2	188,2	188,2
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	1.823,7	1.838,8	1.801,4	834,3	814,4	814,4
53	Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	15.871,7	15.268,4	14.962,9	9.146,8	8.037,7	7.133,6
531	Forstwirtschaft und Jagd	6.053,9	6.045,7	5.744,1	1.545,3	1.305,3	1.270,3
532	Fischerei	9.817,8	9.222,7	9.218,8	7.601,5	6.732,4	5.863,3
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	375.194,8	326.022,3	317.854,3	245.501,1	223.496,2	202.569,5
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1.621,3	1.370,3	1.370,3	1.370,3	1.370,3	1.369,3
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	21.608,9	21.212,5	22.590,0	22.712,9	20.512,9	19.442,4
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	7.817,9	7.521,5	7.699,0	7.721,9	7.721,9	6.551,4
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	--	--	--	--	--	--
625	Küstenschutz	13.791,0	13.691,0	14.891,0	14.991,0	12.791,0	12.891,0
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	--	--	--	--	--	--
631	Kohlenbergbau	--	--	--	--	--	--
632	Sonstiger Bergbau	--	--	--	--	--	--
634	Verarbeitende Industrie	--	--	--	--	--	--
635	Handwerk und Kleingewerbe	--	--	--	--	--	--
638	Baugewerbe	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
511	Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft	41.823,3	41.135,2	42.677,6	42.675,3	44.272,0	41.457,4
512	Forst-, Jagd- und Fischereiverwaltung	645,7	667,0	777,3	976,7	1.114,3	1.330,3
52	Landwirtschaft und Ernährung	203.210,7	198.632,4	200.451,9	187.915,3	174.569,7	157.078,9
521	Agrarstruktur und ländlicher Raum	193.194,2	187.032,6	191.121,1	178.870,6	166.199,4	149.428,3
522	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	1.549,9	1.443,8	1.479,4	1.483,4	1.509,8	1.483,4
523	Landwirtschaftliche Produktion, Tiergesundheit und Ernährung	8.466,6	10.156,0	7.851,4	7.561,3	6.860,5	6.167,2
53	Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	55.724,8	50.106,3	48.498,3	40.251,9	38.400,0	36.106,7
531	Forstwirtschaft und Jagd	43.992,0	38.681,8	36.731,7	31.267,2	30.481,2	29.253,8
532	Fischerei	11.732,8	11.424,5	11.766,6	8.984,7	7.918,8	6.852,9
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	346.590,0	345.376,5	336.586,9	312.267,6	296.001,4	282.035,0
61	Verwaltung für Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	9.442,6	10.097,7	10.276,8	10.576,9	10.959,3	11.475,3
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	37.649,4	37.002,2	39.012,3	39.224,0	36.081,1	35.053,5
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	17.799,5	17.295,1	17.591,0	17.659,8	17.659,8	16.489,3
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	--	--	--	--	--	--
625	Küstenschutz	19.849,9	19.707,1	21.421,3	21.564,2	18.421,3	18.564,2
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	25,0	2.276,0	2.826,0	26,0	26,0	26,0
631	Kohlenbergbau	--	--	--	--	--	--
632	Sonstiger Bergbau	--	--	--	--	--	--
634	Verarbeitende Industrie	--	2.250,0	2.800,0	--	--	--
635	Handwerk und Kleingewerbe	25,0	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
638	Baugewerbe	--	--	--	--	--	--

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	--	--	--	--	--	--
641	Kernenergie	--	--	--	--	--	--
642	Erneuerbare Energieformen	--	--	--	--	--	--
643	Elektrizitätsversorgung	--	--	--	--	--	--
644	Wasserversorgung	--	--	--	--	--	--
645	Abwasserentsorgung	--	--	--	--	--	--
646	Abfallwirtschaft	--	--	--	--	--	--
647	Straßenreinigung	--	--	--	--	--	--
649	Sonstige Energie- und Wasserversorgung	--	--	--	--	--	--
65	Handel und Tourismus	7.110,4	7.110,4	7.110,4	--	--	--
651	Handel	--	--	--	--	--	--
652	Tourismus	7.110,4	7.110,4	7.110,4	--	--	--
66	Geld- und Versicherungswesen	--	--	--	--	--	--
661	Banken und Kreditinstitute	--	--	--	--	--	--
669	Sonstiges Geld- und Versicherungswesen	--	--	--	--	--	--
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	23.633,7	30.110,4	30.038,6	27.139,4	27.201,4	27.213,4
69	Regionale Fördermaßnahmen	321.220,5	266.218,7	256.745,0	194.278,5	174.411,6	154.544,4
691	Betriebliche Investitionen	72.601,8	66.160,2	63.292,0	59.342,6	59.342,6	59.342,6
692	Verbesserung der Infrastruktur	240.478,7	192.918,5	186.313,0	133.935,9	114.069,0	94.201,8
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	8.140,0	7.140,0	7.140,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	293.768,0	295.979,4	299.626,8	303.201,3	307.413,5	311.102,8
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	4.650,0	3.635,2	3.595,9	3.589,0	3.594,0	3.594,0
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	4.636,0	3.625,2	3.585,9	3.579,0	3.584,0	3.584,0

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	3.571,5	2.071,5	2.071,0	--	--	--
641	Kernenergie	--	--	--	--	--	--
642	Erneuerbare Energieformen	3.571,5	2.071,5	2.071,0	--	--	--
643	Elektrizitätsversorgung	--	--	--	--	--	--
644	Wasserversorgung	--	--	--	--	--	--
645	Abwasserentsorgung	--	--	--	--	--	--
646	Abfallwirtschaft	--	--	--	--	--	--
647	Straßenreinigung	--	--	--	--	--	--
649	Sonstige Energie- und Wasserversorgung	--	--	--	--	--	--
65	Handel und Tourismus	12.980,4	17.830,4	17.830,7	1.470,0	1.470,0	1.470,0
651	Handel	5.170,0	10.020,0	10.020,3	770,0	770,0	770,0
652	Tourismus	7.810,4	7.810,4	7.810,4	700,0	700,0	700,0
66	Geld- und Versicherungswesen	--	--	--	--	--	--
661	Banken und Kreditinstitute	--	--	--	--	--	--
669	Sonstiges Geld- und Versicherungswesen	--	--	--	--	--	--
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	31.927,0	54.903,0	54.903,0	34.927,0	34.927,0	34.927,0
69	Regionale Fördermaßnahmen	250.994,1	221.195,7	209.667,1	226.043,7	212.538,0	199.083,2
691	Betriebliche Investitionen	131.963,2	120.928,6	121.490,9	70.811,1	70.811,1	70.811,1
692	Verbesserung der Infrastruktur	104.851,1	79.988,0	67.653,1	127.390,7	114.244,0	101.137,0
693	Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur	14.179,8	20.279,1	20.523,1	27.841,9	27.482,9	27.135,1
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	442.567,1	456.082,5	464.204,5	461.699,1	459.864,8	456.396,0
71	Verwaltung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens	37.783,3	40.243,9	42.791,8	43.896,8	43.784,9	42.414,5
711	Verwaltung für Straßen- und Brückenbau	37.588,3	40.053,9	42.791,8	43.896,8	43.784,9	42.414,5

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
712	Verwaltung für Wasserstraßen und Häfen	--	--	--	--	--	--
719	Sonstige Verkehrs- und Nachrichtenverwaltung	14,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
72	Straßen	36.623,2	36.334,6	36.487,8	36.487,8	37.056,2	37.056,2
721	Bundesautobahnen	--	--	--	--	--	--
722	Bundesstraßen	15.866,9	15.951,6	16.081,2	16.081,2	16.562,0	16.562,0
723	Landesstraßen	--	--	--	--	--	--
724	Kreisstraßen	3.277,8	2.904,5	2.928,1	2.928,1	3.015,7	3.015,7
725	Gemeindestraßen	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
726	Straßenbeleuchtung	--	--	--	--	--	--
729	Sonstiger Straßenverkehr	--	--	--	--	--	--
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	2.556,0	2.584,0	2.583,0	2.583,0	2.583,0	2.583,0
731	Wasserstraßen und Häfen	2.556,0	2.583,0	2.583,0	2.583,0	2.583,0	2.583,0
732	Förderung der Schifffahrt	--	1,0	--	--	--	--
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	249.211,3	252.687,3	256.215,4	259.796,4	263.431,2	267.120,5
741	Öffentlicher Personennahverkehr	249.211,3	252.687,3	256.215,4	259.796,4	263.431,2	267.120,5
742	Eisenbahnen	--	--	--	--	--	--
75	Luftfahrt	502,5	738,3	744,7	745,1	749,1	749,1
77	Nachrichtenwesen	225,0	--	--	--	--	--
771	Post und Telekommunikation	225,0	--	--	--	--	--
772	Rundfunk und Fernsehen	--	--	--	--	--	--
79	Sonstiges Verkehrswesen	--	--	--	--	--	--
8	Finanzwirtschaft	5.345.829,1	5.567.650,3	5.526.128,8	5.572.077,7	5.600.946,3	5.626.810,9

Funktionenübersicht

Ausgaben

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
712	Verwaltung für Wasserstraßen und Häfen	195,0	190,0	--	--	--	--
719	Sonstige Verkehrs- und Nachrichtenverwaltung	--	--	--	--	--	--
72	Straßen	128.179,4	132.509,9	137.796,7	132.901,4	127.903,2	121.850,5
721	Bundesautobahnen	2.200,0	6.960,0	12.490,0	12.440,0	12.390,0	12.280,0
722	Bundesstraßen	56.908,0	56.199,7	56.488,7	52.813,7	52.010,1	50.135,1
723	Landesstraßen	51.125,0	51.273,7	50.723,7	49.553,4	45.408,8	41.341,1
724	Kreisstraßen	--	--	--	--	--	--
725	Gemeindestraßen	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5	17.478,5
726	Straßenbeleuchtung	--	--	--	--	--	--
729	Sonstiger Straßenverkehr	467,9	598,0	615,8	615,8	615,8	615,8
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	6.168,3	10.134,5	6.877,3	5.520,8	5.170,8	5.530,8
731	Wasserstraßen und Häfen	6.168,3	10.133,3	6.877,3	5.520,8	5.170,8	5.530,8
732	Förderung der Schifffahrt	--	1,2	--	--	--	--
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	268.181,3	271.722,3	275.265,4	278.011,4	281.651,2	285.345,5
741	Öffentlicher Personennahverkehr	268.041,3	271.517,3	275.055,4	277.796,4	281.431,2	285.120,5
742	Eisenbahnen	140,0	205,0	210,0	215,0	220,0	225,0
75	Luftfahrt	738,3	1.462,9	1.464,3	1.359,7	1.345,7	1.245,7
77	Nachrichtenwesen	1.500,0	--	--	--	--	--
771	Post und Telekommunikation	1.500,0	--	--	--	--	--
772	Rundfunk und Fernsehen	--	--	--	--	--	--
79	Sonstiges Verkehrswesen	16,5	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
8	Finanzwirtschaft	1.615.652,8	1.679.686,5	1.550.439,2	1.592.178,2	1.616.177,9	1.636.217,9

- 213 -

Funktionenübersicht

Einnahmen

Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	13.059,9	15.316,1	13.626,5	14.746,3	14.113,7	13.548,4
811	Grundvermögen	12.859,9	13.500,0	13.400,0	13.100,0	12.900,0	12.900,0
812	Kapitalvermögen	200,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
813	Sondervermögen	--	1.794,1	204,5	1.624,3	1.191,7	626,4
82	Steuern und Finanzaufwendungen	5.096.516,2	5.388.552,2	5.480.732,2	5.535.035,4	5.562.074,6	5.583.967,6
83	Schulden	--	--	--	--	--	--
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	727,1	790,2	797,1	807,0	800,4	820,3
85	Rücklagen	234.176,1	158.562,6	24.440,0	13.014,4	15.483,0	20.000,0
86	Sonstiges	--	--	--	--	--	--
87	Abwicklung der Vorjahre	--	--	--	--	--	--
88	Globalposten	--	--	--	--	--	--
89	Hausaltstechnische Verrechnungen	1.349,8	4.429,2	6.533,0	8.474,6	8.474,6	8.474,6
	Gesamteinnahmen	7.011.831,4	7.217.346,2	7.179.674,5	7.184.461,9	7.149.933,4	7.112.994,4

Funktionenübersicht

Ausgaben

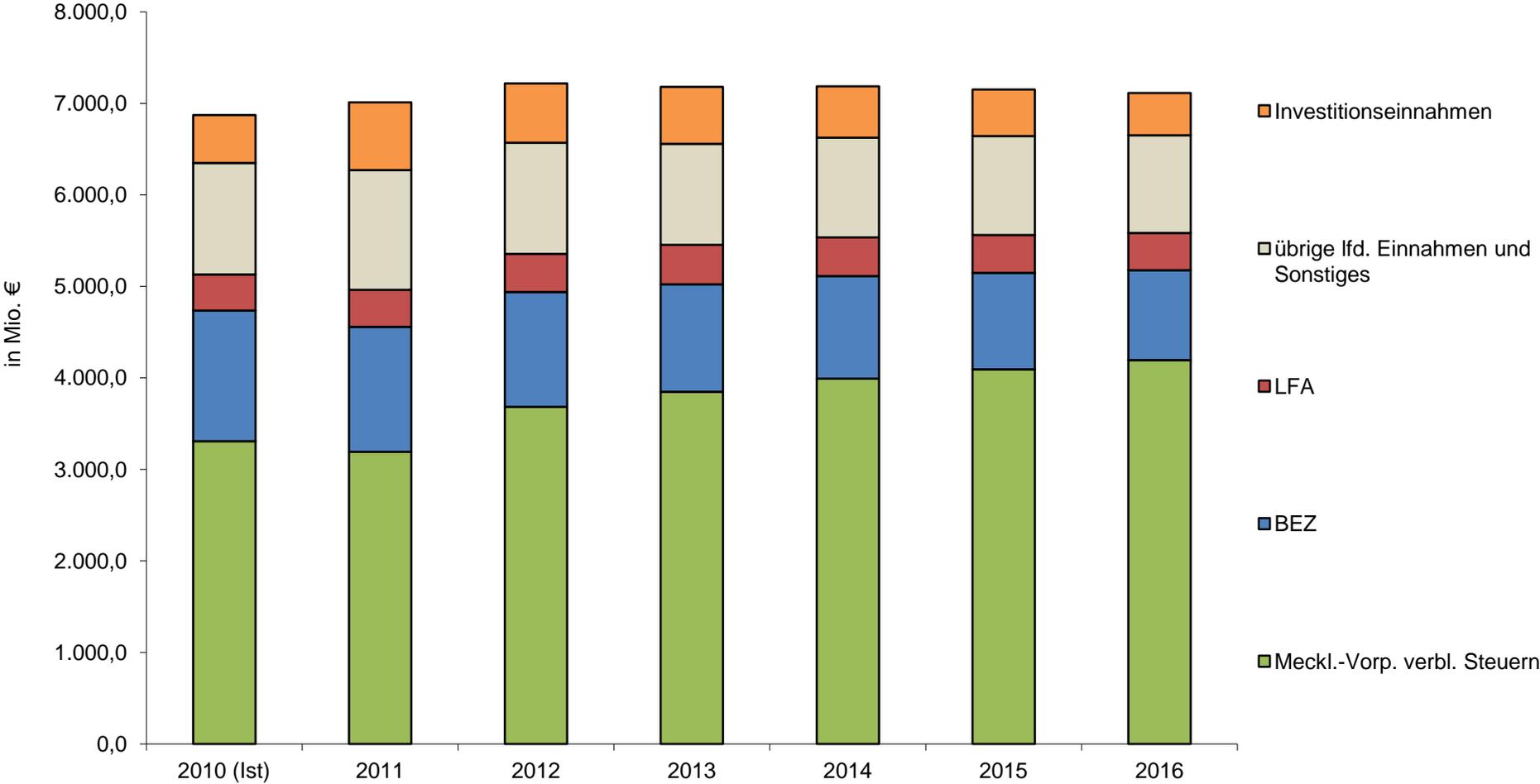
Funk- tion	Funktion / Aufgabenbereiche	F i n a n z p l a n					
		2011	2012	2013	2014	2015	2016
1	2	3	4	3	4	5	6
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2.684,0	2.888,8	36.768,8	35.226,2	36.514,6	35.847,7
811	Grundvermögen	--	--	--	--	--	--
812	Kapitalvermögen	--	120,0	--	--	--	--
813	Sondervermögen	2.684,0	2.768,8	36.768,8	35.226,2	36.514,6	35.847,7
82	Steuern und Finanzaufwendungen	1.073.734,6	1.226.014,7	1.055.965,8	1.046.207,5	1.035.263,8	1.024.256,0
83	Schulden	449.558,6	396.740,0	402.440,0	419.540,0	429.140,0	440.040,0
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	16.967,0	19.570,0	20.105,5	20.643,9	21.185,4	21.730,7
85	Rücklagen	9.523,6	11.862,5	14.680,1	19.528,3	26.367,3	33.441,9
86	Sonstiges	25.000,0	20.000,0	15.000,0	10.000,0	7.500,0	5.000,0
87	Abwicklung der Vorjahre	--	--	--	--	--	--
88	Globalposten	36.835,2	-1.818,7	-1.054,0	32.557,7	51.732,2	67.427,0
89	Hausaltstechnische Verrechnungen	1.349,8	4.429,2	6.533,0	8.474,6	8.474,6	8.474,6
	Gesamtausgaben	7.011.831,4	7.217.346,2	7.179.674,5	7.184.461,9	7.149.933,4	7.112.994,4

Anlage 15

Grafiken

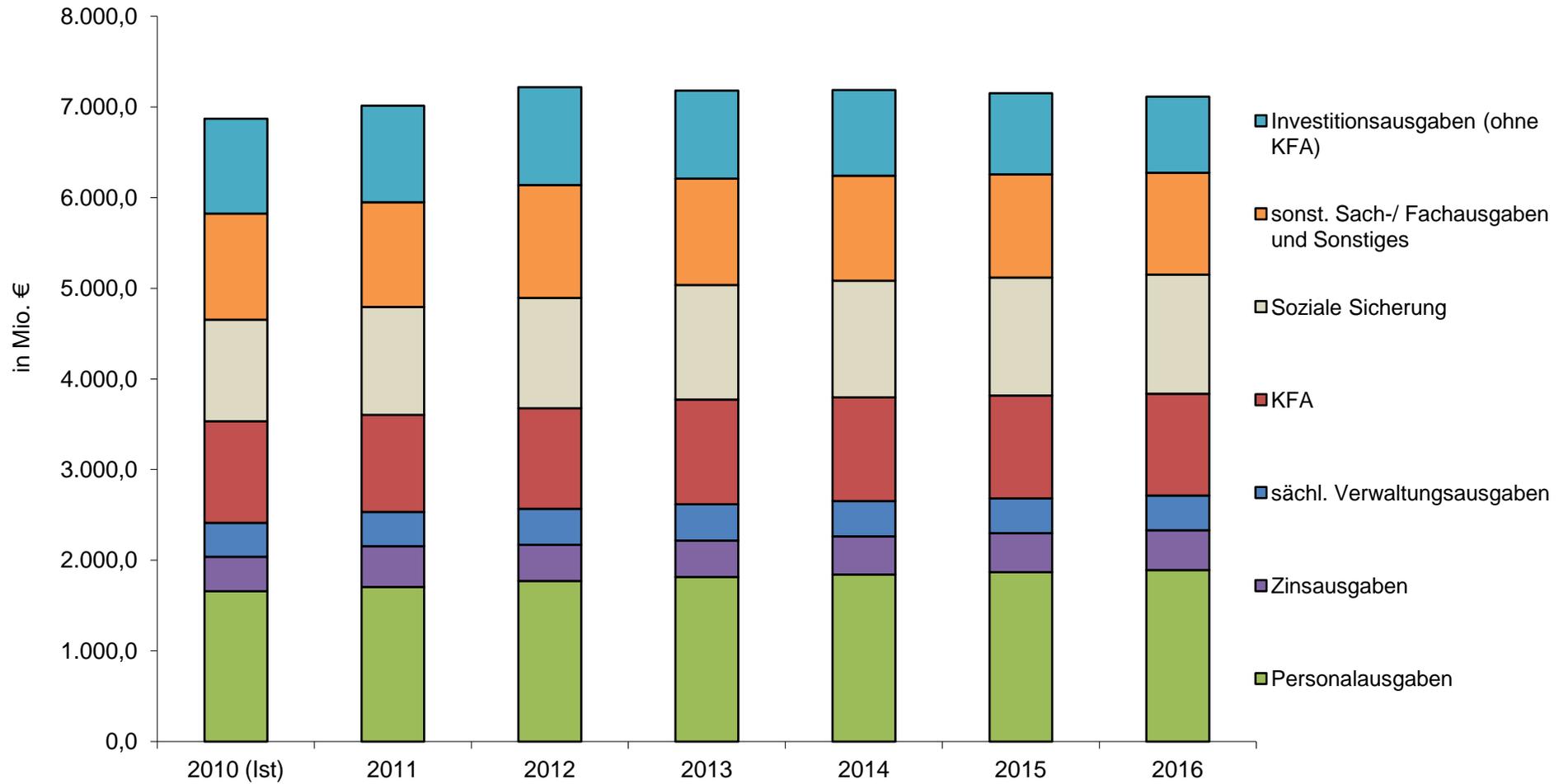
Struktur der Einnahmen

(Finanzplanung 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016)

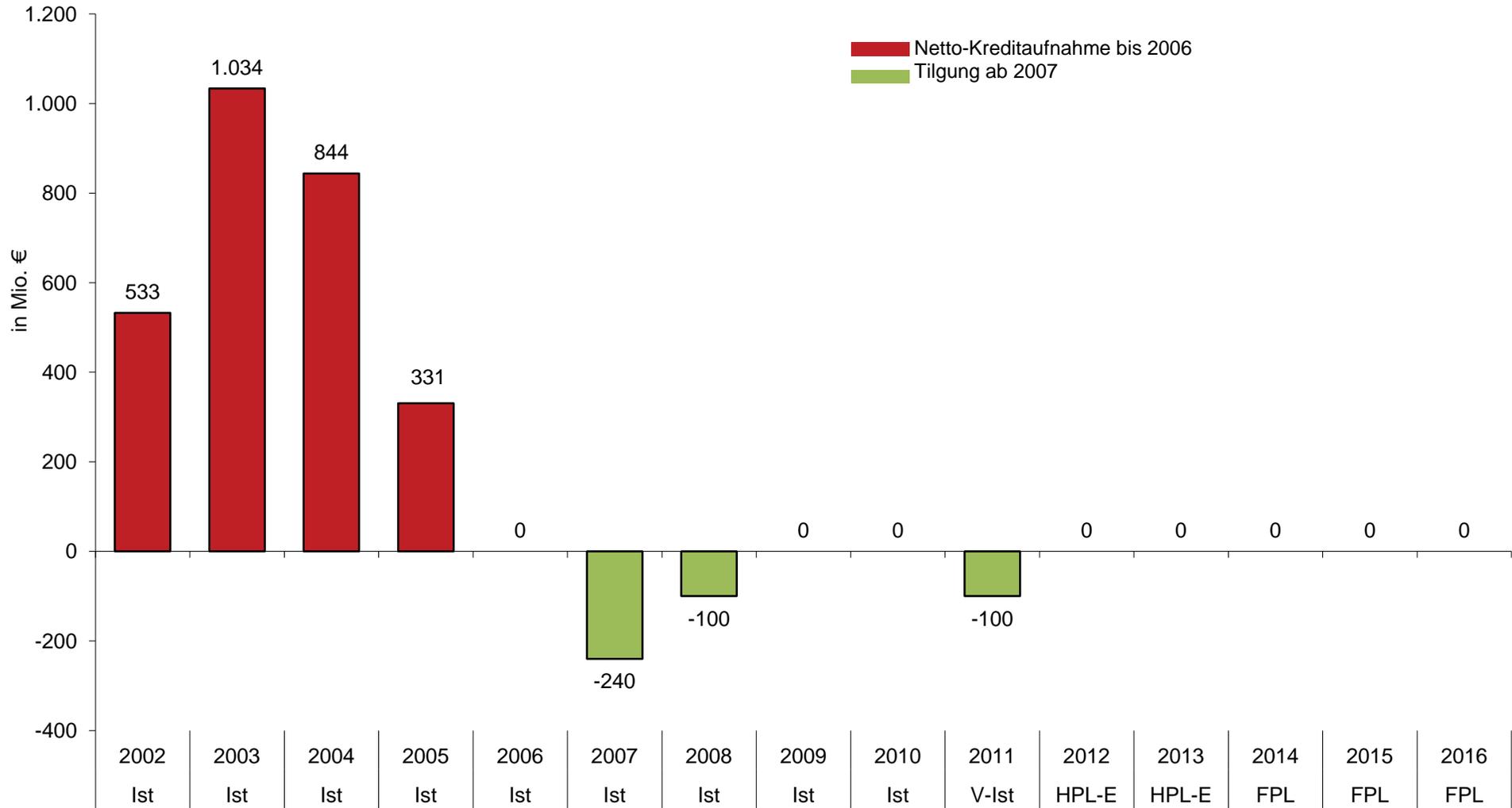


Struktur der Ausgaben

(Finanzplanung 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016)

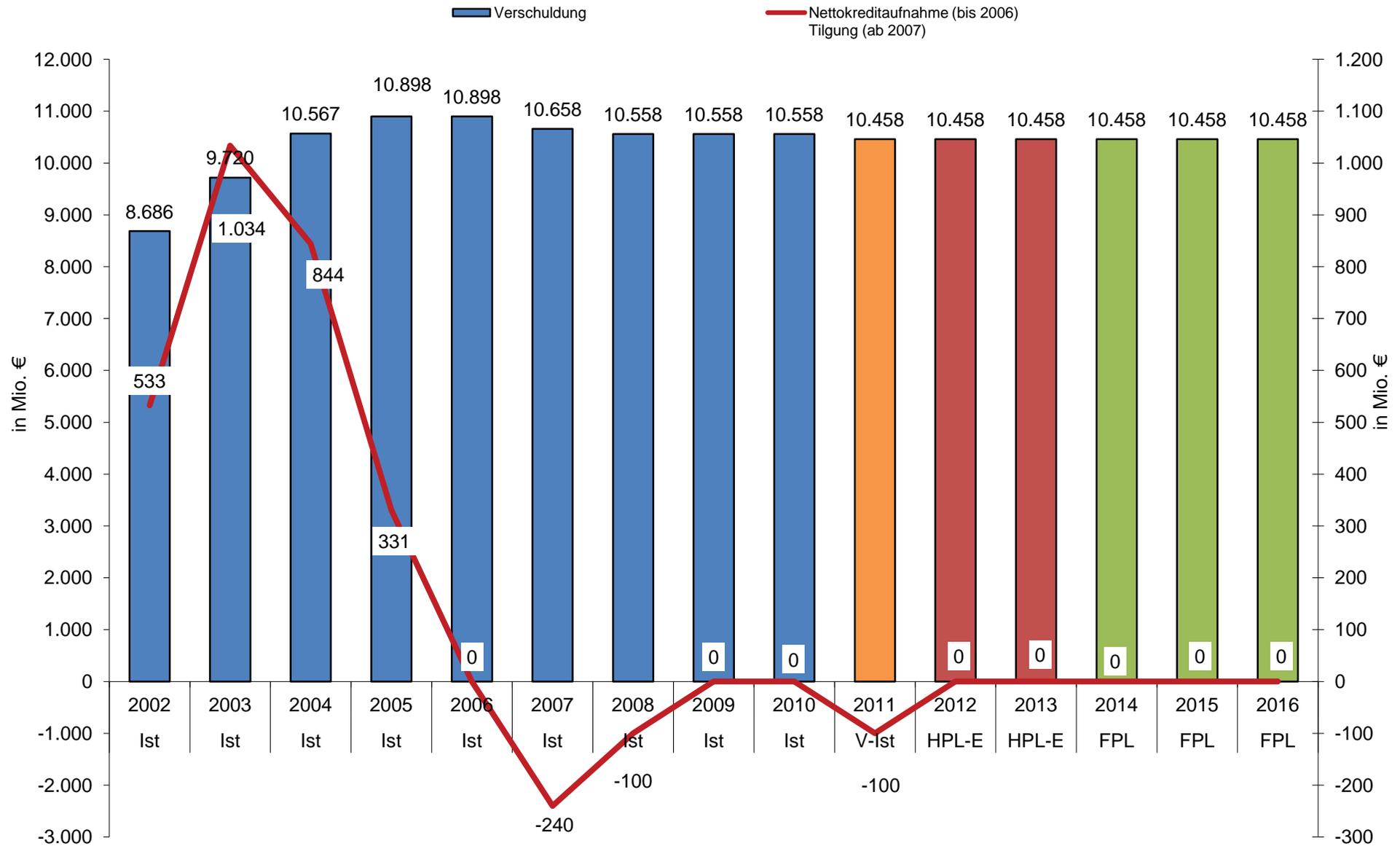


Netto-Kreditaufnahme und Netto-Tilgungen im Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern

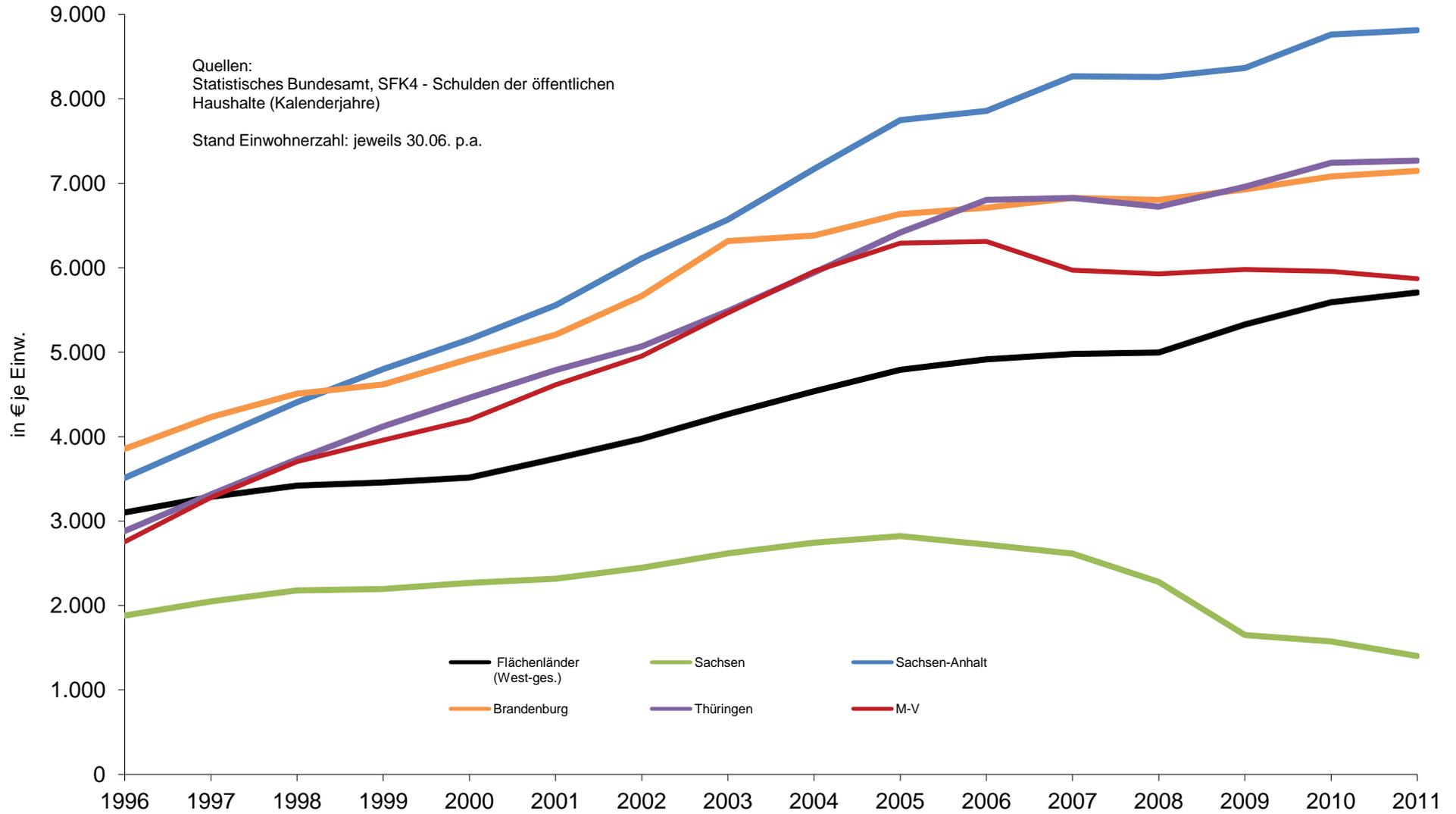


- 220 -

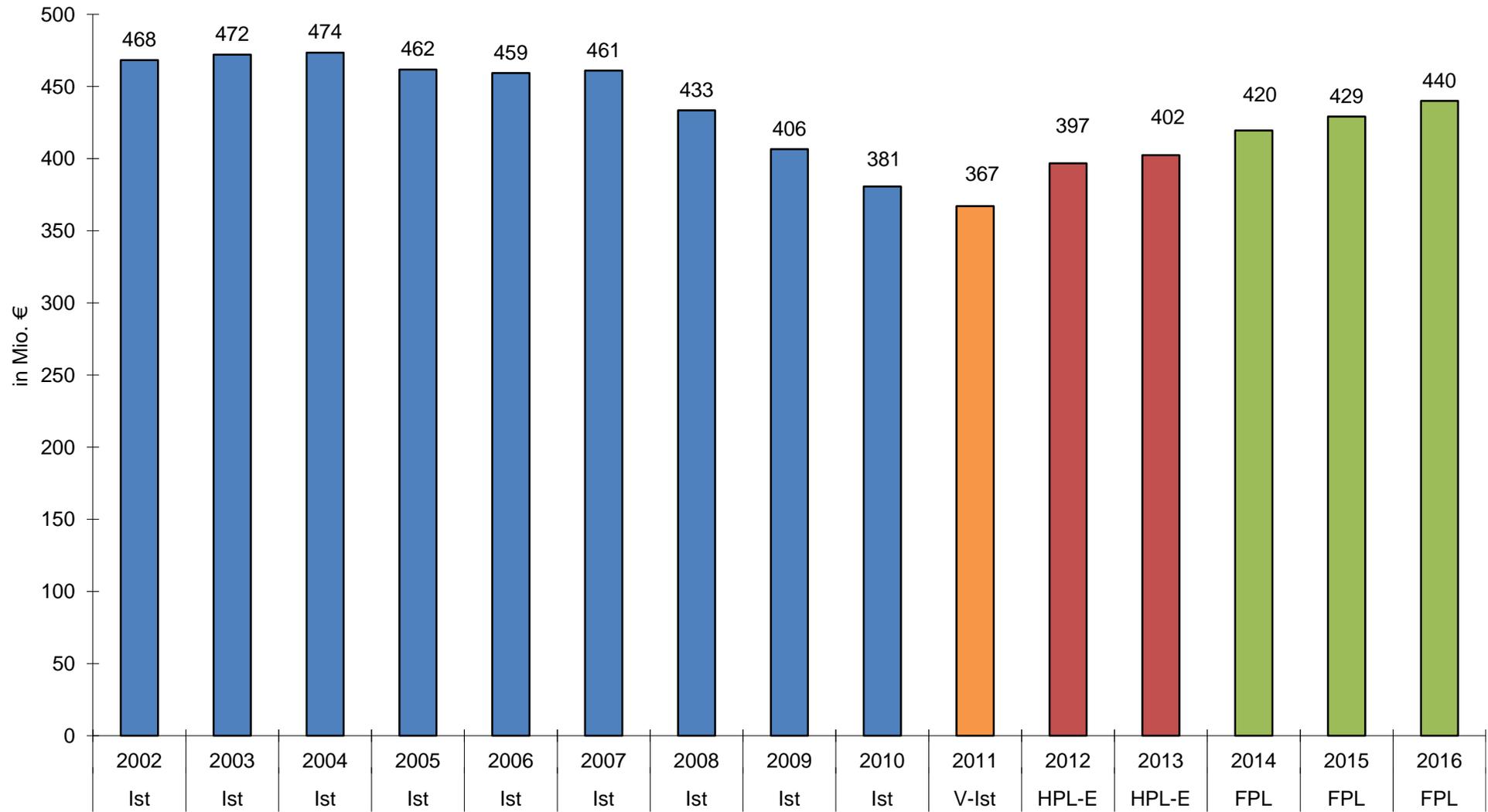
Netto-Kreditaufnahme/ Netto-Tilgungen und Verschuldung



Entwicklung des Pro-Kopf-Schuldenstandes

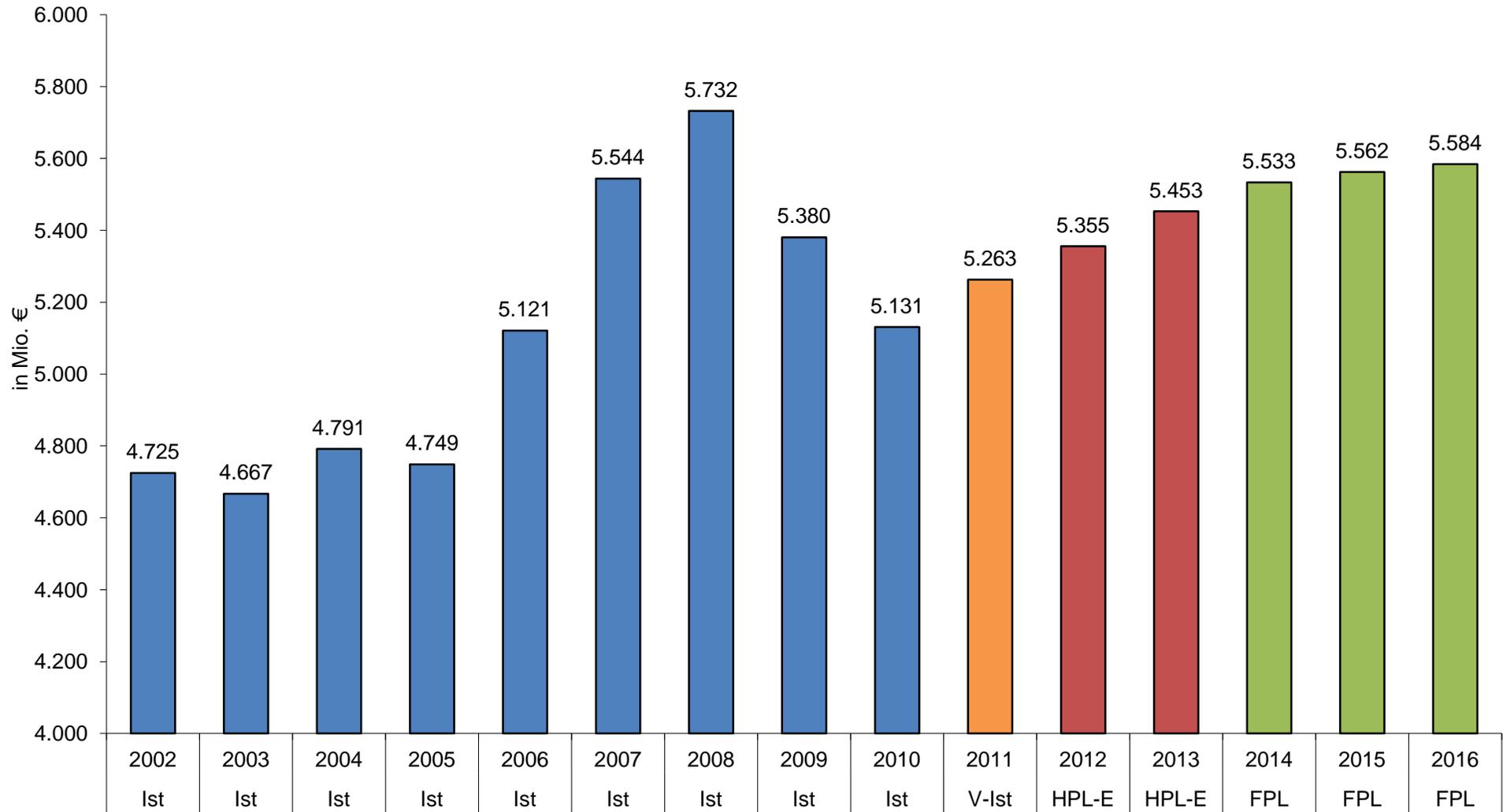


Entwicklung der Zinsausgaben 2002 bis 2016

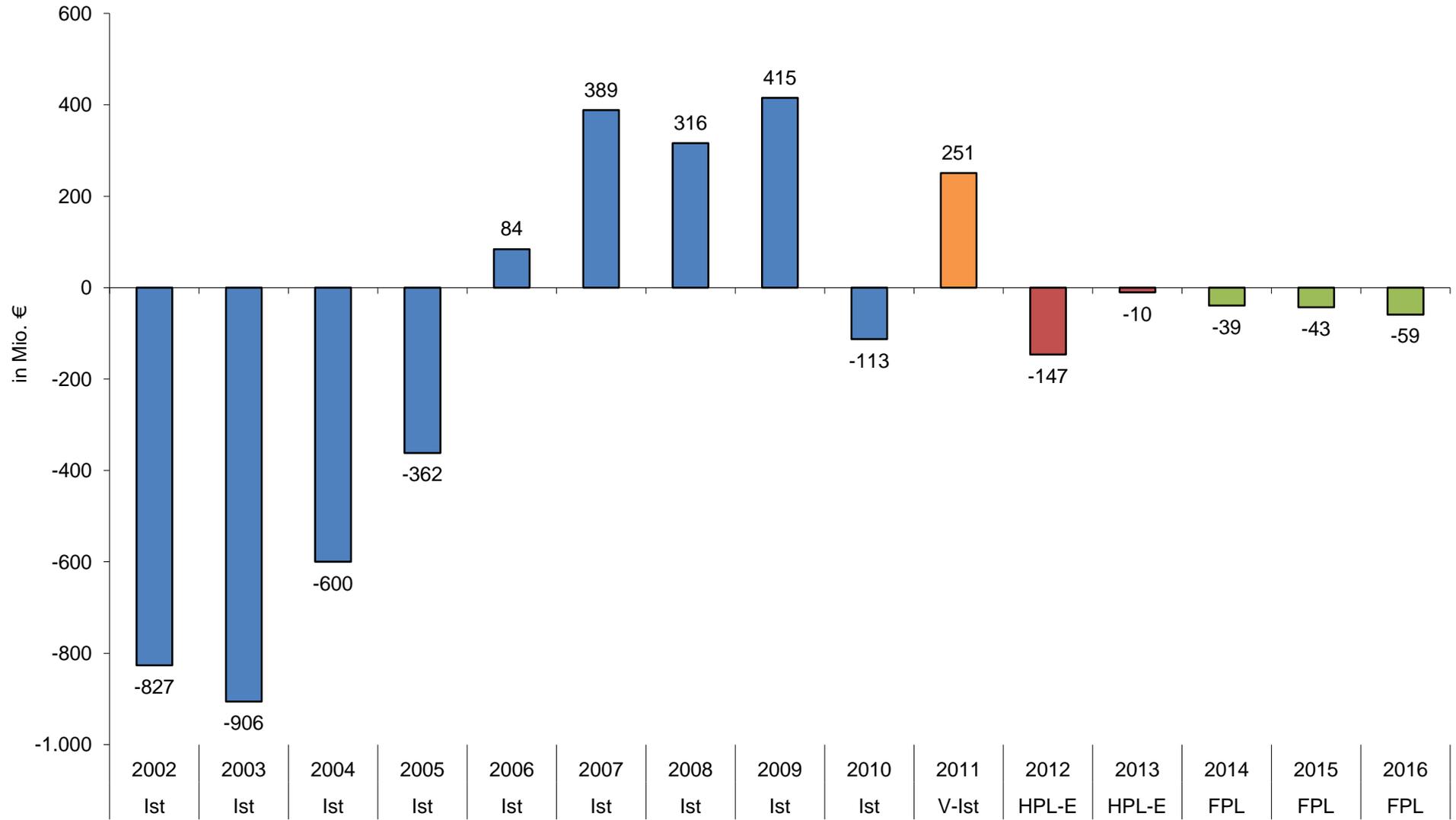


Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, LFA, BEZ* 2002 bis 2016

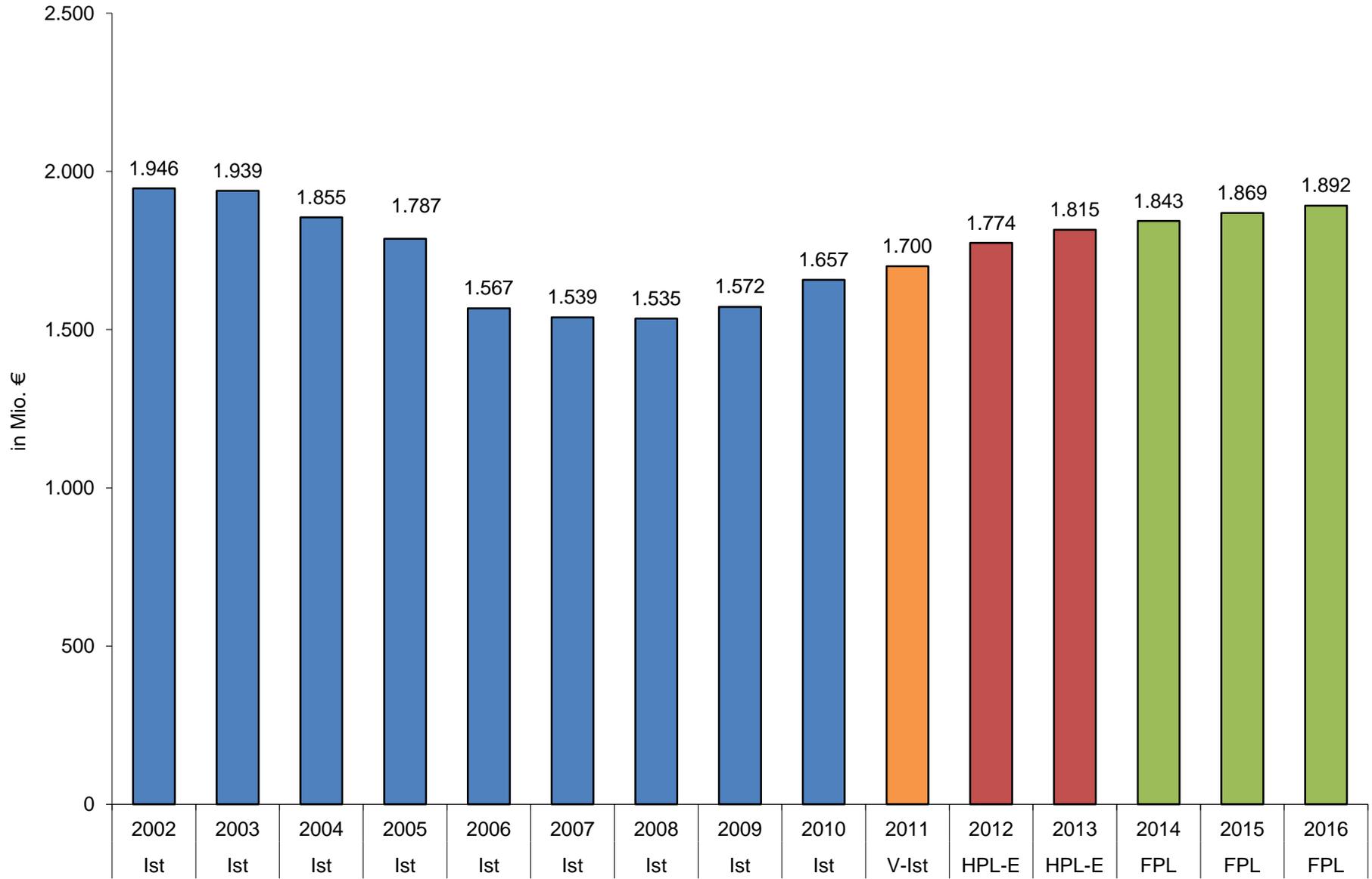
(* ab 2005 mit SoBEZ Hartz IV)



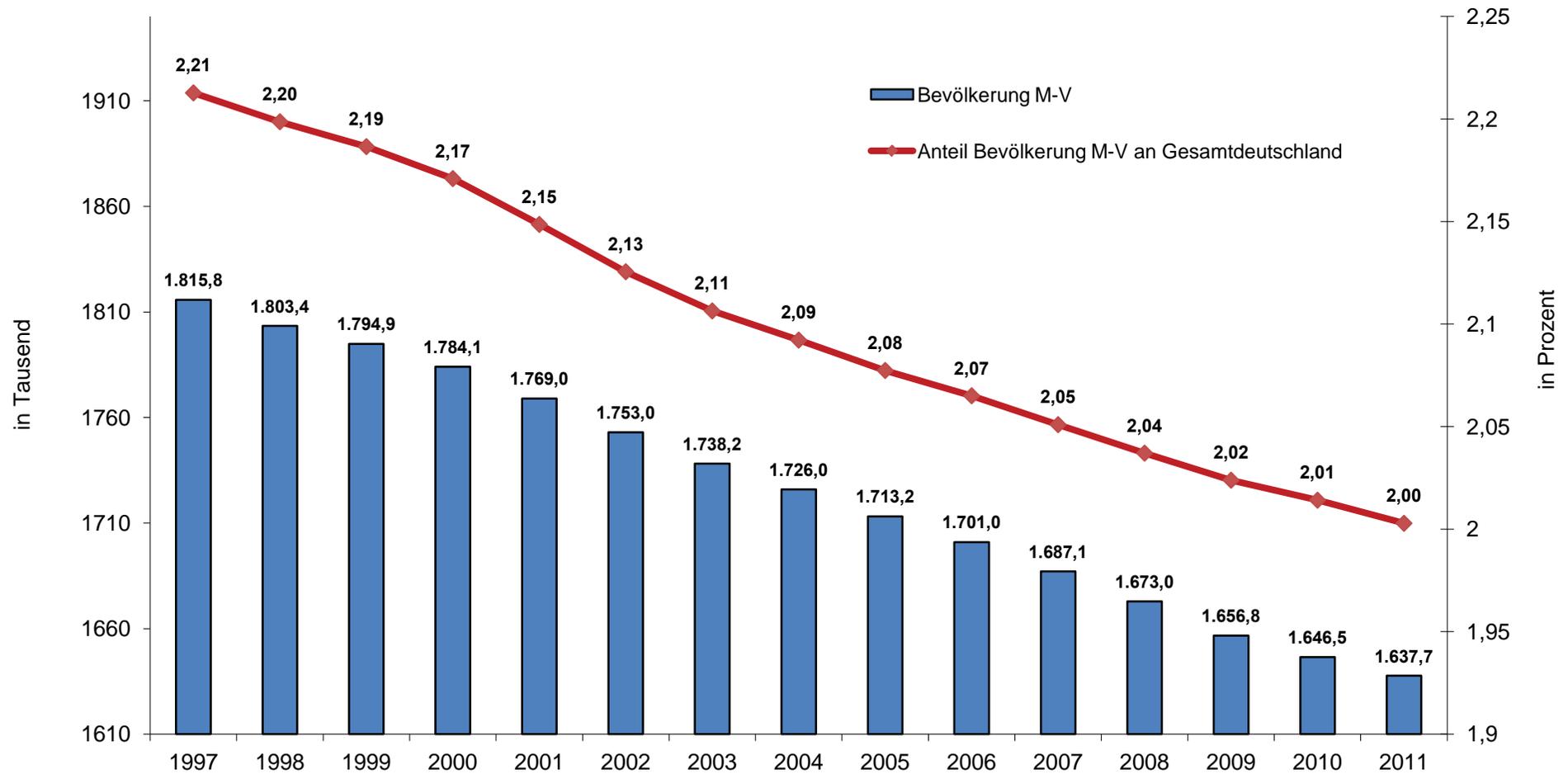
Entwicklung des Finanzierungssaldos 2002 bis 2016



Entwicklung der Personalausgaben 2002 bis 2016



Stand der Bevölkerung von Mecklenburg-Vorpommern und Anteil an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik jeweils zum 30.06.



Anlage 16

Gesamtübersicht der Einnahmen und
Ausgaben seit 2002

Gesamtübersicht 2002 bis 2016

	Einnahmeart / Ausgabeart	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	V-Ist 2011	HPL 2011	HPL-E 2012	HPL-E 2013	FPL 2014	FPL 2015	FPL 2016
1	2	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
0	Haushaltsvolumen (Soll)	7.148,0	7.358,0	7.289,3	7.123,2	7.013,2	6.973,9	7.137,9	7.035,5	7.070,6	7.011,8	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9	7.113,0
	Einnahmen																
1	Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen	4.724,7	4.666,9	4.791,5	4.749,0	5.120,7	5.543,5	5.732,0	5.380,5	5.131,0	5.262,9	4.963,2	5.355,5	5.452,7	5.533,5	5.562,1	5.584,0
2	davon: - Mecklenburg-Vorpommern verbleibende Steuern	2.915,5	2.933,2	3.005,5	2.869,1	3.182,2	3.538,1	3.708,5	3.453,6	3.309,0	3.508,6	3.192,1	3.683,2	3.848,8	3.990,1	4.093,1	4.195,8
3	- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	393,8	368,6	416,7	417,9	467,1	525,8	550,5	476,5	394,3	389,9	404,0	418,0	429,0	420,0	414,0	407,0
	- Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen	1.415,5	1.365,1	1.369,3	1.462,0	1.471,4	1.479,6	1.473,0	1.450,3	1.427,7	1.364,4	1.367,1	1.254,3	1.174,9	1.123,4	1.055,0	981,2
5	Übrige laufende Einnahmen	980,3	985,7	1.023,5	1.162,7	1.119,0	1.041,4	1.000,4	1.002,5	1.070,0	1.235,2	1.075,6	1.058,1	1.080,8	1.079,4	1.070,0	1.059,0
6	davon: - Verwaltungseinnahmen	340,1	355,2	394,9	352,7	360,2	316,0	298,1	338,9	295,9	301,5	265,5	253,7	242,5	240,1	249,3	245,7
7	- aus Zuweisungen und Zuschüsse	639,3	629,8	627,9	809,1	758,2	724,6	701,4	662,8	773,3	932,8	809,2	790,7	824,6	825,4	807,0	799,6
8	- steuerähnliche Abgaben	0,9	0,7	0,7	0,9	0,6	0,7	0,9	0,8	0,7	0,9	0,9	13,7	13,7	13,9	13,7	13,7
9	- Globale Mehreinnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	Summe der laufenden Einnahmen	5.705,0	5.652,6	5.815,0	5.911,7	6.239,6	6.584,9	6.732,3	6.382,9	6.201,0	6.498,1	6.038,9	6.413,5	6.533,5	6.612,9	6.632,1	6.643,0
11	Spezielle Investitionseinnahmen	742,8	621,4	548,4	671,1	674,6	511,0	471,1	810,4	522,4	774,8	741,4	646,8	622,2	560,1	508,9	461,5
12	Bereinigte Gesamteinnahmen	6.447,8	6.274,0	6.363,4	6.582,8	6.914,3	7.095,9	7.203,4	7.193,3	6.723,3	7.272,9	6.780,3	7.060,4	7.155,7	7.173,0	7.141,0	7.104,5
13	Haushaltstechnische Verrechnungen	8,7	5,9	11,0	10,9	7,7	9,9	2,4	1,8	1,2	1,8	1,3	4,4	6,5	8,5	8,5	8,5
14	Entnahmen aus Rücklagen	22,0	36,8	23,8	102,2	19,2	26,0	83,5	104,0	146,1	26,6	230,2	152,6	17,4	3,0	0,5	0,0
15	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
16	Krediteinnahmen	532,6	1.033,5	844,0	330,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
17	Gesamteinnahmen	7.011,1	7.350,2	7.242,1	7.026,5	6.941,1	7.131,7	7.300,1	7.299,1	6.870,6	7.301,3	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9	7.113,0
	Fehlbetrag(-) / Überschuss ()	-283,3				10,7											
	Ausgaben																
18	Personalausgaben	1.946,3	1.938,6	1.854,7	1.787,5	1.567,4	1.539,1	1.535,0	1.572,1	1.657,0	1.700,3	1.705,9	1.773,8	1.815,2	1.843,1	1.868,5	1.891,9
19	Zinsausgaben	468,3	472,2	473,5	461,8	459,3	461,0	433,4	406,5	380,7	367,1	449,5	396,7	402,4	419,5	429,1	440,0
20	Sach- und Fachausgaben	3.275,8	3.278,3	3.292,1	3.407,2	3.503,6	3.596,7	3.705,3	3.639,5	3.606,9	3.666,4	3.623,9	3.817,3	3.839,7	3.813,8	3.791,2	3.783,2
21	davon: - Kommunalen Finanzausgleich (laufende Mittel)	1.219,8	1.222,8	1.120,5	1.020,2	978,8	1.094,0	1.178,0	1.156,8	977,2	922,6	930,5	964,0	1.010,1	1.000,4	992,4	982,4
22	- Soziale Sicherung	855,2	851,1	878,8	1.036,9	1.065,4	1.076,7	1.086,8	1.116,0	1.120,3	1.221,1	1.171,4	1.216,9	1.263,3	1.289,0	1.300,2	1.313,4
23	- Schuldendiensthilfen	58,8	55,4	47,7	44,7	31,3	24,2	24,1	21,8	20,2	18,1	25,9	24,0	23,5	23,6	16,0	15,7
24	- sächliche Verwaltungsausgaben	332,7	333,1	354,1	375,1	341,6	356,5	347,7	356,2	374,4	378,3	377,4	398,5	400,8	389,3	385,1	382,4
25	- sonst. Sach- und Fachausgaben	809,2	815,9	891,0	930,3	1.086,6	1.045,4	1.068,6	988,7	1.114,7	1.126,3	1.118,7	1.213,9	1.142,0	1.111,6	1.097,5	1.089,3
26	Globale Mehr- / Minderausgabe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	-2,7	-5,4	48,6	58,6	68,6
27	Summe der laufenden Ausgaben	5.690,3	5.689,1	5.620,3	5.656,4	5.530,2	5.596,8	5.673,7	5.618,1	5.644,7	5.733,8	5.779,9	5.985,1	6.052,0	6.125,1	6.147,4	6.183,7
28	Investitionsausgaben	1.584,2	1.490,5	1.342,9	1.288,4	1.299,9	1.110,4	1.213,6	1.159,8	1.191,3	1.288,2	1.226,5	1.221,8	1.114,2	1.087,2	1.036,4	979,6
29	davon: - Baumaßnahmen	186,2	184,5	235,0	235,4	246,0	216,9	193,1	207,3	216,8	285,7	255,5	249,6	249,4	236,2	220,4	207,8
30	- Investitionen (HGr. 8 ohne Zeile 31)	1.255,7	1.156,9	932,0	891,2	903,4	737,4	860,0	788,0	831,6	854,5	830,3	829,4	720,9	708,1	674,1	630,8
31	- Kommunalen Finanzausgleich (investive Mittel)	142,2	149,1	176,0	161,8	150,5	156,0	160,4	164,5	142,8	148,0	140,7	142,8	143,8	142,9	141,9	140,9
32	Bereinigte Gesamtausgaben	7.274,5	7.179,6	6.963,3	6.944,8	6.830,2	6.707,2	6.887,2	6.777,9	6.835,9	7.022,0	7.006,5	7.206,9	7.166,1	7.212,3	7.183,8	7.163,3
33	Haushaltstechnische Verrechnungen	8,7	5,9	11,0	10,9	7,7	9,9	2,4	1,8	1,2	1,8	1,3	4,4	6,5	8,5	8,5	8,5
34	Zuführungen an Rücklagen	11,2	44,7	104,5	70,8	92,5	174,7	310,5	519,4	33,6	177,5	4,0	6,0	7,0	10,0	15,0	20,0
35	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	120,0	163,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
36	Netto-Tilgungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	240,0	100,0	0,0	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
37	Gesamtausgaben	7.294,4	7.350,2	7.242,1	7.026,5	6.930,4	7.131,7	7.300,1	7.299,1	6.870,6	7.301,3	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9	7.113,0
38	Handlungsbedarf											0,0	0,0	0,0	-46,3	-57,3	-78,8
39	Gesamtausgaben nach Erfüllung Handlungsbedarf	7.294,4	7.350,2	7.242,1	7.026,5	6.930,4	7.131,7	7.300,1	7.299,1	6.870,6	7.301,3	7.011,8	7.217,3	7.179,7	7.184,5	7.149,9	7.113,0

	Einnahmeart / Ausgabeart	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	V-Ist 2011	HPL 2011	HPL-E 2012	HPL-E 2013	FPL 2014	FPL 2015	FPL 2016
1	2	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
40	Finanzierungssaldo (Zeile 12 - 32)	-826,7	-905,6	-599,9	-362,0	84,1	388,7	316,2	415,5	-112,6	250,9	-226,2	-146,6	-10,4	-39,3	-42,8	-58,8
41	davon: -laufender Haushalt (Zeile 10 - 27)	14,7	-36,5	194,6	255,3	709,4	988,1	1.058,7	764,8	556,3	764,3	259,0	428,5	481,5	487,9	484,7	459,3
42	-Investitionshaushalt (Zeile 11 - 28)	-841,3	-869,2	-794,5	-617,3	-625,3	-599,4	-742,5	-349,4	-668,9	-513,5	-485,1	-575,0	-491,9	-527,1	-527,5	-518,1
	Zusammensetzung des Finanzierungssaldos																
43	Netto-Kreditaufnahme (Zeile 16)	532,6	1.033,5	844,0	330,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
44	Netto-Entnahme ()/-Zuführung (-) Rücklagen (Zeile 14 - 34)	10,7	-7,9	-80,8	31,4	-73,4	-148,7	-226,9	-415,5	112,6	84,1	226,2	-146,6	-10,4	7,0	14,5	20,0
45	H-Handlungsbedarf / F-Fehlbetrag / Ü-Überschuss		-120,0F	-163,3F	0,0	10,7Ü	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0H	0,0H	-46,3H	-57,3H	-78,8H
46	Kreditfinanzierungs-Quote	7,3%	14,4%	12,1%	4,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
	nachrichtlich Kommunalen Finanzausgleich:																
47	Kommunale Sach- / Fachausgaben	1.219,8	1.222,8	1.120,5	1.020,2	978,8	1.094,0	1.178,0	1.156,8	977,2	922,6	930,5	964,0	1.010,1	1.000,4	992,4	982,4
48	Kommunale Investitionsmittel	142,2	149,1	176,0	161,8	150,5	156,0	160,4	164,5	142,8	148,0	140,7	142,8	143,8	142,9	141,9	140,9
48a	darunter: Infrastrukturausgaben	76,7	85,3	52,4	35,1	20,1	20,0	20,0	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
49	Kommunaler Finanzausgleich gesamt	1.362,0	1.371,8	1.296,5	1.181,9	1.129,3	1.250,0	1.338,4	1.321,3	1.120,0	1.070,7	1.071,3	1.106,8	1.153,9	1.143,3	1.134,4	1.123,4
50	Sonderleistungen an Kommunen				19,3												
51	Gesamt-Verschuldung (Kalenderjahr)	8.686,2	9.498,6	10.282,6	10.776,6	10.737,3	10.073,5	9.915,6	9.905,2	9.806,5	9.666,4						
52	Gesamt-Verschuldung (Haushaltsjahr)	8.686,2	9.719,8	10.567,3	10.897,9	10.897,9	10.657,9	10.557,9	10.557,9	10.557,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9

Finanzwirtschaftliche Eckzahlen 2002 bis 2016

1	2 Bezeichnung	3	Ist 2002 zu	Ist 2003 zu	Ist 2004 zu	Ist 2005 zu	Ist 2006 zu	Ist 2007 zu	Ist 2008 zu	Ist 2009 zu	Ist 2010 zu	Ist 2011 zu	2012 zu	2013 zu	2014 zu	2015 zu	2016 zu
			Ist 2001	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	2011	2012	2013	2014
	A. Zuwachsraten																
1	Steuern, Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen		-7,3%	-1,2%	2,7%	-0,9%	7,8%	8,3%	3,4%	-6,1%	-4,6%	2,6%	7,9%	1,8%	1,5%	0,5%	0,4%
2	Meckl.-Vorp. verbleibende Steuern		-8,3%	0,6%	2,5%	-4,5%	10,9%	11,2%	4,8%	-6,9%	-4,2%	6,0%	15,4%	4,5%	3,7%	2,6%	2,5%
3	Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich		-21,0%	-6,4%	13,1%	0,3%	11,8%	12,6%	4,7%	-13,4%	-17,3%	-1,1%	3,5%	2,6%	-2,1%	-1,4%	-1,7%
4	Einnahmen aus Bundesergänzungszuweisungen (bis 1994: Einnahmen aus dem Fonds "Deutsche Einheit")		-0,2%	-3,6%	0,3%	6,8%	0,6%	0,6%	-0,4%	-1,5%	-1,6%	-4,4%	-8,3%	-6,3%	-4,4%	-6,1%	-7,0%
5	Übrige laufende Einnahmen		-5,7%	0,6%	3,8%	13,6%	-3,8%	-6,9%	-3,9%	0,2%	6,7%	15,4%	-1,6%	2,2%	-0,1%	-0,9%	-1,0%
6	Bereinigte laufende Einnahmen		-7,0%	-0,9%	2,9%	1,7%	5,5%	5,5%	2,2%	-5,2%	-2,9%	4,8%	6,2%	1,9%	1,2%	0,3%	0,2%
7	Spezielle Investitionseinnahmen		38,6%	-16,4%	-11,7%	22,4%	0,5%	-24,3%	-7,8%	72,0%	-35,5%	48,3%	-12,8%	-3,8%	-10,0%	-9,1%	-9,3%
8	Bereinigte Gesamteinnahmen		-3,3%	-2,7%	1,4%	3,4%	5,0%	2,6%	1,5%	-0,1%	-6,5%	8,2%	4,1%	1,4%	0,2%	-0,4%	-0,5%
9	Personalausgaben		1,2%	-0,4%	-4,3%	-3,6%	-12,3%	-1,8%	-0,3%	2,4%	5,4%	2,6%	4,0%	2,3%	1,5%	1,4%	1,2%
10	Schuldendienst und Schuldendiensthilfen (ohne Tilgung von Kreditmarktmitteln)		6,0%	0,1%	-1,2%	-2,8%	-3,2%	-1,1%	-5,7%	-6,4%	-6,4%	-3,9%	-11,5%	1,2%	4,0%	0,5%	2,4%
11	Sach- und Fachausgaben davon:		3,1%	0,1%	0,4%	3,5%	2,8%	2,7%	3,0%	-1,8%	-0,9%	1,6%	5,3%	0,6%	-0,7%	-0,6%	-0,2%
12	- Kommunalen Finanzausgleich		-0,1%	0,2%	-8,4%	-9,0%	-4,1%	11,8%	7,7%	-1,8%	-15,5%	-5,6%	3,6%	4,8%	-1,0%	-0,8%	-1,0%
13	- Soziale Sicherung		6,6%	-0,5%	3,3%	18,0%	2,7%	1,1%	0,9%	2,7%	0,4%	9,0%	3,9%	3,8%	2,0%	0,9%	1,0%
14	- Sächliche Verwaltungsausgaben		3,1%	0,1%	6,3%	5,9%	-8,9%	4,4%	-2,5%	2,5%	5,1%	1,0%	5,6%	0,6%	-2,9%	-1,1%	-0,7%
15	- sonstige Sach- und Fachausgaben		2,5%	0,8%	9,2%	4,4%	16,8%	-3,8%	2,2%	-7,5%	12,7%	1,0%	8,5%	-5,9%	-2,7%	-1,3%	-0,8%
16	Bereinigte laufende Ausgaben		2,4%	0,0%	-1,2%	0,6%	-2,2%	1,2%	1,4%	-1,0%	0,5%	1,6%	3,5%	1,1%	1,2%	0,4%	0,6%
17	Investitionsausgaben		5,5%	-5,9%	-9,9%	-4,1%	0,9%	-14,6%	9,3%	-4,4%	2,7%	8,1%	-0,4%	-8,8%	-2,4%	-4,7%	-5,5%
18	Bereinigte Gesamtausgaben		3,1%	-1,3%	-3,0%	-0,3%	-1,7%	-1,8%	2,7%	-1,6%	0,9%	2,7%	2,9%	-0,6%	0,6%	-0,4%	-0,3%
19	Gesamtausgaben		2,7%	0,8%	-1,5%	-3,0%	-1,4%	2,9%	2,4%	0,0%	-5,9%	6,3%	2,9%	-0,5%	0,1%	-0,5%	-0,5%
	Finanzwirtschaftliche Eckzahlen 2002 bis 2016	Ist 2002	Ist 2003	Ist 2004	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2007	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	B. Quoten																
20	Steuerdeckungsquote Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der Kfz-Steuer und LKW-Maut)	45,5%	46,0%	49,1%	47,3%	53,4%	60,6%	61,8%	58,0%	54,2%	57,8%	53,7%	59,2%	62,0%	63,4%	65,0%	66,5%
21	Steuerdeckungsquote II Meckl.-Vorp. verbl. Steuern im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben (einschl. Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, Fehlbetrags-BEZ und Zuweisungen vom Bund zum Ausgleich weggefallener Einnahmen aus der Kfz-Steuer und LKW-Maut)	47,8%	48,3%	51,6%	49,7%	56,0%	63,2%	64,7%	61,0%	56,7%	60,2%	56,1%	61,7%	64,7%	66,1%	67,8%	69,3%
22	Kreditfinanzierungsquote Netto-Kreditaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	7,3%	14,4%	12,1%	4,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
23	Finanzierungsdefizitquote Finanzierungsdefizite im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	11,4%	12,6%	8,6%	5,2%	-1,2%	-5,8%	-4,6%	-6,1%	1,6%	-3,6%	3,2%	2,0%	0,1%	0,5%	0,6%	0,8%
24	Investitionsquote Investitionen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	21,8%	20,8%	19,3%	18,6%	19,0%	16,6%	17,6%	17,1%	17,4%	18,3%	17,5%	17,0%	15,5%	15,1%	14,4%	13,7%
25	Personalausgabenquote Personalausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	26,8%	27,0%	26,6%	25,7%	22,9%	22,9%	22,3%	23,2%	24,2%	24,2%	24,3%	24,6%	25,3%	25,6%	26,0%	26,4%
26	Sach- und Fachausgabenquote Sach- und Fachausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	45,0%	45,7%	47,3%	49,1%	51,3%	53,6%	53,8%	53,7%	52,8%	52,2%	51,7%	53,0%	53,6%	52,9%	52,8%	52,8%
27	Zins-Steuer-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den Meckl.-Vorp. verbleibenden Steuern (einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich)	14,1%	14,3%	13,8%	14,0%	12,6%	11,3%	10,2%	10,3%	10,3%	9,4%	12,5%	9,7%	9,4%	9,5%	9,5%	9,6%
28	Zins-Ausgaben-Quote Zinsausgaben im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	6,4%	6,6%	6,8%	6,6%	6,7%	6,9%	6,3%	6,0%	5,6%	5,2%	6,4%	5,5%	5,6%	5,8%	6,0%	6,1%
29	Netto-Tilgungsquote Netto-Tilgungen im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	3,6%	1,5%	0,0%	0,0%	2,4%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%

Anlage 17

Projektion auf das Jahr 2020

Projektion auf das Jahr 2020		Ist	Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 einschließlich Fortschreibung für 2016						Langfristprognose 2017 bis 2020			
		2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen (in Mio. €)												
1	Laufende Einnahmen	6.201,0	6.038,9	6.413,5	6.533,5	6.612,9	6.632,1	6.643,0	6.675,9	6.706,5	6.743,8	6.637,5
2	Investitionseinnahmen	522,4	741,4	646,8	622,2	560,1	508,9	461,5	431,6	406,1	381,5	315,4
3	Bereinigte Gesamteinnahmen	6.723,3	6.780,3	7.060,4	7.155,7	7.173,0	7.141,0	7.104,5	7.107,5	7.112,6	7.125,3	6.952,9
4	Netto-Kreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausgaben (in Mio. €)												
5	Laufende Ausgaben	5.644,7	5.802,9	5.985,1	6.052,0	6.125,1	6.147,4	6.183,7	6.201,2	6.235,9	6.272,8	6.326,0
6	Investitionsausgaben	1.191,3	1.203,5	1.221,8	1.114,2	1.087,2	1.036,4	979,6	929,3	882,1	835,6	741,2
7	Bereinigte Gesamtausgaben	6.835,9	7.006,5	7.206,9	7.166,1	7.212,3	7.183,8	7.163,3	7.130,5	7.118,0	7.108,4	7.067,3
8	Netto-Tilgungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	80,0	80,0	80,0	80,0
Handlungsbedarf (in Mio. €)												
9	Handlungsbedarf (-)					-46,3	-57,3	-78,8	-131,2	-118,6	-101,2	-237,5
weitere Kennzahlen												
10	Strukturelles Defizit/Überschuss (in Mio. €)	-226,7	-483,0	-221,8	-104,6	-29,6	31,3	74,6	154,1	218,7	283,3	311,5
11	Verschuldung (Haushaltsjahr) (in Mio. €)	10.557,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.457,9	10.377,9	10.297,9	10.217,9	10.137,9
12	SoBEZ-Verwendungsquote (%)	113%	100%	125%	127%	150%	169%	198%	250%	308%	398%	0%